



Monatsbericht März 2016

68. Jahrgang
Nr. 3

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
18. März 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz	11
■ Zur Schwäche des Welthandels	13
<i>Zum Außenhandel der USA</i>	20
<i>Zu den jüngsten Tendenzen im globalen Warenhandel</i>	23
<i>Implikationen des Aufholprozesses wichtiger Schwellenländer für den Welthandel – Eine Analyse mittels des Gravitätsansatzes</i>	29
■ Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015	39
<i>Zum Einfluss des starken Ölpreisrückgangs und der Euro-Abwertung auf die Ausweitung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses in den Jahren 2014 und 2015</i>	41
<i>Zu den Auswirkungen der Wertpapierkäufe des Eurosystems auf die TARGET2-Salden</i>	56
■ Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014	61
<i>PHF-Studie 2014: Konzept der zweiten Befragung</i>	63
<i>Vermögenskonzept der PHF-Studie</i>	68
<i>Ausgewählte Forschungsergebnisse auf Basis von PHF-Daten</i>	70
■ Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik	87

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn weiterhin solide

Die deutsche Wirtschaft ist mit viel Schwung in das Jahr 2016 gestartet. Das solide Expansions-tempo der zweiten Jahreshälfte 2015, das mit einer Quartalsrate von 0,3% etwa dem Potenzialwachstum entsprach, dürfte im ersten Vierteljahr 2016 zumindest gehalten werden oder wird möglicherweise sogar leicht übertroffen. Bei unverändert lebhafter Konsumkonjunktur gab es im Januar einen kräftigen von Sondereffekten begünstigten Schub von der Industrie und vom Baugewerbe. Die industrielle Erzeugung stieg gemäß den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stark an, und auch für das Baugewerbe wurde ein kräftiger Zuwachs des Aktivitätsniveaus gemeldet. Dagegen kamen von den Exporten keine zusätzlichen Impulse. Für das zweite Vierteljahr deutet sich allerdings eine Verringerung des konjunkturellen Tempos an. Darauf weist neben den stagnierenden Auftragseingängen in der Industrie die weitere Eintrübung der ifo Geschäftserwartungen hin, welche zudem mit einem deutlichen Rückgang der zuvor noch stabilen und expansiven Produktions- und Export-erwartungen einherging. Die Stimmung der Verbraucher blieb dagegen sehr zuversichtlich.

Industrie

Industrieproduktion im Januar kräftig ausgeweitet, ...

Die industrielle Erzeugung stieg im Januar gegenüber dem kräftig aufwärtsrevidierten Dezember saisonbereinigt sehr stark um 3¼% an. Damit wurde der durchschnittliche Stand des vierten Vierteljahres 2015 saisonbereinigt um 3% überschritten. Dieser außergewöhnlich hohe Zuwachs könnte von zwei Sondereffekten begünstigt worden sein. So hatte es in einigen Branchen im Dezember 2015 in größerem Umfang ferienbedingte Produktionseinschränkungen gegeben. Darüber hinaus wies der Januar

2016 eine ungewöhnliche Kalenderkonstellation mit sehr wenigen Arbeitstagen auf, die in dieser Form lediglich in zwei der vergangenen 20 Jahre vorgekommen war; deshalb sind die Unsicherheitsmargen der kalenderbereinigten Angaben höher als sonst. Für eine aussagekräftige konjunkturelle Beurteilung bleibt deshalb das Produktionsergebnis für den Februar abzuwarten. Die Produzenten von Investitionsgütern (+ 4¼%) und von Konsumgütern (+ 3¾%) weiteten dabei ihre Erzeugung in stärkerem Maß als die Hersteller von Vorleistungsgütern (+ 1½%) aus.

Die Auftragseingänge in der Industrie blieben im Januar gegenüber Dezember saisonbereinigt nahezu unverändert. Der Stand des Schlussquartals 2015 wurde damit leicht um ¼% übertroffen. Während die Bestellungen aus dem Inland zu Jahresbeginn gegenüber dem Mittel des vierten Quartals deutlich zurückgingen (– 1¾%), zog die Nachfrage aus dem Euro-Raum nach Einbußen im vierten Vierteljahr 2015 wieder kräftig an (+ 2¾%). Eine nicht unwesentliche Rolle dabei spielte das deutlich höhere Bestellvolumen im Sonstigen Fahrzeugbau, bei dem zum Jahresende 2015 vergleichsweise wenige Aufträge eingegangen waren. Ohne diesen Sektor gerechnet lagen die Bestellungen aus dem Euro-Raum nämlich unter dem Vorquartal (– ¾%). Aus Drittstaaten war ebenfalls ein deutlicher Zuwachs der Orders zu verzeichnen (+ 1¼%). In sektoraler Hinsicht gab es einen deutlichen Rückgang bei den Bestellungen für Vorleistungsgüter (– 4%). Im Gegensatz dazu legten die Orders für Investitions- und insbesondere für Konsumgüter kräftig zu (+ 2% bzw. + 6%), vor allem dank der starken Nachfrage aus dem Ausland.

... aber Auftragseingänge stagnierten

Die Umsätze in der Industrie erhöhten sich im Januar verglichen mit dem Vormonat saisonbereinigt leicht um ¾% und lagen damit deutlich über dem Stand des vierten Vierteljahres 2015 (+ 1¼%). Ausschlaggebend war ein kräftiger

Umsätze in der Industrie und Einfuhren gestiegen, Ausfuhren weiter rückläufig

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2015 2. Vj.	112,0	104,3	118,2	109,5
3. Vj.	109,0	104,6	112,5	109,7
4. Vj.	110,3	106,1	113,7	121,6
2015 Nov.	110,9	107,5	113,7	125,4
Dez.	110,7	105,9	114,6	130,3
2016 Jan.	110,6	104,2	115,8	...
Produktion; 2010 = 100				
Zeit	Industrie			Baugewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2015 2. Vj.	110,7	106,3	118,2	105,5
3. Vj.	110,4	105,8	118,3	104,5
4. Vj.	110,0	106,1	117,4	105,8
2015 Nov.	109,7	106,1	116,3	106,9
Dez.	109,9	107,2	116,2	105,5
2016 Jan.	113,4	107,6	122,4	112,9
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2015 2. Vj.	302,25	236,94	65,31	63,92
3. Vj.	299,27	238,98	60,29	69,11
4. Vj.	297,18	236,85	60,33	63,95
2015 Nov.	99,40	79,68	19,72	21,89
Dez.	98,72	78,40	20,32	19,89
2016 Jan.	98,20	79,35	18,85	19,56
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2015 2. Vj.	42 971	554	2 793	6,4
3. Vj.	43 082	578	2 792	6,4
4. Vj.	43 213	609	2 768	6,3
2015 Dez.	43 263	618	2 753	6,3
2016 Jan.	43 337	628	2 734	6,2
Febr.	...	630	2 723	6,2
Preise; 2010 = 100				
Zeit	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2015 2. Vj.	102,7	104,4	111,1	107,1
3. Vj.	100,6	103,9	111,5	107,0
4. Vj.	99,1	102,9	111,8	106,9
2015 Dez.	98,3	102,6	.	106,7
2016 Jan.	96,5	101,8	.	106,6
Febr.	...	101,3	.	106,5

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

tiges Plus im Inlandsgeschäft von 2%. Der Absatzzuwachs im Ausland fiel demgegenüber deutlich moderater aus (+ ½%), in den Drittstaaten stagnierten die Umsätze sogar. Die nominalen Wareneinfuhren gingen im Januar gegenüber Dezember saisonbereinigt leicht zurück (- ½%) und unterschritten somit auch das Niveau des vierten Vierteljahres 2015 spürbar (- ¾%). Dabei spielten jedoch nachgebende Ausfuhrpreise eine wichtige Rolle, sodass in preisbereinigter Betrachtung nur ein kleines Minus zu Buche stand (- ¼%). Gleichzeitig stiegen die nominalen Wareneinfuhren im Vormonatsvergleich kräftig an (+ 1¼%). Der Vorquartalsstand wurde nominal um ½% überschritten; in preisbereinigter Betrachtung ergab sich aber vor allem aufgrund der stark gefallen Rohstoffpreise ein kräftiger Zuwachs um 3¼%.

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe stieg im Januar verglichen mit dem leicht abwärtsrevidierten Vormonat saisonbereinigt sehr kräftig an (+7%) und lag auch weit über dem vierten Vierteljahr (+ 6¾%). Wesentlich für das außerordentlich gute Ergebnis war ein Sprung der Leistung im Ausbaugewerbe (+ 15¾%), dessen Angaben allerdings in hohem Maße revisionsanfällig sind. Die verlässlicheren Daten zur Produktion im Bauhauptgewerbe zeigen dagegen einen leichten Rückgang an (-1%), der allerdings weitgehend auf die im Vergleich zum milden Dezember normalisierten Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist. Von diesem Rückgang war besonders der Tiefbau betroffen, während die Produktion im Hochbau nahezu unverändert blieb. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die im vierten Quartal das Niveau des Vorquartals saisonbereinigt deutlich (+ 10¾%) übertrafen, deuten darauf hin, dass die kräftige Belegung der Baukonjunktur noch länger anhalten dürfte.

Bauproduktion stark expansiv und auch deutlich mehr Bauaufträge

Arbeitsmarkt

*Beschäftigung
sehr kräftig
gestiegen,
Wachstum
dürfte sich aber
abschwächen*

Zu Jahresbeginn verstärkte sich der bereits zuvor kräftige Beschäftigungsaufbau noch. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland vergrößerte sich im Januar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 74 000 und der Vorjahresabstand weitete sich auf 517 000 Personen oder 1,2% aus. Das Beschäftigungswachstum wird vor allem von der positiven Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Stellen getragen, deren Zahl sich binnen Jahresfrist im Dezember außerordentlich kräftig um 780 000 beziehungsweise 2,6% erhöhte. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung ging den vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge zum Jahresende 2015 dagegen weiter leicht zurück und lag nahezu 4% unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Der rückläufige Trend der Selbstständigkeit hielt ebenfalls an. Die Intensität bei der Einstellungspraxis könnte sich allerdings demnächst etwas abschwächen. Darauf deutet das ifo Beschäftigungsbarometer hin, das sich insbesondere im Dienstleistungsbereich zuletzt merklich verschlechterte, gleichwohl insgesamt aber noch deutlich expansiv ausgerichtet ist. Der BA-Stellenindex (BA-X) blieb bei wenig Veränderung auf seinem hohen Niveau.

*Arbeitslosigkeit
nochmals
gesunken*

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im Februar wie schon in den Vormonaten saisonbereinigt spürbar zurück. Bei der BA waren zuletzt 2,72 Millionen Personen als arbeitslos registriert, 11 000 Personen weniger als im Vormonat. Die zugehörige Quote betrug wie im Januar 6,2%; sie lag damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresmonat. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung blieb im Februar im neutralen Bereich. Die Arbeitslosigkeit dürfte somit in den nächsten Monaten weitgehend unverändert auf ihrem niedrigen Stand bleiben.

Preise

Im Februar waren die Rohölnotierungen weiterhin von spürbaren Preisschwankungen gekenn-

zeichnet, stiegen aber ab der Monatsmitte in der Tendenz deutlich an. Verglichen mit dem Preisniveau im Januar lagen sie in US-Dollar gerechnet im Mittel um 6½% höher, der Vorjahresstand wurde aber weiterhin um gut zwei Fünftel unterschritten. In der ersten Hälfte des März setzten die Rohölpreise ihre Aufwärtsbewegung fort. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 42½ US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 2¼ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 4½ US-\$.

*Rohölpreise
mit steigender
Tendenz*

Die Einfuhr- und Erzeugerpreise setzten zu Jahresbeginn ihre Abwärtsbewegung verstärkt fort. Dazu trugen zwar überwiegend die rückläufigen Energiepreise bei, aber auch andere Waren wurden spürbar günstiger. Der negative Vorjahresabstand weitete sich bei den Einfuhren im Januar auf – 3,8% aus. Im Inlandsabsatz sank die Rate im Zweimonatsmittel von Januar und Februar auf – 2,7% und damit etwas unter den Stand vom Dezember 2015.

*Einfuhr- und
Erzeugerpreise
kräftig gesunken*

Auf der Verbraucherstufe gaben die Preise im Februar mit saisonbereinigt – 0,1% wiederum leicht nach. Energie verbilligte sich weiter, auch wenn die Preisrückgänge nicht mehr so kräftig ausfielen wie in den Vormonaten. Ohne Energie blieben die Preise dagegen unverändert. Nahrungsmittel verteuerten sich leicht. Preise für gewerbliche Waren sanken auch aufgrund anhaltender Schlussverkaufsaktivitäten für Bekleidung und Schuhe etwas. Obwohl die Verbraucher für Pauschalreisen deutlich weniger zahlen mussten, blieben die Preise für Dienstleistungen insgesamt konstant. Wohnungsmieten verteuerten sich moderat. Insgesamt reduzierte sich die Vorjahresrate spürbar, auch weil die Preise im Februar 2015 kräftig gestiegen waren. Beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) betrug die Vorjahresrate 0,0%, nach + 0,5% im Januar. Gemessen am harmonisierten Index (HVPI) drehte die Rate ins Negative und sank auf – 0,2%, nach + 0,4%. Ohne Energie gerechnet betrug die Vorjahresrate des VPI + 0,9% und die des HVPI + 0,8%. Damit lagen die Februar-Ergebnisse zwar etwas unterhalb der Erwartun-

*Verbraucher-
preise erneut
energiebedingt
niedriger*

gen. Die Abweichungen hängen aber vor allem mit temporären Faktoren zusammen (Preissenkungen bei Pauschalreisen und Bekleidung), für die im weiteren Jahresverlauf eine Korrektur erwartet wird. Trotzdem dürfte basierend auf dem gegenwärtigen Pfad der Terminnotierungen für Rohöl auch in den nächsten Monaten noch mit negativen Inflationsraten gemessen am HVPI-Gesamtindex zu rechnen sein.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung 2015 gestiegen

Im Jahr 2015 verzeichnete die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nach ersten, noch vorläufigen Angaben ein Defizit von 3 1/2 Mrd €, das gut 1 Mrd € über dem Vorjahresergebnis lag. Dabei blieb bei den Krankenkassen das Minus mit gut 1 Mrd € praktisch unverändert. In der Summe war dies so erwartet worden, da

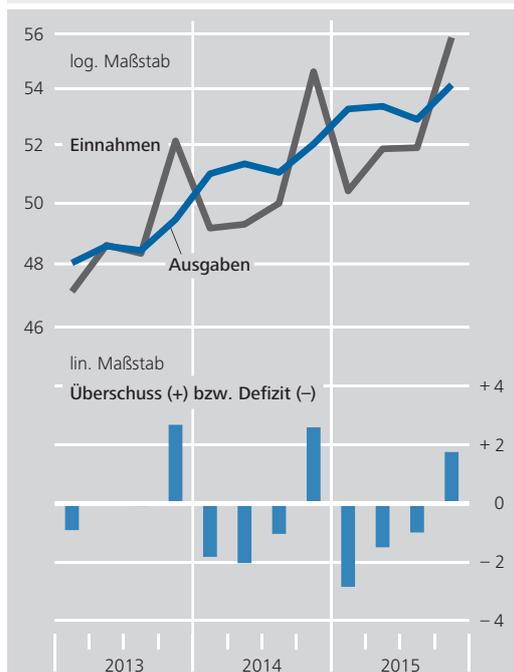
die kassenindividuellen Zusatzbeitragssätze mit durchschnittlich 0,83% unter dem Wert von 0,9% lagen, den der GKV-Schätzerkreis als ausgabendeckend ermittelt hatte.²⁾ Beim Gesundheitsfonds stieg das Defizit von gut 1 Mrd € im Jahr 2014 auf fast 2 1/2 Mrd €. Auch dies war in etwa so zu erwarten gewesen, nachdem der Bund seinen Zuschuss zur Entlastung seines Haushalts um 2 1/2 Mrd € gekürzt hatte.³⁾ Somit verringerten sich die Rücklagen des Gesundheitsfonds auf 10 Mrd €. Auf der Kassenebene sanken die Finanzreserven auf insgesamt 14 1/2 Mrd €.⁴⁾

Die Einnahmen der Krankenkassen wuchsen mit 4% deutlich. Dabei stand einem Plus von 4 1/2% aus den Zuweisungen des Gesundheitsfonds ein Rückgang bei den sonstigen Einnahmen gegenüber. Die Ausgaben der Krankenkassen legten mit 4% spürbar schwächer zu als im Jahr 2014 (+ 5 1/2%). Dabei zeigten vor allem die Arzneimittelaufwendungen eine deutliche Abflachung. Sie waren im Jahr 2014 besonders stark gewachsen, weil gesetzlich vorgeschriebene Herstellerrabatte ausgelaufen waren, während im vergangenen Jahr die zwischen Kassen und Pharmaproduzenten ausgehandelten Rabatte weiter zunahmen. Insgesamt kam es allerdings immer noch zu einem Anstieg um 4 1/2% (2014: + 10%). Die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel

Krankenkassen mit geringerem Ausgabenanstieg

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.

Deutsche Bundesbank

1 In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

2 Bis zum Jahr 2014 wurde ein allgemeiner Sonderbeitrag von 0,9% von den Kassenmitgliedern erhoben, während die Krankenkassen nunmehr einen Zusatzbeitragssatz individuell festlegen. Im Herbst schätzt der GKV-Schätzerkreis den durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz, der für das Folgejahr erforderlich wäre, um die erwarteten Kassenausgaben zu decken.

3 Die Kürzungen gegenüber dem regulären Bundeszuschuss von jährlich 14 Mrd € in den Jahren 2013 bis 2015 waren nach dem Willen des Gesetzgebers aus den Rücklagen des Gesundheitsfonds zu finanzieren. Im Jahr 2014 war der Zuschuss zwar noch stärker (um 3 1/2 Mrd €) gekappt worden, allerdings entwickelten sich die beitragspflichtigen Einkommen und damit auch das Defizit günstiger als geplant.

4 Jede Kasse muss, ebenso wie der Gesundheitsfonds, mindestens über Rücklagen von einem Viertel einer Monatsausgabe verfügen (§ 261 Abs. 2 SGB V, § 271 Abs. 2 SGB V).

erhöhten sich mit etwas mehr als 4% ebenfalls deutlich schwächer als im Vorjahr (+ 8%), insbesondere weil seinerzeit die Vergütung für Hörgeräte sehr kräftig angehoben worden war. Auch beim Krankengeld kam es zu einer Verlangsamung, wobei das Plus mit 6% (2014: + 9%) immer noch überdurchschnittlich ausfiel. Die Aufwendungen für den Bereich stationäre Versorgung, den größten Kostenblock, stiegen dagegen mit knapp 4% leicht unterdurchschnittlich. Dämpfend wirkten nicht zuletzt die noch schwächeren Zuwächse bei den Ausgaben für Zahnärzte sowie der Rückgang der sonstigen Ausgaben, nachdem mit der Umstellung auf kassenindividuelle Zusatzbeitragssätze keine Prämien (2014: gut ½ Mrd €) mehr ausgeschüttet werden dürfen. Zum spürbaren Anstieg der Verwaltungskosten um fast 4% trugen einmalig höhere Altersrückstellungen einer Krankenkasse maßgeblich bei.

Defizit des Gesundheitsfonds wie erwartet

Die Einnahmen des Gesundheitsfonds stiegen im Jahr 2015 um fast 4%. Über das Wachstum der Beitragseinnahmen (einschl. der Zusatzbeiträge) um 3½% hinaus wirkte sich hier positiv aus, dass die Kürzung des Bundeszuschusses um 1 Mrd € geringer ausfiel als noch im Jahr 2014. Bei im Durchschnitt unverändertem Zusatzbeitragssatz hätten die Beiträge um gut 4% zugenommen. Für die erwerbstätigen Mitglieder ist dies auf die günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung zurückzuführen, für den vergleichbaren Anstieg der Beiträge auf Renten waren auch die Leistungsausweitungen vor allem in Form der abschlagsfreien Rente mit 63 und der erhöhten Mütterrente von Bedeutung. Bei vorgegebenen Zahlungen an die Kassen (+ 4½%) lag das Defizit des Gesundheitsfonds auf dem im Herbst 2014 vom Schätzerkreis erwarteten Wert.

Rückkehr zum Regel-Bundeszuschuss und Erhöhung der Zusatzbeitragssätze deuten auf Defizitabbau im Jahr 2016 hin

Im laufenden Jahr ist mit der Rückkehr zum Bundeszuschuss von 14 Mrd € ein weitgehender Abbau des Defizits beim Gesundheitsfonds angelegt. Zu Jahresbeginn ist der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz der Kassen deutlich auf fast 1,1% gestiegen und hat damit beinahe das vom Schätzerkreis für das Jahr 2016 als aus-

Gesetzliche Krankenversicherung: Finanzierungsübersicht 2015 *)

Mrd €

Einnahmen		Ausgaben	
Gesundheitsfonds (GF)			
Beiträge	184,57	Zuweisungen an KK	208,57
Zusatzbeiträge	10,22	Verwaltung	0,05
Bundeszuschüsse	11,38		
Sonstige Einnahmen	- 0,00		
Defizit	2,46		
Insgesamt	208,62	Insgesamt	208,62
Krankenkassen (KK)			
Zuweisungen des GF	208,57	Leistungsausgaben	202,07
Sonstige Beiträge	0,98	Verwaltung	10,35
Bundeszuschüsse an LKV ¹⁾	0,12	Sonstige Ausgaben	1,14
Sonstige Einnahmen ²⁾	2,75		
Defizit	1,14		
Insgesamt	213,56	Insgesamt	213,56
GKV-System insgesamt			
Beiträge	195,77	Leistungsausgaben	202,07
Bundeszuschüsse	11,50	Verwaltung	10,40
Sonstige Einnahmen	2,74	Sonstige Ausgaben	1,14
Defizit	3,60		
Insgesamt	213,61	Insgesamt	213,61

* Vorläufige Vierteljahresergebnisse (KV 45). 1 Landwirtschaftliche Krankenversicherung. 2 Einschl. Differenz zu den vom Gesundheitsfonds ausgewiesenen Zuweisungen sowie aus Forderungen und Verbindlichkeiten.

Deutsche Bundesbank

gabendeckend ermittelte Niveau erreicht. Da sich bisher keine größeren Abweichungen von den damaligen Annahmen abzeichnen, erscheint im laufenden Jahr ein zumindest annähernd ausgeglichenes Ergebnis der GKV möglich. Auf mittlere Sicht ist nicht zuletzt aufgrund der demografischen Veränderungen damit zu rechnen, dass der Anstieg der Leistungsausgaben über den Zuwachs der beitragspflichtigen Einkommen hinausgeht. Ohne weitere Maßnahmen ergibt sich daraus selbst bei Verzicht auf gesetzliche Leistungsausweitungen ein anhaltender Druck zur sukzessiven Anhebung der Zusatzbeitragssätze.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Am deutschen Rentenmarkt nahm die Emissionstätigkeit im Januar 2016 wieder deutlich zu. Insgesamt wurden Anleihen für 122,8 Mrd €

Geringe Nettotilgungen am deutschen Rentenmarkt

begeben, nach 67,2 Mrd € im Dezember 2015. Nach Abzug der gegenüber dem Vormonat niedrigeren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten sank der Umlauf heimischer Rentenwerte jedoch um 1,9 Mrd €. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland belief sich auf netto 9,5 Mrd €, sodass im Ergebnis im Januar Rententitel für 7,6 Mrd € am hiesigen Markt abgesetzt wurden.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die Kreditinstitute erhöhten im Berichtsmonat ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar per saldo um 7,5 Mrd €. Dies ist im Ergebnis vor allem auf die flexibel gestaltbaren sonstigen Bankschuldverschreibungen (4,9 Mrd €) und auf Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (4,5 Mrd €) zurückzuführen. Hingegen wurden Hypothekendarlehen sowie Öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 1,5 Mrd € beziehungsweise 0,4 Mrd € netto getilgt.

Inländische Unternehmen begaben im Januar Anleihen per saldo für 2,9 Mrd €, nach 1,0 Mrd € im Vormonat. Bei den Neuemissionen handelte es sich im Ergebnis überwiegend um Papiere mit einer Laufzeit von über einem Jahr. Vor allem nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erhöhten ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar um 1,9 Mrd €.

Nettoemissionen von Unternehmensanleihen

Die öffentliche Hand tilgte im Berichtsmonat eigene Schuldverschreibungen per saldo für 12,3 Mrd € (Dezember 2015: Nettotilgungen in Höhe von 3,7 Mrd €). Vor allem der Bund führte seine Kapitalmarktverschuldung zurück (9,2 Mrd €). Dabei tilgte er vor allem zehnjährige Bundesanleihen für 17,4 Mrd €. Dem standen Nettoemissionen von zweijährigen Schatzanweisungen (5,0 Mrd €) und 30-jährigen Anleihen (1,1 Mrd €) gegenüber. Die Länder tilgten Anleihen für netto 3,0 Mrd €.

Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand gesunken

Auf der Erwerberseite trat am Rentenmarkt im Ergebnis vor allem die Bundesbank in Erscheinung; sie nahm im Rahmen des Ankaufprogramms für Vermögenswerte Schuldverschreibungen für 12,0 Mrd € in ihr Portfolio auf. Dabei handelte es sich überwiegend um inländische Titel der öffentlichen Hand. Ausländische Investoren und heimische Kreditinstitute erwarben Rentenwerte für netto 2,6 Mrd € beziehungsweise 2,2 Mrd €. Hingegen veräußerten inländische Nichtbanken Schuldverschreibungen per saldo für 9,2 Mrd €.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2015		2016
	Januar	Dezember	Januar
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	12,0	- 57,8	- 1,9
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	9,1	- 55,2	7,5
Anleihen der öffentlichen Hand	0,7	- 3,7	- 12,3
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	11,4	- 1,5	9,5
Erwerb			
Inländer	2,4	- 13,8	5,0
Kreditinstitute ³⁾	10,9	- 39,4	2,2
Deutsche Bundesbank	- 0,7	11,1	12,0
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 7,8	14,5	- 9,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 11,4	10,9	- 15,9
Ausländer ²⁾	21,0	- 45,5	2,6
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	23,4	- 59,3	7,6

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt gab es im Januar kaum Emissionsaktivität. Inländische Unternehmen begaben im Ergebnis lediglich für 0,1 Mrd € Anteilscheine. Der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland sank im gleichen Zeitraum um 1,9 Mrd €. Erworben wurden Dividentitel im Ergebnis ausschließlich von heimischen Nichtbanken (5,7 Mrd €), die sich vor allem für inländische Papiere interessierten (4,1 Mrd €). Inländische Kreditinstitute und ausländische Investoren reduzierten hingegen ihre Be-

Kaum Nettoemissionen am deutschen Aktienmarkt

stände per saldo um 5,9 Mrd € beziehungsweise 1,7 Mrd €.

Investmentfonds

Deutsche Investmentfonds verzeichnen Mittelzuflüsse

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Berichtsmonat Mittelzuflüsse in Höhe von 15,2 Mrd €. Der Großteil entfiel dabei auf die den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (12,6 Mrd €). In den einzelnen Anlageklassen konnten insbesondere Gemischte Wertpapierfonds neue Anteilscheine absetzen (6,4 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch Rentenfonds (3,7 Mrd €), Offene Immobilienfonds (2,8 Mrd €) und Dachfonds (1,1 Mrd €). Ausländische Kapitalanlagegesellschaften begaben im Januar Anteilscheine für 2,2 Mrd € in Deutschland. Erworben wurden Investmentfondsanteile ausschließlich von inländischen Nichtbanken (18,4 Mrd €). Gebietsfremde Investoren und heimische Kreditinstitute trennten sich von Fondsanteilen für netto 0,6 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd €.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss stark vermindert

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Januar 2016 einen Überschuss von 13,2 Mrd €. Das Ergebnis lag um 13,1 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter standen sowohl ein niedrigerer Aktivsaldo im Warenhandel als auch eine Verschlechterung des Saldos im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen sowie Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

Aktivsaldo im Warenhandel gesunken

Der Überschuss im Warenhandel sank im Januar gegenüber dem Vormonat um 5,3 Mrd € auf 13,3 Mrd €. Dabei verringerten sich die Warenexporte, während die Warenimporte zunahmen.

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen wurde im Januar ein geringfügiger Passivsaldo von 0,1 Mrd € verzeichnet, nach einem Überschuss von 7,7 Mrd € im Vormonat. Die größte

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2015		2016
	Jan. ¹⁾	Dez. ¹⁾	Jan. ²⁾
I. Leistungsbilanz	+ 14,9	+ 26,3	+ 13,2
1. Warenhandel ¹⁾	+ 15,7	+ 18,6	+ 13,3
Ausfuhr (fob)	88,3	89,6	86,1
Einfuhr (fob)	72,6	71,0	72,8
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 15,9	+ 19,0	+ 13,6
Ausfuhr (fob)	90,0	92,0	88,7
Einfuhr (cif)	74,0	73,1	75,2
2. Dienstleistungen ³⁾	- 1,7	+ 1,0	- 2,8
Einnahmen	18,4	26,1	17,3
Ausgaben	20,1	25,1	20,1
3. Primäreinkommen	+ 5,1	+ 11,2	+ 5,0
Einnahmen	15,8	21,0	15,5
Ausgaben	10,7	9,8	10,5
4. Sekundäreinkommen	- 4,2	- 4,5	- 2,3
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,0	- 2,2	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	- 3,6	+ 24,0	- 7,8
1. Direktinvestition	+ 10,2	+ 10,4	- 4,2
Inländische Anlagen im Ausland	+ 5,2	+ 5,1	- 6,7
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,0	- 5,3	- 2,5
2. Wertpapieranlagen	- 4,3	+ 45,1	+ 11,1
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 12,1	+ 0,6	+ 9,9
Aktien ⁴⁾	- 0,8	+ 2,4	- 1,9
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 1,6	- 0,4	+ 2,2
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 7,3	- 0,5	+ 7,0
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 4,1	- 0,9	+ 2,6
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 16,5	- 44,5	- 1,2
Aktien ⁴⁾	- 6,1	- 0,6	- 3,2
Investmentfondsanteile	+ 1,5	+ 1,5	- 0,6
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 5,2	- 34,4	+ 0,5
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 15,9	- 11,1	+ 2,1
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 4,8	- 1,4	+ 0,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	- 14,7	- 30,1	- 15,2
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	- 24,5	+ 15,9	- 30,5
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	- 29,8	+ 11,8	- 32,0
Staat	+ 6,0	- 30,9	- 1,1
Bundesbank	+ 4,3	- 5,8	+ 6,0
Bundesbank	- 0,4	- 9,3	+ 10,3
5. Währungsreserven ¹²⁾	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	- 18,6	- 0,1	- 20,9

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.
 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Genusscheine.
 5 Einschl. reinvestierter Erträge. 6 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr.
 8 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 9 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 10 Ohne Bundesbank. 11 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 12 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. 13 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Verschlechterung des Saldos bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen

Rolle für den Umschwung spielte der Rückgang der Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen um 6,2 Mrd € auf 5,0 Mrd €. Maßgeblich dafür war eine Normalisierung der sonstigen Einkünfte, nachdem im Dezember 2015 – wie zum Jahresende üblich – der Großteil der Agrarsubventionen im Rahmen des EU-Haushalts ausgezahlt worden war. Hinzu kamen höhere Dividendenzahlungen an Gebietsfremde. Außerdem schwang in der Dienstleistungsbilanz der Positivsaldo vom Dezember (1,0 Mrd €) in ein Defizit von 2,8 Mrd € um. Dazu trugen vor allem geringere Einnahmen für EDV-Dienstleistungen bei. Demgegenüber verringerte sich der Passivsaldo bei den Sekundäreinkommen insbesondere im Gefolge niedrigerer staatlicher Ausgaben um 2,2 Mrd € auf 2,3 Mrd €.

Mittelabfluss im Wertpapierverkehr

Die internationalen Finanzmärkte standen im Januar unter dem Einfluss starker Devisen- und Aktienkursbewegungen sowie einer möglichen weiteren geldpolitischen Lockerung im Euro-Raum. Vor diesem Hintergrund ergaben sich im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands Netto-Kapitalexporte in Höhe von 11,1 Mrd €. Diese Entwicklung war überwiegend auf den Kauf von Wertpapieren durch gebietsansässige Anleger zurückzuführen (9,9 Mrd €). Sie erwarben vor allem Anleihen (7,0 Mrd €), Geldmarktpapiere (2,6 Mrd €) und Investmentzertifikate (2,2 Mrd €). Dagegen verkauften sie Aktien in Höhe von 1,9 Mrd €. Ausländische Investoren trennten sich im Januar per saldo von inländischen Wertpapieren (1,2 Mrd €). Dem Verkauf von Aktien (3,2 Mrd €) und Investmentzertifikaten (0,6 Mrd €) standen allerdings Käufe von Geldmarktpapieren (2,1 Mrd €) und Anleihen (0,5 Mrd €) gegenüber.

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im Januar zu Netto-Kapitalimporten, und zwar in Höhe von 4,2 Mrd €. Heimische Unternehmen zogen per saldo Kapital von verbundenen Unternehmen im Ausland in Höhe von 6,7 Mrd € ab. Dies erfolgte ausschließlich über Mittelzuflüsse bei den konzerninternen Krediten (10,5 Mrd €). Hingegen stockten gebietsansässige Direktinvestoren ihr Beteiligungskapital im Ausland um 3,8 Mrd € auf. Ausländische Anleger verringerten ihre Direktinvestitionen in Deutschland im Januar per saldo um 2,5 Mrd €. Hierbei spielte ebenfalls der Abbau konzerninterner Kredite eine wesentliche Rolle (6,5 Mrd €). Zugleich erhöhten gebietsfremde Investoren das Beteiligungskapital an deutschen Unternehmen um 4,1 Mrd €.

Netto-Kapitalimporte bei den Direktinvestitionen

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Januar Netto-Kapitalimporte in Höhe von 15,2 Mrd €. Diese waren maßgeblich auf Monetäre Finanzinstitute (ohne Bundesbank) zurückzuführen (30,5 Mrd €). Unternehmen und Privatpersonen verzeichneten ebenfalls einen Mittelzufluss (1,1 Mrd €). Im Gegensatz dazu kam es bei den staatlichen Stellen zu Netto-Kapitalexporten (6,0 Mrd €). Die Nettoforderungen der Bundesbank gegenüber dem Ausland erhöhten sich zudem um 10,3 Mrd €. Dahinter stand hauptsächlich die Abnahme von ausländischen Einlagen bei der Bundesbank um 7,5 Mrd €.

Mittelzuflüsse im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank nahmen im Januar – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,2 Mrd € ab.

Währungsreserven

■ Zur Schwäche des Welthandels

Der Welthandel enttäuschte in den letzten Jahren. Hatte er zwischen 1980 und 2007 noch mit Raten von durchschnittlich 6% pro Jahr zugelegt, verringerte sich sein Expansionstempo seitdem auf weniger als 3%. Zwar kann ein Großteil des Rückgangs auf die Verlangsamung des weltweiten Wirtschaftswachstums zurückgeführt werden. Aber auch die globale Handelselastizität, das heißt das Verhältnis der Änderungsraten von Welthandel und globaler Wirtschaftsleistung, nahm ab. Dies lässt Befürchtungen aufkommen, das Tempo der Globalisierung und damit der internationalen Spezialisierung habe sich verringert – mit nachteiligen Folgen für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Es kann jedoch gezeigt werden, dass die mit dem Konvergenzprozess verbundenen Verschiebungen des weltwirtschaftlichen Wachstums hin zu den Schwellenländern einen erheblichen Teil des Rückgangs erklären. Die Schwellenländer, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft stetig steigt, zeichnen sich durch eine deutlich geringere Handelselastizität aus als die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zudem war die Gewichtsverlagerung hin zu den Schwellenländern bei den handelsintensiven Komponenten der Wirtschaftsleistung besonders ausgeprägt. So wurde die Zunahme der globalen Investitionstätigkeit wie auch der weltweiten Industrieproduktion seit 2008 allein durch die aufstrebenden Volkswirtschaften erbracht.

Deshalb ist zu fragen, was hinter der geringen Handelselastizität des Wirtschaftswachstums in wichtigen Schwellenländern steht. Langfristig müssen sich Ein- und Ausfuhr ähnlich entwickeln, wenn Ungleichgewichte nicht immer größer werden sollen. Dann aber bremst das langsamere Wachstum der Absatzmärkte in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften den Außenhandel der Schwellenländer. Speziell die chinesischen Exporte scheinen an Grenzen zu stoßen. Mit der rasch zunehmenden Bedeutung in der Welt wird China von einer „kleinen“ zu einer „großen“ Volkswirtschaft, für die der internationale Güteraustausch eine geringere Rolle spielt; das Wachstumsmodell der zweitgrößten Wirtschaft kann langfristig nicht überwiegend auf dem Export gründen.

Alles in allem dürfte die enttäuschende Entwicklung des internationalen Handels in den vergangenen Jahren im Wesentlichen das Wachstumsprofil der Weltwirtschaft reflektieren. Hinweise auf eine originäre Schwäche des Welthandels oder einen starken Einfluss handelspolitischer Maßnahmen sind kaum auszumachen. Da der Wachstumsvorsprung der Schwellenländer anhalten dürfte, ist weiterhin mit einer recht geringen Handelsintensität des globalen Wirtschaftswachstums zu rechnen.

■ Symptome und Diagnosen

Nur verhaltenes Wachstum des Welthandels in den letzten Jahren

In den letzten Jahren blieb das Expansions-tempo des Welthandels weit hinter den Erwartungen zurück. In den Jahren von 1980 bis 2007 hatte das Handelsvolumen den Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge im Mittel noch um 6% pro Jahr zugenommen. Seitdem waren es nur noch knapp 3%. Berechnet man für die Jahre 1979 bis 2007 einen log-linearen Trend und schreibt diesen fort, unterschritt das Handelsvolumen im Jahr 2015 diesen Pfad um gut 17%. Unmittelbar vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war der Trend noch um 7% übertroffen worden.

Welthandelschwäche großteils auf geringeres globales Wirtschaftswachstum zurückzuführen

Ein Großteil der Schwäche des Welthandels kann rechnerisch auf die Moderation des globalen Wirtschaftswachstums zurückgeführt werden. Nicht nur der internationale Güteraus-tausch, sondern auch die weltweite Wirtschaftsleistung ist seit der Finanz- und Wirtschaftskrise auf einen niedrigeren und flacheren Expan-

sionspfad eingeschwenkt. Aggregiert man die nationalen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) mithilfe von Marktwechselkursen, erhöhte sich die globale Wirtschaftsaktivität im Schnitt der Jahre 1980 bis 2007 um 3%; seitdem wurde aber nur noch eine Zunahme um 2% pro Jahr verzeichnet. Entsprechend verfehlte auch die weltweite Wertschöpfung im vergangenen Jahr ihren früheren Trendpfad. Eine Schätzung des log-linearen Zusammenhangs mit der globalen Wirtschaftsleistung erklärt die Abweichung des Welthandels von seinem Vorkrisenpfad zu zwei Dritteln.¹⁾

Allerdings hat sich auch das Verhältnis des Wachstums zwischen Welthandel und globaler Produktion verschoben. Eine rollierende Relation der durchschnittlichen Wachstumsraten über jeweils fünf Jahre legt eine spürbare Abnahme der sogenannten Welthandel-elastizität nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nahe (siehe technische Erläuterungen auf S. 34 ff.).²⁾ In dieser Rechnung zeigt sich zudem, dass die Elastizität bereits zuvor größeren Schwankungen unterlegen hat. Auffällig ist der tendenzielle Anstieg in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren, gefolgt von einem Rückgang um die Jahrtausendwende. Setzt man die durchschnittlichen Änderungsraten beider Größen für den gesamten Vorkrisenzeitraum zueinander in Beziehung, ergibt sich eine Elastizität von 2. Deshalb gingen viele Experten davon aus, dass der Welthandel über längere Zeiträume etwa doppelt so schnell wie die globale Wirtschaftsaktivität wachsen würde. In der

Dynamik des Welthandels aber auch im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum enttäuschend

Welthandelsvolumen

Indizes, log. Maßstab



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015); Angaben des IWF zu 2015 sind teilweise geschätzt. **1** Log-linearer Trend für den Zeitraum 1979 bis 2007, extrapoliert. **2** Welthandelsvolumen an Waren und Dienstleistungen, 2007 = 100. **3** Gemäß linearem Zusammenhang zwischen den logarithmierten Niveaus des Welthandelsvolumens und der globalen Wirtschaftsleistung (auf Basis von Marktwechselkursen) im Zeitraum 1979 bis 2007.

Deutsche Bundesbank

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum empirischen Zusammenhang zwischen Welthandel und Wirtschaftsleistung, Monatsbericht, November 2013, S. 14–18.

2 Betrachtet man das Niveau des Welthandelsvolumens, sind die Abweichungen gegenüber einem log-linearen Zusammenhang zur globalen Wirtschaftsleistung (geschätzt für den Zeitraum 1979 bis 2007) ab dem Jahr 2008 rückläufig. Dies weist ebenfalls auf eine mögliche Abnahme der Elastizität nach 2007 hin.

Nachkrisenzeit verringerte sich diese Relation aber auf 1,4.³⁾

Mögliche Implikationen für Wirtschaftspolitik

Diese hartnäckige, so nicht erwartete Verringerung der Welthandelselastizität in den vergangenen Jahren ist erklärungsbedürftig. Das hohe Tempo der Globalisierung in den Vorkrisenjahren war als wichtiger Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft angesehen worden. Eine genuine Schwäche des internationalen Handels könnte die allgemeine Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen erforderlich machen.

Diskussion über zyklische und strukturelle Ursachen

Als mögliche Ursachen für die besondere Schwäche des Welthandels sind zyklische und strukturelle Faktoren benannt worden. Strukturelle Faktoren verändern den Zusammenhang zwischen internationalem Handel und Wirtschaftsleistung grundlegend und damit nachhaltig. Dazu zählen insbesondere das Tempo der Spezialisierung, auch in Form länderübergreifender Produktionsketten, das Ausmaß an Protektionismus oder die Rolle von Finanzierungsrestriktionen.

Starke konjunkturelle Einflüsse 1982, 2001 und 2009

Der kurzfristige konjunkturelle Einfluss wird ersichtlich, wenn anstelle mehrjähriger Durchschnitte die jährlichen Quotienten der Änderungsraten des Welthandelsvolumens und der globalen Wirtschaftsleistung betrachtet werden. Die so gemessenen Elastizitäten brachen insbesondere in den Jahren 1982 und 2001 ein, als der internationale Handel zurückging oder zumindest stagnierte, während sich das globale Wachstum erheblich verlangsamte. Aber auch der scharfe Anstieg der Relation im Jahr 2009 verdeutlicht den zyklischen Einfluss. Damals schrumpfte das Handelsvolumen um ein Vielfaches stärker als die Wirtschaftsleistung, sodass sich die Elastizität rechnerisch erhöhte, wenngleich dies ein Ausdruck der besonderen Handelsschwäche war.⁴⁾

Fokussierung des internationalen Handels auf Waren, nicht zuletzt Investitionsgüter, ...

Maßgeblich für die ausgeprägte zyklische Reagibilität des internationalen Handels ist, dass sich die Handelsaktivitäten stärker auf die Produkte des Verarbeitenden Gewerbes kon-

Wachstum des Welthandelsvolumens und der globalen Wirtschaftsleistung



Quelle: IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015) und eigene Berechnungen; Angaben des IWF zu 2015 sind teilweise geschätzt. **1** Waren und Dienstleistungen. **2** Aggregation nationaler Wachstumsraten des realen BIP mithilfe von Marktwechselkursen.

Deutsche Bundesbank

zentrieren und weniger auf die konjunkturell stabileren Dienstleistungen. Letztere machen jedoch den Löwenanteil der Wirtschaftsleis-

3 Fasst man die nationalen BIP-Raten alternativ mithilfe kaufkraftparitätischer Wechselkurse zusammen, hat sich die so berechnete Elastizität noch deutlicher verringert, nämlich von 1,7 auf nur noch 0,9. Allerdings sind Wechselkurse auf Basis von Kaufkraftparitäten für den internationalen Handel ohne Bedeutung, sodass die mit ihrer Hilfe berechnete Wirtschaftsleistung der Welt in diesem Zusammenhang keinen geeigneten Maßstab darstellt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), Zum empirischen Zusammenhang zwischen Welthandel und Wirtschaftsleistung, a. a. O.; sowie P. Ollivaud und C. Schwelnus, Does the Post-Crisis Weakness of Global Trade Solely Reflect Weak Demand?, OECD Journal: Economic Studies, Vol. 2015/1, S. 269–297.

4 Während sich die weltweite Wirtschaftsleistung (auf Basis von Marktwechselkursen) 2009 um 2% gegenüber dem Vorjahr verringerte, sackte das globale Handelsvolumen um gut 10% ab. In der Relation der Durchschnittsraten über mehrere Jahre wirkt dies allerdings dämpfend auf die Elastizität. Vgl. auch: C. Freund, The Trade Response to Global Downturns, in: R. Baldwin (Hrsg., 2009), The Great Trade Collapse: Causes, Consequences and Prospects, Center for Economic Policy Research, VoxEU.org Report, London, S. 59–70.

tung aus.⁵⁾ Zu beachten ist ferner, dass die jeweiligen Ströme unterschiedlichen Verwendungen zugeführt werden. Die Wirtschaftsleistung (bzw. Wertschöpfung) ist eine Nettogröße, die sich nach Abzug von Vorleistungen ergibt. Es handelt sich um Einkommen, das letztlich entweder konsumiert oder investiert wird. Dabei entfallen drei Viertel der weltweiten Ausgaben auf den Verbrauch, nur ein Viertel auf investive Zwecke. Demgegenüber sind Exporte und Importe Bruttogrößen, die in großem Umfang Vorleistungen enthalten. Primär- und Zwischenerzeugnisse machen mehr als 60% des internationalen Warenhandels aus. Zudem sind die Anteile der Konsum- und Investitionsgüter am internationalen Warenverkehr (mit ca. 22% bzw. 15%) erheblich ausgewogener als an der gesamtwirtschaftlichen Verwendung.

... bedingt
starke zyklische
Fluktuationen

In Rezessionen werden vor allem die Ausgaben für solche Güter aufgeschoben, auf deren Anschaffung vorübergehend leicht verzichtet werden kann. Das gilt in erster Linie für langlebige Konsum- und Investitionsgüter. Deshalb unterliegt die industrielle Produktion weitaus stärkeren Ausschlägen als die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich. Entsprechend markant sind aber auch die Fluktuationen des internationalen Handels, für den die Investitionsgüter eine vergleichsweise hohe Bedeutung haben, insbesondere wenn die zugehörigen Vorleistungen berücksichtigt werden. Dazu passt auf der gesamtwirtschaftlichen Verwendungsseite, dass neben dem Export vor allem den Investitionen ein hoher Importgehalt zugerechnet wird.⁶⁾

Neben konjunkturellen
Einflüssen ...

Nicht zuletzt die deutliche Verringerung der internationalen Warenströme im Winterhalbjahr 2008/2009 wurde im Zusammenhang mit der damaligen Synchronität der rezessiven Tendenzen über Ländergrenzen hinweg gesehen, gerade mit Blick auf die Industrieproduktion und Investitionstätigkeit.⁷⁾ Diese zyklische Deutung der damaligen Welthandelsschwäche schien sich durch die recht kraftvolle Erholung in den Jahren unmittelbar nach der Krise zu bestätigen. Als das globale Wirtschaftswachstum 2012 nachließ, verlangsamte sich die Expansion

im grenzüberschreitenden Güteraustausch wieder deutlicher. Zwar wurden in Studien weiterhin zyklische Einflüsse hervorgehoben, insbesondere die hartnäckige Investitionsschwäche in fortgeschrittenen Volkswirtschaften.⁸⁾ Allerdings scheint ein erheblicher Teil der Flaute des internationalen Handels unerklärt zu bleiben, selbst wenn die veränderte Zusammensetzung der globalen Nachfrage berücksichtigt wird.⁹⁾ Ein derartiges Residuum wird häufig als Beleg für den Einfluss struktureller Faktoren gewertet.

An Bedeutung hat vor allem das Argument gewonnen, die Expansion internationaler Wertschöpfungsketten – oder gar die Globalisierung selbst – habe sich verlangsamt. In einer vielfach zitierten Studie sehen Constantinescu et al. (2015) darin die Ursache für eine Verschiebung der langfristigen Beziehung zwischen Welthandel und Wirtschaftsleistung.¹⁰⁾ Bislang wurde

... auch
strukturelle
Verwerfungen
diskutiert

⁵ Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung umfasst viele Güter, die üblicherweise über Ländergrenzen hinweg nicht gehandelt werden. Dazu gehören neben zahlreichen Dienstleistungen auch Bauten. Angaben der Weltbank zufolge entfallen rd. 70% des globalen Produktionswertes auf Dienstleistungen. Mit einem Anteil von lediglich einem Fünftel spielen diese aber für den Welthandel eine untergeordnete Rolle. Der internationale Güteraustausch fokussiert sich auf Waren, insbesondere auf Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes. Diese machen zwar lediglich ein Sechstel der globalen Produktion aus, aber die Hälfte des Welthandels.

⁶ Vgl.: M. Bussière, G. Callegari, F. Ghironi, G. Sestieri und N. Yamano (2013), Estimating Trade Elasticities: Demand Composition and the Trade Collapse of 2008–2009, *American Economic Journal: Macroeconomics*, Vol 5, No 3, 118–151.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzmarktschock und Einbruch der Industrieproduktion in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Monatsbericht, Mai 2009, S. 14 f.; sowie R. Baldwin, The Great Trade Collapse: What Caused It and What Does It Mean?, in: R. Baldwin (Hrsg., 2009), *The Great Trade Collapse: Causes, Consequences and Prospects*, Center for Economic Policy Research, VoxEU.org Report, London, S. 1–14.

⁸ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum, Monatsbericht, Januar 2016, S. 33–52.

⁹ Boz et al. (2014) betrachten den Rückstand des Importvolumens gegenüber einem fortgeschriebenen langfristigen Trend für 18 fortgeschrittene Volkswirtschaften im Zeitraum vom ersten Quartal 2012 bis zum zweiten Jahresviertel 2014. Mithilfe des Modells von Bussière et al. (2013) führen sie gut die Hälfte des Rückstandes auf konjunkturelle Einflüsse zurück. Vgl.: E. Boz, M. Bussière und C. Marsilli (2014), Recent Slowdown in Global Trade: Cyclical or Structural, VoxEU.org.

¹⁰ Vgl.: C. Constantinescu, A. Mattoo und M. Ruta (2015), The Global Trade Slowdown: Cyclical or Structural?, IMF Working Paper, Nr. 15/6.

die internationale Rolle Chinas oft als Beispiel der vertikalen Spezialisierung („verlängerte Werkbank“) charakterisiert, da dort in erster Linie importierte Vorleistungen weiterverarbeitet würden, um die erzeugten Fertigprodukte in die USA zu exportieren. Nun aber verdeutliche die schwache Entwicklung der Einfuhren gerade dieser Länder die Verlangsamung im Ausbau der internationalen Arbeitsteilung. Darüber hinaus wird in vielen Studien die mögliche Bedeutung des Protektionismus für die Trägheit des Welthandels diskutiert.

Welthandel und Wirtschaftsleistung

Was erklärt den Rückgang der Welthandelselastizität seit der Krise?

Freilich greift die gängige Unterscheidung zwischen zyklischen und strukturellen Ursachen der Trägheit des Welthandels zu kurz. Neben der Zusammensetzung der Wirtschaftsleistung nach Verwendungszwecken können auch andere Kompositionseffekte die globale Handelselastizität beeinträchtigen. Zudem muss ihr Einfluss nicht zwingend temporär sein.

Geografische Komposition

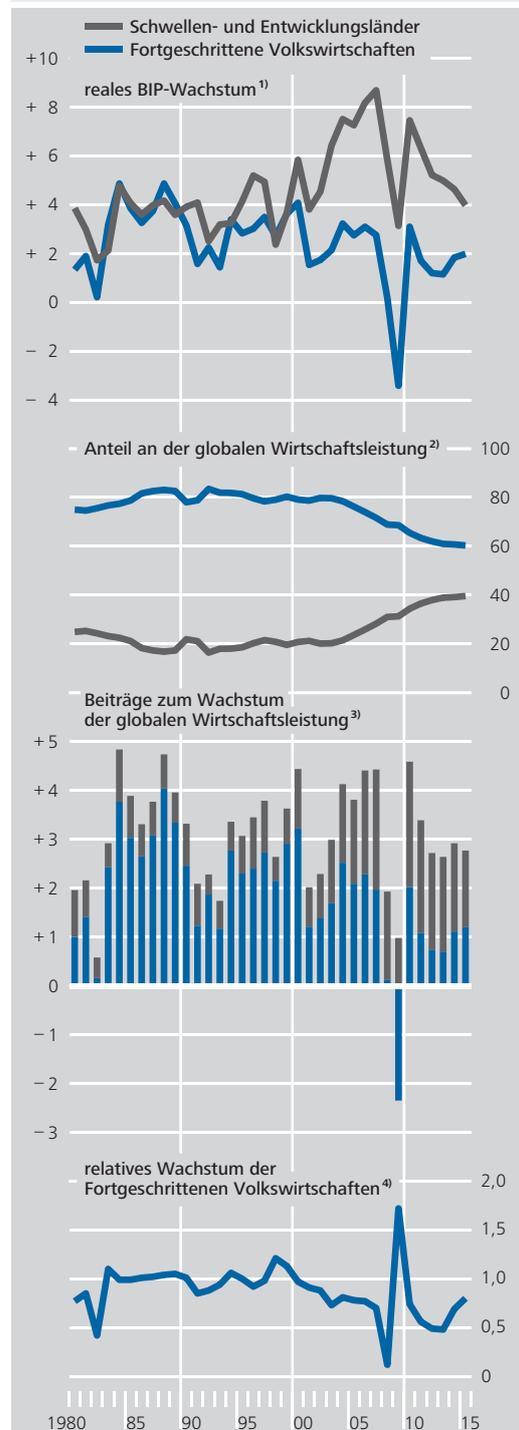
Diskrepanzen zwischen globaler und regionaler Betrachtung

Dem deutlichen Rückgang der globalen Handelselastizität steht eine geringere Abnahme der Elastizitäten für die Gruppen der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften beziehungsweise der Schwellen- und Entwicklungsländer gegenüber. So hat sich die Relation der durchschnittlichen Wachstumsraten der Importe¹¹⁾ und des BIP im Fall der letztgenannten Gruppe von 1,4 vor der Krise auf 1,0 seit 2008 reduziert; für die Industrieländer ergibt sich sogar lediglich eine Verminderung von 2,1 auf 1,9. Die Diskrepanz zwischen dem vergleichsweise kleinen

¹¹ Während auf globaler Ebene Importe und Exporte übereinstimmen sollten, gilt dies für einzelne Volkswirtschaften nicht. Um den Zusammenhang zur Wirtschaftsaktivität auf Länderebene zu prüfen, ist die Betrachtung der Einfuhren üblich. Denn die Importe werden weithin in Abhängigkeit von der Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft gesehen, wohingegen die Exporte stärker von der ausländischen Nachfrage geprägt werden.

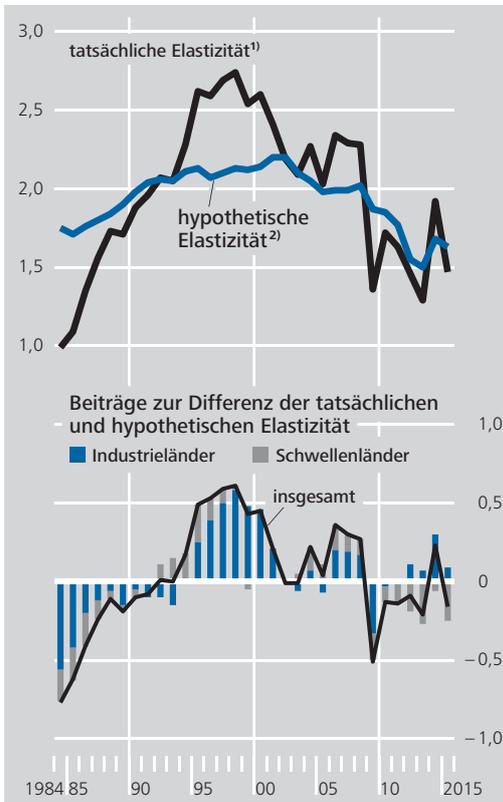
Indikatoren für den Bedeutungsgewinn der Schwellen- und Entwicklungsländer

Angaben in % bzw. %-Punkten



Quelle: IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015) und eigene Berechnungen; Angaben des IWF zu 2015 sind teilweise geschätzt. Länderkreise des IWF. **1** Aggregation auf Basis kaufkraftparitätischer Wechselkurse. **2** Nominal (US-Dollar-Basis), Umrechnung mit Marktwechselkursen. **3** Approximation durch Gewichtung der Wachstumsraten des realen BIP für die Länderkreise (zu kaufkraftparitätischen Wechselkursen) mit ihren Anteilen am nominalen BIP (zu Marktwechselkursen). **4** Wachstumsrate des realen BIP des Länderkreises (zu kaufkraftparitätischen Wechselkursen) bezogen auf das Wachstum der globalen Wirtschaftsleistung zu Marktwechselkursen.

Tatsächliche und hypothetische Welthandelselastizität¹⁾



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Weltbank (World Development Indicators) und des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015); Angaben des IWF zu 2015 sind teilweise geschätzt. * Welt als Aggregat für 42 Länder, Länderkreise gemäß Einteilung des IWF. Angaben zu Elastizität und Beiträgen ohne Einheit. **1** Quotient der (gleitenden) durchschnittlichen Wachstumsraten der realen Einfuhren (Waren und Dienstleistungen) und des realen BIP über die jeweils letzten fünf Jahre. **2** Annahme einer konstanten Elastizität auf Länderebene über den gesamten Zeitraum, vorgegeben als Quotient der durchschnittlichen Wachstumsraten der realen Einfuhren und des realen BIP über den Zeitraum 1980 bis 2007.
 Deutsche Bundesbank

Rückgang für die einzelnen Länderkreise und der spürbaren Abnahme für die weltweite Relation deutet auf Kompositionseffekte hin. Wegen der geringeren Handelselastizität der Schwellenländer kann bereits eine Verschiebung des Wachstumsschwerpunkts zugunsten dieser ersten Gruppe die globale Elastizität dämpfen, auch wenn sich die Zusammenhänge auf der tieferen Ebene nicht verändert haben.¹²⁾

Verschiebung des globalen Wachstums zugunsten der Schwellenländer

Tatsächlich ist die Expansion der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren ganz wesentlich von den Schwellenländern getragen worden, nachdem in den achtziger und neunziger Jahren noch die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften

einen dominierenden Einfluss ausgeübt hatten. Während sich das Wachstum des realen BIP in den Industrieländern im Zeitablauf deutlich abschwächte, verstärkte sich die Dynamik in den aufstrebenden Volkswirtschaften mitunter sogar. Seit dem Jahr 2000 belief sich der jährliche Wachstumsvorsprung der Schwellenländer auf mindestens 1¾ Prozentpunkte. Als die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2009 in eine tiefe Rezession stürzten, erreichte er sogar 6½ Prozentpunkte. In der Folge verdoppelten die Schwellenländer ihren Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung zwischen 1999 und 2015 auf knapp 40%. In ähnlichem Umfang nahm auch ihre Bedeutung für den internationalen Handel zu. Deshalb prägen die Schwellenländer nun ganz wesentlich das globale Expansions-tempo, und die Verlangsamung in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften schlägt nicht mehr in dem Maße auf die globale Rate durch, wie sie es früher getan hätte.

Ein einfaches kontrafaktisches Experiment demonstriert die Bedeutung der Gewichtsverlagerungen innerhalb der Weltwirtschaft für die Handelsintensität des globalen Wachstums. Dazu werden im Folgenden Daten zu insgesamt 42 Volkswirtschaften herangezogen, einschließlich einiger wichtiger Schwellenländer, und deren Importelastizitäten als Relation der durchschnittlichen Wachstumsraten des Importvolumens und des realen BIP in der Vorkrisenzeit (1980 bis 2007) bestimmt. Anschließend werden die länderspezifischen Elastizitäten über den gesamten Zeitraum bis 2014 konstant gehalten und lediglich ihre Gewichte, das heißt die nationalen Importanteile und relativen Wachstumsraten, gemäß den tatsächlichen Da-

Abnahme der globalen Elastizität zu wichtigem Teil auf Verschiebung der globalen Gewichte zurückzuführen, ...

¹² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Rückgang der Elastizität des Welthandels gegenüber der globalen Wirtschaftsleistung, Monatsbericht, Januar 2015, S. 27–30. Ein Grund für die relativ geringe Handelsintensität des Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern könnte sein, dass ein gegebener Impuls aus dem Ausland dort eine vergleichsweise starke Zunahme des Einkommens (von niedrigerem Niveau aus) generiert.

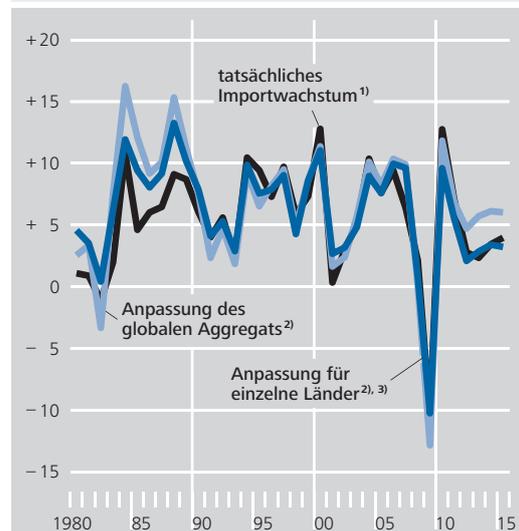
ten variiert.¹³⁾ Im Ergebnis weicht die berechnete hypothetische globale Handelselastizität in den letzten Jahren erheblich von dem Vorkrisenschnitt von 2 nach unten ab; in den Jahren 2012 und 2013 fällt sie auf 1½. Insgesamt kann auf diese Weise der Rückgang der globalen Elastizität etwa zur Hälfte erklärt werden.¹⁴⁾

... aber auch Importintensität des Wachstums der Schwellenländer verringert

Die Zerlegung der globalen Handelselastizität in ihre Bestandteile erlaubt es, die rechnerischen Beiträge einzelner Volkswirtschaften oder Ländergruppen zu ermitteln. Aus dem Unterschied zwischen den tatsächlichen und hypothetischen Beiträgen kann geschlossen werden, inwieweit Veränderungen der nationalen Elastizitäten auf globaler Ebene bedeutsam geworden sind. So wird der Anstieg der tatsächlichen Welthandelselastizität im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre nur zu einem kleinen Teil hypothetisch nachvollzogen. Dahinter steht vor allem, dass das Wirtschaftswachstum gerade in den Industrieländern handelsintensiver wurde. Die spätere Abnahme der globalen Elastizität hingegen wird großteils auch im Rahmen des Gedankenexperiments nachvollzogen. Das bedeutet, dass sie in diesem Umfang auf die Verschiebung des globalen Wachstums zugunsten der Schwellenländer zurückgeführt werden kann. Nicht zuletzt die wirtschaftliche Schwäche des Euro-Raums hat demnach im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie später der Staatsschuldenkrise den Welthandel beeinträchtigt. Im Fall der USA allerdings ist der tatsächliche Beitrag zur globalen Handelselastizität in den vergangenen Jahren zeitweise merklich hinter dem hypothetischen zurückgeblieben, so dass hier über die Verlangsamung der BIP-Expansion hinaus auch eine spezifische Importschwäche zu Buche schlägt. Im Wesentlichen aber kann die Lücke zwischen der tatsächlichen und der hypothetischen globalen Elastizität ab dem Jahr 2010 den Schwellenländern zugerechnet werden, und dort nicht zuletzt der chinesischen Volkswirtschaft. In China scheint sich die Importintensität des Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren spürbar verringert zu haben.

Wachstum des globalen Importvolumens und angepasste Wachstumsraten des BIP

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Weltbank (World Development Indicators) und des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015); Angaben des IWF für 2015 sind teilweise geschätzt. **1** Aggregiertes Volumen der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen für 42 Länder. **2** Anpassung der entsprechend standardisierten Wachstumsraten des realen BIP an Mittelwert und Standardabweichung der Wachstumsraten der realen Importe im Zeitraum 1990 bis 2007 in Anlehnung an Stratford (2015). **3** Aggregation der nationalen Raten mithilfe der Anteile am globalen Importwert.

Deutsche Bundesbank

Vor diesem Hintergrund dürfte die globale Handelselastizität auch in den kommenden Jahren merklich niedriger ausfallen als in der Vorkrisenzeit. Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist die Persistenz der Gewichtsverlagerungen innerhalb der Weltwirtschaft. Die Anteilsgewinne der Schwellenländer im internationalen Handel dürften von Dauer sein. Auch die Verschiebung der Wachstumsrelationen scheint nachhaltig. Mit der Überwindung der Rezession im Euro-Raum im Gefolge der Staatsschuldenkrise hat sich zwar das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wieder etwas gefestigt,

Verschiebung der globalen Gewichte wohl weitgehend persistent

¹³ Aufgrund der recht starken Ausschläge der jährlichen Daten werden zur Veranschaulichung die Gewichte auf Basis gleitender Durchschnitte für die jeweils letzten fünf Jahre berechnet.

¹⁴ Erweitert man das Experiment, indem zusätzlich die nationalen Anteile auf ihren Mittelwert vor der Krise fixiert werden, d. h., nur noch das relative Wachstum variiert wird, sinkt die hypothetische globale Elastizität noch stärker. Isoliert betrachtet wirkt die Verschiebung der Handelsanteile positiv auf die globale Elastizität, da es letztlich die Volkswirtschaften mit vergleichsweise starkem Handelswachstum sind, die im Zeitablauf ihre Anteile ausbauen.

Zum Außenhandel der USA

Die relativ schwache Zunahme der Importe der USA in den vergangenen Jahren ist teilweise als Ausdruck nachlassender Globalisierungstendenzen gewertet worden. Dem steht jedoch eine erheblich günstigere Entwicklung der Exporte gegenüber. Während die amerikanische Wirtschaft ihre realen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen im Zeitraum 2008 bis 2015 jährlich nur um 1½% steigerte, zogen ihre Ausfuhren doppelt so schnell an (+ 3%). Auch im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Dynamik – das reale Bruttoinlandsprodukt legte dem Mittel nach um 1¼% zu – ist dieses Tempo beachtlich. Hinter den unterschiedlichen Entwicklungen im Auslandsgeschäft dürften nicht zuletzt Anpassungen im Zusammenhang mit dem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht der USA stehen, das unmittelbar vor der Finanz- und Wirtschaftskrise immer noch recht hoch war. Mit ins Bild zu nehmen ist auch ein spürbarer Einfluss des

sogenannten „Fracking-Booms“. Aufgrund der kräftigen Ausweitung der amerikanischen Förderung mithilfe unkonventioneller Methoden ist die importierte Menge an Rohöl und daraus erstellten Produkten seit 2008 jährlich um 4% gesunken. Ohne Rohöl gerechnet ergibt sich daher eine deutlich höhere durchschnittliche Zuwachsrates des Importvolumens für Waren und Dienstleistungen (+ 2½%), die sich nur noch wenig vom Tempo der Exporte unterscheidet. Zudem sind die Einfuhren speziell in den letzten beiden Jahren wieder kräftiger gestiegen als zuvor. Neben der günstigen Entwicklung der Binnennachfrage im Vergleich zu wichtigen Handelspartnern könnte dabei zuletzt auch die Aufwertung des US-Dollar eine Rolle gespielt haben. Insgesamt erscheint es fragwürdig, aus den amerikanischen Einfuhrdaten Rückschlüsse über etwaige tiefer liegende Triebkräfte des Welthandels zu ziehen.

während sich die Wachstumsperspektiven für die Schwellenländer in den letzten Jahren eingetrübt haben.¹⁵⁾ Gleichwohl dürfte ein beachtliches Wachstumsgefälle gegenüber den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch in der näheren Zukunft bestehen bleiben.

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Analyse erweisen sich als robust hinsichtlich verschiedener Modifikationen. Das gilt insbesondere, wenn anstelle der Einfuhren das Handelsvolumen der einzelnen Länder betrachtet wird, definiert als die gewichtete Summe der realen Importe und Exporte. Bemerkenswert ist allerdings, dass dann die USA nicht mehr in dem Maße hervorstechen. Die gedämpfte Aufwärtsbewegung der US-Einfuhren steht wohl im Zusammenhang mit landesspezifischen Entwicklungen (siehe oben stehende Erläuterungen).

Der Einfluss der geografischen Zusammensetzung des globalen Wirtschaftswachstums wird ebenfalls bestätigt, wenn alternative Maße für

die Handelselastizität herangezogen werden. Eine Studie von Stratford (2015) zeigt sogar, dass dieser Effekt die Schwäche des Welthandels praktisch vollständig erklären kann, sofern als Referenz hypothetische Wachstumsraten der Einfuhren herangezogen werden, die sich aus der Anpassung nationaler BIP-Raten an Mittelwerte und Volatilitäten der Importveränderungen ergeben.¹⁶⁾ Historisch ist der Welthandel im Schnitt nicht nur doppelt so schnell gestiegen wie die Wirtschaftsleistung; die anhand der Standardabweichung gemessenen Ausschläge seiner Veränderungsrate sind sogar mehr als dreimal so groß gewesen. Demnach ist es im Fall einer allgemeinen Wirtschaftsschwäche

Ähnliche
Ergebnisse bei
Betrachtung
der Handels-
volumina ...

... oder
alternativer
Elastizitätsmaße

¹⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern, Monatsbericht, Juli 2015, S. 15–32.

¹⁶ Dazu ist zunächst das BIP-Wachstum mithilfe des eigenen Mittelwerts und der eigenen Standardabweichung zu standardisieren. Vgl.: K. Stratford (2015), Why has World Trade been so Weak in Recent Years?, Bank of England, <http://bankunderground.co.uk/2015/10/28/why-has-world-trade-been-so-weak-in-recent-years/>

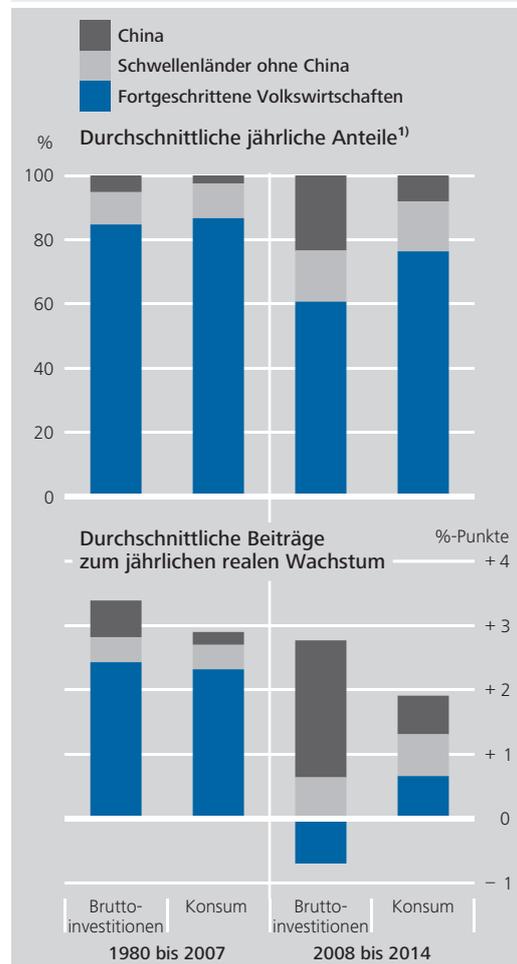
nicht ungewöhnlich, wenn das Handelswachstum in noch stärkerem Maße nachlässt. Zwar hilft eine entsprechende Adjustierung der globalen Raten nicht, die schleppende Expansion der Einfuhren seit 2012 zu verstehen, weil das Wachstum der Weltwirtschaft in diesen Jahren nicht so ungewöhnlich schwach war. Allerdings verdeckt die globale Betrachtung größere Abweichungen auf der Länderebene, die bei Adjustierung der nationalen BIP-Raten und anschließender Aggregation zum Tragen kommen.¹⁷⁾ Der Ansatz verdeutlicht die potenzielle Rolle der geografischen Zusammensetzung des Wirtschaftswachstums in Verbindung mit den stärkeren Ausschlägen der internationalen Güterströme. Da in gängigeren Betrachtungen der Kompositionseffekt die Welthandelschwäche nicht vollständig erklärt, lohnt es sich möglicherweise, speziell die schwankungsanfälligen Bestandteile der Wirtschaftsleistung ins Bild zu nehmen.

Verwendungsseitige Komposition

Große internationale Diskrepanzen in der Investitionstätigkeit

Auf der Verwendungsseite sind dies die Investitionen, die ähnlich stark fluktuieren wie die Außenhandelsströme und aufgrund eines hohen Importgehalts in einem vergleichsweise engen Zusammenhang mit diesen stehen. Zudem sind länger anhaltende Investitionsflauten durchaus denkbar, sodass auch recht persistente Abweichungen von historischen Normen erklärt werden können. Von einer globalen Investitionsschwäche seit der Finanz- und Wirtschaftskrise kann jedoch kaum die Rede sein. Die realen Bruttoinvestitionen sind in dem hier betrachteten Kreis von 42 Ländern im Schnitt der Jahre 2008 bis 2014 sogar geringfügig stärker gestiegen als die preisbereinigten Konsumausgaben. Dahinter stehen allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Volkswirtschaften. So ist das Wachstum der Bruttoinvestitionen letztlich allein den Schwellenländern zuzuschreiben, allen voran China. Dort verdoppelten sich die realen Investitionsausgaben bis 2014 gegenüber ihrem Vorkrisen-

Regionale Zusammensetzung der globalen Nachfrage^{*)}



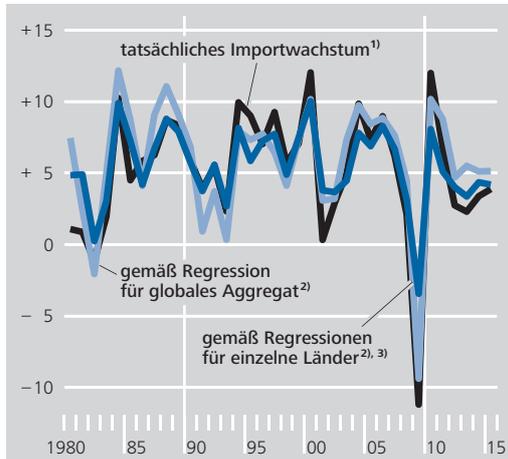
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Weltbank (World Development Indicators). * Aggregat für 42 Länder; Länderkreise gemäß Einteilung des IVF. Aggregation mithilfe von Marktwchselkursen. 1 Nominal, auf US-Dollar-Basis.
 Deutsche Bundesbank

niveau. In den übrigen aufstrebenden Volkswirtschaften legten sie immerhin um knapp ein Drittel zu, wohingegen die Investitionen in den Industrieländern gegenüber dem Stand des Jahres 2007 sogar noch um 5% zurückblieben.

17 Einige besondere Eigenschaften des Ansatzes können hervorgehoben werden. Er entspricht einer Regression des Importwachstums auf das BIP-Wachstum und eine Konstante im Fall einer vollkommenen Korrelation. Ein solcher Gleichlauf ist jedoch in der Vergangenheit nicht zu beobachten gewesen. Der konstante Mittelwert impliziert, dass die offensichtliche Handelselastizität mit der Höhe des Wirtschaftswachstums variiert. Zudem ist fraglich, wie haltbar die Annahme eines unveränderten Mittelwerts des Importwachstums angesichts persistenter Abweichungen nach unten in den vergangenen Jahren ist. Schließlich scheinen die Ergebnisse des Ansatzes von der Wahl der Referenzperiode nicht unabhängig zu sein.

Globales Importwachstum und Zusammenhang zum Wachstum des Konsums und der Bruttoinvestitionen

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Weltbank (World Development Indicators) und des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015); für 2015 teilweise Schätzungen auf Basis von IWF-Angaben. Veränderungsdaten gemäß Differenzen logarithmierter Niveaus. **1** Globales Volumen der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen; Aggregat für 42 Länder. **2** Regression des logarithmierten Niveaus der realen Importe auf die logarithmierten Niveaus der realen Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen und der relativen Importpreise sowie eine Konstante für den Zeitraum 1979 bis 2007. **3** Aggregation der geschätzten nationalen Veränderungsdaten der Importe mithilfe der Anteile am globalen Importwert.

Deutsche Bundesbank

Ausgewogener gestaltete sich die globale Expansion des privaten und öffentlichen Verbrauchs. Aufgrund dieser Wachstumsdifferenzen hat sich mittlerweile ein markantes Missverhältnis zwischen den Anteilen Chinas an den Verwendungskomponenten aufgebaut: Zu den gesamten Verbrauchsausgaben in dem hier betrachteten Länderkreis steuerten die privaten und öffentlichen Haushalte Chinas 2014 gut 10% bei, zu den Investitionsausgaben jedoch fast 30%.

Anpassungen der Investitionen in verschiedenen Wirtschaftsräumen dämpfen globales Importwachstum

Neben den besonderen Entwicklungen der Investitions- und Konsumtätigkeit sind auch die länder- und verwendungsspezifischen Importneigungen zu berücksichtigen. Bemerkenswert ist, dass gerade in China die Dynamik der Einfuhren in einem engen Verhältnis zum Investitionswachstum zu stehen scheint.¹⁸⁾ Demnach dürfte die begonnene Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaft – hin zu einer stärkeren Konsumorientierung – vor allem in den kommenden Jahren kaum für die Importe förderlich

sein. Dagegen hat während der Staatsschuldenkrise wohl in erster Linie die Einschränkung der Investitionstätigkeit im Euro-Raum die Entwicklung der globalen Einfuhren belastet.¹⁹⁾ Zuletzt könnten die Anpassungen der Rohstoffe exportierenden Volkswirtschaften einen spürbar dämpfenden Einfluss ausgeübt haben (siehe Erläuterungen auf S. 23 f.).

Sektorale Komposition

Spiegelbildlich zur Bedeutung einzelner Verwendungsgrößen trägt auch die Aufschlüsselung der Entstehungsseite in Verbindung mit der regionalen Verteilung zum Verständnis der Welthandelsschwäche bei. Zwar sind keine umfassenden internationalen Datensätze mit langer Historie zur Aufgliederung der Wertschöpfung nach Sektoren verfügbar. Allerdings erlauben die Angaben des Centraal Planbureau im World Trade Monitor, die Industrieproduktion und den Warenimport für die Welt insgesamt und einzelne Wirtschaftsräume in Zusammenhang zu stellen.²⁰⁾ Dabei zeigt sich in der Industrie eine ähnlich unausgewogene Entwicklung wie bei den Investitionen. So ist die Zunahme der weltweiten Industrieproduktion um 16 ½% seit 2008 ausschließlich auf die Schwellenländer zurückzuführen.²¹⁾ Während die Erzeugung dort im vergangenen Jahr ihr Vorkri-

Expansion der globalen Industrieproduktion ganz wesentlich von asiatischen Schwellenländern getragen, ...

18 Das ergibt sich aus verschiedenen Regressionen, die als erklärende Größen für die realen Importe die preisbereinigten Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen und die relativen Preise enthalten. Dazu passt der geringe Anteil der Konsumgüter an den chinesischen Einfuhren.

19 Das reale BIP der EWU ist 2012 um knapp 1% gegenüber dem Vorjahr gesunken, 2013 um ¼%; die realen Bruttoinvestitionen hingegen schrumpften um 7 ½% bzw. 1¾%.

20 Auf diese Weise wird die Dienstleistungssparte ausgeklammert, die für den Welthandel nur eine untergeordnete Rolle spielt. Im Gegensatz dazu haben Constantinescu et al. (2015) die Elastizität der verschiedenen Güterkategorien des Welthandels (Waren und Dienstleistungen) gegenüber der gesamten Wirtschaftsleistung untersucht. Dieser Ansatz übersieht freilich die möglicherweise wechselnde Bedeutung der Gütergruppen für das Einkommenswachstum. Vgl.: C. Constantinescu, A. Mattoo und M. Ruta (2015), The Global Trade Slowdown: Cyclical or Structural?, a. a. O.

21 Zu beachten ist, dass sich die Abgrenzung der Länderkreise des Centraal Planbureau nicht vollständig mit der Definition des IWF deckt.

Zu den jüngsten Tendenzen im globalen Warenhandel

Der Welthandel blieb auch in jüngster Zeit ohne Schwung. Legt man die Angaben des Centraal Planbureau (CPB) zugrunde, dann hat das Volumen des internationalen Warenhandels im vergangenen Jahr nur um 2½% expandiert. Dem Wert nach ist der grenzüberschreitende Handel auf US-Dollar-Basis sogar beträchtlich geschrumpft. Maßgeblich hierfür dürften jedoch der rein rechnerische Effekt der kräftigen Aufwertung der amerikanischen Währung und die mitunter massive Verbilligung der Rohstoffe gewesen sein. Diese machen einen wichtigen Teil des globalen Handels aus. Die Verschiebungen der relativen Preise könnten ohnehin latente Probleme der Preisbereinigung der nominalen Handelswerte noch verschärft haben. Insofern ist auch das aus makroökonomischer Sicht relevante Bild der realen Warenströme mit Vorsicht zu interpretieren.¹⁾

Betrachtet man den Welthandel von der Importseite, dann war die Schwäche im vergangenen Jahr vor allem auf die Gruppe der Schwellenländer zurückzuführen. Dort ging das Importvolumen nach der Rechnung des CPB sogar leicht zurück. Demgegenüber stiegen die Einfuhren der Industrieländer

recht kräftig.²⁾ Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bestätigen dieses Bild. Insbesondere die realen Waren- und Dienstleistungsimporte der USA zogen im vergangenen Jahr stark an (+ 5%), möglicherweise begünstigt durch wechselkursbedingte Kaufkraftgewinne. Mit gleichem Schwung legten aber auch die Einfuhren des Vereinigten Königreichs und des Euro-Raums zu (+ 6¼% bzw. + 5¾%).³⁾ Die annähernde Stagnation der Lieferungen nach Japan ist vor dem Hintergrund der sehr hohen Zuwächse in den Vorjahren und des schwachen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu sehen.

Angesichts der Einfuhrdynamik der fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften weniger global wirksame Faktoren, sondern vielmehr spezifische Einflüsse auf die Schwellenländer die Schwäche des Welthandels am aktuellen Rand erklären. Hier ist zunächst China zu nennen. Die chinesischen Importe haben im vergangenen Jahr wohl zum ersten Mal seit Langem mit einem leichten Minus abgeschlossen.⁴⁾ Das überrascht insofern, als die chinesische Wirtschaft zwar

1 Auf gewisse statistische Probleme am aktuellen Rand deutet die Diskrepanz zwischen den realen Veränderungsraten der globalen Warenexporte und -importe in der Rechnung des CPB hin. Für die weltweiten Ausfuhren wird mit einem Plus von 3¼% eine fast doppelt so hohe Steigerungsrate wie für die globalen Importe angegeben (+1¾%).

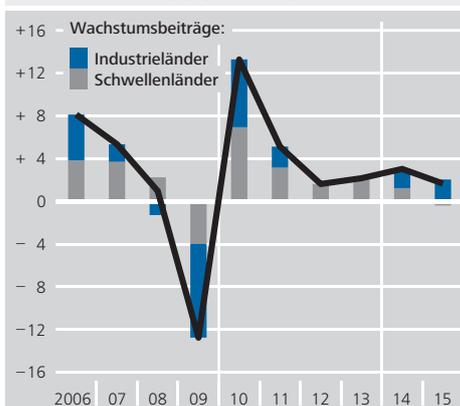
2 Die Warenausfuhren der Industrieländer (+ 2%) sind nicht in dem Maße gestiegen wie ihre Einfuhren (+ 3½%). Im Verhältnis zu der mageren Ausweitung ihrer industriellen Erzeugung (+ ¾%) war der Zuwachs der Exporte aber immer noch beachtlich.

3 Dabei umfassen die Einfuhren des Euro-Raums in den VGR auch Einfuhren der einzelnen Mitgliedstaaten aus anderen EWU-Ländern.

4 China veröffentlicht lediglich Angaben zu den preisbereinigten Außenhandelsströmen, die auf Durchschnittswerten basieren. Nach diesem Konzept sind die Warenimporte im Jahr 2015 um 2% zurückgegangen.

Wachstum der globalen Warenimporte

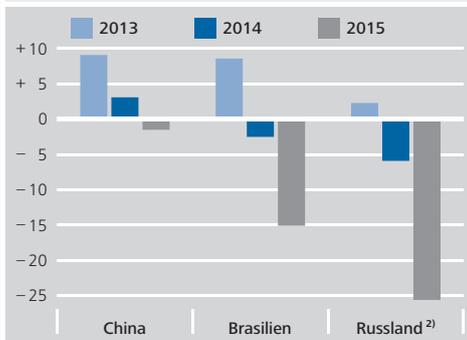
Volumen, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Centraal Planbureau und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Wachstum der Warenimporte in großen Schwellenländern

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, preisbereinigt¹⁾



Quelle: Nationale Statistiken und eigene Berechnungen. ¹ Für China und Brasilien mit Durchschnittswerten preisbereinigt. ² Auf VGR-Basis (einschl. Dienstleistungen).

Deutsche Bundesbank

nicht mehr ganz so schwungvoll wie zuvor, aber im internationalen Vergleich immer noch kräftig expandiert hat. Jedoch scheinen sich die binnenwirtschaftlichen Triebkräfte von den Investitionen zum Konsum verlagert zu haben. So ist nach offizieller Schätzung das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr zu zwei Dritteln vom Konsum und lediglich zu einem Drittel von den Investitionen generiert worden. Zudem nahmen die realen Exporte offenbar leicht ab. Da der chinesische Konsum einen geringeren Importanteil aufweist als Investitionen und insbesondere Exporte, dürfte die beobachtete nachfrageseitige Verschiebung des Wirtschaftswachstums die Einfuhren für sich genommen gedämpft haben.⁵⁾ Hinzu kommt, dass das Wirtschaftswachstum selbst – und somit auch die Expansion der Nachfragekomponenten – im vergangenen Jahr möglicherweise etwas geringer war als offiziell ausgewiesen.⁶⁾

Neben China haben im vergangenen Jahr vor allem Brasilien und Russland zum Rückgang der Schwellenländer-Importe beigetragen. In beiden Volkswirtschaften hat der mit dem Rohstoffpreisverfall einhergehende Einkommensverlust eine Einschränkung der inländischen Nachfrage erzwungen. Im Falle

Brasilien kamen zu den rohstoffbedingten Belastungen eine schwere politische Krise sowie die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Geld- und Fiskalpolitik hinzu. Obwohl die inländische Endnachfrage in beiden Ländern in einer vergleichbaren Größenordnung zurückging, war der Importeinbruch in Russland noch wesentlich stärker. Hierbei dürfte zum einen die verhältnismäßig starke Rubel-Abwertung eine Rolle gespielt haben. Zum anderen könnte von Bedeutung gewesen sein, dass der russische Staat im Rahmen einer neuen Entwicklungsstrategie dazu übergegangen ist, die Substitution von Importen durch inländische Produktion voranzutreiben.⁷⁾

⁵ Gemäß der „Trade in Value Added“-Datenbank der OECD betrug der Importgehalt des chinesischen Konsums nur etwa 10%, verglichen mit 18% bei den Investitionen und 30% bei den Exporten (jeweils bezogen auf das Jahr 2011; jüngere Daten liegen nicht vor).

⁶ Das vom chinesischen Statistikamt verwendete Verfahren zur Deflationierung der nominalen Wertschöpfung dürfte die reale BIP-Wachstumsrate derzeit überzeichnen. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, November 2015, S. 15.

⁷ In diesem Zusammenhang ist auch das Verbot von Nahrungsmittelimporten aus dem Westen zu sehen, welches das Land als Reaktion auf internationale Sanktionen erlassen hat.

senniveau um 47% übertraf, wurde es in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften um gut 4% unterschritten. Die Quelle der Expansion kann sogar noch stärker eingeeengt werden, nämlich auf einen Anstieg der Produktion um fast 86% in den asiatischen Schwellenländern, hinter dem in erster Linie China steht. Demgegenüber konnten die aufstrebenden Volkswirtschaften außerhalb Asiens ihren Ausstoß nur in vergleichsweise bescheidenem Maße erhöhen (+ 6%).

... deren Wachstum nur geringe Impulse für den Welthandel gibt

Hinzu kommt, dass sich die Handelsintensität des Produktionswachstums ganz erheblich zwischen den Wirtschaftsräumen unterscheidet. Die Warenimporte der asiatischen Schwellenländer haben im Schnitt der Jahre 1992 bis 2007 lediglich im Gleichschritt mit ihrer industriellen Erzeugung zugenommen. In den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften war die Handelselastizität fast dreimal so hoch. Deshalb überrascht es nicht, dass auch in den vergangenen Jahren die in Asien erzielten Zuwächse in der globalen Erzeugung keine überproportionalen Importsteigerungen generiert haben. Am aktuellen Rand aber bleiben die Importe der asiatischen Schwellenländer sogar hinter dem zurück, was aufgrund historischer Zusammenhänge erwartet werden könnte. Dessen ungeachtet spricht der Anstieg der Warenimporte der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften – bei gleichzeitigem Rückgang der industriellen Erzeugung – gegen global wirksame, handelspezifische Faktoren als Ursache für die schwache Dynamik der weltweiten Einfuhren: Eine Rückverlagerung („reshoring“) von Produktion, die zuvor in Schwellenländer ausgelagert worden war, in die Industrieländer zeigt sich nicht.

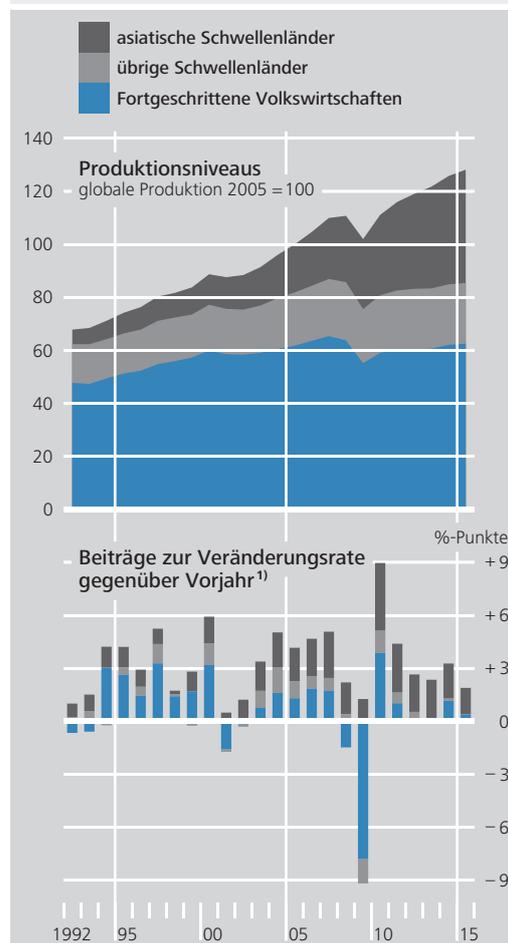
Weitere Erklärungsfaktoren und Vorbehalte

Keine klare Evidenz für strukturelle Verwerfungen mit Blick auf Handel mit Vorleistungsgütern ...

Während den Kompositionseffekten wohl eine wichtige Rolle bei der Erklärung des Elastizitätsrückgangs zukommt, ist die Evidenz hinsichtlich weiterer Faktoren weniger eindeutig. Die Analyse der Entwicklung der internationalen

Regionale Zusammensetzung der globalen Industrieproduktion

preisbereinigt (Basisjahr 2005)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Centraal Planbureau (CPB, World Trade Monitor); Länderkreise des CPB.
 1) Beiträge addieren sich aufgrund von Ungenauigkeiten nicht exakt zur Veränderungsrate des vom CPB veröffentlichten globalen Produktionsindex.
 Deutsche Bundesbank

Arbeitsteilung wird dadurch erschwert, dass die Außenhandelsstatistik lediglich Bruttoströme erfasst.²²⁾ Als einfaches Maß für den Grad der vertikalen Integration wird daher oft der Anteil von Vorleistungsgütern am gesamten Handel oder am Handel bestimmter Produktgruppen herangezogen. Zwar hat dieser Anteil in den vergangenen Jahren sein recht hohes Niveau gehalten, sodass sich hieraus keine Hinweise auf scharfe Kürzungen von Produktionsketten ergeben. Allerdings hat er nicht mehr in dem

22 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme, Monatsbericht, Oktober 2014, S. 29–44.

Wachstum der globalen Warenimporte und Zusammenhang zum Wachstum der Industrieproduktion

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Centraal Planbureau (CPB, World Trade Monitor). Wachstumsraten gemäß der Differenz logarithmierter Niveaus. **1** Aggregiertes Volumen der Wareneinfuhren der Wirtschaftsräume USA, Japan, EWU, andere Fortgeschrittene Volkswirtschaften, asiatische Schwellenländer, Mittel- und Osteuropa, Lateinamerika sowie Afrika und Naher Osten (Länderkreise des CPB). **2** Regression des logarithmierten Niveaus der realen Warenimporte auf das logarithmierte Niveau der Industrieproduktion und eine Konstante für den Zeitraum 1991 bis 2007. **3** Aggregation der geschätzten Veränderungsdaten für die einzelnen Wirtschaftsräume.

Deutsche Bundesbank

Tempo der Vorkrisenjahre zugenommen. Dies könnte zu dem Rückgang der globalen Handelselastizität beigetragen haben.²³⁾ Anstelle einer strukturellen Verwerfung kann dies aber auch als konjunkturelles Phänomen gedeutet werden, da der Handel mit Vorleistungsgütern stärkeren zyklischen Ausschlägen unterliegt.²⁴⁾

... oder auf
 Wertschöpfungs-
 handel

Ein ähnlich ambivalentes Bild zeigt sich bei einem Blick auf den sogenannten Wertschöpfungshandel, der durch Verknüpfung nationaler Input-Output-Rechnungen geschätzt wird.²⁵⁾ Einerseits ist der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Exporten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 spürbar gesunken. Andererseits hat er sich in den nachfolgenden zwei Jahren wieder ein Stück weit erholt. Veenendaal et al. (2015) verweisen darauf, dass im Jahr 2011, bis zu dem die Angaben reichen, speziell die Anteile ausländischer Wertschöpfung in den Ausfuhren europäischer und ostasiatischer Länder auf neue Höchststände tendierten.²⁶⁾ Nagengast und Stehrer (2015) zei-

gen, dass eine Einschränkung der Arbeitsteilung erheblich zum Rückgang des Wertschöpfungshandels 2009 beigetragen hat und dass der Spezialisierungsgrad bis 2011 seinen Vorkrisenstand noch nicht wieder erreicht hat. Darüber hinaus deuten ihre Ergebnisse auf ein zyklisches Muster in der Spezialisierung hin, wonach eine Rückführung der Arbeitsteilung in einem Konjunkturabschwung nicht ungewöhnlich ist. In einer solchen Phase könnte eine Änderung des Spezialisierungsgrades sogar bedeutsamer sein als während einer Expansion.²⁷⁾ Mithin spricht die Evidenz nicht zwingend für eine Beeinträchtigung des strukturellen Zusammenhangs zwischen Handels- und Wirtschaftswachstum.

Der Beitrag der Handelspolitik zur Erklärung des Elastizitätsrückgangs erscheint gering. Den Angaben der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation: WTO) zufolge werden zwar Jahr für Jahr mehr handelseinschränkende Maßnahmen eingeführt als abgeschafft. Allerdings hat das Tempo ihrer Einführung in den vergangenen Jahren nur wenig variiert. Darüber hinaus unterliegt lediglich ein geringer Teil des globalen Warenhandels den seit 2008 neu ergriffe-

Einfluss protektionistischer Maßnahmen wohl eher gering

²³ Vgl.: B. Gangnes, A.C. Ma und A. Van Assche, Global Value Chains and the Trade-Income Relationship: Implications for the Recent Trade Slowdown, in: B. Hoekman (Hrsg., 2015), The Global Trade Slowdown: A New Normal?, Centre for Economic Policy Research, VoxEU.org eBook, S. 111–126.

²⁴ Maßgeblich hierfür mag sein, dass der Vorleistungshandel in engerer Verbindung zur Erzeugung von Investitionsgütern steht als zur Herstellung von Konsumgütern. Vgl.: K. Stratford (2015), Why has World Trade been so Weak in Recent Years?, a. a. O.

²⁵ Derartige Angaben liegen mit erheblicher Verzögerung vor. So reicht etwa die World Input-Output Database zurzeit bis 2011. Vgl. etwa: R. C. Johnson (2014), Five Facts about Value-Added Exports and Implications for Macroeconomics and Trade Research, Journal of Economic Perspectives, Vol. 28, S. 119–142.

²⁶ Vgl.: P. Veenendaal, H. Rojas-Romagosa, A. Lejour und H. Kox, A Value-Added Trade Perspective on Recent Patterns in World Trade, in: B. Hoekman (Hrsg., 2015), The Global Trade Slowdown: A New Normal?, Centre for Economic Policy Research, VoxEU.org eBook, S. 161–178.

²⁷ Vgl.: A. J. Nagengast und R. Stehrer, The great collapse in value added trade, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 47/2015.

nen Beschränkungen.²⁸⁾ Allgemein wird der Beitrag des Protektionismus zum Einbruch des Welthandels während der Finanz- und Wirtschaftskrise als gering eingestuft.²⁹⁾ Freilich sind derartige Maßnahmen mitunter nur schwer greifbar. Der vergleichsweise klar messbare Zollabbau ist seit 2005 nur noch wenig vorangekommen, nachdem zuvor große Fortschritte erzielt worden waren.³⁰⁾

*Auch Prozess
der staatlichen
Fragmentierung
verlangsam*

Ein weiterer Trend, der sich in den letzten Jahren kaum mehr fortgesetzt hat, ist die staatliche Zersplitterung der Welt. So wird durch Ziehung neuer Grenzen internationaler Handel auch ohne eine Einkommenssteigerung geschaffen, indem bislang interne Güterströme nun dem Außenhandel zugerechnet werden.³¹⁾ Laut einer Studie von Lavallée und Vicard (2013) waren im Jahr 2007 gemessen gegenüber 1948 rund 17% des Welthandels auf ein derartiges statistisches Artefakt zurückzuführen.³²⁾ Insbesondere in den neunziger Jahren stieg die Zahl souveräner Staaten mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion deutlich an.

*Preisbereinigung
der Außen-
handelsströme
problematisch*

Über etwaige zusätzliche Erklärungsgrößen hinaus sind Faktoren zu betonen, welche die Aussagekraft von Untersuchungen zum Welt-handel generell einschränken. Für die ökonomische Analyse ist letztlich die Entwicklung realer Größen relevant. Die dafür notwendige Preisbereinigung der wertmäßigen Ströme ist aber mit erheblichen Problemen behaftet. Zusätzlich zu den nominalen Ein- und Ausfuhren werden in der Außenhandelsstatistik zwar auch Durchschnittswerte festgehalten. Diese berücksichtigen jedoch häufig die Qualitätsunterschiede der Waren nicht adäquat.³³⁾ Die hierfür konstruierten Preisindizes wiederum erfassen den Handel mit neuen Produkten möglicherweise nicht zeitnah. Zudem ist die Qualität der Messung nicht in dem Grad sichergestellt wie bei den Verbraucherpreisen. Diese Messprobleme beeinträchtigen nicht nur die Schätzungen realer Handelsströme. Möglicherweise erschweren sie auch die Identifikation des Einflusses relativer Preisverschiebungen, denen neben den Einkommenszuwächsen eine wich-

tige Rolle bei der Determinierung von Export- oder Importänderungen zukommen sollte.

Vor allem die Belastbarkeit der Daten für die Schwellenländer ist nicht sichergestellt. Das statistische Amt Chinas veröffentlicht im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) keine preisbereinigten Ein- und Ausfuhrreihen.³⁴⁾ Auch stellen sich Fragen hinsichtlich der Angaben zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum, insbesondere im Zusammenhang mit der Deflationierung.³⁵⁾ Für die indische Wirtschaft zeigt sich seit einer Revision der amtlichen Statistik ein spürbar günstigeres Bild der vergangenen Jahre,³⁶⁾ das nicht unbedingt im Einklang mit wichtigen Konjunkturindikatoren steht. Vor diesem Hintergrund sollten aus dem Befund, dass sich gerade in wichtigen Schwellenländern die Einfuhrvolumen schwächer entwickelt haben, als dies auf Basis historischer Zusammenhänge zum realen BIP-Wachstum zu erwarten gewesen wäre, keine zu weitreichenden Schlussfolgerungen gezogen werden.

*Belastbarkeit
der Daten für
Schwellenländer
fraglich*

28 Laut WTO unterliegen 4½% der globalen Importe bzw. 6% der Einfuhren der G20-Volkswirtschaften den Handelsbeschränkungen, die von den G20-Ländern seit 2008 erlassen worden sind. Zuletzt wurden zudem viele neue handels-erleichternde Maßnahmen gezählt. Vgl.: WTO, Report on G-20 Trade Measures, 30. Oktober 2015; WTO, Overview of Developments in the International Trading Environment, Annual Report by the Director-General, 17. November 2015; sowie Europäische Kommission, Understanding the Weakness in Global Trade, European Economic Forecast, Winter 2015, S. 46–49.

29 Kee et al. (2013) haben ihn mit 43 Mrd US-\$ bzw. 2% des Rückgangs beziffert. Vgl.: H. L. Kee, C. Neagu und A. Nicita (2013), Is Protectionism on the Rise? Assessing National Trade Policies During the Crisis of 2008, Review of Economics and Statistics, Vol. 95, S. 342–346.

30 Vgl.: UNCTAD (2015), The Trade Slowdown, Key Statistics and Trends in International Trade.

31 Hinzu kommt, dass der Handel mancher Länder vor ihrer Unabhängigkeit zum Teil gar nicht in internationalen Statistiken geführt wurde.

32 Vgl.: E. Lavallée und V. Vicard (2013), National Borders Matter ... Where One Draws the Lines Too, Canadian Journal of Economics, Vol. 46, S. 135–153.

33 Vgl.: M. Silver (2010), The Wrongs and Rights of Unit Value Indices, Review of Income and Wealth, Vol. 56, S. 206–223.

34 Bei den hier verwendeten Angaben handelt es sich um Schätzungen der Weltbank.

35 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, November 2015, S. 15.

36 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, Februar 2015, S. 16.

Fazit und weiterführende Überlegungen

Tempo und Komposition des globalen Wirtschaftswachstums für Welthandelschwäche wichtig

Die Schwäche des internationalen Handels in den letzten Jahren ist zu einem Großteil unmittelbar auf das verringerte Expansionsstempo der Weltwirtschaft zurückzuführen. Darüber hinaus wirft sie aber auch die Frage auf, ob sich der Prozess der Globalisierung und damit der internationalen Spezialisierung grundlegend verlangsamt hat. Dies müsste sich in einer breit angelegten Verringerung der länderspezifischen Handelselastizitäten zeigen. Von einigen Ausnahmen abgesehen gibt es hierfür keine Hinweise. Vielmehr zeigt sich, dass die Verlagerung des Wirtschaftswachstums hin zu Ländern mit niedrigen Handelselastizitäten die globale Elastizität gesenkt hat. Die Expansion der Weltwirtschaft ist in den vergangenen Jahren – im Gegensatz zu den Jahren vor der Krise – ganz wesentlich von den Schwellenländern getragen worden, deren Wachstum eine vergleichsweise geringe Importintensität aufweist. Bereits die Berücksichtigung dieses Effekts vermag das Welthandelsrätsel ein gutes Stück weit zu lösen. Der Erklärungsbeitrag vergrößert sich tendenziell noch, wenn zusätzlich Verschiebungen in der verwendungs- und entstehungsseitigen Komposition der Wirtschaftsleistung berücksichtigt werden. Denn die Zunahme der weltweiten Investitionstätigkeit beziehungsweise der industriellen Erzeugung, die sich als besonders handelsintensiv erwiesen haben, ist seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ausschließlich von Schwellenländern geleistet worden.

Mögliche Endogenität nationaler Elastizitäten

Fraglich ist allerdings, inwieweit die Elastizitäten auf nationaler Ebene tatsächlich strukturell angelegt sind. Es fällt auf, dass gerade Länder mit hohem Wirtschaftswachstum eine niedrige Handelselastizität aufweisen. Die unterschiedliche Höhe der Elastizitäten könnte also das relative Wachstum reflektieren.³⁷⁾ Dies ergibt sich in einem einfachen, strukturlosen Gravitationsmodell, in dem die Handelsströme einer Volkswirtschaft auch vom Einkommen der Partnerländer sowie von deren Entfernung bestimmt werden (siehe Erläuterungen auf S. 29 ff.). In

einer solchen Betrachtung wird die globale Elastizität ebenfalls durch die Wachstumsrelationen gedrückt, wenn das globale Wirtschaftswachstum vornehmlich in Ländern fernab der Zentren des Welthandels generiert wird. Angesichts der stärkeren Fokussierung der Schwellenländer auf die Zulieferung von Primär- und Zwischenprodukten sowie den Export finaler Konsumgüter in die Industrieländer überrascht es nicht, dass das Wachstum ihrer heimischen Endnachfrage, speziell des Verbrauchs, möglicherweise geringe Impulse für den Welthandel generiert.

Mit Blick auf die chinesische Volkswirtschaft impliziert die hohe Wachstumsrate des realen BIP selbst bei einer Handelselastizität von nur etwas mehr als 1 einen deutlich ansteigenden Offenheitsgrad. Zudem ergibt sich aus dem internationalen Wachstumsgefälle eine rasche Steigerung des chinesischen Anteils am Welthandel. Zwar hat der chinesische Export eine Zeit lang von massiven Marktanteilsgewinnen im Ausland profitiert. Langfristig aber können die Ausfuhren Chinas nicht wesentlich stärker wachsen als die Einfuhren der Partnerländer insgesamt.³⁸⁾ Die chinesischen Importe wiederum müssen letztlich mit der Entwicklung der Exporte im Einklang stehen, sofern kein zunehmendes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht entstehen soll. Folglich verlangt ein anhaltendes Wachstumsgefälle zwischen China und dem Rest der Welt ein Absinken der Elastizität der chinesischen Importe, wie dies auch in den Projektionen des IWF-Stabs veranschlagt wird.³⁹⁾

Implikationen des kräftigen Wirtschaftswachstums in China

³⁷ Bereits Krugman (1989) hat auf einen Zusammenhang zwischen relativen Handelselastizitäten und relativen Wachstumsraten hingewiesen und angebotsseitige Effekte zur Erklärung vorgeschlagen. Wu (2008) hat hierzu ein intertemporales Modell entwickelt. Vgl.: P. Krugman (1989), Differences in Income Elasticities and Trends in Real Exchange Rates, *European Economic Review*, Vol. 33, S. 1031–1047; sowie Y. Wu (2008), Growth, Expansion of Markets, and Income Elasticities in World Trade, *Review of International Economics*, Vol. 16, S. 654–671.

³⁸ Zwar fällt gerade in einigen Industrieländern die Persistenz mitunter auch recht großer Außenhandelsbilanzsalden auf. Allerdings handelt es sich hier um Niveauunterschiede der Ein- und Ausfuhren, nicht um dauerhafte Diskrepanzen in der Dynamik.

³⁹ So wurde im World Economic Outlook vom Oktober 2015 für das Jahr 2020 lediglich eine Zunahme der Importe Chinas um 4% bei einer gleichzeitigen Steigerung des BIP um 6¼% erwartet.

Implikationen des Aufholprozesses wichtiger Schwellenländer für den Welthandel – Eine Analyse mittels des Gravitätsansatzes

Vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war das rasante Einkommenswachstum wichtiger Schwellenländer Hand in Hand gegangen mit einer massiven Expansion ihrer Außenhandelsaktivitäten. Insbesondere im Fall Chinas wurde der Aufbau eines leistungsfähigen Verarbeitenden Gewerbes als Motor des Aufholprozesses gesehen. Die chinesische Industrie spezialisierte sich auf die Weiterverarbeitung importierter Vorleistungen zu Fertigprodukten, die in viele Regionen der Welt ausgeführt wurden, vor allem in die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften. In den vergangenen Jahren verlangsamte sich zwar die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung der Schwellenländer.¹⁾ Ein Wachstumsvorsprung gegenüber den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb aber erhalten. Noch stärker verringerte sich jedoch die Dynamik der Außenhandelsströme. Im Folgenden werden einige Implikationen des anhaltenden Wachstumsgefälles zwischen den Industrieländern und den aufholenden Volkswirtschaften für die Relation der Wachstumsraten der internationalen Handelsströme und der weltweiten Wirtschaftsleistung – also die globale Handelselastizität – erörtert. Besonderes Augenmerk wird dabei der Rolle Chinas gewidmet.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine einfache Gravitationsgleichung, die in modifizierter Form vielen empirischen Außenhandelsstudien zugrunde liegt.²⁾ Gemäß dem Newtonschen Gravitationsgesetz steigt die Anziehungskraft (F) zwischen zwei Massen (M_i und M_j) mit dem Produkt dieser Größen und sinkt mit ihrer zunehmenden Distanz (D_{ij}), während g eine Konstante ist:

$$(1) F_{ij} = \frac{gM_iM_j}{D_{ij}^2}.$$

Analog kann der Handel (T_{ij}) zwischen zwei Ländern (i und j) als das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Massen (gemessen anhand des

realen BIP Y), ihrer Entfernung und einer Konstante (k) modelliert werden:

$$(2) T_{ij} = \frac{kY_iY_j}{D_{ij}^2}.$$

Ansätze dieser Art sind mit verschiedenen stilisierten Fakten vereinbar. Benachbarte Länder sind in der Regel über den Handel enger miteinander verflochten als weiter entfernte; kleine Volkswirtschaften sind relativ offen (d. h., der Handel ist im Verhältnis zum Einkommen bedeutsam), große Länder sind vergleichsweise geschlossen.

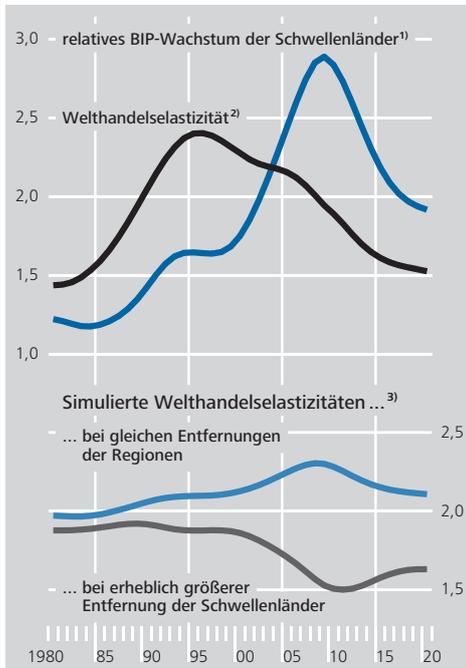
Laut der Gravitationsgleichung ist die Wirtschaftskraft beider Partnerländer für die Intensität ihres Güteraustausches relevant; bei gegebenem Gesamteinkommen spielt das Größenverhältnis zwischen den Ökonomien eine Rolle. Sieht man von der Entfernung ab, wird der bilaterale Handel bei gleicher Größe der beiden Volkswirtschaften maximal; Ähnlichkeit erlaubt intensive Wirtschaftsbeziehungen. In einer solchen Welt ohne Distanzen wird die Veränderungsrate des bilateralen Güterverkehrs durch die Summe der nationalen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bestimmt. Differenzieren diese, errechnet sich wegen der einheitlichen Zunahme des bilateralen Handels für die schnell expandierende Volkswirtschaft eine niedrige, für die langsam wachsende hingegen eine hohe Elastizität.

Aggregiert man die bilateralen Ströme (für die Länder $i = 1, \dots, q$), gilt für den Welt-

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern, Monatsbericht, Juli 2015, S. 15–32.

² Vgl. im Folgenden: P. Krugman (1995), Growing World Trade: Causes and Consequences, Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 1, S. 327–362; sowie insbesondere: P. Hong (1999), Import Elasticities Revisited, United Nations Department of Economic and Social Affairs, Diskussionspapier, Nr. 10.

Welthandelselastizität und Einkommenskonvergenz



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Weltbank (World Development Indicators) und des IWF (World Economic Outlook, Oktober 2015); Angaben des IWF für 2015 sind teilweise geschätzt, ab 2016 Projektionen des IWF. Globale Aggregate beziehen sich auf Kreis von 42 Ländern. Aggregation realer Größen mithilfe von nominalen Gewichten des Jahres 2005. Trendextraktion mithilfe des Hodrick-Prescott-Filters (Glättungsparameter 100). Relatives Wachstum bzw. Elastizitäten ohne Einheit. **1** Verhältnis der trendmäßigen Wachstumsraten des realen BIP der Schwellenländer gegenüber globalem Aggregat. **2** Verhältnis der trendmäßigen Wachstumsraten des globalen Handelsvolumens und der Wirtschaftsleistung. **3** Auf Basis von Gravitätsgleichungen für drei Regionen und bei Unterstellung des Niveaus und Wachstums des trendmäßigen realen BIP für den Euro-Raum, übrige Fortgeschrittene Volkswirtschaften und Schwellenländer.

Deutsche Bundesbank

handel bei Vernachlässigung der Entfernungen

$$(3) T_w = kY_w^2 \left(1 - \sum_{i=1}^q s_i^2 \right),$$

wobei s_i den Anteil eines Landes an der globalen Wirtschaftsleistung angibt. Mithin repräsentiert der letzte Term den Einfluss der Größenverhältnisse zwischen den Volkswirtschaften. Sind sie identisch, wird der Welthandel maximiert. Die Gleichung impliziert ferner eine globale Handelselastizität von 2, sofern sich nicht im Wachstumsprozess die Gewichte verschieben.³⁾ Verringern sich die Größenunterschiede, das heißt, holen beispielsweise die Schwellenländer gegenüber

den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf, ergibt sich eine höhere Elastizität.

Vor diesem Hintergrund ist die zeitweilige Verstärkung und anschließende Abschwächung des Aufholprozesses der Schwellenländer als Erklärung für die beobachtete Entwicklung der Welthandelselastizität herangezogen worden.⁴⁾ Simuliert man den Handel für drei Regionen (EWU, übrige Fortgeschrittene Volkswirtschaften, Schwellenländer) gemäß Gleichung (2) mit den jeweiligen Trendkomponenten des realen BIP-Wachstums, ergibt sich für die Jahre vor der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Anstieg der globalen Handelselastizität; danach nähert sie sich von oben wieder dem Wert 2 an.⁵⁾ Voraussetzung hierfür ist allerdings die Vernachlässigung der Entfernung zwischen den Regionen. Tatsächlich kehrte die Welthandelselastizität in den vergangenen Jahren allerdings nicht zu ihrem langfristigen Niveau zurück, sondern fiel deutlich darunter. Vor allem aber hatte die Abschwächung bereits vor der Krise eingesetzt, als der Kon-

3 Dabei ist hervorzuheben, dass sich dieser Elastizitätswert aus einer Analogie zu einem rein physikalischen Modell ergibt. Demgegenüber führt die Verknüpfung der Gravitätsgleichung mit ökonomischen Ansätzen regelmäßig zu einem Elastizitätswert von 1. Dahinter steht, dass in einer Welt ohne Verzerrungen und mit identischen Präferenzen der Anteil der Ausgaben für Güter eines Landes überall gleich sein muss und mithin seinem Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung entspricht. Anstelle einer konstanten Größe geht dann der Kehrwert der globalen Wirtschaftsleistung in Gleichung (3) ein. Vgl.: P. Hong (1999), Import Elasticities Revisited, a. a. O.; J. E. Anderson (1979), A Theoretical Foundation for the Gravity Equation, American Economic Review, Vol. 69, S. 106–116; sowie J. E. Anderson (2010), The Gravity Model, National Bureau of Economic Research, Diskussionspapier, Nr. 16576.

4 Vgl.: H. Escaith und S. Miroudot, World Trade and Income Remain Exposed to Gravity, in: B. Hoekman (Hrsg., 2015), The Global Trade Slowdown: A New Normal?, Centre for Economic Policy Research, VoxEU.org eBook, S. 127–160.

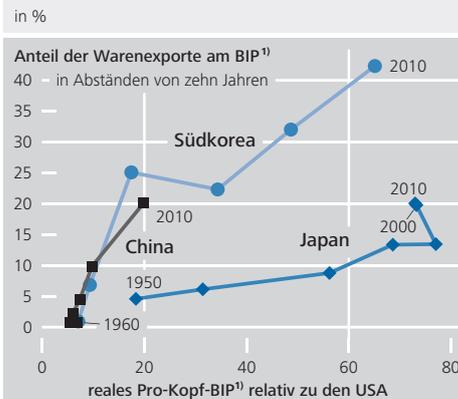
5 Die BIP-Daten beziehen sich auf einen Kreis von insgesamt 42 Volkswirtschaften (siehe technische Erläuterungen auf S. 34). Für die Konstante und die Distanzen in Gleichung (2) wurden Werte gesetzt, um die Größenordnung der tatsächlichen Handelsvolumen grob abzubilden. Zu beachten ist, dass mit diesem Experiment nur Handelsströme zwischen den Regionen simuliert werden, nicht die Ströme zwischen Volkswirtschaften innerhalb einer Region, die in den tatsächlichen Handelsdaten ebenfalls enthalten sind.

vergenzprozess gerade erheblich Fahrt aufnahm.

Eine solche Entwicklung kann mithilfe von Gleichung (2) nachvollzogen werden, wenn die ökonomisch relevante Distanz der Schwellenländer zu den fortgeschrittenen Regionen hinreichend größer ist als die entsprechende Entfernung zwischen den entwickelten Wirtschaftsräumen.⁶⁾ Ein Aufholprozesses in der Peripherie stimuliert den Welthandel nur vergleichsweise wenig.⁷⁾ Dabei ist die größere Entfernung der Schwellenländer nicht nur rein geografisch zu interpretieren. Sie könnte auch als nachgelagerte Bedeutung der Endnachfrage der Schwellenländer aufgefasst werden. Sofern die internationale Arbeitsteilung in erster Linie darauf ausgerichtet ist, Erzeugnisse für die Endnachfrage in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu erstellen, überrascht es nicht, dass eine höhere Nachfragedynamik in den Schwellenländern relativ geringe Impulse für den Welthandel setzt.

Die Gravitätsgleichung schärft den Blick dafür, dass die Handelsströme einer Volkswirtschaft durch Niveau und Wachstum des realen BIP in den Partnerländern beeinflusst werden. Vor allem einige asiatische Schwellenländer sind in der Vergangenheit durch den Aufbau eines leistungsfähigen Exportsektors gut vorangekommen. Den „Penn World Tables“ zufolge hat etwa Südkorea sein reales Pro-Kopf-BIP auf Basis von Kaufkraftparitäten von 7% des US-Niveaus im Jahr 1960 auf 65% im Jahr 2010 gesteigert. Zugleich kletterte der Anteil der Warenexporte am BIP von 1% auf 42%. China folgte mit Verzögerung einem ähnlichen Pfad und kam 2010 auf ein Fünftel des amerikanischen Pro-Kopf-Einkommens bei einem BIP-Anteil der Warenexporte von rund 20%; das entspricht in etwa dem Stand Südkoreas im Jahr 1980. Vor diesem Hintergrund mag der Eindruck entstehen, dass der exportgetriebene Aufholprozess Chinas noch viel Perspektive haben könnte. Während aber Südkorea ein kleines Land ist, das sich relativ problemlos eine Nische im System der internationalen Arbeits-

Offenheitsgrad, Einkommenskonvergenz und volkswirtschaftliche Größe



Quellen: Penn World Tables 8.1, Weltbank (World Development Indicators), nationale Statistiken und eigene Berechnungen. **1** Auf Basis von Kaufkraftparitäten. **2** Waren und Dienstleistungen. **3** Auf Basis von Marktwechsellkursen.

Deutsche Bundesbank

teilung einrichten kann, stößt das Ausfuhrwachstum der chinesischen Wirtschaft aufgrund ihrer schieren Größe eher an Grenzen.

So hat etwa in Japan, dessen Volkswirtschaft ebenfalls als vergleichsweise groß anzusehen ist, der Exportsektor nie eine Dimension erreicht wie zurzeit in Südkorea. Den Daten der Weltbank zufolge, die auf Umrechnun-

6 Einige Gravitätsansätze berücksichtigen relative Handelskosten („multilateral resistance“). Vgl.: J. Anderson und E. van Wincoop (2003), Gravity with Gravitas: A Solution to the Border Puzzle, American Economic Review, Vol. 93, S. 170–192.

7 Freilich kann die kräftige Zunahme der Welthandelselastizität in den neunziger Jahren auf diese Weise nicht simuliert werden. Rechnerisch ist sie hauptsächlich den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften zuzuschreiben.

gen mithilfe von Marktwechsellkursen beruhen, entfielen auf China 2014 gut 13% der globalen (nominalen) Wirtschaftsleistung.⁸⁾ Ein solches Gewicht hatte Japan 1986 inne – allerdings mit einem Anteil der Ausfuhren (an Waren und Dienstleistungen) an seinem BIP, der mit 11% gerade mal halb so hoch wie zuletzt in China gewesen war. Gemessen an der globalen Bedeutung der chinesischen Volkswirtschaft ist ihr Exportsektor also bereits ausgesprochen umfangreich. Tatsächlich nahm China 2014 mit einem Anteil von 10% am Wert der weltweiten Ausfuhren gemeinsam mit den USA den Spitzenplatz unter den Exporteuren ein.⁹⁾

Aufgrund des nach wie vor markanten Einkommensgefälles ist es wahrscheinlich, dass das reale BIP in China auch in den nächsten Jahren erheblich schneller als im Rest der Welt expandieren wird. Andererseits können die chinesischen Ausfuhren langfristig nicht kräftiger wachsen als die Einfuhren der Partnerländer.¹⁰⁾ Es scheint den chinesischen Exporteuren in jüngerer Zeit tatsächlich schwerer zu fallen, ihre Marktanteile weiter auszubauen.¹¹⁾ Mithin dürfte nunmehr auch für China das Wachstum der Absatzmärkte in zunehmendem Maße eine Grenze für die Expansion ihrer Ausfuhren vorgeben. Aufgrund der sehr hohen Einkommensdynamik erreichte China bereits vor einigen Jahren den Punkt, von dem an das Ausfuhrwachstum gegenüber dem eigenen gesamtwirtschaftlichen Tempo zurückblieb. So ist der BIP-Anteil der Exporte von einem Höchststand von fast 36% im Jahr 2006 auf nur noch 22½% im Jahr 2014 gesunken. Um den Offenheitsgrad mehr oder weniger zu halten, hätte China seine globalen Marktanteile in den vergangenen Jahren noch spürbar stärker steigern müssen.

Sofern die chinesische Wirtschaft auch in der Zukunft erheblich schneller wächst als der Rest der Welt, dürfte dies mit einer weiteren Abnahme des Anteils ihrer Exporte am BIP – und einer entsprechend geringen Handelselastizität – einhergehen. Letztlich handelt es sich um das Spiegelbild der Ent-

wicklung in den USA oder Japan, deren Volkswirtschaften ähnlich groß sind, aber langsamer wachsen. Dort nimmt der Offenheitsgrad zu, während ihre relative Bedeutung für die globale Wirtschaftsleistung sinkt.¹²⁾ Insgesamt ist es nicht verwunderlich, dass China mit der Wandlung zu einer großen Volkswirtschaft wieder geschlossener wird.¹³⁾ Freilich ist das in vielen Projektionen anvisierte hohe BIP-Wachstum Chinas in den kommenden Jahren keinesfalls gesichert. Angesichts der vergleichsweise geringen Impulse, die aus dem Ausland zu erwarten sind, und der bereits übermäßigen Rolle der Investitionstätigkeit muss der chinesische Konsum die tragende Kraft des dortigen Aufschwungs werden.

8 Während für Vergleiche von Lebensstandards Einkommen auf Basis von Kaufkraftparitäten umgerechnet werden sollten, empfiehlt es sich, die tatsächliche Größe von Volkswirtschaften mithilfe von Marktwechsellkursen abzubilden.

9 Deutschland kam diesen Zahlen zufolge auf einen Anteil von 7½%.

10 Vgl. auch: M. D. Chinn, *China's Trade Flows: Some Conjectures*, in: B. Hoekman (Hrsg., 2015), *The Global Trade Slowdown: A New Normal?*, Centre for Economic Policy Research, VoxEU.org eBook, S. 229–252.

11 Der Anteil Chinas an den gesamten Industriegüterimporten der Europäischen Union sowie der USA hat in den letzten Jahren sogar bereits stagniert. Vgl.: Deutsche Bundesbank, *Zu der Entwicklung der Arbeitskosten in China und den Wirkungen auf die Verbraucherpreise in den Industrieländern*, Monatsbericht, Mai 2013, S. 13–15.

12 Ebenso steigt auch der Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft mit schrumpfendem Gewicht in der Welt. Dabei ist der Offenheitsgrad aufgrund der Verflechtungen innerhalb Europas ohnehin recht hoch.

13 Dazu passt ein Modell intraindustriellen Handels, in dem der Warenkorb der Konsumenten die globalen Produktionsanteile reflektiert. Mit zunehmender Größe wird dann eine Volkswirtschaft geschlossener, da der Konsum die steigende globale Bedeutung der heimischen Erzeugung widerspiegelt. Die Größenverhältnisse der Volkswirtschaften sind dann eine maßgebliche Determinante des Welthandels. Empirisch gewinnt der intraindustrielle Handel mit zunehmender Größe einer Volkswirtschaft und steigendem Pro-Kopf-Einkommen an Bedeutung. Auch wird die wichtiger werdende Rolle des intraindustriellen Handels für China belegt. Vgl.: E. Helpman (1987), *Imperfect Competition and International Trade: Evidence from Fourteen Industrial Countries*, *Journal of the Japanese and International Economies*, Vol. 1, S. 62–81; B. Balassa (1986), *Intra-Industry Specialization – A Cross-Country Analysis*, *European Economic Review*, Vol. 30, S. 27–42; sowie G. M. Caporale, A. Sova und R. Sova (2015), *Trade Flows and Trade Specialisation: The Case of China*, *China Economic Review*, Vol. 34, S. 261–273.

Mit der rasch zunehmenden Bedeutung in der Welt mag China ähnlich „geschlossen“ erscheinen wie auch andere große Volkswirtschaften. Alternativ könnte das BIP-Wachstum in China stärker als erwartet nachlassen oder sich aber der reale Wechselkurs entsprechend markant anpassen.

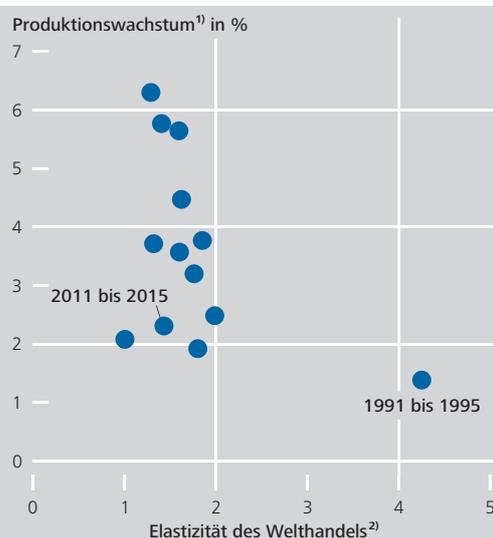
Etwaige Zahlungsbilanzrestriktionen in Schwellenländern

Generell beschränken die Importe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Einfuhren der Schwellenländer, falls Letztere mit den Deviseneinnahmen aus den laufenden Exporterlösen beglichen werden müssen.⁴⁰⁾ Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern würde dann die Einkommenselastizität der Einfuhren anderenorts belasten. Mitunter kräftige Verschlechterungen der Terms of Trade dürften für wichtige Rohstoffe exportierende Schwellenländer den Anpassungsdruck noch erhöhen. Dazu passt, dass beispielsweise die russische Leistungsbilanz trotz des Ölpreisverfalls im Überschuss verharnt – nicht zuletzt aufgrund einer drastischen Einschränkung der Einfuhren.

Referenzwert der Elastizität möglicherweise zu hoch

Schwankungen in der Elastizität des Welthandels sind nicht ungewöhnlich. Auffällig ist insbesondere ihr Anstieg in den neunziger Jahren. Um diese Periode einzuordnen und ihre Eignung als Referenzmaß zu überprüfen, bedarf es sehr langer Zeitreihen. Die WTO stellt Jahresdaten zur weltweiten Produktion und dem realen Export von Waren ab 1950 zur Verfügung. Berechnet man das durchschnittliche Wachstum der globalen Erzeugung und die Handelselastizitäten für Abschnitte von jeweils fünf Jahren, schwanken die Elastizitäten fast ausnahmslos zwischen 1 und 2. Innerhalb dieses Bandes finden sich auch die Jahre 2011 bis 2015 mit einem Wert von 1,4 wieder.⁴¹⁾ Die für den Zeitraum 1980 bis 2007 ermittelte Elastizität von 2 ist vor allem einem außergewöhnlich hohen Wert in der ersten Hälfte der neunziger Jahre geschuldet.⁴²⁾ Entgegen dem üblichen zyklischen Muster zog der Warenhandel in den Jahren 1991 bis 1993 kräftig an, während die Erzeugung leicht schrumpfte. Aufgrund wichtiger Integrations-schritte, etwa der Schaffung des Europäischen

Globales Produktionswachstum und Elastizität des Welthandels von 1951 bis 2015



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der WTO (International Trade Statistics 2015); für 2015 auf Basis von Angaben des Centraal Planbureau (World Trade Monitor). **1** Durchschnittliches Wachstum der globalen Warenproduktion in Zeiträumen von jeweils fünf Jahren. **2** Relation der durchschnittlichen Wachstumsraten der weltweiten Exportvolumen an Waren und der Warenproduktion über Zeiträume von jeweils fünf Jahren.

Deutsche Bundesbank

Binnenmarkts, der Öffnung der damaligen Transformationsländer und der Entstehung zahlreicher neuer Staaten dürfte diese Periode jedoch eine Besonderheit darstellen. Mit der Einbindung großer Schwellenländer wie China und Indien in die Weltwirtschaft könnte dies zum Teil auch noch auf spätere Jahre zutreffen. Das bedeutet aber, dass ein Elastizitätsniveau von 2 möglicherweise eine zu hohe Messlatte vorgibt.

⁴⁰ Gemäß „Thirlwalls Gesetz“ hängt die langfristige Wachstumsrate einer Volkswirtschaft von den relativen Handelselastizitäten und dem Wachstumstempo des Auslands ab. Vgl.: A. P. Thirlwall (1979), The Balance of Payments Constraint as an Explanation of International Growth Rate Differences, Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, Vol. 128, S. 46–53.

⁴¹ Für das Jahr 2015 sind dabei die Angaben des Centraal Planbureau zur globalen Industrieproduktion und zu den weltweiten Warenexporten unterstellt worden.

⁴² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2013), Zum empirischen Zusammenhang zwischen Welthandel und globaler Wirtschaftsleistung, a. a. O.; sowie D. A. Irwin, World Trade and Production: A Long-Run View, in: B. Hoekman (Hrsg., 2015), The Global Trade Slowdown: A New Normal?, Centre for Economic Policy Research, VoxEU.org eBook, S. 21–30.

Wirtschafts-
politische
Implikationen

Alles in allem spricht vieles gegen eine originäre Schwäche des Welthandels. Letztlich kann der internationale Güterverkehr keine hohe Dynamik entfalten, solange die Industrieländer nur vergleichsweise mageres Wirtschaftswachstum generieren. Aufgrund des zu erwartenden Wachstumsvorsprungs der Schwellenländer ist

auch für die kommenden Jahre mit einer verhaltenen Dynamik des Welthandels zu rechnen. Ein eigenständiger wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf ergibt sich hieraus nicht. Allerdings könnten zusätzliche Anstrengungen zur Liberalisierung von Märkten dem Welthandel wichtige Anstöße geben.

■ Technischer Anhang

Kreis von
42 Ländern
repräsentativ für
Weltwirtschaft

Für die empirische Analyse wurden nominale und reale Jahresdaten zu Einfuhren (Waren und Dienstleistungen), BIP, Konsum und Bruttoinvestitionen für 42 Länder im Zeitraum 1979 bis 2015 herangezogen. Dabei wurde im Wesentlichen auf die World Development Indicators (WDI) der Weltbank zurückgegriffen; der aktuelle Rand wurde durch Angaben aus dem World Economic Outlook (WEO) des IWF vom Oktober 2015 ergänzt.⁴³ Den Vorgaben des IWF folgend wurde der Länderkreis in 24 Fortgeschrittene Volkswirtschaften und 18 Schwellenländer gegliedert.⁴⁴ Eine Anzahl aufstrebender Volkswirtschaften, für die keine hinreichend langen Zeitreihen verfügbar sind, blieb unberücksichtigt. Das trifft insbesondere auf Schwellenländer in Mittel- und Osteuropa sowie im Nahen Osten zu. Wichtige aufstrebende Volkswirtschaften, darunter China, Indien, Indonesien und Brasilien, sind allerdings enthalten. Insgesamt repräsentierte der Länderkreis 2014 näherungsweise 84% der globalen Wirtschaftsleistung und 76% der weltweiten Einfuhren. Analog zur Vorgehensweise des IWF wurden die nationalen Veränderungsrate der realen Größen mithilfe nominaler Anteile (stets auf Basis von Marktwechsellkursen) aggregiert. Die so konstruierten Veränderungsrate für den einbezogenen Länderkreis entsprechen im Wesentlichen den Angaben des IWF für die Welt insgesamt. Insbesondere wird auch der deutliche Rückgang der aggregierten Handelsselastizität gegenüber der Zeit vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nachvollzogen, sodass der Datensatz geeignet ist, die relevanten Kompositionseffekte zu untersuchen.

Elastizität der
Importe als
Verhältnis der
Wachstumsraten

In der Volkswirtschaftslehre gibt eine Elastizität an, um wie viel Prozent sich eine Variable in Abhängigkeit von der prozentualen Änderung einer anderen Größe ändert. Als Handelsselastizität wird hier die Reagibilität des Handelsvolumens (Waren und Dienstleistungen) gegenüber dem realen BIP verstanden. Aufgrund der engeren Beziehung zur heimischen

Wirtschaftsleistung wird speziell auf die preisbereinigten Importe abgestellt. Ein einfaches Elastizitätsmaß ist der Quotient der (durchschnittlichen) Wachstumsraten der Einfuhren (M) und des BIP (Y) in realer Rechnung über einen bestimmten Zeitraum:

$$(1a) \eta = \frac{\Delta M}{M} / \frac{\Delta Y}{Y}.$$

Die Veränderungsrate der weltweiten Einfuhren wird definiert als die gewichtete Summe der entsprechenden Wachstumsraten für die einzelnen Länder ($i = 1, \dots, q$); als Gewichte fungieren die Anteile an den nominalen Importen (M_i^n). Mithin lässt sich die Elastizität auf globaler Ebene als

$$(1b) \eta_w = \left(\sum_{i=1}^q \frac{\Delta M_i}{M_i} \frac{M_i^n}{M_w^n} \right) / \frac{\Delta Y_w}{Y_w}$$

schreiben. Erweitert man Zähler und Nenner jeweils um die nationalen Veränderungsrate des (realen) BIP, ergibt sich die globale Handelsselastizität als gewichtete Summe der nationalen Elastizitäten, wobei das Gewicht eines Landes durch das Produkt seines Importanteils und seines BIP-Wachstums im Verhältnis zur Expansion der globalen Wirtschaftsleistung bestimmt wird:

Komponenten
der globalen
Elastizität

⁴³ Da der IWF keine Zeitreihen zu realen Bruttoinvestitionen veröffentlicht, wurden für 2015 die nominalen Veränderungsrate, die sich aus den verfügbaren Investitionsquoten ergeben, unter der Annahme ausbleibender relativer Preisverschiebungen herangezogen. Mithin sind speziell diese Angaben für 2015 mit Vorsicht zu behandeln.

⁴⁴ Konkret handelt es sich bei den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften um Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Südkorea, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Singapur, Spanien, die USA und das Vereinigte Königreich. Zu den Schwellenländern hingegen zählen Ägypten, Argentinien, Brasilien, Chile, China, Indien, Indonesien, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Pakistan, Peru, die Philippinen, Südafrika, Thailand, Uruguay und Venezuela.

$$(1c) \eta_w = \sum_{i=1}^q \eta_i \frac{M_i^n}{M_w^n} \frac{\Delta Y_i}{Y_i} / \frac{\Delta Y_w}{Y_w} .^{45)}$$

Die so gewichteten nationalen Elastizitäten können als Beiträge zur globalen Elastizität aufgefasst werden.

Nachteile einer einfachen Wachstumsrelation als Elastizität

Da die Relation der Veränderungsraten von Einfuhren und des BIP den Einfluss anderer Variablen – insbesondere der relativen Preise – nicht berücksichtigt, ist ihre Aussagekraft möglicherweise eingeschränkt. Oft wird sie lediglich als offensichtliche Elastizität bezeichnet. In einem Streudiagramm der logarithmierten Niveaus der Einfuhren und der Wirtschaftsleistung entspricht sie der Steigung einer Geraden, die durch den Anfangs- und den Endpunkt des betrachteten Zeitraums gelegt wird. Weil die übrigen Beobachtungen letztlich keine Rolle spielen, ist für eine repräsentative Relation ein längerer Zeitraum zu wählen.

Regression logarithmierter Niveaus

Um eine Gerade an alle Beobachtungspunkte anzupassen, kann (aufgrund der Kointegration der Variablen) eine Regression der logarithmierten Niveaus (mit einer Konstante α und ϵ als Residuum) genutzt werden:

$$(2a) \ln M_t = \alpha + \beta \cdot \ln Y_t + \epsilon_t .$$

Der Koeffizient β ist dann unmittelbar als Steigungsmaß beziehungsweise Elastizität interpretierbar. Freilich stellt die hier gewählte lange Vorkrisenperiode sicher, dass sich der einfache Quotient der Wachstumsraten in der Regel nicht wesentlich von β unterscheidet.

Einfluss relativer Preise

Der Regressionsansatz kann auch den Einfluss weiterer Variablen berücksichtigen.⁴⁶⁾ So sind traditionell die Einkommens- und Preiselastizität der Importe simultan über eine Regression der logarithmierten Niveaus bestimmt worden:

$$(2b) \ln M_t = \alpha + \beta \cdot \ln Y_t + \gamma \cdot \ln P_t + \epsilon_t .$$

Dabei ist P als Maß der relativen Einfuhrpreise zu verstehen, dessen Wahl jedoch nicht trivial ist.⁴⁷⁾ Wenn wie bei Bussière et al. (2013) die Deflatoren der Einfuhren und des BIP ins Verhältnis gesetzt werden, zeigen sich in dem hier verwendeten Datensatz nur begrenzte Preiseffekte. Dann sind aber auch die Diskrepanzen zwischen den nach Gleichung (2a) und (2b) geschätzten Einkommenselastizitäten gering.

Anstelle der Niveaus können die Differenzen der logarithmierten Niveaus beziehungsweise die Veränderungsraten der Variablen betrachtet werden. Gleichung (2a) impliziert, dass das Importwachstum einzig durch Veränderungen des Einkommens (und zufällige Einflüsse) erklärt wird. Eine Regression allein der Veränderungsraten kann jedoch problematisch sein, da die angepasste Gerade durch den Ursprungspunkt verlaufen muss. Bei Berücksichtigung einer Konstante hingegen wird der Einfluss trendmäßigen Wachstums wohl auch diesem Term zugeschrieben. Der Regressionskoeffizient für die Veränderungsrate des BIP reflektiert dann im Wesentlichen kurzfristige, zyklische Einflüsse und fällt daher vergleichsweise hoch aus.

Alternative Regressionsansätze

Fehlerkorrekturmodelle kombinieren eine solche Formulierung der Kurzfristbeziehung mit einem langfristigen Zusammenhang der Niveaus. Ollivaud und Schwellnus (2015) verweisen jedoch darauf, dass die so abgeleitete langfristige Elastizität für kurze Beobachtungszeiträume hochgradig instabil ist, da das Modell nicht zwischen der kurzfristigen Dynamik und der Langfristbeziehung unterscheiden könne.⁴⁸⁾ Alternativ können kurz- und langfristige Elastizitäten durch eine Regression der Niveaus bestimmt werden,

⁴⁵ Vgl.: C. Constantinescu, A. Mattoo and M. Ruta (2015), The Global Trade Slowdown: Cyclical or Structural?, a. a. O.

⁴⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport, Monatsbericht, Januar 2016, S. 13–31.

⁴⁷ Eine grundlegende Arbeit für die Einkommenselastizität der Handelsströme verschiedener Länder ist die Studie von Houthakker und Magee (1969), die auf Schätzungen in Form von Gleichung (2b) beruht. Als Preismaß wurde dort die Relation des Importpreisindex zum Index der Großhandelspreise gewählt, da ein Preisindex für jene Güter, die mit den Importen konkurrierten, nicht verfügbar war. Der Deflator des Bruttonationalprodukts wurde mit dem Verweis auf den Einfluss nicht handelbarer Güter als Referenzmaß bewusst verworfen. Andere Studien haben sich für die leicht verfügbaren BIP-Deflatoren entschieden. In ihren Exportgleichungen setzten Houthakker und Magee die Ausfuhrpreise eines Landes ins Verhältnis zu denen anderer Exportländer. Aus globaler Sicht dürfte jedoch gerade das Preisverhältnis zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern von Bedeutung sein. Kohli (1982) zeigte die Implikationen unterschiedlicher Formulierungen für die Preiselastizitäten der Importnachfrage auf und betonte, dass derartige Preis- und Mengeneffekte stets unter bestimmten Ceteris-paribus-Annahmen abgeleitet werden und entsprechend zu interpretieren sind. Vgl.: H. S. Houthakker und S. P. Magee (1969), Income and Price Elasticities in World Trade, Review of Economics and Statistics, Vol. 51, S. 111–125; sowie U. R. Kohli (1982), Relative Price Effects and the Demand for Imports, Canadian Journal of Economics, Vol. 15, S. 205–219.

⁴⁸ Vgl.: P. Ollivaud und C. Schwellnus (2015), Does the Post-Crisis Weakness of Global Trade Solely Reflect Weak Demand?, a. a. O.

Handelsselastizitäten im Vorkrisenzeitraum ¹⁾

Modell	Zeitraum	Elastizitätsmaß			
		η	Welt ²⁾		
			Industrie- länder ³⁾	Schwellen- länder ⁴⁾	
Relation der durchschnittlichen Wachstumsraten der realen Importe ⁵⁾ und des realen BIP (1a)	1980–2007	η	2,0	2,1	1,6
Regression der realen Importe ⁵⁾ auf das reale BIP (2a)	1979–2007	β	2,1 (0,04)	2,2 (0,04)	1,7 (0,05)
Regression der realen Importe ⁵⁾ mit zusätzlicher Berücksichtigung der relativen Importpreise (2b)	1979–2007	β	2,4 (0,14)	2,6 (0,12)	1,5 (0,04)
Regression der realen Warenimporte auf die Industrieproduktion (3a)	1991–2007	β	2,2 (0,06)	2,9 (0,08)	1,7 (0,03)
Regression der realen Importe ⁵⁾ auf die realen Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen sowie die relativen Importpreise (3b)	1979–2007	β	1,8 (0,41)	2,1 (0,29)	0,4 (0,24)
		γ	0,6 (0,30)	0,5 (0,24)	1,0 (0,18)
Anpassung ⁶⁾ der standardisierten Wachstumsraten des realen BIP (4b)	1990–2007	σ_m/σ_y	4,1	4,4	2,8

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von jährlichen Daten der Weltbank, des IWF und des Centraal Planbureau (CPB); Angaben des IWF für 2015 sind teilweise geschätzt. **1** Aggregationen generell auf Basis von Marktwechsellkursen. Regressionen logarithmierter Niveaus mit Berücksichtigung einer Konstante; Standardfehler der geschätzten Koeffizienten in Klammern. **2** Aggregat für 42 Länder (Länderkreise nach Einordnung des IWF) bzw. Länderkreis des CPB (3a). **3** Aggregat für 24 Fortgeschrittene Volkswirtschaften bzw. Länderkreis des CPB (3a). **4** Aggregat für 18 Schwellenländer bzw. Länderkreis des CPB (3a). **5** Waren und Dienstleistungen. **6** Anpassung an Mittelwert und Standardabweichung der Wachstumsraten der realen Importe (Waren und Dienstleistungen).

Deutsche Bundesbank

die zusätzlich Verzögerungen der Variablen berücksichtigt und laut Irwin (2002) insgesamt günstige Eigenschaften aufweist.⁴⁹⁾ Freilich wird auf diese Weise die aktuelle Welthandelsflaute ein Stück weit durch die vorangegangene Schwäche erklärt.

Elastizitäten gegenüber Industrieproduktion oder Investitionen

Um die vergleichsweise starken Ausschläge der Handelsströme abzubilden, könnten auch Variablen betrachtet werden, die hinter den zyklischen Fluktuationen des BIP stehen. Dazu wurde zum einen die Elastizität speziell der Wareneinfuhren gegenüber der Industrieproduktion (*IP*) auf Basis der Daten des CPB über Regressionen analog zu Gleichung (2a) bestimmt:⁵⁰⁾

$$(3a) \ln M_t = \alpha + \beta \cdot \ln IP_t + \epsilon_t.$$

Zum anderen wurden Regressionen gemäß Gleichung (2b) geschätzt, die statt des realen BIP den (preisbereinigten) Konsum (*C*) und die Bruttoinvestitionen (*I*) als erklärende Variablen aufnahmen:

$$(3b) \ln M_t = \alpha + \beta \cdot \ln C_t + \gamma \cdot \ln I_t + \delta \cdot \ln P_t + \epsilon_t.$$

Der zusätzliche Erklärungsbeitrag dieses Modells zeigt sich jedoch nur am aktuellen Rand.⁵¹⁾

In all diesen Ansätzen wird letztlich das Importwachstum nicht vollständig durch die Veränderungen heimischer Aktivitätsvariablen erklärt. Das Vorgehen von Stratford (2015) unterstellt hingegen einen vollkommenen Zusammenhang. Konkret werden zunächst die Veränderungsrate des realen BIP (*y*) standardisiert, das heißt, um ihren Mittelwert (\bar{y}) und ihre Standardabweichung (σ_y) bereinigt:

$$(4a) y_t^{ST} = \frac{y_t - \bar{y}}{\sigma_y}.$$

Anpassung standardisierter Wachstumsraten des BIP

⁴⁹ Vgl.: D. A. Irwin (2002), Long-Run Trends in World Trade and Income, World Trade Review, Vol. 1, S. 89–100.

⁵⁰ Angaben zu den Deflatoren, die für die Industrieproduktion relevant sind und zur Konstruktion von relativen Preisen genutzt werden könnten, waren nicht verfügbar.

⁵¹ Ein Problem dabei könnte die wechselnde Bedeutung von Komponenten der Bruttoinvestitionen sein, die sich in ihrem Importgehalt erheblich unterscheiden. Speziell die Bauinvestitionen dürften für den internationalen Handel von vergleichsweise geringer Bedeutung sein. Zudem werden in vielen Ländern nunmehr auch Ausgaben für geistige Eigentumsrechte als Investitionen gezählt. Diese haben in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.

Anschließend werden die standardisierten BIP-Raten mit dem Mittelwert (\bar{m}) und der Standardabweichung (σ_m) der Import-Raten hochgerechnet, um die angepassten Raten als Referenzmaß für das Einfuhrwachstum zu erhalten:

$$(4b) \ y_t^{AD} = \sigma_m \cdot y_t^{ST} + \bar{m} .$$

Die kurzfristige Elastizität der Einfuhren wird demnach durch die (hohe) Relation der Standardabweichungen geprägt.

Zu betonen ist, dass der Ansatz ein konstantes Trendwachstum der Importe postuliert. Eine Abweichung von diesem nach unten wird stets als temporäres Phänomen im Sinne der üblichen Volatilität interpretiert, auch wenn es sich eigentlich um eine trendmäßige Wachstumsverlangsamung handelt. Vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob sich der Ansatz tatsächlich zur Erklärung der persistenten Schwäche des Welthandels eignet.

Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015

Der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft erhöhte sich im Jahr 2015 erneut sehr kräftig. Ausschlaggebend hierfür war die Ausweitung des Aktivsaldos im grenzüberschreitenden Geschäft mit Waren und Diensten. Gerade in der Außenhandelsbilanz dürften sich die kurzfristigen Effekte der Verbilligung international gehandelter Rohstoffe – allen voran des heftigen Rückgangs der Rohölnotierungen – und die Euro-Abwertung stark überschusssteigernd ausgewirkt haben. Die Verringerung der Rohstoffpreise dämpfte die nominalen Importe, ohne dass sich die zu erwartenden Folgen der markanten Einkommensverschiebungen zwischen Förder- und Verbraucherländern bereits deutlich gezeigt hätten. Mittelfristig sind mit den empfindlichen Einkommenseinbußen in den Hauptförderländern Risiken für die Exportmöglichkeiten deutscher Unternehmen verbunden, während niedrige Rohstoffpreise hierzulande die binnenwirtschaftliche Grunddynamik weiter stärken sollten. Deshalb ist der Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 8½% des Bruttoinlandsprodukts im abgelaufenen Jahr als Momentaufnahme zu begreifen.

Die Exporte der deutschen Wirtschaft nahmen im Gesamtjahr 2015 – trotz der Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte – beträchtlich zu. Deutlich mehr wurde in die USA, nach Großbritannien, in die Schweiz sowie in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder, die nicht dem gemeinsamen Währungsgebiet angehören, geliefert. Außerdem profitierten die Unternehmen von der Belebung der Konjunktur in weiten Teilen des Euro-Raums. Durch die gestiegenen Zuwächse auf traditionell wichtigen Absatzmärkten wurde mehr als kompensiert, dass die Ausfuhren in Schwellenländer zuletzt nicht mehr so gut liefen wie noch vor einigen Jahren. Im China-Geschäft schlug sich die dortige Wachstumsabschwächung nieder, und in Russland gingen die Absätze angesichts der sich weiter verschlechterten Wirtschaftslage und der Sanktionen erneut ausgesprochen kräftig zurück.

Der Kapitalverkehr Deutschlands mit dem Ausland stand im vergangenen Jahr unter dem Einfluss des Niedrigzinsumfelds und der umfangreichen Wertpapierkäufe des Eurosystems zu geldpolitischen Zwecken (Quantitative Easing). Im Ergebnis betragen die deutschen Netto-Kapitalexporte 232 Mrd €; sie waren damit etwas niedriger als im Jahr davor. Maßgeblich bestimmt wurden die Kapitalströme im Wertpapierverkehr durch die Verkäufe inländischer Schuldverschreibungen durch ausländische Halter; zum Teil hat die Bundesbank diese Titel im Rahmen des erweiterten Wertpapierankaufprogramms übernommen. Zudem sank das Interesse deutscher Investoren an ausländischen Wertpapieren. Zu Kapitalabflüssen kam es auch bei den Direktinvestitionen, da die deutsche Wirtschaft ihr internationales Engagement per saldo weiter kräftig ausgebaut hat. Netto-Kapitalimporte ergaben sich dagegen im übrigen Kapitalverkehr. Hier verzeichneten sowohl die Unternehmen und Privatpersonen als auch die Monetären Finanzinstitute Mittelzuflüsse. Die Auslandsposition der Bundesbank hat sich im Jahr 2015 durch den deutlichen Anstieg des deutschen TARGET2-Saldos ausgeweitet. Dabei spielten die Wertpapierankäufe des Eurosystems eine wesentliche Rolle.

Leistungverkehr

Grundtendenzen im Leistungverkehr

Leistungsbilanzüberschuss 2015 erneut sehr kräftig gestiegen

Der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft stieg im Jahr 2015 sehr kräftig auf 257 Mrd € beziehungsweise 8½% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Zuwachs war mit 44 Mrd € im Berichtszeitraum sogar doppelt so hoch wie 2014 (+ 22½ Mrd €). Dazu trug zum einen bei, dass der Wert der von deutschen Unternehmen exportierten Waren deutlich stärker expandierte als der Gesamtbetrag der Lieferungen nach Deutschland. Zum anderen nahm

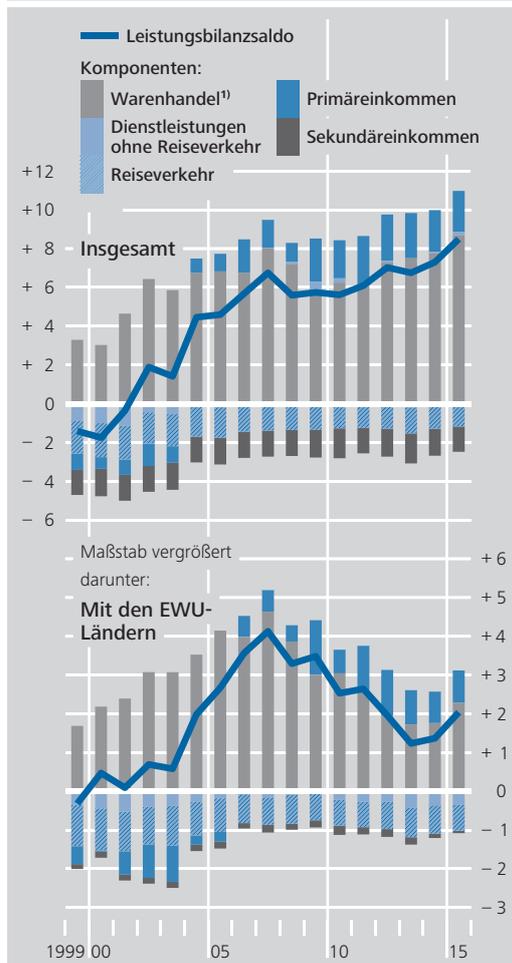
das Defizit in der Dienstleistungsbilanz spürbar ab; dabei waren der beträchtliche Einnahmewachstum bei gewerblichen Diensten und der Rückgang der Reiseverkehrausgaben im Ausland auffällig. Der Aktivsaldo bei grenzüberschreitenden Vermögensanlagen legte im Jahr 2015 moderat zu, was vor dem Hintergrund des weiter kräftig gestiegenen Netto-Auslandsvermögens 2015 auf dämpfende Einflüsse vonseiten der Einkommensrenditen hindeutet. Der Fehlbetrag in der traditionell defizitären Bilanz der Sekundäreinkommen ging etwas zurück.

Der Anstieg des Aktivsaldos der Leistungsbilanz in den vergangenen beiden Jahren auf ein neues Rekordniveau in der deutschen Nachkriegsgeschichte lag primär an den kurzfristigen Effekten der markanten Veränderungen im externen Umfeld. So haben sich seit Mitte 2014 die Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel drastisch verringert. Dies dämpfte den Gesamtwert der Warenimporte erheblich, da der größte Teil energetischer Grundstoffe, aber auch eine Reihe wichtiger anderer Rohmaterialien und Landwirtschaftsgüter von der deutschen Volkswirtschaft weitgehend eingeführt werden. Zwischen dem Frühjahr 2014 und dem Frühjahr 2015 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar recht stark ab. Damit fiel zwar der Verbilligungseffekt bei in US-Dollar denominierten importierten Rohstoffen geringer aus. Von größerem Einfluss auf die Handelsbilanz war jedoch, dass sich dadurch die Absatzchancen deutscher Produkte auf Märkten außerhalb des Euro-Raums verbesserten, zumal der Euro in dieser Zeit auch gegenüber anderen wichtigen Währungen wie dem britischen Pfund, dem Renminbi und etwas später dem Schweizer Franken spürbar an Wert verlor. Die in den Jahren 2014 und 2015 beobachtete Ausweitung des Überschusses im Waren- und Dienstleistungverkehr lässt sich Simulationen zufolge zum Großteil auf die kurzfristigen Effekte des Preisverfalls von Rohöl und die Euro-Abwertung zurückführen (vgl. dazu im Einzelnen die Erläuterungen auf S. 41 ff.).

Erhebliche Rohstoffverbilligung und Euro-Abwertung kurzfristig ausschlaggebende Einflussfaktoren

Der deutsche Leistungverkehr mit dem Ausland

in % des BIP



¹ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, einschl. Ergänzungen zum Außenhandel, die einseitig auch die Fracht- und Versicherungskosten als Absetzungsposten enthalten.

Zum Einfluss des starken Ölpreiserückgangs und der Euro-Abwertung auf die Ausweitung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses in den Jahren 2014 und 2015

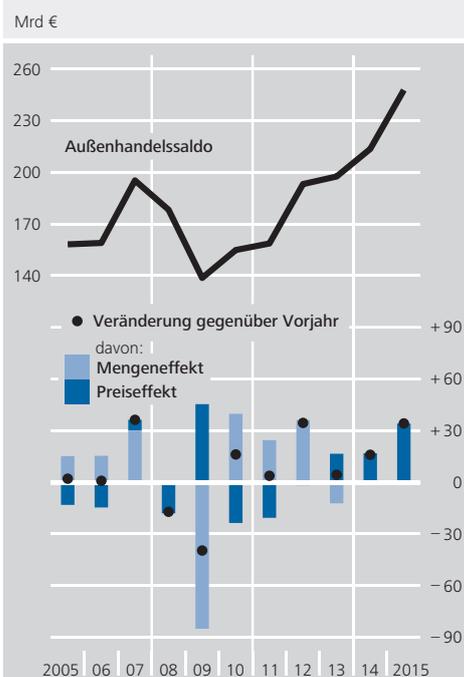
Der ausgesprochen hohe Leistungsbilanzüberschuss steht seit Jahren im Fokus der wirtschaftspolitischen Diskussion über das mögliche Vorliegen makroökonomischer Ungleichgewichte in Deutschland. Als zentrale Einflussfaktoren der erneut sehr kräftigen Zunahme des Überschusses in den vergangenen beiden Jahren lassen sich mit der starken Verbilligung international gehandelter Rohstoffe (insbesondere Rohöl) und der Abwertung des Euro-Wechselkurses zwei Veränderungen in den externen Rahmenbedingungen identifizieren. In diesem Zeitraum festigte sich aber auch die binnenwirtschaftliche Wachstumsdynamik – primär getragen von einer lebhaften Verbrauchskonjunktur – erkennbar. Hierbei schlugen sich zum einen heimische Faktoren wie die gute Arbeitsmarktlage und die spürbaren Lohnsteigerungen nieder. Zum anderen spielten aber auch Realeinkommensgewinne im Zusammenhang mit dem Rückgang des Ölpreises eine Rolle. Dies ist ein Beispiel für die in diesem Kontext zu berücksichtigenden Wechselwirkungen.

Im Leistungsbilanzsaldo spiegeln sich grundsätzlich eine Vielzahl von Einflüssen über unterschiedliche Wirkungskanäle wider. Die Quantifizierung einzelner Aspekte hat vor allem mit Blick auf die Einschätzung von Größenordnung und zeitlicher Verteilung analytischen Wert. Gleichwohl bedarf es einer Einbettung in den Gesamtzusammenhang, wobei es für die Bewertung auch von Interesse ist, ob die Veränderungen in den Einflussfaktoren vorübergehender oder permanenter Natur sind. Aus theoretischer Sicht ist von temporären Schocks kein per-

manenter Effekt auf die Höhe des Leistungsbilanzsaldos zu erwarten.¹⁾

Die Zerlegung der Veränderung des deutschen Außenhandelsaldos in einen Preis- und einen Mengeneffekt liefert einen ersten deskriptiven Anhaltspunkt. Während Terms-of-Trade-Effekte in der langen Frist weder überschussmindernd noch -steigernd zu wirken scheinen, lässt sich rechnerisch praktisch der gesamte Anstieg des Außenhandelsaldos der letzten beiden Jahre auf die aktuellen Verbesserungen im realen Austauschverhältnis zurückführen. Ferner haben Preiseffekte in den letzten drei Jahren gesamtwirtschaftlich stets zusätzliche Nettoeinnahmen aus dem Außenhandelsgeschäft begünstigt. Mengenmäßig wäre hingegen

Mengen- und Preiswirkungen auf den deutschen Außenhandelsaldo^{*)}



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Zerlegung mithilfe des Shapley-Siegel-Index.
 Deutsche Bundesbank

¹ Vgl.: M. Obstfeld und K. Rogoff (1995), The intertemporal approach to the current account, in: G. M. Grossman und K. Rogoff (ed.), Handbook of International Economics, Edition 1, Vol 3, Kapitel 34, S. 1731–1799.

sogar ein geringfügiger Rückgang des deutschen Außenhandelsaldos angelegt gewesen.

Einen Schritt weiter gehen Simulationen mit dem makroökonomischen Modell der Bundesbank.²⁾ Quantifizierbar sind die individuellen Beiträge des Ölpreyrückgangs und der Euro-Abwertung zur Veränderung des deutschen Überschusses aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr unter Berücksichtigung der Preisübertragungsmechanismen sowie der Rückwirkungen auf die Binnenkonjunktur. Dazu werden der tatsächlichen Entwicklung Szenarien gegenübergestellt, die dadurch gekennzeichnet sind, dass Rohölpreis beziehungsweise Wechselkurse ab der Jahresmitte 2014 auf dem Durchschnittsniveau der sechs Quartale davor fortgeschrieben werden.

Der Rohölpreis notierte bis einschließlich des zweiten Quartals 2014 auf einem relativ konstanten Niveau von circa 110 US-\$ pro Fass der Sorte Brent. Im Zuge des anschließenden vor allem durch erhöhte Fördermengen begründeten Preisverfalls wurde das Ausgangsniveau der Rohölnotierungen bis zum vierten Quartal 2014 um knapp 30% und bis zum Jahresabschlussquartal 2015 um insgesamt 60% unterschritten. Unterdessen wertete der Euro – sowohl in bilateraler Betrachtung gegenüber dem US-Dollar als auch in nominal effektiver Rechnung – vor dem Hintergrund der Erwartung einer weiteren geldpolitischen Akkommodierung und der im Dezember 2014 durch den EZB-Rat beschlossenen Maßnahmen deutlich ab.³⁾ Ausgehend von 1,3 US-Dollar pro Euro ging der bilaterale Wechselkurs bis Ende 2014 um mehr als 5% und bis Ende 2015 insbesondere aufgrund des starken Kursverlustes im ersten Quartal des Jahres um knapp 20% zurück. Gegenüber den Währungen der 19 wichtigsten Handelspartner verlor der Euro bis Ende 2015 knapp 10% an Wert.

Für den Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses von 6¾% auf 7¼% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2014 spielten die zwei betrachteten Faktoren den Ergebnissen der Simulationsrechnungen zufolge allerdings nur eine eher untergeordnete Rolle. Rein rechnerisch steuerte der Ölpreyrückgang für sich genommen einen Beitrag von einem Zehntel Prozentpunkt dazu bei. Im Vergleich zum Befund aus der Zerlegung ist abgesehen vom breiteren Bezug auf Waren- und Dienstleistungsströme zu beachten, dass die Wirkungen der ebenfalls beträchtlichen Verbilligung nicht energetischer Rohstoffe nicht in die Berechnungen im Rahmen der Simulationen einfließen.⁴⁾ Vor dem Hintergrund der Wirkungsverzögerungen bei Wechselkursänderungen ist es indessen nicht erstaunlich, dass der Euro-Abwertung kein nennenswerter Einfluss auf die Zunahme der Leistungsbilanz im Jahr 2014 zugerechnet werden kann.

Im Jahr 2015 wirkten die beiden externen Faktoren hingegen insgesamt stark expansiv. So trug der Ölpreyrückgang ¾ Prozentpunkte und die Euro-Abwertung ¼ Prozentpunkt zum Anstieg des Leistungsbilanzaldos von 7¼% auf 8½% des BIP bei. Ein Rückgang des Ölpreises führt vor allem zu einer Verbilligung von Ölimporten und weniger zu einer Steigerung der nachgefragten Menge, da die deutschen Energieimporte eine relativ geringe Preiselastizität aufwei-

² Das makroökonomische Modell dient als zentrales Instrument zur Erstellung der Prognosebasislinie und wird für begleitende Simulationsrechnungen eingesetzt. Es handelt sich dabei um ein traditionelles Makro-Modell mit keynesianischen Eigenschaften in der kurzen Frist und neoklassischen Eigenschaften in der langen Frist. Die Schätzungen der Verhaltensgleichungen werden auf Basis saisonbereinigter Quartalsdaten in halbjährlichen Abständen aktualisiert.

³ Genau genommen wertete der Euro bereits im zweiten Quartal 2014 leicht ab. Aus Vergleichsgründen werden die hypothetischen Szenarien sowohl für den Ölpreis als auch für den Wechselkurs einheitlich ab dem dritten Quartal 2014 betrachtet.

⁴ Dies zeigt sich auch daran, dass die Verbesserung des realen Austauschverhältnisses im Jahr 2014 nur zu einem Fünftel durch die modellierten Schocks erklärt werden kann.

Einfluss des Ölpreisrückgangs und der Euro-Abwertung seit Mitte 2014 auf zentrale außenwirtschaftliche Kennzahlen

Kennzahl	Jahr	Veränderung ²⁾	Simulierter Einfluss der modellierten externen Faktoren ¹⁾		
			insgesamt	davon	
				Ölpreisrückgang	Euro-Abwertung
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	2014	0,6	0,1	0,1	0,0
	2015	1,2	1,0	0,7	0,3
Reales Austauschverhältnis (Terms of Trade) ³⁾	2014	1,5	0,3	0,5	- 0,2
	2015	2,7	0,8	2,5	- 1,7
Ausfuhren (preisbereinigt) ³⁾	2014	4,0	0,1	0,0	0,0
	2015	5,4	1,6	0,3	1,3
Einfuhren (preisbereinigt) ³⁾	2014	3,7	0,0	0,1	- 0,1
	2015	5,8	- 0,1	0,7	- 0,8

¹ In Prozentpunkten. ² In Prozentpunkten beim Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP); ansonsten in %. ³ Waren und Dienste (VGR).

Deutsche Bundesbank

sen.⁵⁾ Die Abwertung des Euro stimuliert einerseits die Exporte. Andererseits kommt es zu einer Importsubstitution, deren dämpfender Einfluss den Simulationsergebnissen für 2015 zufolge die einfuhrsteigernde Wirkung der durch den Rohölpreisrückgang zusätzlich angeschobenen Binnenkonjunktur praktisch wettmacht. Neben den direkten Effekten auf den deutschen Außenhandel werden auch sogenannte Spillover-Effekte infolge der Stimulierung der Exporte in den anderen EWU-Mitgliedstaaten berücksichtigt. Auf diese entfiel gut ein Zehntel des geschätzten Beitrags der Euro-Abwertung im Jahr 2015.

Die Ergebnisse stehen im Einklang mit vergleichbaren Simulationen der Europäischen Kommission.⁶⁾ Unsicherheiten sind gleichwohl zu beachten. Zum einen hängen die Schätzungen von der Modellspezifikation ab. Bei der Ölpreissimulation wird beispielsweise berücksichtigt, dass aufgrund der als Mengensteuer konzipierten Mineralölsteuer die Auswirkungen von Ölpreisänderungen vom Ausgangsniveau abhängen. Ausgeblendet hingegen bleiben originär nichtlineare Wirkungen des Ölpreises auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die insbesondere vor dem Hintergrund der Größenordnung der Schocks wahrscheinlich erscheinen. Beim Schock auf den nominalen effektiven Wechselkurs des Euro ist zu beachten, dass die Ab-

wertung je nach Umfang des betrachteten Länderkreises unterschiedlich stark ausfallen kann. Der geschätzte Beitrag der Euro-Abwertung dürfte daher bei einem Vergleich mit den Währungen der 39 wichtigsten Handelspartner Deutschlands etwas geringer sein.

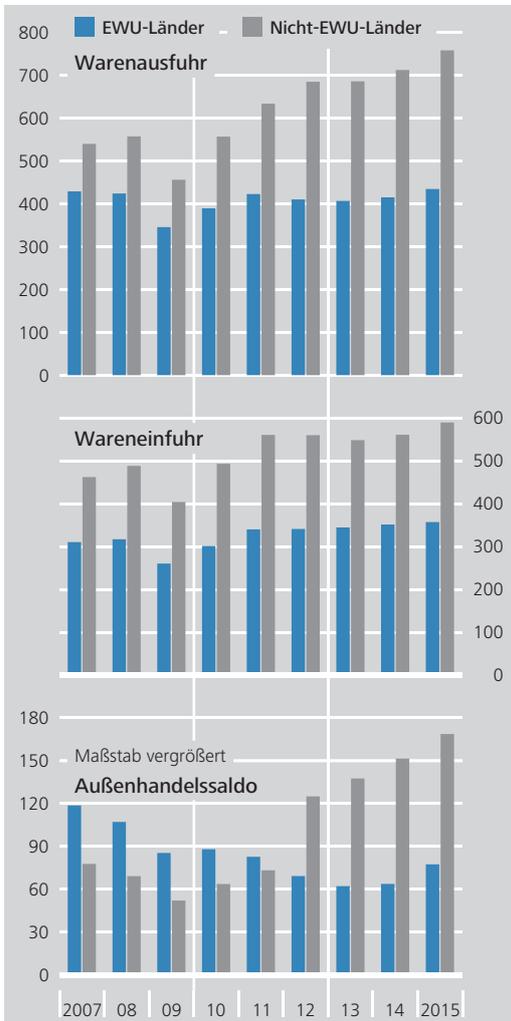
Zum anderen stellen die Modellsimulationen Auswirkungen von isolierten Schocks dar, das heißt, sämtliche sonstigen modellexogenen Variablen reagieren nicht auf Änderungen im externen Umfeld. Dass hier insbesondere keine Wechselwirkungen des Ölpreisrückgangs und der Euro-Abwertung mit dem Absatzmarktwachstum deutscher Exporteure außerhalb des Euro-Raums berücksichtigt werden, ist mit Blick auf den betrachteten kurzen Simulationszeitraum keine wesentliche Unzulänglichkeit. Größere Vorsicht wäre bei der Interpretation von Ergebnissen für das laufende Jahr und darüber hinaus geboten. Gleichwohl dürften sich die Effekte der Wechselkursbewegungen bis Ende 2015 noch nicht vollständig niedergeschlagen haben.

⁵ Für die deutschen Energieimporte wird im Makro-Modell der Bundesbank eine Preiselastizität von 0,2 bis 0,3 geschätzt.

⁶ Vgl.: Europäische Kommission, Oil price and exchange rate effects on the German current account balance, in: Country Report Germany 2016 Including an In-Depth Review on the prevention and correction of macroeconomic imbalances, Commission Staff Working Document, 26. Februar 2016, S. 22 f.

Der deutsche Außenhandel innerhalb und außerhalb des Euro-Raums

Mrd €



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

Einkommensverschiebungen zwischen Rohstoffförder- und -verbraucherländern könnten Handelsüberschuss mittelfristig dämpfen

In der nahen Zukunft ist noch mit nachlaufenden Effekten der Verschiebungen im Wechselkursgefüge zu rechnen. Zumindest auf mittlere Sicht besteht allerdings die Aussicht, dass Kräfte die Oberhand gewinnen, die dem Exportüberschuss Deutschlands tendenziell entgegenwirken. So könnte sich im heftigen Rückgang der Notierungen von Rohöl und anderen international gehandelten Rohstoffen ungeachtet des auf spekulativen Märkten häufig anzutreffenden Über- beziehungsweise Unterschießens widerspiegeln, dass die langfristigen Preispfade dieser Güter nicht so steil zu veranschlagen sind wie noch vor einigen Jahren erwartet.¹⁾ Die Preiskorrekturen bewirken empfindliche Ein-

kommenseinbußen in den Hauptförderländern, und mit der Verlangsamung des Wachstumstempos dort geraten die Exportmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft, die auf diesen Absatzmärkten häufig gut positioniert ist, in Mitleidenschaft. Gleichzeitig stärken niedrigere Rohstoffpreise hierzulande die binnenwirtschaftliche Grunddynamik. Neben der Kräftigung der Inlandsnachfrage wäre gerade im Fall längerfristig abgesenkter Preisniveaus auch von Angebots- und Kapazitätseffekten auszugehen. Über diesen Kanal ist mit vermehrten Unternehmensinvestitionen und einem erhöhten Bedarf an Vorleistungen zu rechnen. Dies sind Komponenten, für die – auch im Vergleich zum privaten Konsum – eine relativ hohe Importintensität unterstellt werden kann.

Angesichts der wichtigen Rolle, welche die erhebliche Rohstoffverbilligung und die Euro-Abwertung für die Erklärung des Anstiegs des Leistungsbilanzsaldos spielen, ist es nicht erstaunlich, dass die Überschussposition Deutschlands gegenüber den Ländern außerhalb des Euro-Raums weiter zugenommen hat. Im Jahr 2015 nahm die deutsche Wirtschaft aus dem Leistungsverkehr mit den Drittländern 194 Mrd € beziehungsweise 6½% des BIP mehr ein als für entsprechende Transaktionen ausgegeben wurde. Der Teilsaldo mit den EWU-Ländern, der sich nach dem Höhepunkt im Jahr 2007 als Folge der Wirkungen von Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie den dadurch in Gang gekommenen strukturellen Anpassungsprozessen binnen sechs Jahren von 4¼% auf 1¼% des BIP markant reduziert hatte, legte in den letzten beiden Jahren wieder merklich zu; 2015 stand ein Aktivsaldo in Höhe von 2% des BIP zu Buche. In vielen Partnerländern des Währungsgebiets festigte sich die Konjunktur, was den

Überschussposition gegenüber Drittländern weiter gestiegen, aber auch gegenüber EWU-Ländern wieder zugenommen

¹ Dahinter steht die Vorstellung, dass – auch als Folge der kräftigen Verteuerung von Rohöl im vergangenen Jahrzehnt – nach neuen Rohölquellen gesucht und entsprechende Fördertechnologien entwickelt wurden (z. B. Fracking). Die damit verbundene Ausweitung der grundsätzlich gewinnbringend ausschöpfbaren Rohölvorkommen dürfte einen dämpfenden Einfluss auf den langfristigen Preispfad von Rohöl gehabt haben. Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Über die Hintergründe und Folgen des Ölpreisrückgangs, Monatsbericht, Februar 2016, S.13–15.

Bedarf an Erzeugnissen aus deutscher Produktion erhöhte. Dabei kam den Exporteuren zugute, dass in diesen Ländern nicht nur die Distributionsstrukturen etabliert und die Produktmerkmale den Kunden bekannt sind, sondern auch die preisliche Konkurrenzfähigkeit trotz des hierzulande spürbaren Wachstums der Lohnstückkosten nicht wesentlich gelitten hat. So zeigt der auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes gemessene Indikator gegenüber 2012 zwar eine Verschlechterung an; bis zuletzt war die Wettbewerbsposition aber günstiger als im langfristigen Durchschnitt.

Warenströme und Handelsbilanz

Außenhandel 2015 insgesamt sehr dynamisch entwickelt

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2015 – trotz der Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte – insgesamt sehr dynamisch. Im Jahresdurchschnitt lagen die nominalen Warenausfuhren 6 ½% über dem Vorjahreswert. In realer Rechnung belief sich das Exportplus auf 5 ½%. Die Zunahme der Warenimporte betrug in nominaler Betrachtung 4 ¼%. Preiseffekte aufgrund rückläufiger Weltmarktpreise auf den Rohstoffmärkten insbesondere für Rohöl dämpfen jedoch bereits seit dem Jahr 2012 die deutschen Ausgaben für Importe. In realer Betrachtung führte Deutschland im Berichtszeitraum schätzungsweise 7% mehr Waren ein. Im Ergebnis weitete sich der Außenhandelsüberschuss um 34 Mrd € auf einen neuen Höchststand von 247 ½ Mrd € aus. Rein rechnerisch geht die weitere Ausdehnung des deutschen Außenhandelsaldos in den letzten drei Jahren jedoch praktisch ausschließlich auf Verbesserungen im realen Austauschverhältnis (Terms of Trade) zurück, wohingegen sich mengenmäßig sogar ein moderater Rückgang ergab.

Lieferungen in die EU besonders stark zugelegt, ...

Der Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Union (EU) wies wie bereits im Vorjahr eine relativ hohe Dynamik auf. Vor allem die Ausfuhren in die EU-Länder außerhalb der Währungsunion expandierten überdurchschnittlich.

Außenhandel nach Regionen

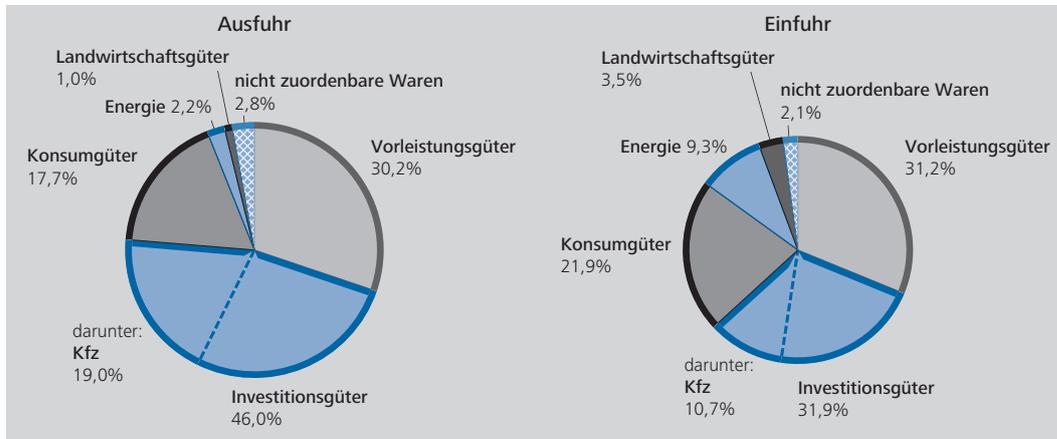
in %

Ländergruppe/Land	Anteile		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2015	2013	2014	2015
Ausfuhr				
EWU	36,4	– 1,0	2,1	5,2
Übrige EU	21,6	1,4	10,1	10,2
darunter:				
Großbritannien	7,5	0,6	11,1	12,8
Mittel- und osteuropäische EU-Länder ¹⁾	10,8	1,9	11,3	9,6
Schweiz	4,1	– 4,1	– 1,5	6,6
Russland	1,8	– 6,0	– 18,4	– 25,5
USA	9,5	2,7	7,4	18,7
Japan	1,4	– 0,4	– 1,0	0,7
Neue Industrieländer Asiens ²⁾	3,2	1,8	7,4	9,1
China	6,0	0,2	11,1	– 4,2
Süd- und ostasiatische Schwellenländer ³⁾	2,1	– 6,6	– 0,1	4,6
OPEC	3,0	3,0	8,5	9,0
Alle Länder	100,0	– 0,4	3,3	6,4
Einfuhr				
EWU	37,7	0,9	2,1	2,0
Übrige EU	19,6	2,5	6,2	5,5
darunter:				
Großbritannien	4,0	– 4,8	– 2,3	– 0,7
Mittel- und osteuropäische EU-Länder ¹⁾	12,9	5,9	10,7	8,9
Schweiz	4,5	1,4	2,8	8,3
Russland	3,1	– 3,6	– 7,1	– 22,3
USA	6,3	– 4,9	1,3	20,5
Japan	2,1	– 11,0	– 2,5	6,5
Neue Industrieländer Asiens ²⁾	2,5	– 3,4	3,7	8,1
China	9,7	– 5,1	7,1	14,7
Süd- und ostasiatische Schwellenländer ³⁾	3,6	1,5	6,7	14,0
OPEC	0,9	– 5,8	– 24,9	– 32,6
Alle Länder	100,0	– 1,0	2,2	4,2

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

² Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. ³ Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Vietnam.

Außenhandel nach ausgewählten Warengruppen im Jahr 2015



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.
 Deutsche Bundesbank

So nahm der Warenabsatz in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern um ein Zehntel und die Lieferungen nach Großbritannien sogar um ein Achtel zu. Ferner belebte sich der Außenhandel mit dem Euro-Raum im Jahr 2015 deutlich. Im Zuge der sich festigenden konjunkturellen Erholung steigerten sich die Ausfuhren um 5%, was vor allem an dem wieder in Schwung gekommenen Neuwagengeschäft sowie der anziehenden Investitionstätigkeit im gemeinsamen Währungsraum lag. Nachholbedarf wurde diesbezüglich insbesondere in den (ehemaligen) Programmländern mit Ausnahme Griechenlands befriedigt. Sehr kräftig erhöhte sich auch die Nachfrage nach deutschen Waren in den Niederlanden und Italien. Der Zuwachs der Ausfuhren nach Frankreich und Österreich fiel hingegen vergleichsweise gering aus.

infolgedessen zu Deutschlands wichtigstem Handelspartner auf der Exportseite aufstiegen. Zuvor war Frankreich mehr als 50 Jahre ohne Unterbrechung wichtigstes Abnehmerland deutscher Waren gewesen. Die Ausfuhren in andere fortgeschrittene Volkswirtschaften wie die Schweiz und die neuen Industrieländer Asiens waren ebenfalls schwungvoll, während die Warenexporte nach Japan weiterhin auf dem Niveau von 2012 stagnierten. Die Ausfuhren nach China gingen 2015 vor dem Hintergrund der dortigen Wachstumsmoderation binnen Jahresfrist zurück – das erste Mal seit 20 Jahren. Die Sanktionen und die fortbestehende Rezession in Russland führten im dritten Jahr in Folge zu einem Rückgang des deutschen Warenabsatzes, welcher um gut ein Viertel nachgab. Ein deutlich positiver Wachstumsbeitrag kam hingegen aus dem Exportgeschäft mit den süd- und ostasiatischen Schwellenländern. Außerdem stiegen 2015 – wie im Vorjahr – die Ausfuhren in die Mitgliedsländer der OPEC beträchtlich; es scheint, als hätten die zuletzt empfindlich beschränkten Möglichkeiten des Petrodollar-Recyclings bislang noch keine Auswirkungen gehabt.

... daneben auch Exporte in die USA und die Schweiz stark ausgeweitet, während China- und Russland-Geschäft rückläufig

Die Exporterlöse mit den Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören, lagen im Jahr 2015 um 5½% über dem Niveau des Vorjahres, als es nur zu einer moderaten Steigerung gekommen war. Vor dem Hintergrund des verhaltenen Expansionstempos der Weltwirtschaft insgesamt dürfte hierfür zum einen die Abwertung des Euro seit Anfang des Jahres 2014 eine Rolle gespielt haben. Zum anderen lief die Konjunktur auf traditionell wichtigen außereuropäischen Absatzmärkten relativ gut. Beträchtliche Impulse kamen vor allem aus den USA, welche

In allen großen Warengruppen konnten im Jahr 2015 die Exporterlöse gesteigert werden. An der Spitze lag erneut der Zuwachs bei den Konsumgüterexporten insbesondere aufgrund der

Exporte aller großen Warengruppen mit Zuwachs

dynamischen Entwicklung der pharmazeutischen Produkte. Diese haben in den vergangenen Jahren vor allem dank florierender Absatzmärkte in den USA, Großbritannien und den Niederlanden an Bedeutung für den deutschen Außenhandel gewonnen. Die Ausfuhren von Investitionsgütern expandierten im Berichtszeitraum ebenso kräftig. Ein vergleichsweise großer Beitrag kam trotz der Absatzschwäche auf dem chinesischen Pkw-Markt abermals von den Kfz-Exporten, da die deutschen Fahrzeughersteller besonders in den USA, Großbritannien und den EWU-Ländern höhere Umsätze erzielten. Selbst in unterjähriger Betrachtung ist im Jahr 2015 für die Kfz-Exporte als Ganzes keine spürbare Delle durch die Abgasaffäre des Volkswagen-Konzerns erkennbar. Ebenfalls deutlich zulegen konnten die Lieferungen von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, während bei den Maschinenexporten lediglich ein kleines Plus zu verzeichnen war.

*Zunahme der
Warenimporte
ebenfalls breit
angelegt*

Die lebhaftere Binnennachfrage in Deutschland führte zu einer breit angelegten Zunahme der Einfuhren in allen großen Warengruppen. Die günstige Arbeitsmarktlage und die damit einhergehend kräftigen Zuwächse der realen verfügbaren Einkommen spiegelten sich in einer erheblichen Steigerung der Konsumgüterimporte wider. Weiterhin wurden im Jahr 2015 deutlich mehr Investitionsgüter nach Deutschland eingeführt. Dies lag zum einen an einem rasanten Zuwachs der Importausgaben für Fahrzeuge, welche sowohl den grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten mit den mittel- und osteuropäischen Ländern als auch höherer relativer Preise infolge der Euro-Abwertung – vor allem gegenüber dem US-Dollar – geschuldet gewesen sein dürfte. Weiterhin wurden 2015 im Einklang mit den gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen auch deutlich mehr Maschinen und Datenverarbeitungsgeräte sowie elektronische und optische Geräte nach Deutschland eingeführt. Die nominalen Energieimporte verminderten sich hingegen aufgrund der fallenden Ölpreise um ein Fünftel, was in der Gesamtschau die Steigerung der Importausgaben deutlich abbremsen ließ. In realer

Betrachtung dürfte es hingegen im Jahr 2015 nach dem außerordentlich milden Winter im Vorjahr zu einem spürbaren Anstieg der Einfuhr von Energieträgern gekommen sein.

Anbieter aus Ländern des gemeinsamen Währungsraumes steigerten ihre Umsätze in Deutschland wie im Vorjahr lediglich moderat. Demgegenüber profitierten Lieferanten aus Ländern außerhalb des Euro-Raums stärker von der Belebung der Binnennachfrage hierzulande. Die Abstriche im Energiegeschäft mit Russland und den Mitgliedsländern der OPEC nahmen hingegen deutlich zu. So wurde das bereits niedrige Vorjahresniveau noch einmal um ein Fünftel beziehungsweise ein Drittel unterschritten. Weiterhin schwunglos entwickelten sich die Importe aus Großbritannien. Im Gegensatz dazu waren bei den Einfuhren aus der Schweiz, Japan und den Vereinigten Staaten im Jahr 2015 nach den verhaltenen Vorjahreszuwächsen kräftige Steigerungen zu beobachten, wobei letztere sogar ein Umsatzplus von einem Fünftel verzeichnen konnten.²⁾ Die Nachfrage nach chinesischen Produkten blieb rege. Mit den Kfz-Einfuhren an der Spitze expandierten die Importausgaben an die mittel- und osteuropäischen Länder wie bereits in den Vorjahren sehr kräftig. Auch aus den neuen Industrieländern Asiens sowie den süd- und ostasiatischen Schwellenländern wurde 2015 mehr eingeführt.

*Anbieter aus der
EWU profitierten
vom Importsog
weniger stark
als Lieferanten
aus den Dritt-
staaten*

Der leistungsbilanzrelevante Beitrag des Warenhandels nahm um 36½ Mrd € zu und somit etwas stärker als der Außenhandelsaldo. Der Überschuss belief sich im Jahr 2015 auf 263

²⁾ Zum kräftigen Zuwachs der nominalen Einfuhren aus den USA und der Schweiz dürfte zum einen beigetragen haben, dass sich bei vertraglich fixierten Abgabepreisen in US-Dollar bzw. Schweizer Franken der importierte Warenwert allein aufgrund der Umrechnung in Euro erhöht. Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass die Nachfrage nach bestimmten Waren aus diesen Ländern zumindest kurzfristig relativ unelastisch ist.

Saldo der Transithandels-erträge bei dynamischer Geschäftsentwicklung nur wenig gestiegen

Mrd €.³⁾ Durch die zunehmende grenzüberschreitende Beteiligungsverflechtung deutscher multinationaler Unternehmen ist der Wert von im Transithandel erworbenen und veräußerten Waren in den letzten Jahren stark angestiegen. Hierbei verzeichnete der Transithandel mit Kfz, der knapp die Hälfte der Bruttobeträge ausmacht, im Jahr 2015 einnahmen- wie ausgabenseitig einen deutlichen Zuwachs. Insgesamt legte der Aktivsaldo aus Transithandelsgeschäften nur wenig auf 22 ½ Mrd € zu.

Die „unsichtbaren“ Leistungs-transaktionen im Einzelnen

Kräftig erhöhte Dienstleistungs-exporte verringern Fehlbetrag in der Dienstleistungsbilanz

Der traditionell große Fehlbetrag in der Bilanz des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs Deutschlands belief sich 2015 auf 30 Mrd €. Er war damit um 5 Mrd € niedriger als im Jahr 2014. Ausschlaggebend dafür war die kräftige Erhöhung der Einnahmen, die den Zuwachs der Ausgaben für Dienstleistungen gebietsfremder Anbieter übertraf. Die besonders dynamische Entwicklung der Dienstleistungs-exporte in den Nicht-Euro-Raum dürfte zum einen auf die gute Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern gewerblicher Dienste (z. B. USA, Großbritannien) zurückzuführen sein. Zum anderen könnten sich auch Wechselkurseffekte niedergeschlagen haben.

Verbesserung vor allem dank einiger gewerblicher Dienstleistungen

Im Ausland waren 2015 insbesondere EDV-Dienstleistungen deutscher Anbieter stärker gefragt als im Jahr davor. Außerdem nahmen die Einnahmen aus der Nutzung geistigen Eigentums sowie aus erbrachten Forschungs- und Entwicklungsleistungen zu. In diesen Sparten, in denen die internationale Arbeitsteilung voranschreitet, erzielt Deutschland spürbare Überschüsse. Zu einer Verbesserung kam es auch im Saldo der Instandhaltungs- und Reparaturdienstleistungen. Dass diese Teilbilanz tendenziell einen Fehlbetrag ausweist, ist im Zusammenhang mit Gewährleistungsverpflichtungen deutscher Warenexporteure, insbesondere der Automobilunternehmen, zu sehen. Freiberufliche und Managementdienstleistungen – hierzu zählen auch die seit Langem

defizitären kaufmännischen Dienstleistungen – sowie Provisionen, technische und sonstige Dienstleistungen wiesen weiterhin akzentuierte Fehlbeträge auf. Das Defizit im grenzüberschreitenden Austausch von Transportleistungen verminderte sich 2015 etwas, nachdem es in den vergangenen Jahren gewachsen war.

Im Jahr 2015 gaben Inländer 2% weniger für Reisen ins Ausland aus als 2014. Dies ist der erste Rückgang seit dem Krisenjahr 2009. Die kräftigen Einkommensverbesserungen führten offensichtlich nicht dazu, dass es zu vermehrten Auslandsaufenthalten kam. Die Aufteilung des Reiseverkehrs nach Ländern lässt vermuten, dass die Euro-Abwertung dabei zumindest partiell eine Rolle spielte. So verringerten sich 2015 die Ausgaben für Reisen in die Schweiz um ein Drittel, und die Aufwendungen für Besuche in den USA gingen um gut ein Fünftel zurück. Mehr Zuspruch fanden dagegen Reiseziele in Asien. Bei leicht erhöhter Einnahmenseite bewirkten die gesunkenen Ausgaben, dass sich das Defizit der Reiseverkehrsbilanz von 37 ½ Mrd € im Jahr 2014 auf 35 ½ Mrd € im Berichtsjahr verringerte.

Ausgaben für Reisen ins Ausland nachgegeben

Aus grenzüberschreitenden Primäreinkommen erzielte Deutschland 2015 einen Überschuss von 63 ½ Mrd €. Hauptquelle bilden die Nettoerträge aus Vermögensanlagen, die sich im letzten Jahr lediglich um 2 Mrd € erhöhten. Angesichts des fortgesetzt kräftigen Aufbaus des Netto-Auslandsvermögens deutet der eher moderate Zuwachs auf dämpfende Renditeefflüsse hin. Diese gingen zum einen vom weiteren Absinken des allgemeinen Renditeniveaus aus. Zum anderen hielt dem gegenwärtigen Datenstand zufolge die bereits in den beiden Vorjahren zu beobachtende Normalisierung des

Überschuss bei Vermögens-einkommen praktisch unverändert

³ Der Warenhandel unterscheidet sich vom Außenhandel zum einen durch Zu- und Absetzungen auf der Ausfuhr- wie auf der Einfuhrseite, die im Zusammenhang mit Warenströmen aus dem bzw. in das Lager und infolge von Lohnveredelungsprozessen stehen. Zum anderen enthalten die Einfuhren nicht die Kosten für Transport und Versicherung von der Landesgrenze des Lieferanten bis zur deutschen Staatsgrenze (sog. cif-Kosten der Einfuhr), es werden aber die Nettoerträge aus dem Transithandel und aus Geschäften mit Nichtwährungsgold berücksichtigt.

Differenzials zwischen Aktiv- und Passivrendite an, nachdem es sich infolge der Finanz- und Staatsschuldenkrise stark zugunsten deutscher Netto-Vermögensanlagen geweitet hatte.⁴⁾ Der Anstieg der Einnahmen speiste sich aus höheren Erträgen aus Direktbeteiligungen und Wertpapieranlagen, während die Zinserträge – wie bereits in den letzten Jahren – rückläufig waren. Ausgabenseitig musste für Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen Gebietsfremder nur wenig mehr bezahlt werden, und die Zinsaufwendungen verringerten sich erneut spürbar.

tragende Titel stärker nach. Das Interesse deutscher Investoren an ausländischen Wertpapieren verringerte sich im vergangenen Jahr verglichen mit 2014. Angesichts gefallener Renditen waren vor allem zinstragende Papiere weniger gefragt; hingegen wurden mehr ausländische Aktien erworben. Zu Kapitalabflüssen kam es auch bei den Direktinvestitionen. Dabei hat die deutsche Wirtschaft ihr internationales Engagement per saldo weiter ausgebaut. Dagegen verzeichnete Deutschland im übrigen Kapitalverkehr Netto-Kapitalimporte. Hier verzeichneten sowohl die Unternehmen und Privatpersonen als auch die Monetären Finanzinstitute Mittelzuflüsse. Die Bundesbank verbuchte einen starken Anstieg ihrer TARGET2-Forderungen, denen höhere Einlagen ausländischer Anleger gegenüberstanden.

Fehlbetrag bei den Sekundäreinkommen geringfügig gesunken

Die Bilanz der Sekundäreinkommen schloss 2015 mit einem Defizit in Höhe von 39 ½ Mrd € ab. Damit wurde das Niveau des Jahres 2014 etwas unterschritten. Dass die Übertragungen an das Ausland spürbar zunahmen, lag am deutlichen Plus privater Transfers. Demgegenüber gingen staatliche Überweisungen an ausländische Stellen ohne direkte Gegenleistung – dazu gehören unter anderem Beiträge an den EU-Haushalt – leicht zurück. Im Privatbereich erhöhten sich auch die Einnahmen; ein größerer Teil davon sind Versicherungsbeiträge an deutsche Rückversicherer. Die Übertragungen aus dem Ausland an den Staat lagen 2015 wenig höher als im Jahr davor.

Wertpapierverkehr

Im Wertpapierverkehr, in dem sich die Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten häufig besonders deutlich zeigen, kam es 2015 zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 199 Mrd €, verglichen mit 137 ½ Mrd € im Jahr davor. Dieser Anstieg ist vor allem auf einen Umschwung in der Auslandsnachfrage nach deutschen Wertpapieren zurückzuführen. Während gebietsfremde Investoren 2014 per saldo deutsche Wertpapiere gekauft hatten, trennten sie sich im vergangenen Jahr von deutschen Portfoliowerten.

Gestiegene Kapitalexporte im Wertpapierverkehr ...

■ Kapitalverkehr

Grundtendenzen im Kapitalverkehr

Dem Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands standen im Jahr 2015 hohe Netto-Kapitalexporte (232 Mrd €) gegenüber.⁵⁾ Ein Großteil davon entfiel auf den Wertpapierverkehr, der im vergangenen Jahr vor allem unter dem Einfluss des Niedrigzinsumfelds und der umfangreichen Wertpapierkäufe zu geldpolitischen Zwecken (Quantitative Easing) stand. Infolge der niedrigen und stellenweise negativen Anleiherenditen in Deutschland trennten sich ausländische Investoren per saldo in großem Umfang von festverzinslichen Wertpapieren gebietsansässiger Emittenten, fragten allerdings dividenden-

Dabei gaben ausländische Anleger vor allem längerfristige Schuldverschreibungen ab (98 Mrd €, verglichen mit einem Erwerb von 15 Mrd € im Jahr 2014). Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte das erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme: EAPP) gewesen sein. Im

... vor allem durch den Verkauf deutscher Staatsanleihen getrieben

Netto-Kapitalexport durch Niedrigzinsumfeld und Ankaufprogramm beeinflusst

⁴ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Effekte auf den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommenssaldo: Vermögensakkumulation, Portfolioumschichtungen und Renditeveränderungen, Monatsbericht, März 2015, S. 86–90.

⁵ Der Restposten belief sich im vergangenen Jahr auf – 25 Mrd €, nachdem er 2014 mit 30 ½ Mrd € in die Zahlungsbilanz eingegangen war.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013 ¹⁾	2014 ¹⁾	2015 ¹⁾
I. Leistungsbilanz	+ 190,4	+ 212,9	+ 257,0
1. Warenhandel ¹⁾	+ 211,6	+ 226,5	+ 263,0
Ausfuhr (fob)	1 079,8	1 114,8	1 179,6
Einfuhr (fob)	868,2	888,3	916,6
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 197,6	+ 213,6	+ 247,7
Ausfuhr (fob)	1 088,0	1 123,7	1 195,9
Einfuhr (cif)	890,4	910,1	948,2
2. Dienstleistungen ³⁾	- 43,2	- 35,4	- 30,2
darunter:			
Reiseverkehr	- 37,7	- 37,7	- 35,6
3. Primäreinkommen	+ 65,8	+ 62,4	+ 63,7
darunter:			
Vermögens-einkommen	+ 64,0	+ 61,3	+ 63,4
4. Sekundäreinkommen	- 43,8	- 40,7	- 39,5
II. Vermögensänderungsbilanz	- 0,6	+ 1,1	- 0,2
III. Saldo der Kapitalbilanz ⁴⁾	+ 218,9	+ 244,4	+ 232,2
1. Direktinvestitionen	+ 21,6	+ 79,4	+ 56,4
2. Wertpapieranlagen	+ 160,5	+ 137,4	+ 199,1
3. Finanzderivate ⁵⁾	+ 23,9	+ 31,8	+ 25,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 11,9	- 1,6	- 47,0
5. Währungsreserven ⁷⁾	+ 0,8	- 2,6	- 2,2
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ⁸⁾	+ 29,1	+ 30,4	- 24,7

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. **2** Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). **3** Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. **4** Zunahme an Netto-Auslandsvermögen: + / Abnahme an Netto-Auslandsvermögen: -. **5** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. **6** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **7** Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen. **8** Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Rahmen dieses Programms kauft das Eurosystem überwiegend europäische Staatsanleihen, wodurch deren Renditen vor allem zu Beginn des Jahres 2015 sowie – nach einer kurzen Gegenbewegung im Frühjahr – erneut in der zweiten Jahreshälfte stark gesunken sind. Bundesanleihen verzeichneten über längere Zeiträume bis in den siebenjährigen Bereich hinein negative Renditen. Vor diesem Hintergrund haben sich ausländische Anleger – gerade in den Monaten nach Beginn der Staatsanleihekäufe im März 2015 – von deutschen Staatsanleihen getrennt und im Gesamtjahr per saldo Anleihen für 79 Mrd € veräußert. Zu einem erheblichen Teil dürfte die Bundesbank diese Papiere übernommen haben. Neben europäischen Investoren haben im Jahr 2015 im größeren Maße chinesische Halter ihre Bestände an deutschen Staatsanleihen abgebaut. Bei diesen Verkäufen haben allerdings wohl auch währungspolitische Motive eine wesentliche Rolle gespielt.

Bei den langfristigen Anleihen privater Emittenten setzte sich der Verkaufstrend der Vorjahre fort. Ausländische Anleger gaben für 19 Mrd € (2014: 14 Mrd €) hiesige private Schuldverschreibungen ab. Ein Grund hierfür dürften neben den gesunkenen Renditen und den Ankäufen von Pfandbriefen im Rahmen des EAPP auch die Nettotilgungen privater Emittenten gewesen sein. Vor allem der Umlauf von Bankschuldverschreibungen war weiterhin rückläufig. Dagegen nutzten im Jahr 2015 inländische Unternehmen die günstigen Finanzierungsbedingungen und bauten ihre Kapitalmarktverschuldung – auch gegenüber dem Ausland – erneut aus.

*Netto-Kapital-
exporte bei den
längerfristigen
Anleihen privater
Emittenten*

Die Bestände an heimischen Geldmarktpapieren in ausländischen Portfolios stiegen dagegen im Jahr 2015, und zwar um 7 Mrd €. Dabei fragten ausländische Anleger ausschließlich Papiere privater Emittenten nach (20½ Mrd €), wohingegen sie sich wie in den beiden Jahren zuvor von öffentlichen Emissionen, die angesichts deutlich negativer Renditen nur wenig attraktiv waren, per saldo trennten (13½ Mrd €).

*Dagegen Netto-
Kapitalimporte
bei Geldmarkt-
papieren ...*

... und inländischen Aktien

Die Auslandsnachfrage nach deutschen Aktien ist 2015 ebenfalls weiter angestiegen. Bei höheren Umsätzen als im Jahr zuvor kam es 2015 zu Mittelzuflüssen von 10½ Mrd € (2014: 5 Mrd €). Dies zeigte sich ebenfalls in der relativ guten Kursentwicklung deutscher Aktien im Vergleich zu ausländischen Dividendenwerten. Einen Umschwung der Auslandsnachfrage gab es bei den Investmentzertifikaten. Während ausländische Investoren ihre Bestände an inländischen Anteilscheinen 2014 um 5 Mrd € verringert hatten, kam es im Berichtsjahr zu Kapitalimporten in Höhe von 5½ Mrd €.

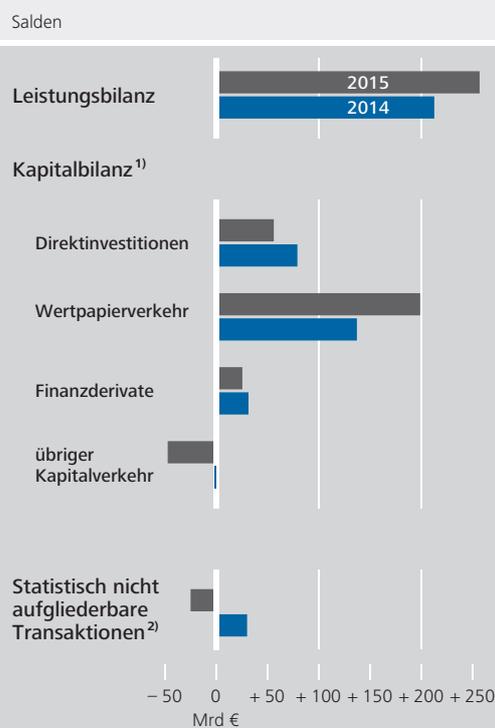
Gesunkene Nachfrage deutscher Investoren nach ausländischen Schuldverschreibungen

In umgekehrter Richtung erwarben heimische Investoren im Jahr 2015 per saldo ausländische Wertpapiere im Wert von 124 Mrd €, was gegenüber dem Jahr davor einen Rückgang darstellte (2014: 149 Mrd €). Die wichtigste Anlageform inländischer Anleger im Ausland sind dabei traditionell langfristige Schuldverschreibungen. Deutsche Investoren erwarben im vergangenen Jahr ausländische Anleihen für 74 Mrd €. Während sie ihre Bestände an in Euro denominierten Anleihen weniger stark ausbauten als in den Jahren zuvor, investierten sie verstärkt in Fremdwährungsanleihen. Hierbei waren vor allem auf US-Dollar und auf Pfund Sterling lautende Anleihen gefragt. Ein Grund hierfür dürfte die unterschiedliche Entwicklung in der Geldpolitik der betrachteten Währungsräume sein. Während die Anleiheankaufprogramme im Vereinigten Königreich sowie in den USA bereits vor 2015 ausgelaufen waren, und die Federal Reserve im Dezember 2015 erstmals seit der Krise wieder die Zinsen angehoben hat, beschloss das Eurosystem mehrere zusätzliche Maßnahmen zur geldpolitischen Lockerung. An den Devisenmärkten schlug sich dies in Wechselkursverschiebungen zulasten des Euro nieder.

Verkäufe ausländischer Geldmarktpapiere

Angesichts der sehr niedrigen (teilweise negativen) Renditen europäischer „Kurzläufer“ gaben inländische Anleger im vergangenen Jahr per saldo ausländische Geldmarktpapiere ab (5 Mrd €). Das Interesse an kurzfristigen Schuldverschreibungen aus anderen Währungsgebieten konnte die Verkäufe von Geldmarktpapie-

Wichtige Posten in der deutschen Zahlungsbilanz



¹ Ohne transaktionsbedingte Veränderungen der Währungsreserven; Netto-Kapitalexport: +. ² Statistischer Restposten.
 Deutsche Bundesbank

ren aus europäischen Ländern nicht kompensieren.

Dagegen stieg die Nachfrage heimischer Investoren nach ausländischen Aktien deutlich an. Alles in allem erwarben diese für 19½ Mrd € derartige Titel. Dahinter standen vermutlich generelle Portfolioumschichtungen von festverzinslichen Anlagen zu Dividenden tragenden Titeln. Heimische Investoren bauten ihre Bestände an Aktien sowohl aus EWU-Mitgliedstaaten als auch aus dem angelsächsischen Raum kräftig aus.

Außerdem ergänzten sie ihr indirektes Wertpapierengagement über ausländische Investmentfonds, und zwar in Höhe von 35½ Mrd € (2014: 41½ Mrd €). Dies erfolgte fast ausschließlich durch den Kauf von Anteilscheinen aus dem übrigen Euro-Währungsgebiet, wo ein Großteil der Fondsgesellschaften ansässig ist, die im Inland Anteile vertreiben.

Hohe Nachfrage nach ausländischen Aktien

Gesunkener Nettoerwerb ausländischer Investmentzertifikate

Kapitalbilanz

Mrd €

Position	2013 ¹⁾	2014 ¹⁾	2015 ¹⁾
Saldo der Kapitalbilanz ¹⁾	+ 218,9	+ 244,4	+ 232,2
1. Direktinvestitionen	+ 21,6	+ 79,4	+ 56,4
Inländische Anlagen im Ausland ²⁾	+ 68,7	+ 85,7	+ 98,0
Ausländische Anlagen im Inland ²⁾	+ 47,1	+ 6,2	+ 41,6
2. Wertpapieranlagen	+ 160,5	+ 137,4	+ 199,1
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten ²⁾	+ 140,4	+ 149,0	+ 124,1
Aktien ³⁾	+ 18,9	+ 12,4	+ 19,7
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 32,4	+ 41,3	+ 35,5
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 84,5	+ 95,8	+ 73,9
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 4,5	- 0,5	- 5,0
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten ²⁾	- 20,2	+ 11,6	- 75,0
Aktien ³⁾	+ 4,9	+ 5,1	+ 10,3
Investmentfondsanteile	+ 6,1	- 5,2	+ 5,5
Langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 8,3	+ 14,8	- 98,0
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	- 22,9	- 3,2	+ 7,2
3. Finanzderivate ⁷⁾	+ 23,9	+ 31,8	+ 25,8
4. Übriger Kapitalverkehr ⁸⁾	+ 11,9	- 1,6	- 47,0
Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	+ 101,4	+ 43,8	- 48,9
langfristig	- 34,0	+ 35,7	+ 16,7
kurzfristig	+ 135,4	+ 8,1	- 65,6
Unternehmen und Privatpersonen ¹⁰⁾	+ 23,3	- 24,3	- 27,8
langfristig	+ 20,2	+ 4,1	- 2,7
kurzfristig	+ 3,1	- 28,4	- 25,1
Staat	+ 9,9	+ 22,8	- 0,8
langfristig	+ 6,7	+ 0,5	- 3,8
kurzfristig	+ 3,2	+ 22,2	+ 2,9
Bundesbank	- 122,6	- 43,9	+ 30,5
5. Währungsreserven ¹¹⁾	+ 0,8	- 2,6	- 2,2

1 Zunahme an Netto-Auslandsvermögen: + / Abnahme an Netto-Auslandsvermögen: -. 2 Zunahme: +. 3 Einschl. Genussscheine. 4 Einschl. reinvestierter Erträge. 5 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 6 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 7 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 8 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 9 Ohne Bundesbank. 10 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 11 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen.
 Deutsche Bundesbank

Bei den Finanzderivaten, die in der Zahlungsbilanz nur in einer Position ausgewiesen werden, kam es im Jahr 2015 zu Netto-Kapitalexporten von 26 Mrd € (2014: 32 Mrd €). Davon entfielen drei Viertel auf Termingeschäfte, während der Rest größtenteils Optionen zuzuschreiben war. Der Terminhandel mit Strom und Gas spielte im Berichtsjahr lediglich eine untergeordnete Rolle. Als Kontrahenten von grenzüberschreitend gehandelten Finanzderivaten traten im Inland vor allem Kreditinstitute und sonstige Finanzgesellschaften auf.

Netto-Kapital-export bei den Finanzderivaten

Direktinvestitionen

In einem globalen Umfeld moderaten Wachstums und vor dem Hintergrund verschiedener länderspezifischer Einflussfaktoren stiegen die internationalen Direktinvestitionsströme 2015 deutlich an. Nach vorläufigen Schätzungen der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) haben die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen 2015 so stark zugenommen wie in keinem anderen Jahr seit Ausbruch der Finanzkrise.⁶⁾ Insgesamt könnten sie mit geschätzt 1,7 Billionen US-\$ den Vorjahreswert um 36% übertroffen haben. Jedoch war die Ausrichtung und Intensität des Engagements ausländischer Investoren je nach Region sehr unterschiedlich. Getragen wurde die Zunahme insbesondere durch einen starken Mittelzustrom in die fortgeschrittenen Länder, denen fast doppelt so viele Mittel wie im Jahr 2014 zufließen. Hierbei spielten auch zunehmende grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen eine wesentliche Rolle. In einem Umfeld niedriger Zinsen und hoher liquider Mittel verfolgten offenbar viele multinationale Unternehmen eine Strategie des Wachstums über Zukäufe. Auch in den Schwellenländern Asiens engagierten sich Direktinvestoren 2015 erneut kräftig, sodass die Direktinvestitionsströme hier den Vorjahreswert um 15 ½% übertrafen und rund ein Drittel der weltweit ge-

Zunahme der weltweiten Direktinvestitionen

⁶ Vgl.: UNCTAD, Global Investment Trends Monitor, Nr. 22, 20. Januar 2016.

tätigten Direktinvestitionen ausmachten. In aufstrebenden Volkswirtschaften oder sich im Umbruch befindenden Ländern in anderen Regionen war das Engagement ausländischer Investoren im Jahr 2015 demgegenüber eher verhalten. Starke Rückgänge in ihren Mittelzuflüssen verzeichneten vor allem rohstoff-exportierende Länder wie Russland, Brasilien oder auch Australien.

Deutsche Direktinvestitionsbilanz schließt mit Netto-Kapitalexporten

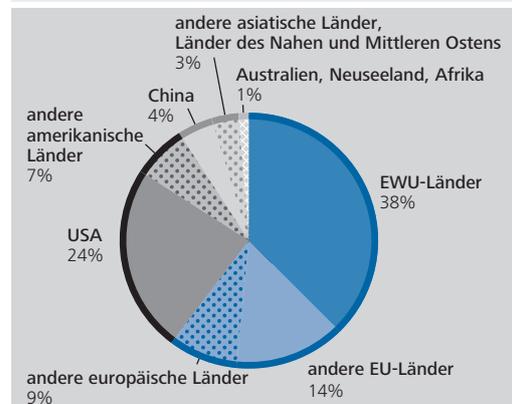
Die besondere Rolle, die Länder der EU sowie die USA nach Schätzungen der UNCTAD im abgelaufenen Jahr für die weltweiten Direktinvestitionsströme spielten, spiegelte sich auch in den Direktinvestitionsbeziehungen Deutschlands mit dem Ausland wider. Aus deutscher Sicht führten die Direktinvestitionen im Jahr 2015 zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 56½ Mrd €. Dahinter stand zum einen ein intensives Auslandsengagement heimischer Unternehmen, zum anderen flossen aber auch beträchtliche Direktinvestitionsmittel nach Deutschland. Bei den grenzüberschreitenden Transaktionen Deutschlands im Jahr 2015 spielte die Aufstockung von Beteiligungskapital eine große Rolle.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland weiterhin auf hohem Niveau

Die Direktinvestitionen heimischer Unternehmen im Ausland übertrafen mit 98 Mrd € den bereits hohen Vorjahreswert von 85½ Mrd € noch einmal deutlich. Unternehmen aus Deutschland investierten dabei vor allem in ausländische Beteiligungen (69½ Mrd €).⁷⁾ Neben Neuanlagen ließen auch im Ausland erwirtschaftete und dort reinvestierte Gewinne das deutsche Beteiligungskapital im Ausland kräftig ansteigen. Teils stand hinter diesen Transaktionen die für das Jahr 2015 geschilderte Wachstumsstrategie der Unternehmen über Zukäufe und Fusionen, aber auch der Auf- und Ausbau von Produktionsstätten war von Bedeutung. Über den konzerninternen Kreditverkehr stellten heimische Unternehmen grenzüberschreitend Mittel in Höhe von 28½ Mrd € zur Verfügung. Dies waren gut 9 Mrd € mehr als im Vorjahr, und auch über einen längeren Zeitraum gesehen war dies eine eher kräftige Expansion. Dabei räumten vor allem deutsche Mutterge-

Inländische Direktinvestitionen*) im Ausland nach Zielregionen 2015

Anteile in %



* Transaktionen laut Zahlungsbilanzstatistik.

Deutsche Bundesbank

sellschaften ihren ausländischen Töchtern – überwiegend kurzfristige – Finanzkredite ein. Mit Blick auf das deutsche Auslandsvermögen geht gut ein Fünftel aller deutschen Forderungen gegenüber dem Ausland aus Direktinvestitionen hervor; dieser Anteil war in den letzten 15 Jahren nur geringen Schwankungen unterworfen.

Mit den eher langfristig orientierten Direktinvestitionen im Ausland verfolgen deutsche Unternehmen verschiedene strategische Ziele. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter Mitgliedsunternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe stellte im Jahr 2015 das wichtigste Motiv für Auslandsinvestitionen der Aufbau von Vertrieb und Kundendienst (nämlich für 46% der befragten Unternehmen) dar.⁸⁾ Darüber hinaus war im Jahr 2015 auch das Engagement in ausländischen Produktionsstätten mit dem Ziel der

DIHK-Umfrage zeigt strategische Ziele deutscher Direktinvestitionen auf

⁷ Passend dazu blieben laut Daten von Thomson One (Thomson Reuters) die grenzüberschreitenden Transaktionen hiesiger Unternehmen im Rahmen von Mergers & Acquisitions (M&A) 2015 mit 54 Mrd € auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr. Allerdings ging die Anzahl der Transaktionen um knapp ein Viertel auf 82 zurück, was wiederum anzeigt, dass die Transaktionen im Durchschnitt großvolumiger ausfielen. Dabei handelt es sich um abgeschlossene M&A, bei denen der Erwerber nach der Transaktion mindestens 10% der Anteile des Zielunternehmens besitzt.

⁸ Vgl.: DIHK-Umfrage – Auslandsinvestitionen in der Industrie, Frühjahr 2015.

Markterschließung weiterhin ein wesentlicher Faktor (genannt von 31% der Unternehmen). Mehr Unternehmen als in den Vorjahren (23%) gaben zudem an, aus Kostengründen in die Produktion im Ausland zu investieren. Laut der Studie wurde die Entwicklung der Arbeitskosten von vielen Unternehmen als Risiko für ihre Wirtschaftlichkeit eingeschätzt. Aber auch die Stromkosten hierzulande bleiben danach ein Grund, auf kostengünstigere Produktionsmöglichkeiten im Ausland zu setzen. Des Weiteren wurden der Fachkräftemangel sowie ganz allgemein die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von vielen Unternehmen als Faktoren genannt.

Regionale Struktur: Europa und USA wichtigste Ziele inländischer Direktinvestitionen

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Motive engagieren sich deutsche Unternehmen weltweit in vielen Ländern und in allen Regionen. Besonders intensiv sind aber die Direktinvestitionsbeziehungen zu anderen Ländern in der EU. Diese sind zum einen wichtige Absatzmärkte für deutsche Produkte, zum anderen sind die Fertigungsprozesse innerhalb Europas oft grenzüberschreitend eng verzahnt. Im Jahr 2015 floss mehr als die Hälfte der deutschen Direktinvestitionen in diesen Länderkreis. Mit Blick auf einzelne Länder war die Zunahme des deutschen Beteiligungskapitals besonders kräftig in Luxemburg (10 Mrd €), in den Niederlanden (8½ Mrd €) und in Großbritannien (3 Mrd €). Auch außerhalb Europas stockten hiesige Unternehmen ihr Beteiligungskapital an ausländischen Firmen auf, und zwar insbesondere in den USA (17½ Mrd €) und in China (4 Mrd €). Knapp ein Drittel aller grenzüberschreitenden Neuanlagen in Beteiligungskapital wurde von Investoren aus dem Kreis der Finanz- und Versicherungsdienstleister getätigt. Ebenfalls rund ein Drittel der Neuanlagen ging auf das Engagement von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zurück, allen voran Anbieter aus der Automobilbranche. Knapp ein weiteres Drittel wurde von Firmen investiert, die freiberufliche und technische Dienstleistungen erbringen.

Im konzerninternen Kreditverkehr gewährten deutsche Mutterunternehmen Töchtern in an-

deren EU-Ländern Finanzkredite in Höhe von 15 Mrd €. Außerhalb Europas vergaben sie insbesondere an ihre US-amerikanischen Niederlassungen zusätzliche Kredite (4 Mrd €). Alles in allem blieben die deutschen Direktinvestitionen im Jahr 2015 regional breit gefächert, konzentrierten sich aber deutlich auf die fortgeschrittenen Länder.

Gebietsfremde Investoren steigerten ihre Aktivitäten in Deutschland 2015 wieder stärker, nachdem das Jahr 2014 durch eine deutliche Zurückhaltung bei den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland geprägt gewesen war. Investoren aus dem Ausland stellten hiesigen Unternehmen im vergangenen Jahr Mittel in Höhe von 41½ Mrd € zur Verfügung. Sie stockten dabei ihr Beteiligungskapital an heimischen Unternehmen um 18½ Mrd € auf. Über die konzerninterne Kreditgewährung flossen Unternehmen in Deutschland zudem Mittel in Höhe von 23 Mrd € zu. Der größte Teil davon waren Finanzkredite, und zwar vor allem sogenannte Reverse Flows, bei denen ein im Ausland ansässiges Tochterunternehmen einem Direktinvestor im Inland Kredit gewährt.⁹ Dabei spiegeln die Daten zum Teil wohl auch eine Art Fristentransformation wider: So tilgten heimische Unternehmen zuvor von Tochterunternehmen gewährte langfristige Kredite, während sie gleichzeitig kurzfristige Kredite bei ihren Töchtern neu aufnahmen.

Die enge grenzüberschreitende Verflechtung der Konzerne innerhalb Europas kommt auch in der Regionalstruktur der ausländischen Direktinvestoren in Deutschland zum Ausdruck. Rund 60% der zugeflossenen Mittel stammten 2015 aus den Ländern der EU. Besonders große Beträge kamen dabei aus Großbritannien (7 Mrd €), den Niederlanden (6 Mrd €) und Österreich (4½ Mrd €). Auch Investoren aus der Schweiz stockten ihr Engagement in Deutschland in größerem Umfang auf (6 Mrd €). Unter-

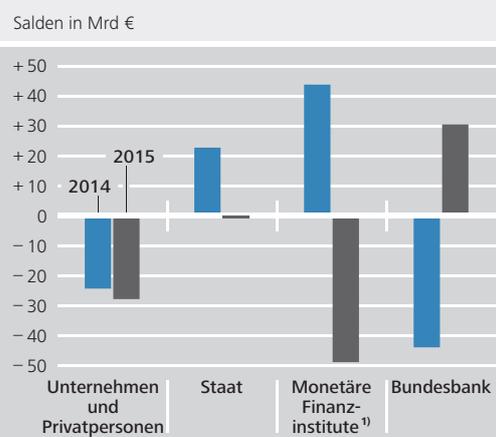
Wieder stärkeres Engagement ausländischer Direktinvestoren in Deutschland

Größte Investoren stammten aus EU und USA

⁹ Häufig leiten im Ausland ansässige Finanzierungsgesellschaften die Erlöse aus Wertpapieremissionen auf diese Weise an ihre Mutterunternehmen in Deutschland weiter.

nehmen mit Sitz in den USA bauten im vergangenen Jahr ihre Präsenz in Deutschland mit Direktinvestitionen in Höhe von 11½ Mrd € besonders stark aus. Dabei erhöhten sie zum einen ihr Beteiligungskapital an heimischen Unternehmen, zum anderen weiteten sie vor allem die Kreditvergabe an verbundene Unternehmen in Deutschland aus – auch hier geschah dies insbesondere über Kredite, die US-amerikanische Töchter ihren Müttern in Deutschland gewährten. Bezogen auf die Daten des Auslandsvermögensstatus bestand im 3. Quartal 2015 knapp ein Fünftel aller deutschen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aus Direktinvestitionen.

Übriger Kapitalverkehr^{*)} nach Sektoren



* Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen; Netto-Kapitalexport: +. ¹⁾ Ohne Bundesbank.

Deutsche Bundesbank

Übriger Kapitalverkehr

Der übrige Kapitalverkehr, welcher sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit sie nicht den Direktinvestitionen zuzurechnen sind) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, verzeichnete im Jahr 2015 Netto-Kapitalimporte in Höhe von 47 Mrd €.

Den Nichtbanken flossen im vergangenen Jahr Auslandsgelder in Höhe von netto 28½ Mrd € zu. Dies war fast ausschließlich durch Transaktionen der Unternehmen und Privatpersonen getrieben. Sie führten ihre Guthaben bei ausländischen Banken zurück (13 Mrd €) und nahmen mehr Finanzkredite im Ausland auf (10½ Mrd €). Hingegen glichen sich gegenläufige Transaktionen staatlicher Stellen über das Jahr per saldo annähernd aus. Öffentliche Institutionen reduzierten zum einen ihre unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditgebern. Zum anderen bauten sie sowohl Forderungen aus langfristigen Finanzkrediten als auch Bankguthaben im Ausland ab.

Im Bankensystem insgesamt beliefen sich die Mittelzuflüsse netto auf 18½ Mrd €. Bestimmt war dies durch die Netto-Kapitalimporte der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Höhe von 49 Mrd €. Hiesige Kreditinstitute reduzierten vor allem ihre Interbankkredite an

das Ausland. Umgekehrt – wenngleich schwächer – führten auch ausländische Einleger ihre Einlagen bei hiesigen Kreditinstituten zurück. Die Auslandsposition der Bundesbank erhöhte sich transaktionsbedingt im Jahr 2015 um 30½ Mrd €. Getrieben war dies vor allem durch höhere Forderungen im Rahmen des Zahlungsverkehrssystems TARGET2 (123½ Mrd €). Der Anstieg des TARGET2-Saldos der Bundesbank dürfte teilweise mit den im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 gestarteten Wertpapierankaufprogrammen des Eurosystems in Verbindung stehen (vgl. Erläuterungen auf S. 56 ff.). Dem stand eine deutliche Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank in Höhe von 93 Mrd € gegenüber. Verursacht wurde diese durch den Anstieg von Einlagen ausländischer Anleger, insbesondere des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Hinzu kamen Mittelzuflüsse durch grenzüberschreitende Transaktionen mit Euro-Banknoten.¹⁰⁾

Währungsreserven

Die transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven bilden in der Zahlungsbilanz

¹⁰⁾ Zur Verbuchung der Transaktionen mit Banknoten in der Zahlungsbilanz siehe: Deutsche Bundesbank, Ausweis von Euro-Bargeld in der Zahlungsbilanz und im Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, März 2015, S. 96 ff.

Netto-Kapitalimporte im übrigen Kapitalverkehr ...

... getrieben sowohl durch Netto-Mittelzuflüsse bei Unternehmen und Privatpersonen ...

... als auch bei den Banken

Zu den Auswirkungen der Wertpapierkäufe des Eurosystems auf die TARGET2-Salden

Im März 2015 erweiterte das Eurosystem die bereits seit Herbst 2014 laufenden Ankaufprogramme für forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset-Backed Securities Purchase Programme: ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (drittes Covered Bond Purchase Programme: CBPP3) um das Programm für den Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP). Im Rahmen des PSPP werden Anleihen gekauft, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten sowie von Emittenten mit Förderauftrag und supranationalen europäischen Institutionen begeben werden.¹⁾ Die Käufe erfolgen durch die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrer jeweiligen Anteile am Kapital der EZB und durch die EZB selbst. Das gesamte Ankaufvolumen des erweiterten Ankaufprogramms für Ver-

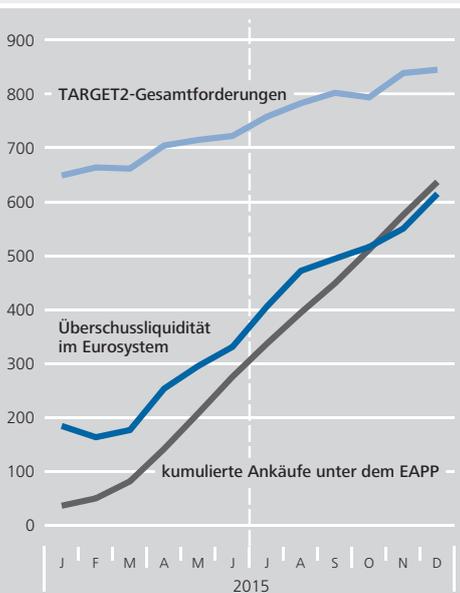
mögenswerte (Expanded Asset Purchase Programme: EAPP) betrug 2015 etwa 60 Mrd € pro Monat, das PSPP machte davon mit rund 85% den größten Anteil aus.

Die Liquiditätsbereitstellung durch die Ankaufprogramme äußert sich in einer steigenden Überschussliquidität im Eurosystem (siehe nebenstehendes Schaubild). Zugleich ist die Summe der TARGET2-Forderungen beziehungsweise TARGET2-Verbindlichkeiten im Eurosystem wieder deutlich angestiegen (+ 200 Mrd € im Jahr 2015). Es liegt also nahe zu vermuten, dass der Anstieg der TARGET2-Salden im Zusammenhang mit dem EAPP stehen könnte.

Auswirkungen der Ankaufprogramme auf die TARGET2-Salden lassen sich in direkte und indirekte Effekte unterteilen. Ein direkter Effekt ergibt sich, wenn eine nationale Zentralbank von einer Geschäftsbank Wertpapiere erwirbt, die über eine andere nationale Zentralbank an TARGET2 teilnimmt und die Gutschrift der Liquidität grenzüberschreitend erfolgt. Der direkte Effekt der EAPP-Transaktionen auf den TARGET2-Saldo einer nationalen Zentralbank ergibt sich als Differenz aus ihren eigenen Ankäufen von Banken außerhalb ihres Landes (d. h. solcher mit TARGET2-Anbindung im Ausland) und den Verkäufen inländischer Banken (d. h. solcher mit TARGET2-Anbindung im Inland) an ausländische Zentralbanken des Eurosystems. Die Form der Anbindung der Geschäftspartner an TARGET2 kann so die direkten Auswirkungen des EAPP auf den TARGET2-Saldo bestimmen. Das ist insbesondere von Bedeutung, weil Kreditinstitute mit Sitz außerhalb des Euro-Raums über eine natio-

Überschussliquidität, kumulierte EAPP-Ankäufe¹⁾ und TARGET2-Gesamtforderungen²⁾

Mrd €, Monatsdurchschnitte

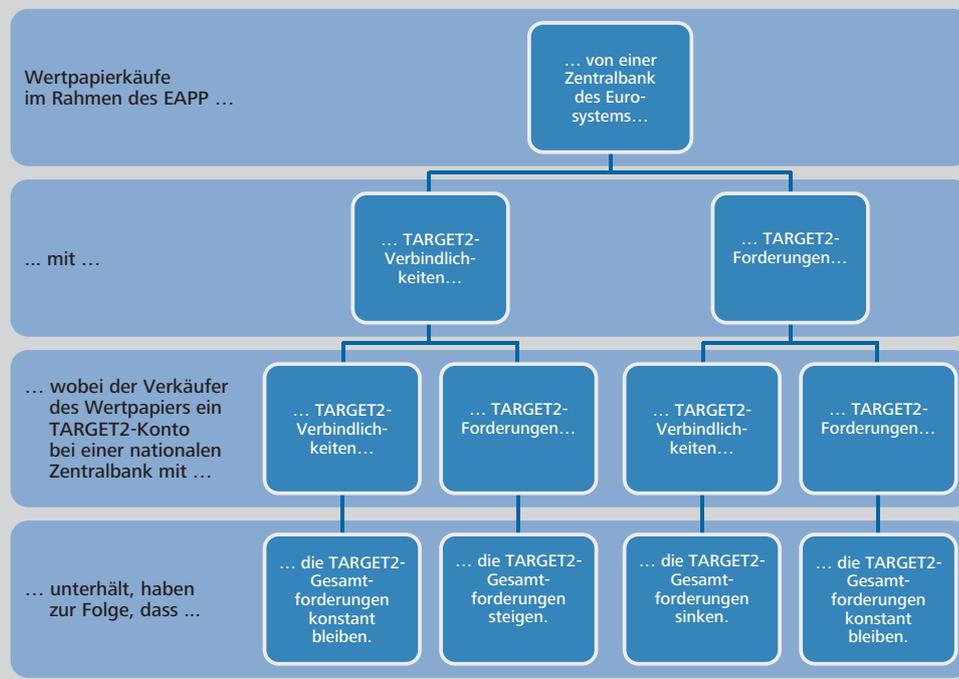


Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Expanded Asset Purchase Programme. ** Summe aller positiven TARGET2-Salden im Eurosystem.

Deutsche Bundesbank

¹ Im Dezember 2015 wurde vom EZB-Rat zudem die Einbeziehung von Anleihen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften beschlossen.

Direkter Effekt des EAPP¹⁾ auf die TARGET2-Gesamtforderungen^{**)}



* Expanded Asset Purchase Programme. ** Summe aller positiven TARGET2-Salden im Eurosystem.
 Deutsche Bundesbank

nale Zentralbank des Eurosystems an TARGET2 teilnehmen.²⁾ Dies betrifft vor allem große internationale Banken am Finanzplatz London.

Da internationale Geschäftsbanken auch über die Bundesbank an TARGET2 teilnehmen, ergeben sich Zuflüsse auf bei der Bundesbank geführte Konten, wenn andere Zentralbanken des Eurosystems bei diesen Banken Wertpapiere kaufen. Solche strukturellen Zuflüsse führen isoliert betrachtet zu steigenden TARGET2-Forderungen der Bundesbank. Die Veränderungen der gesamten TARGET2-Forderungen im Eurosystem hängen bei grenzüberschreitenden Transaktionen von der bestehenden TARGET2-Position der an der Transaktion beteiligten nationalen Zentralbanken ab (siehe oben stehendes Schaubild).

Ein indirekter Effekt aus dem EAPP auf die TARGET2-Salden ergibt sich, wenn die durch das EAPP geschaffene zusätzliche Liquidität in einem Zweitrundeneffekt grenzüberschrei-

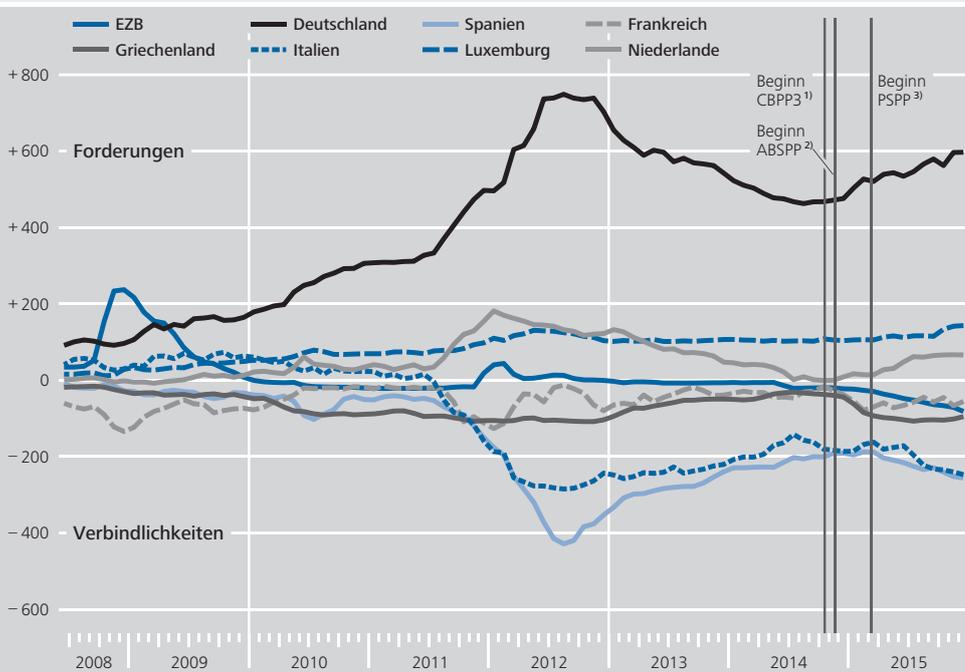
tend umverteilt wird. Dies geschieht häufig auch durch gruppeninterne Transaktionen internationaler Banken. Darüber hinaus hat natürlich eine Vielzahl sonstiger (grenzüberschreitender) Transaktionen Auswirkungen auf die TARGET2-Salden. Während die monatlichen Ankäufe 2015 bei etwa 60 Mrd € lagen, beträgt der Umsatz in TARGET2 1,9 Billionen € pro Tag. Daher zeigen die TARGET2-Salden im Vergleich zu den stetig ansteigenden (kumulierten) Ankäufen unter dem EAPP eine erkennbar volatilere Entwicklung (siehe Schaubild auf S. 56).

Die Entwicklung der TARGET2-Salden der einzelnen Zentralbanken ist heterogen (siehe Schaubild auf S. 58). Bei der EZB entstehen

² Kreditinstitute mit Sitz oder einer Zweigstelle innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) können bei nationalen Zentralbanken des Eurosystems ein eigenes TARGET2-Konto führen (sog. direkte Teilnahme). Institute ohne Sitz oder eine Zweigstelle innerhalb des EWR können über andere direkte Teilnehmer an TARGET2 teilnehmen (sog. erreichbare BIC-Inhaber).

Ausgewählte TARGET2-Salden im Eurosystem

Mrd €, Monatsdurchschnitte



Quelle: EZB. **1** Drittes Covered Bond Purchase Programme. **2** Asset-Backed Securities Purchase Programme. **3** Public Sector Purchase Programme.

Deutsche Bundesbank

im Zuge des EAPP abwicklungstechnisch bedingt TARGET2-Verbindlichkeiten, da die EZB Wertpapierkäufe auf eigene Rechnung durchführt, Kreditinstitute aber keine Konten bei der EZB haben.³⁾ Die Konten der Geschäftspartner der EZB, auf denen die Gutschrift der Liquidität erfolgt, werden von nationalen Zentralbanken geführt. Es kommt bei einem Wertpapierankauf durch die EZB also zwangsläufig zu einer „grenzüberschreitenden“ Transaktion und damit zu einem Aufbau von TARGET2-Verbindlichkeiten der EZB (siehe oben stehendes Schaubild).⁴⁾

Im Jahr 2015 erhöhten sich die TARGET2-Verbindlichkeiten insbesondere in Spanien und Italien, während Deutschland, die Niederlande und Luxemburg steigende Forderungen aufwiesen. Insgesamt ist in der langfristigen Betrachtung nach einer Phase sinkender TARGET2-Forderungen beziehungsweise TARGET2-Verbindlichkeiten ungefähr seit Jahresbeginn 2015 ein Trend zu wieder steigenden TARGET2-Forderungen

beziehungsweise TARGET2-Verbindlichkeiten festzustellen (siehe oben stehendes Schaubild). Neben dem beschriebenen Einfluss des EAPP ist der Anstieg in der ersten Jahreshälfte allerdings auch auf die damals krisenhafte Zuspitzung der finanziellen Lage in Griechenland zurückzuführen, die im Sommer 2015 mit Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und der Einigung auf ein weiteres Hilfsprogramm dann aber entschärft wurde.

3 Die Rolle der EZB bei der Kontoführung in TARGET2 beschränkt sich im Wesentlichen auf weitere europaweit tätige Zahlungsverkehrssysteme der Privatwirtschaft (insbesondere EURO1 und CLS), bei denen sich die Ein- und Auszahlungen jeweils ausgleichen und die deswegen nicht zu TARGET2-Salden bei der EZB führen. Die EZB kann u. a. Konten für andere Zentralbanken, europäische und internationale Organisationen führen, nicht jedoch für Kreditinstitute (Beschluss des EZB-Rats EZB/2007/7).

4 Inwiefern dies auch eine Ausweitung der TARGET2-Salden im Eurosystem insgesamt zur Folge hat, hängt davon ab, ob die nationale Zentralbank, über die die Transaktion abgewickelt wird, einen positiven oder negativen TARGET2-Saldo aufweist (siehe Schaubild auf S. 57).

*Transaktionen
bewirken
Rückgang der
Währungs-
reserven*

eine eigene Position. Im Jahr 2015 nahmen sie um 2 Mrd € ab. Der Rückgang war insbesondere durch eine Veränderung der Reserveposition beim Internationalen Währungsfonds bedingt.

*Bilanzielle
Anpassungen
wirken sich
hingegen
positiv aus*

Die Bestände an Währungsreserven werden zudem durch die gemäß internationalen Standards nicht in der Zahlungsbilanz zu erfassenden bilanziellen Anpassungen beeinflusst. Aus der Neubewertung zu Marktpreisen ergab sich im Jahr 2015 ein Anstieg um 3 Mrd €. Aus-

schlaggebend dafür waren Bewertungsgewinne durch die Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro. Diese zeigten sich insbesondere bei den Devisenreserven. Hingegen verminderte sich durch den im Verlauf des Jahres 2015 gesunkenen Goldpreis der Wertansatz des deutschen Goldbestandes. Alles in allem stieg der Bilanzwert der deutschen Währungsreserven im Jahr 2015 um 1 Mrd €; zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2015 lag er damit bei 159½ Mrd €.

Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögens- befragung 2014

Die Bundesbank befragte im Jahr 2014 zum zweiten Mal nach 2010 private Haushalte in Deutschland zu ihrem Vermögen und ihren Schulden. Vorrangiges Ziel der unter dem Titel „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) durchgeführten Studie ist es, die finanzielle Lage der Haushalte insgesamt sowie einzelner Gruppen von Haushalten zu beschreiben. Etwa die Hälfte der rund 4 500 befragten Haushalte nahm bereits zum zweiten Mal an der Studie teil. Mit den Daten beider Wellen können nunmehr auch Veränderungen über die Zeit aufgezeigt werden.

Sowohl die Vermögensverteilung als auch die Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte in Deutschland zeigt sich im Zeitablauf stabil. Die Vermögen sind weiterhin – gemessen an anderen Ländern im Euro-Raum – relativ ungleich verteilt.

Die niedrigen Nominalzinsen sowie der Anstieg der Immobilienpreise und Aktienkurse scheinen zwischen 2010 und 2014 keine größeren Verhaltensanpassungen in Bezug auf das Anlageverhalten der Haushalte hervorgerufen zu haben. Weder der Anteil der Haushalte, die bestimmte Vermögensgegenstände besitzen (z. B. Giro-/Sparkonten, Aktien oder Immobilien), noch die Anteile von Finanz- und Sachvermögen am Bruttovermögen privater Haushalte haben sich wesentlich verändert.

In diesem Aufsatz wird ausschließlich das Vermögen betrachtet, das die Haushalte direkt besitzen. Andere Aspekte, welche die Situation der privaten Haushalte beeinflussen, wie zum Beispiel die Verschuldungssituation und das Vermögen des Staates, werden dagegen nicht berücksichtigt.

Hintergrund der
PHF-Studie

Hintergrund

Die Bundesbank erhebt seit dem Jahr 2010 mithilfe einer Befragung in regelmäßigen Abständen detaillierte Informationen zum Vermögen, dem Einkommen sowie dem Spar- und Anlageverhalten der Haushalte in Deutschland. Diese Mikrodaten ermöglichen es, die Verteilung der Vermögen in Deutschland aufzuzeigen und zu analysieren, und ergänzen so die aggregierten Zahlen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. Neben den Angaben zum Vermögen werden auch Informationen zur Verschuldungssituation der Haushalte erfasst, die für Analysen zur Finanzstabilität von Bedeutung sein können.

Im folgenden Aufsatz werden die zentralen Ergebnisse der Erhebung 2014 dargestellt und mit der ersten Befragung im Jahr 2010 verglichen. Dabei steht die Beschreibung der Verteilung und Zusammensetzung des Nettovermögens im Vordergrund. Zudem wird kurz die Verschuldungssituation der Haushalte thematisiert. Weitergehende Analysen und internationale Vergleiche sind für die nächsten Monate geplant.

Die Vermögensverteilung in Deutschland

Mediannettovermögen 2014:
60 400 €

Im Jahr 2014 summierte sich das Bruttovermögen der Haushalte in Deutschland laut PHF-Studie im Durchschnitt auf 240 200 € je Haushalt. Nach Abzug der Schulden ergibt sich ein durchschnittliches Nettovermögen von 214 500 €. Fast drei Viertel der privaten Haushalte verfügten 2014 über ein Nettovermögen, das unter dem Durchschnitt liegt. Diese Durchschnittswerte sind in der Regel stark durch Extremwerte beeinflusst und geben noch keinen Hinweis darauf, wie die Vermögen auf die Haushalte verteilt sind.¹⁾ Eine erste Möglichkeit, sich der Verteilung der Vermögen zu nähern, ist es, die Mediane zu betrachten, das heißt die Werte, welche die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte teilen.²⁾ Die Medianwerte werden kaum von sehr hohen oder sehr

niedrigen Werten beeinflusst und lagen 2014 deutlich niedriger als die Durchschnittswerte, bei 77 200 € für das Bruttovermögen beziehungsweise 60 400 € für das Nettovermögen.

Die Relation zwischen Median und Durchschnittswert deutet bereits auf eine ungleiche Verteilung der Nettovermögen in Deutschland hin. Wie ungleich die Verteilung ist, lässt sich unter anderem am Anteil des Vermögens ablesen, das den vermögendsten 10% gehört. Diese Gruppe von Haushalten nennt etwa 60% des gesamten Nettovermögens ihr Eigen.³⁾ Der Gini-Koeffizient⁴⁾ für das Nettovermögen, ein klassisches Maß für Ungleichheit, war 2014 mit 76% nach wie vor im internationalen Vergleich hoch.⁵⁾ Ein weiteres Indiz für eine ungleiche Verteilung der Vermögen in Deutschland ist das Verhältnis des 90%-Dezils zum Median. Je höher dieser Wert ist, desto größer ist der Abstand der 10% vermögendsten Haushalte vom Median, der Mitte der Verteilung. Die Grenze zwischen den vermögendsten 10% und dem Rest der Haushalte verlief bei 468 000 € und ist

Nettovermögen
ungleich verteilt

1 Im Gegenteil, für die Berechnung des Mittelwerts wird das gesamte Nettovermögen gleichmäßig auf die etwa 40 Millionen Haushalte in Deutschland verteilt.

2 Um den Median zu bestimmen, werden die Haushalte zunächst nach dem Vermögen sortiert. Das Vermögen des Haushalts in der Mitte dieser Reihe stellt den Medianwert dar. Aus der Abfolge der nach dem Vermögen sortierten Haushalte lassen sich weitere Kennzahlen ablesen (sog. Quantile). Eine Einteilung in fünf gleich große Teile ergibt nach 20%, 40%, 60% und 80% die Quintile, eine Einteilung in zehn gleich große Teile entsprechend die Dezile.

3 Der Anteil des Vermögens, der den oberen 10% der Verteilung zuzuordnen ist, ist vermutlich unterschätzt (vgl. auch: P. Vermeulen (2014), How fat is the top tail of the wealth distribution?, EZB Working Paper, Nr. 1692). Das Konzept der PHF-Studie sieht vor, die vermögenden Haushalte in der (ungewichteten) Stichprobe überzurepräsentieren (vgl. Erläuterungen auf S. 63). Dies gelingt im Großen und Ganzen auch. Wie in allen anderen vergleichbaren Befragungen fehlen aber die sehr vermögenden Haushalte auch im PHF. Keiner der im PHF befragten Haushalte verfügt über ein Vermögen von 100 Mio € oder mehr. Diese Untererfassung wird auch durch die Gewichtung der Daten nicht ausgeglichen.

4 Der Gini-Koeffizient nimmt in der Regel Werte zwischen 0% und 100% an, wobei 0% vollkommene Gleichverteilung und 100% maximale Ungleichheit bedeuten. Je näher der Wert an 100% liegt, desto ungleicher ist die Verteilung.

5 Z. B. lag der Gini-Koeffizient des Nettovermögens in Italien im Jahr 2014 bei 61%. Der aktuell verfügbare Gini-Koeffizient für den Euro-Raum stammt aus dem Jahr 2010 und lag damals bei 69%. In den USA sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland. Der Gini-Koeffizient lag dort 2013 bei etwa 80%.

PHF-Studie 2014: Konzept der zweiten Befragung

Zwischen April und November 2014 wurden im Rahmen der PHF-Studie 4 461 private Haushalte mit 9 256 Personen ab 16 Jahren in Deutschland befragt. Ein Teil der Haushalte (2 191) nahm bereits zum zweiten Mal an einer PHF-Befragung teil. Für die restlichen 2 270 Haushalte war es die erste Erhebung. Insgesamt liegt die Teilnahmequote bei 28% der erfolgreich kontaktierten Haushalte. Für die Haushalte, die schon einmal teilgenommen hatten („Panel-Haushalte“), ergibt sich eine Quote von 68% und für die erstmalig angeschriebenen Haushalte von 18%. Für die Wiederbefragung ist die Teilnahmequote mit der anderer Studien in Deutschland vergleichbar. Der Wert für die neu angeschriebenen Haushalte ist jedoch vergleichsweise niedrig.

Die Methodik der zweiten PHF-Erhebung 2014 orientierte sich stark an der Methodik der ersten Erhebung in den Jahren 2010 und 2011. So wurden abermals persönliche Interviews vor Ort beim befragten Haushalt („Face-to-Face“) geführt. Auch wurden die Daten erneut mithilfe von elektronischen Fragebögen („CAPI“) erhoben. Die nicht ganz 300 geschulten Interviewer benötigten im Durchschnitt etwa eine Stunde, um ein Interview abzuschließen.

Die Adressen der erstmalig angeschriebenen Haushalte wurden nach einem Zufallsverfahren aus den Registern der Einwohnermeldeämter gezogen. Dabei wurde ein sogenanntes Oversampling umgesetzt, das heißt, vermögende Haushalte sind bei der gezogenen Stichprobe überrepräsentiert.¹⁾ Die höhere Ziehungswahrscheinlichkeit wurde in der Gewichtung berücksichtigt, sodass die dargestellten Ergebnisse als repräsentativ für die privaten Haushalte in Deutschland gelten können.

Der Fragebogen der PHF-Studie wurde für die zweite Welle nur geringfügig modifiziert, um die Vergleichbarkeit über die einzelnen Befragungswellen zu gewährleisten. Lediglich bei der Erfassung der privaten Altersvorsorge gab es größere Anpassungen. Diese Anpassungen zielten darauf ab, die Befragung für die Haushalte einfacher zu gestalten. An den abgefragten Konzepten wurde auch hier nichts verändert. Das Frageprogramm wurde an einigen Stellen erweitert, zum Beispiel um Fragen zu den Erwartungen der Haushalte. Wie bei der Erhebung 2010/2011 war es auch möglich, das Interview in Russisch, Polnisch, Türkisch oder Englisch zu führen. Die fremdsprachigen Versionen des Fragebogens wurden aber nur von sehr wenigen Haushalten genutzt.

Weitere Informationen zur Methodik und den Hintergründen der PHF-Studie sind unter www.bundesbank.de/phf verfügbar.

¹ Bei der Stichprobenziehung werden dazu kleinere Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern auf Basis der Einkommensteuerstatistik in „reiche Gemeinden“ und „sonstige Gemeinden“ aufgeteilt. In Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern werden vermögende Straßenabschnitte mithilfe mikro-geografischer Informationen zu Wohnlage und Kaufkraft identifiziert. Der Anteil der Haushalte in der Stichprobe wird schließlich so gewählt, dass Haushalte aus reichen Gemeinden und vermögenden Straßenabschnitten stärker in der Stichprobe vertreten sind, als sie in der Population vorkommen.

somit etwa achtmal so hoch wie der Median. Zum Vergleich, für den Euro-Raum insgesamt nahm dieses 90/50-Verhältnis im Jahr 2010 einen Wert von fünf an.

Die Vermögensverteilung 2014 im Vergleich zu 2010

Um die Werte für 2014 besser einordnen zu können, ist ein Vergleich mit der Vermögensverteilung aus dem Jahr 2010 hilfreich.⁶⁾ Dabei sollte nicht vergessen werden, dass nur ein relativ kurzer Zeitraum von etwa vier Jahren in die Betrachtung einbezogen wird und sich Vermögen in der Regel langfristig aufbaut.

Vermögensverteilung insgesamt relativ stabil

Die anhaltend niedrigen Sparzinsen sowie der Anstieg der Immobilienpreise und Aktienkurse in den letzten Jahren scheinen sich zwischen 2010 und 2014 nicht sonderlich stark auf die Verteilung der Vermögen in Deutschland ausgewirkt zu haben. Die oben bereits angesprochenen Verteilungsmaße haben sich im betrachteten Zeitraum kaum verändert. Der Anteil der vermögendsten 10% der Haushalte am gesamten Nettovermögen war 2010 mit 59,2% nur 0,6 Prozentpunkte niedriger als 2014. Der Gini-Koeffizient für das Nettovermögen ist für beide Jahre nahezu identisch. Der Median des Nettovermögens ist im Vergleich zu 2010 nominal um etwa 9 000 € angestiegen (+18%), pro Jahr im Durchschnitt also um weniger als 3 000 €. Inflationsbereinigt ergibt sich für den gesamten Zeitraum ein Anstieg von 5 300 € (+10%).⁷⁾ Die durchschnittlichen Nettovermögen stiegen nominal um 10% oder rund 19 300 € an, inflationsbereinigt ergibt sich ein Anstieg von 3%.⁸⁾ Damit fiel der Anstieg des durchschnittlichen Nettovermögens gleich hoch aus wie die Zunahme des aggregierten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck), das zwischen 2010 und 2014 laut den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nominal um etwa 10% und inflationsbereinigt um 3% gestiegen war.⁹⁾

In einzelnen Abschnitten der Verteilung ergaben sich Veränderungen, die sich allerdings kaum auf die Verteilungsmaße auswirkten.

Veränderungen in einzelnen Abschnitten der Verteilung

Die Grenzen für die unteren vier Dezile waren 2014 geringer als noch 2010. Die Haushalte, die 2014 zu den 40% ärmeren Haushalten gehörten, verfügen also über ein geringeres Nettover-

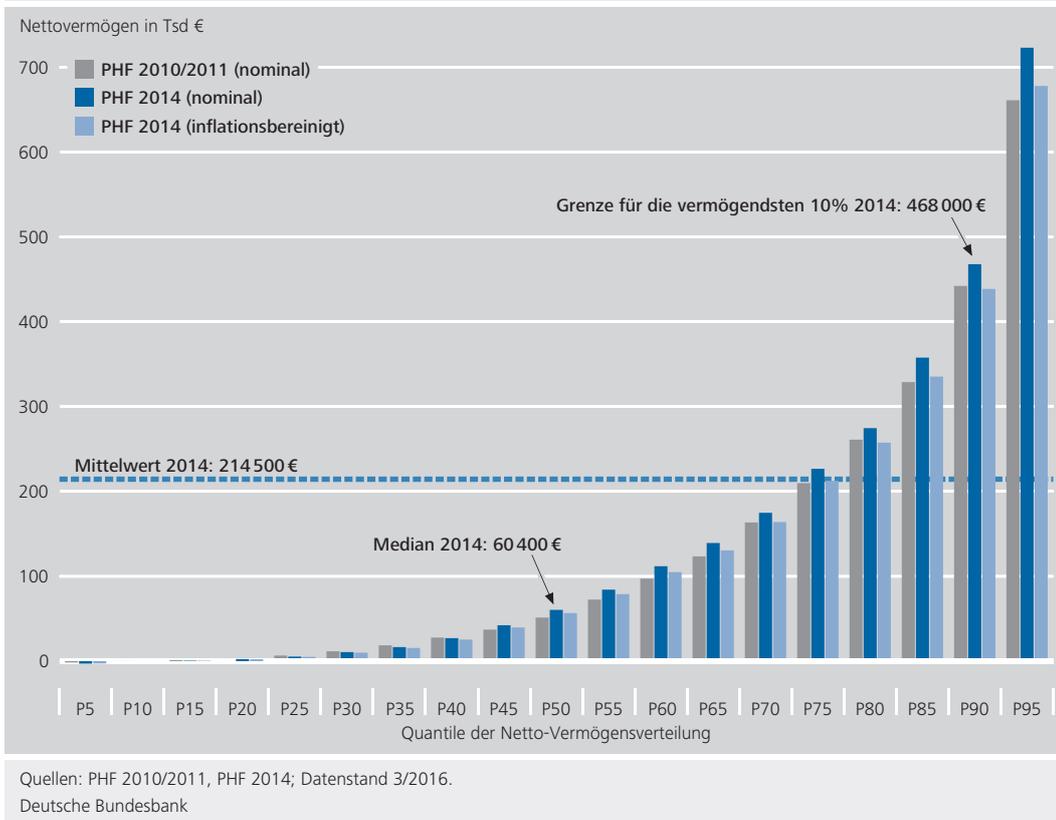
⁶ Auch ein internationaler Vergleich der Vermögensverteilung und deren Dynamik wäre interessant. Dieser ist für das Jahr 2014 derzeit jedoch nicht möglich, da die harmonisierten Ergebnisse des „Household Finance and Consumption Surveys“ (HFCS) des Eurosystems für 2014 erst Ende dieses Jahres erscheinen sollen. Für Italien wurden von der Banca d'Italia bereits erste Ergebnisse veröffentlicht (Vgl.: Banca d'Italia (2015), I bilanci delle famiglie italiane nell'anno 2014, Supplementi al Bollettino Statistico, Nuova serie, Numero 64.). Demnach ergibt sich 2014 für die privaten Haushalte in Italien ein Mediannettovermögen von 138 000 € (-19% im Vergleich zu 2010). Beim Mittelwert für das Nettovermögen sind beide Länder, nach einem Rückgang in Italien um 16% und einem Anstieg in Deutschland um 10%, nun noch näher zusammengerückt als 2010 (Deutschland 2014: 214 500 €, Italien 2014: 218 000 €).

⁷ Die Bestimmung inflationsbereinigter Vermögenswerte ist nicht unproblematisch, da es keinen allgemein akzeptierten Vermögenspreisindex gibt. In der Regel behilft man sich daher mit der Entwicklung der Verbraucherpreise. So wird auch hier die Entwicklung des Verbraucherpreisindex seit 2010 zugrunde gelegt.

⁸ Die gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung weist für den gleichen Zeitraum für den Sektor „Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck“ einen Anstieg des aggregierten Reinvermögens (ohne Pensionsrückstellungen und Gebrauchsvermögen) von nominal 18% aus (vgl.: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank, Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen, Wiesbaden). Die Unterschiede können sich durch unterschiedliche Sektorabgrenzungen, abweichende Bewertungen einzelner Vermögensgegenstände und durch die Untererfassung des Geldvermögens der sehr reichen Haushalte in der PHF-Studie ergeben (vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Abdeckung des sektoralen Gesamtvermögens, Monatsbericht, Juni 2013, S. 28 f.). Andere Mikrodatenquellen kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie die PHF-Studie. Für das Sozioökonomische Panel (SOEP), in dem Vermögen weniger detailliert abgefragt wird als in der PHF-Studie, ergibt sich für den Zeitraum 2007 bis 2012 ein Anstieg des nominalen Mediannettovermögens auf Haushaltsebene von 38 500 € auf 50 000 € (eigene Berechnungen auf Basis der SOEP-Daten v. 31). Der Mittelwert war im gleichen Zeitraum nur geringfügig von 152 300 € auf 159 400 € angestiegen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) kommt zu dem Ergebnis, dass der Median des nominalen Nettovermögens zwischen 2008 und 2013 von 42 600 € auf 46 100 € und der Mittelwert von 127 200 € auf 134 700 € gestiegen ist. Vermutlich ist die explizite Nichtberücksichtigung der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 18 000 € in der EVS dafür verantwortlich, dass Median, Mittelwert und der Anteil der vermögendsten 10% der Haushalte unter den Werten der PHF-Studie liegen.

⁹ Vgl.: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Beiheft zur Fachserie 18, 3. Quartal 2015.

Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland: 2010 und 2014



mögen als die Haushalte, die 2010 in diesem Teil der Netto-Vermögensverteilung zu finden waren.¹⁰⁾ Die Verschiebungen sollten aber nicht überbewertet werden, denn die absoluten Veränderungen hielten sich in Grenzen. Sie überstiegen nur selten 2 000 €. Beispielsweise lag die Grenze zwischen dem unteren Viertel und den oberen drei Vierteln der Verteilung 2010 noch bei einem Nettovermögen von 6 600 €; im Jahr 2014 waren dagegen nur noch 5 400 € (-19%) nötig, um zu den vermögendsten 75% der Haushalte zu zählen. Auch der Anteil der Haushalte mit negativem Nettovermögen, also Haushalte, deren Verschuldung das Vermögen übersteigt, stieg leicht von gut 7% im Jahr 2010 auf 9% im Jahr 2014. Erst ab der Mitte der Verteilung, genauer gesagt ab dem 45. Perzentil, ändert sich das Bild und die Grenzen verschieben sich jeweils nach oben. Dies gilt vor allem bei Betrachtung der nominalen Werte. Berücksichtigt man die Inflation, kam es insbesondere im oberen Teil der Vermögensverteilung zu kei-

ner nennenswerten Verschiebung, wie auch das oben stehende Schaubild zeigt.

Die Entwicklung der Vermögensverteilung im Zeitablauf

Die eingangs angestellte Betrachtung im Querschnitt erlaubt eine erste Einschätzung der Dynamik der Vermögensverteilung in Deutschland. Sie enthält allerdings noch keine Informationen darüber, ob sich die Position bestimmter Gruppen von Haushalten in der Vermögensverteilung über die Zeit verändert hat. Eine Längsschnittbetrachtung, die seit Vorliegen der Angaben der zweiten Befragungswelle mit den Panel-Daten der PHF-Studie nun erstmalig möglich ist,

Längsschnittbetrachtung gibt Aufschluss über Vermögensmobilität

¹⁰ Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Haushalte, die 2010 über wenig Vermögen verfügten, 2014 noch weniger Vermögen aufwiesen. Ein 2010 armer Haushalt kann 2014 in einem anderen Teil der Verteilung verortet sein, z. B. weil er eine Erbschaft erhalten hat.

kann auch darüber Auskunft geben. Für die Analyse kommen allerdings nur noch die 2 139 Haushalte infrage, die sowohl 2010 als auch 2014 an der Studie teilgenommen haben.¹¹⁾

Auch im Längsschnitt nur geringe Veränderungen

In der Längsschnittbetrachtung zeigt sich – wie in der Querschnittsbetrachtung – eine vergleichsweise stabile Vermögensverteilung. Nur ein geringer Anteil der Haushalte veränderte seine Position in der Vermögensverteilung zwischen 2010 und 2014 um mehr als ein Quintil (20%-Schritt). Haushalte, die 2010 ein positives und 2014 ein negatives Nettovermögen aufwiesen, haben einen Anteil von rund 6% an allen Haushalten. Andererseits verließen zwischen 2010 und 2014 rund 3% der Haushalte den Bereich negativer Nettovermögen.

Haushalte bauen Vermögen im Zeitablauf auf

Gruppiert man die Haushalte nach ihrer Position in der Vermögensverteilung im Jahr 2010, so sieht man, dass in allen Gruppen das mittlere Nettovermögen im Zeitablauf anstieg, außer bei den vermögendsten 10%.¹²⁾ Im Durchschnitt nahmen die Vermögen über alle Panel-Haushalte hinweg um 11 000 € zu. Bezogen auf das durchschnittliche Nettovermögen dieser Haushalte im Jahr 2010 bedeutete dies einen Anstieg um 5% zwischen 2010 und 2014. Für die Hälfte der Haushalte fiel der Anstieg mit 3 200 € und weniger geringer aus oder ihr Vermögen verringerte sich sogar.

Vermögenszuwächse bei Immobilienbesitzern und Haushalten mit Wertpapieren

Die Betrachtung des Durchschnitts- und Medianwerts für die Veränderung des Nettovermögens verschleiert zu einem gewissen Grad die Dynamik auf Haushaltsebene. Einige Haushalte realisierten deutliche Vermögenszuwächse, andere hingegen größere Verluste. Gut ein Viertel der mehrfach befragten Haushalte verzeichnete zwischen 2010 und 2014 Vermögenszuwächse von 50 000 € und mehr, rund ein Sechstel verlor 50 000 € oder mehr. Die größten absoluten Zugewinne, aber auch Verluste zeigten sich bei Haushalten, die 2010 in der oberen Hälfte der Verteilung anzutreffen waren.

Die große Bedeutung von Immobilien für die Vermögen der privaten Haushalte wurde bereits in der ersten Welle der PHF-Studie deutlich.¹³⁾

Die Längsschnittbetrachtung unterstreicht dies noch einmal. Während die Hälfte der Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz besitzen, zwischen 2010 und 2014 Zuwächse beim gesamten Nettovermögen von mehr als 33 500 € verzeichnete, musste sich die Mehrzahl der Mieter mit Zuwächsen von weniger als 1 000 € begnügen beziehungsweise Rückgänge hinnehmen.

Ähnlich sieht es für die Besitzer von Wertpapieren im Vergleich mit Haushalten ohne Wertpapierbesitz aus. Die Nettovermögen stiegen bei der Hälfte der Wertpapierbesitzer um mehr als 38 000 € an. Bei mehr als der Hälfte der Haushalte ohne Wertpapierbesitz ist das Nettovermögen dagegen um weniger als 2 500 € angestiegen oder sogar zurückgegangen. Da Wertpapiere vor allem von vermögenden Haushalten und solchen mit hohem Einkommen gehalten werden, die häufig auch Immobilienbesitz aufweisen, ist die Entwicklung des gesamten Nettovermögens der Wertpapierbesitzer zumindest teilweise auch deren Immobilienbesitz geschuldet.

■ Vermögen und Einkommen

Die isolierte Betrachtung der Vermögen ist zur Beurteilung der finanziellen Situation eines Haushalts nur von eingeschränkter Aussagekraft. Da der Konsum eines Haushalts aus Einkommen und Vermögen finanziert werden kann, ist die Kombination aus beidem relevant. Es gibt durchaus einen Zusammenhang zwischen dem aktuel-

¹¹ Insgesamt konnten in 2 191 Haushalten Personen erneut befragt werden. Für die Analysen in diesem Kapitel wurden aber nur 2 139 Haushalte berücksichtigt, die sich in ihrer Struktur nicht wesentlich verändert haben. Insbesondere Haushalte, die z. B. durch den Auszug einer Person aus einem in der ersten Welle befragten Haushalt („Split-Haushalt“) hervorgegangen sind, werden hier nicht betrachtet.

¹² Typischerweise finden sich unter den vermögendsten Haushalten solche mit älteren Mitgliedern. So ist z. B. der Anteil der Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher von 65 Jahren und älter am oberen Ende der Verteilung mit fast 60% am höchsten. Die Dynamik in diesem Bereich ist daher auch durch Übertragungen an andere, jüngere Haushalte beeinflusst.

¹³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie, Monatsbericht, Juni 2013, S. 25 ff.

len Einkommen¹⁴⁾ eines Haushalts und seinem Vermögen. Der Zusammenhang ist aber nicht linear. In allen Einkommensgruppen finden sich Haushalte mit hohem und niedrigem Nettovermögen. An den Rändern der Verteilung ist der Zusammenhang stärker. So gehörte 2014 von den 20% einkommensärmsten beziehungsweise einkommensreichsten Haushalten etwa die Hälfte auch zu den 20% Haushalten mit geringem beziehungsweise hohem Vermögen. Dass der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen nicht linear ist, erklärt auch, warum der Anteil der einkommensreichsten Haushalte am gesamten Nettovermögen mit 37% deutlich geringer ist, als der Anteil der vermögendsten Haushalte am gesamten Nettovermögen (vgl. Schaubild oben auf dieser Seite).

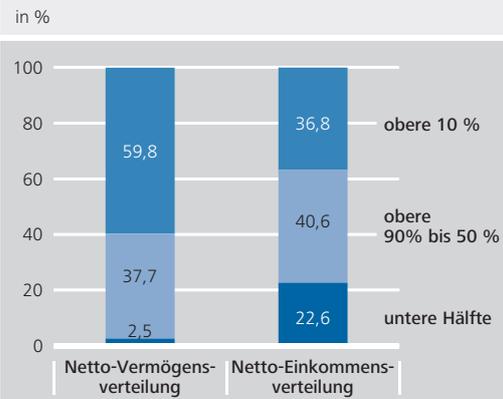
Einkommen und Vermögen zeigen Lebenszykluspuster

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen wird auch davon beeinflusst, dass beide Größen in der Regel bestimmten Lebenszykluspustern folgen. Rentner und ältere Menschen am Ende des Erwerbslebens haben typischerweise größeres Vermögen vorzuweisen als jüngere Haushalte, auch wenn deren Einkommen im Schnitt relativ hoch ist. Dieses Muster findet sich auch in den PHF-Daten (vgl. Schaubild unten auf dieser Seite).

Mit zunehmendem Alter ändert sich nicht nur die Höhe des durch Sparleistungen, Vermögensübertragungen und Vermögenspreisänderungen akkumulierten Vermögens, sondern auch die Zusammensetzung der Haushalte. Zum Beispiel spalten sich Haushalte auf, sodass das Vermögen sich dann auf mehrere Haushalte verteilt, oder neue Personen ziehen in einen Haushalt ein und bringen Vermögen mit. Diese Dynamik trägt sicherlich auch zu dem gezeigten Zusammenhang zwischen Einkommen, Vermögen und dem Alter bei, da teilweise deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Haushaltstypen hinsichtlich des Vermögens bestehen und die Häufigkeit der einzelnen Typen über die Altersgruppen variiert.

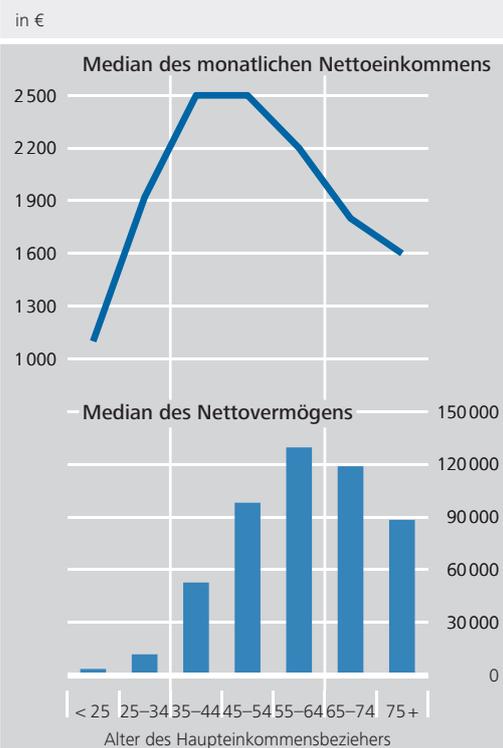
Unabhängig vom Alter können Haushalte mit überdurchschnittlichem Vermögen ein ver-

Anteil am gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte im Jahr 2014^{*)}



Quelle: PHF 2014; Datenstand 3/2016. * Anteil, den Haushalte in unterschiedlichen Abschnitten der Einkommens- und Vermögensverteilung halten.
 Deutsche Bundesbank

Nettovermögen und Nettoeinkommen der privaten Haushalte



Quelle: PHF 2014; Datenstand 3/2016.
 Deutsche Bundesbank

14 Das hier verwendete Einkommensmaß ergibt sich aus einer Frage, die analog zum Mikrozensus formuliert ist. Die Haushalte werden dabei zu Beginn der Erhebung nach ihrem monatlich verfügbaren Nettoeinkommen gefragt. Aus den PHF-Daten lässt sich auch das Bruttoeinkommen berechnen, indem unterschiedliche Einkommensarten aufaddiert werden, die einzeln abgefragt wurden. Für die hier angestellte Betrachtung erscheint das Nettoeinkommen aber die sinnvollere Bezugsgröße, da nur dieses zur Vermögensbildung und zum Konsum herangezogen werden kann.

Vermögenskonzept der PHF-Studie

Ziel der PHF-Studie ist es, das Vermögen der privaten Haushalte¹⁾ in Deutschland im Detail zu erfassen und darzustellen. Das Vermögenskonzept der PHF-Studie sieht daher vor, sowohl Aktiva als auch Passiva der Haushaltsbilanz zu erheben. Die Aktivseite (Bruttovermögen) besteht dabei aus Sachvermögen und Finanzvermögen. Auf der Passivseite stehen den Vermögenswerten Verbindlichkeiten gegenüber, das heißt mit Immobilien besicherte und unbesicherte Kredite. Als Differenz aus Bruttovermögen und Verschuldung ergibt sich das Nettovermögen.

Der Detailgrad der im PHF erfassten Vermögensarten geht über den anderer Studien zum Thema Vermögen hinaus. Beispielsweise wird im Sachvermögen neben Immobilien und Unternehmensbesitz auch der Wert von Fahrzeugen, Sammlungen oder

Schmuck erfasst. Auch das Finanzvermögen wird umfassend abgedeckt. Es setzt sich aus Guthaben bei Banken, Sparkassen und Bausparkassen, aus Wertpapieren, Beteiligungen und verwaltetem Vermögen zusammen. Zudem zählen die Guthaben bei privaten Renten- und Lebensversicherungen dazu.²⁾ Nicht eingerechnet werden etwaige in der Zukunft liegende Ansprüche auf eine gesetzliche Rente oder Pension. Aufgrund des in Deutschland existierenden Umlageverfahrens wäre es nur mit vielen Annahmen möglich, die künftigen Ansprüche in Vermögen umzurechnen („zu kapitalisieren“). Zudem handelt es sich nur um Ansprüche, jedoch nicht um angespartes Vermögen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände nehmen die Haushalte selbst vor. Dies ist vor allem für Immobilien und Unternehmensbesitz relevant. In beiden Fällen werden die Haushalte gefragt, welcher Preis für die Immobilie beziehungsweise das Unternehmen bei einem Verkauf zu erzielen wäre.

In die Berechnung des gesamten Vermögens eines Haushalts fließen auch die Vermögensgegenstände im Ausland mit ein, soweit die Befragten diese angeben.

Vermögensbilanz eines Haushalts – Schematische Übersicht

Aktiva	Passiva
Sachvermögen: <ul style="list-style-type: none"> – selbstgenutztes Haus- und Wohnungseigentum – anderer Haus- und Grundbesitz – eingerichteter Gewerbebetrieb (Nettowert) – Fahrzeuge, Sammlungen, Schmuck, usw. 	Verbindlichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> – Hypotheken – Konsumentenkredite (einschl. Kreditkartenschulden, Kontokorrentkredite, unbezahlte Rechnungen, BaföG-Schulden) – Kredite für Geschäftstätigkeit
Finanzvermögen: <ul style="list-style-type: none"> – Spar- und Girokonten, Bausparguthaben – Fondsanteile, verwaltetes Vermögen, Schuldverschreibungen, Aktien, Derivate und Zertifikate – Guthaben aus privaten Renten- und Lebensversicherungen – Beteiligungen 	Nettovermögen
Bilanzsumme	Bilanzsumme

1 Haushalte sind im PHF definiert als Personengruppen, die ihren Lebensmittelpunkt an einer gemeinsamen Adresse haben und die Kosten des täglichen Lebens gemeinsam bestreiten. Personen, die vorübergehend nicht an der Adresse wohnen, aber regelmäßig dorthin zurückkehren, gehören ebenfalls zum Haushalt. Personen oder Gruppen von Personen, die in einer Wohngemeinschaft leben und keine familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen zueinander haben oder an der Adresse lebende Hausangestellte stellen eigenständige Haushalte dar.

2 Private Renten- und Lebensversicherungen werden in der Anspar- oder Ruhephase dem Vermögen der Haushalte zugerechnet. Sobald Auszahlungen aus den Verträgen beginnen, fallen sie aus der Bilanz der Haushalte heraus. Die entsprechenden Einkommensströme werden dann bei der Berechnung des Einkommens berücksichtigt.

gleichsweise niedriges Einkommen haben. Freiberufler sind zum Beispiel gezwungen, zur Alterssicherung ein privates Vermögen aufzubauen, auch wenn sie zeitweise nicht viel verdienen. Bei dieser Betrachtung spielt das gewählte Vermögenskonzept eine Rolle und damit die Tatsache, dass für abhängig Beschäftigte die Ansprüche an die gesetzlichen Alterssicherungssysteme in der PHF-Studie nicht dem Vermögen zugerechnet werden.

Zusammensetzung des Vermögens

Neben der Verteilung des Vermögens ist die Zusammensetzung des Vermögens von Interesse. Die PHF-Studie erfasst deshalb detaillierte Angaben zu einzelnen Vermögensgegenständen und Finanzanlagen. Erst eine Aufgliederung nach Vermögensarten und Verschuldungstypen ermöglicht es, die finanzielle Lage der Haushalte umfassend zu beurteilen. Die Analyse der Zusammensetzung des Vermögens erlaubt es auch abzuschätzen, welche Vermögensgegenstände mit einem hohen Vermögen einhergehen. Dies ist nicht zuletzt bei einem Vergleich der Vermögensverteilung und -dynamik über Länder hinweg relevant.¹⁵⁾

Darüber hinaus spielt die Zusammensetzung des Nettovermögens für die Wirkung ökonomischer Schocks oder die Transmission geldpolitischer Maßnahmen eine wichtige Rolle. Da sich die Anlagestrukturen von Haushalten mit geringem Vermögen normalerweise von denen mit höheren Vermögen unterscheiden, sind mit divergierenden Wertentwicklungen verschiedener Anlageformen in der Regel auch Verteilungswirkungen verbunden. Eine Betrachtung der Portfolios entlang der Vermögensverteilung liefert daher Hinweise darauf, welche Typen von Haushalten von bestimmten geldpolitischen Maßnahmen besonders betroffen sein könnten.

Betrachtet man das gesamte Sachvermögen¹⁶⁾ aller Haushalte, besaß jeder Haushalt im Jahr 2014 durchschnittlich 187 000 €. Berücksichtigt

man nur die 81% der Haushalte, die überhaupt Sachvermögen besaßen, ergibt sich in der PHF-Studie für 2014 ein bedingter Mittelwert¹⁷⁾ von 230 800 €. Beide Werte stiegen gegenüber 2010 nominal lediglich um 7% beziehungsweise 6% an. Deutlichere Zuwächse gab es beim Finanzvermögen,¹⁸⁾ das nahezu alle Haushalte besaßen. Im Durchschnitt hatte davon jeder Haushalt 53 900 € im Jahr 2014, nach 47 000 € im Jahr 2010. Dies entspricht einem nominalen Anstieg um 15%, für den neben den Preisen von Aktien und anderen Wertpapieren auch die Sparanstrengungen der Haushalte verantwortlich sein dürften. Im Jahr 2014 sparten die Haushalte nach eigenen Angaben durchschnittlich etwa 5% ihres verfügbaren Einkommens, wenn Rückzahlungen von Hypothekenkrediten unberücksichtigt bleiben.¹⁹⁾

Sach- und Finanzvermögen waren 2014, wie das Nettovermögen insgesamt auch, ungleich verteilt. Die Mediane für Sach- und Finanzver-

15 Vgl.: K. Adam und P. Tzamourani (2015), Distributional consequences of asset price inflation in the euro area, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 27/2015.

16 Das Sachvermögen setzt sich aus dem Bruttowert der selbstgenutzten Immobilien, der anderen Immobilien (z. B. Mietwohnungen, aber auch Grundstücke), von Fahrzeugen sowie wertvollen Sammlungen oder Schmuck und dem Nettowert von Unternehmen, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied eine aktive Rolle in der Geschäftsführung inne hat, zusammen.

17 Der Zusatz „bedingt“ bei Mittelwert oder Median weist hier und im Folgenden darauf hin, dass Haushalte, die eine bestimmte Art von Vermögen bzw. Schulden nicht besitzen, nicht in die Berechnung des Mittelwerts eingegangen sind. Im Gegensatz dazu werden bei unbedingten Mittelwerten oder Medianen alle Haushalte berücksichtigt, d. h., Haushalte, die einen bestimmten Vermögensgegenstand nicht besitzen, gehen mit einem Wert von null in die Berechnung ein. Sind einzelne Vermögensgegenstände oder Schuldenarten nur bei wenigen Haushalten zu finden, weichen bedingte und unbedingte Werte in der Regel deutlich voneinander ab.

18 In diesem Abschnitt werden Guthaben bei Banken, Sparkassen und Bausparkassen, aus Wertpapieren, Beteiligungen und verwaltetem Vermögen sowie Guthaben bei privaten Renten- und Lebensversicherungen zusammen betrachtet (Brutto-Finanzvermögen). Schulden und Kredite werden nicht vom Finanzvermögen abgezogen.

19 Der hier angesetzte (Netto-)Sparbetrag ist die Summe der Zahlungen für die Bildung von Sach- und Geldvermögen abzüglich der Auflösung von Sparanlagen im letzten Jahr sowie der Neuaufnahme von Konsumentenkrediten. Übersteigt die Auflösung von Sparanlagen und die Neuaufnahme von Konsumentenkrediten die Summe aus Zahlungen für die Bildung von Sach- und Geldvermögen, wird der Sparbetrag negativ. Haushalte, die nicht sparen, gehen hier mit einem Wert von 0 € in die Durchschnittsbildung ein.

Zusammensetzung des Vermögens kann geldpolitische Transmission beeinflussen

Sach- und Finanzvermögen gestiegen, ...

Ausgewählte Forschungsergebnisse auf Basis von PHF-Daten

Die Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) liefert nicht nur interessante Ergebnisse für die Politikberatung, sondern ist auch ein großer Datenschatz für die wissenschaftliche Forschung zum Verhalten und der wirtschaftlichen Lage der Haushalte in Deutschland. Inzwischen nutzen mehr als 60 Forscher im Inland und über 150 Forscher im Ausland die anonymisierten Daten für wissenschaftliche Forschungsprojekte. Die empirischen und theoretischen Projekte decken ein großes Themenspektrum ab. Es gibt unter anderem Projekte zum Einfluss der Geldpolitik auf die Vermögensverteilung, zur Bedeutung von Wohnimmobilien für den Vermögensaufbau oder zur Messung von Armut und Konsum. Auch Fragen zur Finanzstabilität und Verschuldungssituation der Haushalte werden behandelt, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Einbindung des PHF in das Netzwerk der Vermögenserhebungen im Euro-Raum (Household Finance and Consumption Survey: HFCS) hat eine Reihe von Projekten inspiriert, bei denen Strukturen über Länder hinweg verglichen werden.

Die unten aufgeführten Forschungsergebnisse sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den vielfältigen Projekten, die mit den PHF- und HFCS-Daten für den Euro-Raum arbeiten.

In den vergangenen Jahren sind die Nominalzinsen für Sparanlagen auf historisch niedrige Werte gesunken, gleichzeitig sind Aktienkurse und Immobilienpreise gestiegen. Zudem ist die Inflationsrate auf sehr niedrigem Niveau stabil. Eine Reihe von Forschungsprojekten beschäftigt sich daher mithilfe der Mikrodaten aus dem PHF und dem HFCS mit der Frage, welche Konsequenzen diese Entwicklungen für die Vermögensverteilung in Deutschland und anderen europäischen Ländern haben. Klaus Adam und Junyi Zhu (2015)¹⁾ zeigen auf, wie überraschende Inflation auf die reale Vermögensverteilung der Länder im Euro-Raum wirkt. Die Idee dabei ist, dass der reale Wert

des Nettovermögens sich in Abhängigkeit von der unterstellten Inflationsrate verändert. Im Ergebnis zeigt sich, dass Italien, Griechenland, Portugal und Spanien insgesamt am meisten von einer überraschenden Inflation profitieren. Haushalte in Belgien, Irland und Deutschland haben die größten realen Pro-Kopf-Vermögensverluste zu tragen. Unterschiede zwischen den Euro-Ländern zeigen sich auch, wenn man nicht die Inflationsraten, sondern die Änderungen von Vermögenspreisen betrachtet. Klaus Adam und Panagiota Tzamourani (2015)²⁾ schlussfolgern aus ihren Analysen, dass der mittlere deutsche Haushalt überhaupt nicht von steigenden Immobilienpreisen profitiert, weil die Eigentumsquoten in Deutschland besonders gering sind. Dagegen würden steigende Immobilienpreise in Spanien, Portugal, Finnland oder auch in den Niederlanden die Ungleichheit im Land reduzieren.

Im Zuge der Finanzkrise rückte die Verschuldungssituation der Haushalte in den Mittelpunkt des Interesses. Dimitris Christelis et al. (2015)³⁾ vergleichen die Verschuldungssituation der Haushalte in den USA mit der in Europa. Sie finden, dass der Anteil des Einkommens, den Haushalte für den Schuldendienst aufwenden müssen, in den USA höher ist als in Europa. Dies kann auf die institutionellen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden, die es den amerikanischen Haushalten erlauben, mehr Schulden bei gegebenem Vermögen oder Sicherheiten aufzunehmen. Miguel Ampudia et al. (2014)⁴⁾ schreiben, dass die Haushalte im Euro-Raum relativ widerstandsfähig gegen-

1 K. Adam und J. Zhu (2015), Price Level Changes and the Redistribution of Nominal Wealth Across the Euro Area, im Erscheinen in JEEA.

2 K. Adam und P. Tzamourani (2015), a. a. O.

3 D. Christelis, M. Ehrmann und D. Georgarakos (2015), Exploring Differences in Household Debt Across Euro Area Countries and the United States. Bank of Canada Working Paper, Nr. 15–16.

4 M. Ampudia, H. van Vlokhoven und D. Żochowski (2015), Financial fragility of euro area households, ECB Working Paper Series, Nr. 1737.

über negativen Schocks sind. Ihr Papier ist eines von mehreren, die die PHF-Daten für Stresstests von Haushalten verwenden. Wie bei Stresstests von Banken wird dabei Stress im Haushaltssektor simuliert (z. B. durch sich ändernde Hypothekenzinsen, Einkommensverluste oder stark sinkende Hauspreise) und dann untersucht, welche Haushalte in welchem Umfang von diesen Stressfaktoren betroffen sind und wie sich deren Vermögens- und Verschuldungssituation verändert.

Mit den Daten der PHF-Studie und denen der anderen Euro-Länder lässt sich auch der Einfluss des institutionellen Rahmens in einem Land auf die wirtschaftliche Lage der Haushalte untersuchen. Die Systeme sozialer Sicherung sind ein Aspekt, den Pirmin Fessler und Martin Schürz analysieren.⁵⁾ Sie finden, dass die Leistungen des Staates eigene Sparanstrengungen ersetzen können und daher zum Teil erklären, warum sich die Vermögen der privaten Haushalte in den einzelnen Euro-Ländern unterscheiden. Auch Lien

Pham-Dao (2015)⁶⁾ zeigt mithilfe der Mikrodaten zum Vermögen der Haushalte, dass ein Teil der Unterschiede in der Ungleichheit im Vermögen in den Euro-Ländern auf die unterschiedlichen Systeme sozialer Sicherung zurückgeführt werden kann.

Zugang zu den anonymisierten Daten (Scientific Use File) kann von Forschern für wissenschaftliche Projekte beantragt werden. Nähere Informationen und Formulare für die Beantragung der Daten können von der Internetseite der Bundesbank heruntergeladen werden: www.bundesbank.de/phf-data.

⁵ P. Fessler und M. Schürz (2015), Private wealth across European countries: the role of income, inheritance and the welfare state, ECB Working Paper Series, Nr.1847.

⁶ L. Pham-Dao (2015), Public Insurance and Wealth Inequality – A Euro Area Analysis, Universität Bonn, mimeo.

mögen lagen dabei deutlich niedriger als die Mittelwerte, was auf eine Konzentration beider Vermögensarten bei reichen Haushalten hinweist. Für das Sachvermögen ergibt sich ein bedingter Median von 90 600 € bei einem bedingten Mittelwert von 230 800 €, für das Finanzvermögen Werte von 16 600 € (bedingter Median) und 54 200 € (bedingter Mittelwert).

Die Aufteilung der Bruttovermögen der Haushalte auf Sach- und Finanzvermögen hat sich zwischen 2010 und 2014 nicht wesentlich verändert. Nach wie vor stellt das Sachvermögen den überwiegenden Anteil des Bruttovermögens dar, wie das Schaubild auf Seite 72 zeigt. Wie 2010 summierten sich die Immobilien- und Betriebsvermögen sowie der Wert von Fahrzeugen und anderen Wertgegenständen auf annähernd 80% des gesamten Bruttovermögens der Haushalte. Zwar standen einem Teil des Sachvermögens auch Schulden gegenüber, doch selbst nach Abzug der Schulden war

das Sachvermögen 2014 noch deutlich höher als das Finanzvermögen der Haushalte. Dies gilt nicht im untersten Fünftel der Vermögensverteilung, in dem die Schulden dominierten und das gesamte Sachvermögen aufwogen.

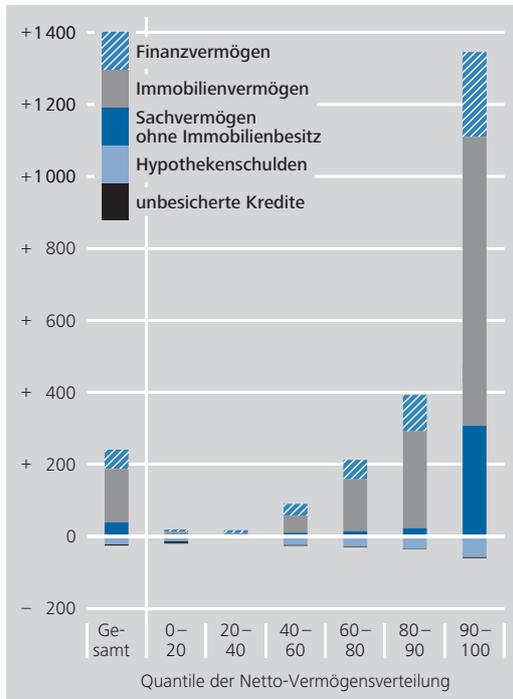
Innerhalb des Sachvermögens spielten Immobilien die wichtigste Rolle. 44% der Haushalte besaßen 2014 ihren Hauptwohnsitz. Der Anteil von Haushalten mit anderem Immobilienbesitz (z. B. Mietwohnungen, aber auch Grundstücke) lag bei 20%. Fahrzeuge und Wertgegenstände waren zwar weiter verbreitet (75% der Haushalte), ihr durchschnittlicher Wert ist mit 13 200 € aber deutlich geringer als der durchschnittliche Wert von Immobilien (231 400 €). Der Immobilienbesitz konzentrierte sich vor allem bei den vermögenderen Haushalten. Nicht zuletzt deshalb ist Immobilienbesitz und dessen Wert ein guter Indikator für die Position eines Haushalts in der Vermögensverteilung, wie auch das Schaubild auf Seite 72 zeigt. Im oberen Fünftel der Netto-Vermögensverteilung

Immobilienbesitz und Betriebsvermögen bei vermögenden Haushalten konzentriert

... Anteil am Bruttovermögen aber unverändert

Zusammensetzung des Nettovermögens der privaten Haushalte nach Quantilen *)

Vermögen bzw. Schulden in Tsd €



Quelle: PHF 2014; Datenstand 3/2016. * Unbedingte Mittelwerte.
 Deutsche Bundesbank

findet man 2014 nicht einmal mehr 10% Haushalte, die nicht in selbstgenutzten Immobilien lebten. Der Anstieg der Immobilienpreise kommt also vor allem auch den Haushalten im oberen Bereich der Vermögensverteilung zugute.

Noch stärker als Immobilienbesitz ist das Betriebsvermögen konzentriert. Nur 10% der Haushalte besaßen 2014 einen Betrieb oder ein Unternehmen, in dem sie eine aktive Rolle ausübten. Auch in der Mitte der Verteilung finden sich vereinzelt Haushalte mit Unternehmensbesitz. Die Unternehmen dieser Haushalte sind aber verhältnismäßig klein und im Durchschnitt nur gut 26 900 € wert. Erst bei den nach Nettovermögen reichsten 10% spielte Unternehmensbesitz eine wichtigere Rolle im Portfolio. In dieser Gruppe war 2014 mehr als ein Drittel der Haushalte an Unternehmen beteiligt. Im Durchschnitt summierte sich das Betriebsvermögen für diese Haushalte mit Unternehmensbesitz auf 910 900 €.

Nahezu jeder Haushalt in Deutschland besitzt eine Form von Finanzvermögen. Am weitesten verbreitet waren 2014 Guthaben auf Giro- und Sparkonten. So gut wie alle befragten Haushalte verfügten über ein Girokonto. Nicht ganz drei Viertel aller Haushalte besaßen ein Sparkonto bei einer Bank oder Bausparkasse. Der Anteil der Haushalte mit Sparkonten war 2014 um 6 Prozentpunkte geringer als 2011. Allerdings stieg der durchschnittliche Wert der Sparkonten im gleichen Zeitraum an. Fast die Hälfte der Haushalte (46%) verfügte zudem über Vermögen in Form von privaten Rentenversicherungen oder kapitalbildenden Lebensversicherungen. Der Anteil der Sparverträge, Altersvorsorgeprodukte und kapitalbildenden Lebensversicherungen am gesamten Finanzvermögen blieb zwischen 2010 und 2014 konstant, obwohl die Haushalte 2014 insgesamt ein höheres Finanzvermögen aufwiesen als noch 2010.

Sparanlagen und Altersvorsorge wichtigste Komponenten des Finanzvermögens

Aktienbesitz ist nach wie vor nicht sehr weit verbreitet, nur 10% der Haushalte hatten 2014 direkten Aktienbesitz²⁰⁾. Bei den vermögendsten 20% der Verteilung lag der Anteil der Aktienbesitzer mit 32% deutlich höher und hat sich gegenüber 2010 nicht verändert. Der Anteil der Haushalte, die Fonds besitzen, ist zwischen 2010 und 2014 von 17% auf 13% zurückgegangen. Das Anlageverhalten der deutschen Haushalte insgesamt kann also immer noch als eher konservativ angesehen werden.²¹⁾

Auch bei einer Betrachtung der Haushalte, die mehrfach an der PHF-Studie teilgenommen haben, wird deutlich, dass es zu keinen großen Umschichtungen und Veränderungen in der

²⁰ Laut Deutschem Aktieninstitut (DAI) haben 2014 etwa 6% aller Personen ab 14 Jahren direkten Aktienbesitz (Vgl.: Studie des Deutschen Aktieninstituts (2015), Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts 2014). Die Anzahl der Aktienbesitzer ist zwischen 2010 und 2014 laut DAI nur um etwa 250 000 Personen angestiegen. Die Zahlen sind nicht direkt mit denen der PHF-Studie vergleichbar, da die Betrachtungsebene (Personen versus Haushalte) eine andere ist, zeichnen aber ein ähnliches Bild.

²¹ Diese Ergebnisse stützen die Befunde auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds, Monatsbericht, Oktober 2015, S. 13 ff.

Portfoliostruktur der privaten Haushalte in Deutschland

Position	Anteile der Haushalte in %		Bedingter Mittelwert in €		Bedingter Median in €	
	2010	2014	2010	2014	2010	2014
Sachvermögen	80	81	218 300	230 800	89 200	90 600
Eigentum am Hauptwohnsitz	44	44	205 800	231 400	168 000	159 800
Sonstiger Immobilienbesitz	18	20	256 500	228 900	115 000	89 300
Fahrzeuge und Wertgegenstände	73	75	13 000	13 200	7 800	6 900
Betriebsvermögen	10	10	333 800	348 100	20 000	19 700
Finanzvermögen	99	99	47 400	54 200	17 100	16 600
Girokonten (ohne private Altersversorgung)	99	99	3 500	4 300	1 200	1 100
Sparkonten (inkl. Bausparkonten, ohne private Altersversorgung)	78	72	22 500	29 400	9 600	8 800
Fondsanteile (ohne private Altersversorgung)	17	13	29 000	39 700	9 700	14 700
Schuldverschreibungen	5	4	50 700	43 100	15 200	9 900
Aktien	11	10	29 100	39 000	8 600	9 300
Private Rentenversicherungen und kapitalbildende Lebensversicherungen	47	46	27 200	28 300	11 300	13 500
Sonstiges Finanzvermögen	11	14	11 600	11 800	1 900	1 900
Verschuldung	47	45	57 000	57 000	12 800	15 000
Hypothekenschulden	21	20	110 400	111 000	80 000	76 300
unbesicherte Kredite	35	33	9 600	9 500	3 200	3 500

Quellen: PHF 2010/2011 und PHF 2014.
 Deutsche Bundesbank

Auch bei Längsschnittbetrachtung ist die Zusammensetzung des Vermögens relativ stabil

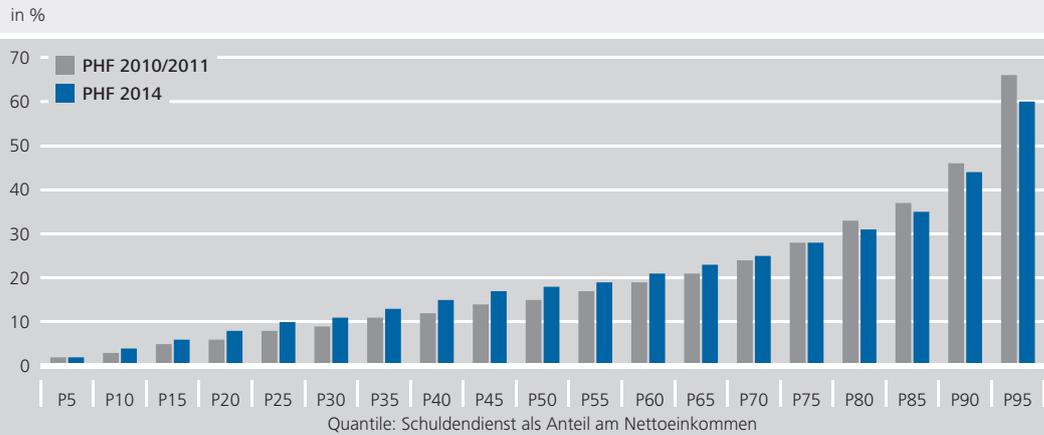
Portfoliozusammensetzung kam. Bei den wieder befragten Haushalten blieb der Anteil der Haushalte mit Finanzvermögen unverändert bei 96%. Nachdem bereits 2010 nahezu alle Haushalte über diesen Vermögentyp verfügten, ist dies nicht verwunderlich. Der Anteil der Haushalte mit Sachvermögen ist geringfügig um 2 Prozentpunkte gestiegen. Gruppiert man die Haushalte nach ihrer Position in der Vermögensverteilung im Jahr 2010, so sieht man, dass der leichte Anstieg bei den Haushalten mit Sachvermögen hauptsächlich auf ärmere Haushalte zurückzuführen ist. In dieser Gruppe stieg vor allem der Anteil an Haushalten mit Personenkraftwagen und anderen Fahrzeugen an.

Nicht nur der Anteil der Haushalte mit Finanz- und Sachvermögen zeigte sich stabil, es kam auch nur zu geringen Veränderungen bei den Subkomponenten dieser Vermögensarten. Der Anteil von Haushalten mit Eigentum am Hauptwohnsitz ist bei den erneut befragten Haushalten um 1 Prozentpunkt gewachsen.²²⁾

Dafür sind insbesondere die Haushalte im zweiten Vermögensquantil verantwortlich. Hier stieg der Anteil der Immobilienbesitzer um 7 Prozentpunkte an. Für einen Großteil dieses Anstiegs scheinen Erbschaften und Schenkungen verantwortlich gewesen zu sein. Der Anteil der Haushalte mit Hypothekenschulden hat in dieser Gruppe nur geringfügig zugenommen. Es wird interessant sein, diese Dynamik weiter zu beobachten, denn mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft dürften Vermögensübertragungen in Zukunft eine noch wichtigere Rolle für die Vermögensverteilung spielen.

²²⁾ Während im Querschnitt der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum konstant blieb, ist er für die Panel-Haushalte minimal angestiegen. Diese Befunde stehen nicht im Widerspruch. Die erneut befragten Haushalte sind zwischen 2010 und 2014 drei bis vier Jahre älter geworden und hatten Zeit, das für den Kauf nötige Eigenkapital anzusparen oder eine Immobilie zu erwerben. Unter den nur 2010 oder 2014 befragten Haushalten, gibt es dagegen einen größeren Anteil jüngerer Haushalte, die typischerweise noch keine Immobilien besitzen.

Verteilung des Schuldendienstes als Anteil am Nettoeinkommen für verschuldete Haushalte



Quellen: PHF 2010/2011, PHF 2014; Datenstand 3/2016.
 Deutsche Bundesbank

Das eher konservative Anlageverhalten der Haushalte in Deutschland spiegelt sich auch in den Ergebnissen für die mehrfach befragten Teilnehmer der PHF-Studie wider. Der Anteil dieser Haushalte, der Sparanlagen oder Bausparverträge besitzt, ist zwar um 4 Prozentpunkte gefallen, lag 2014 mit 75% aber immer noch deutlich über den Anteilen für andere Anlageformen. Gleichzeitig ging auch der Anteil von erneut befragten Haushalten mit Wertpapieren zurück. Fonds und Schuldverschreibungen besaßen noch 15% beziehungsweise 3% der Haushalte (jeweils – 3 Prozentpunkte), Aktien 11% (– 1 Prozentpunkt).

Verschuldungssituation der Haushalte

Im Zuge der Finanzkrise rückte die Verschuldungssituation der Haushalte in das Interesse der Politik. Die PHF-Studie erhebt bereits seit der ersten Erhebungswelle umfassende Zahlen zu den Krediten und anderen Verbindlichkeiten der Haushalte in Deutschland.²³⁾ Die verfügbaren Informationen erlauben es nicht nur, die Inzidenz der Verschuldung zu untersuchen, sondern ermöglichen auch eine Abschätzung der Schuldentragfähigkeit, zum Beispiel gemessen als Anteil des Schuldendienstes am Einkommen.

Etwa die Hälfte der Haushalte war 2014 verschuldet (45%). Den meisten Verbindlichkeiten standen entsprechend hohe Vermögenswerte gegenüber. Zudem waren die ausstehenden Beträge für unbesicherte Kredite²⁴⁾ vergleichsweise gering. Für mehr als die Hälfte der Haushalte mit Schulden lag deren Wert unter 3 500 €. Bedeutender für die Schuldenhöhe waren erwartungsgemäß die Hypothekenkredite. Der Median der Verschuldung für Haushalte mit dieser Kreditart lag bei rund 76 300 €.

Unbesicherte Kredite mit geringem Volumen

Gemessen am Anteil der Zinsen und Tilgungsleistungen am Nettoeinkommen der Haushalte scheint die Schuldentragfähigkeit für die Mehrzahl der verschuldeten Haushalte 2014 gegeben gewesen zu sein. Weniger als 10% der verschuldeten Haushalte mussten mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens für Tilgung und Zinsen aufwenden. Etwa 60% der Haushalte wendeten weniger als 20% ihres Nettoeinkommens für den Schuldendienst auf. Absolut gesehen ist der durchschnittliche Schuldendienst für verschuldete Haushalte zwischen 2010 und 2014 von etwa 7 900 € auf 9 000 € pro Jahr gestiegen.

Schuldentragfähigkeit für die meisten Haushalte gegeben

²³ Ein Beispiel für die Verwendung der PHF-Daten in diesem Zusammenhang findet sich in: Deutsche Bundesbank, Risiken aus der Verschuldung deutscher Haushalte mit Immobilienkrediten, Finanzstabilitätsbericht 2013, S. 68.

²⁴ Zu den unbesicherten Krediten zählen u. a. Konsumentenkredite, BAföG-Darlehen, revolvingierende Kreditkartenschulden.

Beide Werte entsprechen etwa 20% des mittleren Netto-Jahreseinkommens eines verschuldeten Haushalts im jeweiligen Jahr. Einen Großteil des Schuldendienstes wendeten die Haushalte für Hypothekenkredite auf. Berücksichtigt man nur Haushalte mit Hypothekenkrediten und den Schuldendienst für diese Art von Krediten, dann lag der Anteil des Schuldendienstes am Einkommen 2014 im Durchschnitt bei etwa 23%, ein Rückgang um 2 Prozentpunkte gegenüber 2010. Dieser Rückgang könnte den niedrigen Nominalzinsen für Hypothekenkredite geschuldet sein, in deren Genuss die Haushalte gekommen sind, die neue Hypothekenkredite aufnahmen oder Hypothekenkredite mit auslaufender oder flexibler Zinsbindung besaßen.

Zusammenfassung und Ausblick

Dieser Aufsatz dokumentiert die Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle der PHF-Studie. Die Ergebnisse der Erhebung aus dem Jahr 2014 bestätigen in vielerlei Hinsicht die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle,²⁵⁾ und dies trotz so unterschiedlicher, für das Vermögen relevanter Entwicklungen wie die erfolgten Zinssenkungen und die Wertsteigerungen bei Immobilien und Aktien. Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland war 2014 ungleich verteilt, der Median der Nettovermögen im internationalen Vergleich niedrig und das Anlageverhalten der Haushalte eher konservativ. Die Wiederholung der Befragung liefert aber auch neue Erkenntnisse. So zeigt sich, dass die Vermögensverteilung zwischen 2010 und 2014 stabil war und die Haushalte in ihrem Anlageverhalten bisher kaum auf sich verändernde Vermögenspreise und Nominalzinsen reagiert haben.

In diesem Aufsatz wurde ausschließlich das Vermögen betrachtet, das die Haushalte direkt besitzen. Die Situation der privaten Haushalte wird aber auch von anderen Sektoren geprägt, zum Beispiel der Verschuldung und dem Vermögen des Staates. Zudem sollte bei der Diskussion der Vermögensverteilung berücksichtigt werden,

dass Vermögen nur einen Teil der finanziellen Lage eines Haushalts abbildet. Es gibt zum Beispiel durchaus eine Anzahl von Haushalten mit geringem Vermögen, aber hohem Einkommen.

Die nächste Erhebungswelle der PHF-Studie ist für das Jahr 2017 vorgesehen. Dann sollen erneut gut 5 000 Haushalte zu ihrem Vermögen befragt werden. Für einen Teil der Haushalte wird es dann schon die dritte Befragung sein. Vorher werden noch die Ergebnisse der Vermögenserhebungen im Euro-Raum veröffentlicht. Insbesondere wird dabei ein Vergleich der Entwicklung der Vermögensverteilungen in Deutschland mit der Entwicklung im Euro-Raum von Interesse sein.

Tabellenanhang

In dem Aufsatz zu den Ergebnissen der PHF-Studie konnte nur eine kleine Auswahl von Kennzahlen zur finanziellen Lage der deutschen Haushalte präsentiert werden. Im folgenden Anhang werden weitere Tabellen zur Verfügung gestellt. Diese zeigen jeweils den Anteil der Haushalte, die im Besitz des jeweiligen Vermögensgegenstandes oder verschuldet sind (Prävalenzraten), den bedingten Mittelwert und den bedingten Median. „Bedingt“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Mittelwerte und Mediane jeweils nur für die Haushalte berechnet werden, die einen bestimmten Vermögensgegenstand besitzen beziehungsweise auf eine bestimmte Art verschuldet sind. Ist keine Prävalenzrate angegeben, so liegt diese bei 100%, und die Mittelwerte und Mediane beziehen sich auf alle Haushalte. Diese drei Kennzahlen werden sowohl insgesamt als auch jeweils aufgegliedert nach dem Alter, der Nationalität, der sozialen Stellung, der schulischen sowie der beruflichen Bildung der Referenzperson,²⁶⁾ dem Haushaltstyp, der Region, in der ein Haushalt lebt, und

²⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (2013), a. a. O.

²⁶ Die Referenzperson ist dabei immer die Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt. Haben zwei oder mehrere Haushaltsmitglieder ein gleich hohes Einkommen, wird eine Person zufällig ausgewählt.

dessen Wohnsituation dargestellt. Zusätzlich werden die Haushalte noch nach ihrer Position in der Netto-Vermögens- und Brutto-Einkommensverteilung unterschieden.

Prävalenzrate, Mittelwert und bedingte Verteilung von Brutto-, Netto-, Sach-, Finanzvermögen und Verschuldung sowie jährlichem Brutto- und Nettoeinkommen

PHF 2014; Datenstand 3/2016; Angaben in €

Position	Bruttovermögen	Nettovermögen	Verschuldung	Sachvermögen (brutto)	Finanzvermögen (brutto)	Bruttoeinkommen (jährlich)	Nettoeinkommen (jährlich, Selbsteinschätzung)
Prävalenzrate in %	100	100	45	81	99	100	100
Mittelwert (bedingt)	240 200	214 500	57 000	230 800	54 200	44 600	29 600
Bedingte Verteilung							
5. Perzentil	100	- 3 000	200	600	0	6 800	7 500
10. Perzentil	700	0	500	1 500	200	9 700	9 600
20. Perzentil	5 200	2 400	1 800	5 000	1 600	15 200	14 300
30. Perzentil	14 200	10 700	3 600	10 000	4 600	20 400	17 800
40. Perzentil	33 200	27 100	8 000	32 600	9 400	25 900	21 100
50. Perzentil	77 200	60 400	15 000	90 600	16 600	32 000	23 900
60. Perzentil	142 700	111 900	30 300	149 000	27 800	39 600	27 800
70. Perzentil	216 100	174 900	56 800	201 500	44 700	48 400	33 100
80. Perzentil	315 600	274 700	91 500	287 200	74 200	60 600	39 600
90. Perzentil	522 000	468 000	166 700	451 900	128 400	84 900	50 300
95. Perzentil	816 500	722 000	217 300	731 200	209 500	113 900	60 000

Brutto- und Nettovermögen sowie Verschuldung gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand 3/2016; Angaben in €

Position	Bruttovermögen		Nettovermögen		Verschuldung		
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	240 200	77 200	214 500	60 400	45	57 000	15 000
Region							
Ost 1)	112 600	29 700	96 100	24 800	49	33 800	5 800
West	274 100	106 100	246 000	80 000	44	63 800	19 900
davon: Region 1 2)	283 700	100 400	253 200	67 200	47	64 600	25 000
Region 2 3)	311 200	130 900	283 900	112 500	41	67 700	22 500
Region 3 4)	221 200	74 100	193 500	55 700	47	59 100	15 700
Wohnsituation							
Eigentümer ohne Hypothek	495 200	271 200	482 500	262 200	23	54 300	14 700
Eigentümer mit Hypothek	427 000	255 800	311 500	146 500	100	115 400	81 600
Mieter	57 300	12 200	51 800	10 100	40	13 900	3 400
Haushaltstyp							
Alleinlebende	136 000	27 700	124 100	24 000	34	35 400	5 500
Alleinerziehende	120 900	3 100	101 900	2 500	56	34 100	3 300
Paare ohne Kinder	357 700	161 800	328 400	130 300	46	63 800	19 300
Paare mit Kindern	294 300	145 400	238 600	79 300	69	80 700	49 000
Sonstige	139 300	45 300	122 900	32 000	44	37 100	14 700
Alter der Referenzperson							
16–24	42 700	6 900	37 500	3 500	46	11 100	3 600
25–34	66 300	14 300	50 700	11 800	53	29 300	5 600
35–44	221 600	91 000	174 600	52 700	62	76 200	33 800
45–54	291 500	149 300	251 400	98 100	58	69 900	40 100
55–64	403 200	147 700	374 400	129 600	47	61 700	19 500
65–74	287 400	131 700	270 400	118 900	30	55 600	9 600
75+	184 000	88 800	180 800	88 400	14	23 100	2 700
Soziale Stellung der Referenzperson							
Selbstständige	817 600	261 000	749 200	187 700	63	109 100	55 500
Beamte	344 400	268 700	284 300	174 700	62	97 700	49 500
Angestellte	231 000	81 700	196 500	59 700	57	60 300	19 400
Arbeiter 5)	127 300	57 200	104 300	35 100	54	42 800	14 500
Arbeitslose	57 900	2 500	46 900	1 400	38	28 900	3 400
Nichterwerbstätige 6)	198 600	62 900	189 200	58 600	27	34 600	5 800
Rentner	208 400	87 400	202 400	83 300	21	28 400	3 700
Pensionäre	356 600	291 300	338 800	289 900	30	58 700	36 400
Schulbildung der Referenzperson							
ohne Schulabschluss	36 300	600	29 300	200	28	25 100	800
Haupt-/Volksschule	185 500	49 600	173 100	44 900	35	35 500	8 100
Realschule 7)	217 800	81 300	189 500	57 900	54	52 400	16 100
(Fach-)Hochschulreife	339 400	145 700	299 100	100 900	50	80 900	29 600
ohne Angabe	108 300	2 000	89 400	1 400	60	31 800	500
Berufliche Bildung der Referenzperson							
ohne beruflichen Abschluss	65 300	5 200	56 700	3 700	37	23 100	3 700
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	201 000	72 600	179 100	57 800	46	47 700	13 100
Fachschulabschluss	448 800	208 000	409 700	158 700	51	75 900	34 400
Fachhochschulabschluss	362 200	169 400	319 100	118 200	49	87 300	40 100
Hochschulabschluss 9)	404 500	181 000	360 300	152 000	44	101 000	45 400
Nationalität der Referenzperson							
deutsch	251 400	87 600	225 200	65 500	45	58 500	17 200
andere Nationalität	111 200	18 500	91 300	15 100	48	41 200	9 100
Nettovermögen (Quantile)							
0–20%	13 700	700	–5 500	0	57	33 600	5 000
20–40%	17 000	12 500	11 700	10 800	37	14 300	2 800
40–60%	90 200	70 700	63 700	60 800	45	58 700	27 300
60–80%	212 200	201 000	182 300	175 300	45	65 800	41 100
80–90%	392 800	379 000	357 700	352 000	37	93 700	56 800
90–100%	1 345 800	768 200	1 285 100	722 200	45	133 900	83 800
Bruttoeinkommen (Quantile)							
0–20%	55 900	4 900	52 700	3 500	26	12 200	2 700
20–40%	116 600	23 500	107 100	19 300	39	24 300	3 200
40–60%	158 800	69 500	140 200	53 300	46	41 000	11 500
60–80%	223 500	139 400	193 800	102 500	55	54 300	22 400
80–90%	391 000	260 100	344 200	197 000	59	79 200	54 100
90–100%	903 300	425 200	815 000	354 600	61	144 000	96 100

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Sachvermögen (brutto) und Finanzvermögen (brutto) gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Sachvermögen (brutto)			Finanzvermögen (brutto)		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	81	230 800	90 600	99	54 200	16 600
Region						
Ost ¹⁾	72	114 900	25 800	100	30 200	10 700
West	84	257 300	112 400	99	60 600	19 000
davon: Region 1 ²⁾	79	299 300	140 000	99	47 000	13 300
Region 2 ³⁾	88	271 000	114 900	99	73 300	30 000
Region 3 ⁴⁾	80	213 400	96 600	99	52 500	11 600
Wohnsituation						
Eigentümer ohne Hypothek	100	399 500	200 900	100	98 300	42 500
Eigentümer mit Hypothek	100	372 900	209 900	100	54 300	29 300
Mieter	66	39 000	5 800	99	31 900	6 700
Haushaltstyp						
Alleinlebende	67	145 500	31 200	99	40 500	9 900
Alleinerziehende	54	199 200	3 500	96	14 600	2 100
Paare ohne Kinder	94	303 500	134 100	100	73 200	25 800
Paare mit Kindern	94	249 100	126 400	100	60 200	23 500
Sonstige	79	133 700	65 400	100	33 200	8 500
Alter der Referenzperson						
16–24	59	53 700	4 800	100	10 800	2 400
25–34	71	63 100	8 900	99	22 000	6 700
35–44	87	200 300	87 700	100	48 300	17 100
45–54	87	264 900	132 400	100	63 200	27 100
55–64	87	375 200	138 100	100	76 100	27 100
65–74	84	257 800	141 800	99	70 900	18 300
75+	72	185 400	106 900	99	50 500	14 700
Soziale Stellung der Referenzperson						
Selbstständige	97	731 300	209 900	100	118 700	39 600
Beamte	95	275 400	186 000	100	82 200	43 500
Angestellte	88	200 700	72 800	100	53 500	21 200
Arbeiter ⁵⁾	83	117 300	60 600	99	30 300	9 000
Arbeitslose	46	93 500	15 500	96	16 000	1 000
Nichtenerwerbstätige ⁶⁾	74	198 900	103 400	99	52 500	11 900
Rentner	76	197 500	106 600	99	58 500	15 600
Pensionäre	96	276 000	216 100	100	92 800	42 200
Schulbildung der Referenzperson						
ohne Schulabschluss	45	56 000	9 400	92	12 100	500
Haupt-/Volksschule	76	194 000	79 300	99	38 700	10 000
Realschule ⁷⁾	86	198 700	85 000	99	46 400	16 600
(Fach-)Hochschulreife	85	304 700	131 200	100	82 100	30 900
ohne Angabe	48	176 900	500	98	23 900	100
Berufliche Bildung der Referenzperson						
ohne beruflichen Abschluss	53	93 100	9 200	98	16 500	2 200
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	85	182 500	79 900	100	46 600	14 200
Fachschulabschluss	95	399 900	167 800	100	69 900	33 300
Fachhochschulabschluss	87	322 000	149 800	98	83 000	40 100
Hochschulabschluss ⁹⁾	90	340 500	151 400	100	104 700	45 500
Nationalität der Referenzperson						
deutsch	82	239 800	100 000	99	56 400	18 000
andere Nationalität	73	114 700	27 900	98	28 000	3 000
Nettovermögen (Quantile)						
0–20%	37	30 000	1 300	97	6 100	500
20–40%	76	11 000	4 900	100	8 600	7 000
40–60%	93	62 200	35 600	100	32 600	27 700
60–80%	99	159 400	154 100	100	53 800	38 500
80–90%	99	294 200	291 900	100	101 400	85 300
90–100%	100	1 109 800	613 100	100	236 000	146 800
Bruttoeinkommen (Quantile)						
0–20%	47	79 900	12 700	97	18 900	2 400
20–40%	77	116 800	25 600	100	26 800	5 800
40–60%	89	137 100	57 600	100	37 100	14 200
60–80%	94	181 400	107 700	100	52 200	27 100
80–90%	97	314 000	197 800	100	85 100	45 100
90–100%	99	734 000	320 200	100	185 000	85 400

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Eigentum am Hauptwohnsitz und sonstigen Immobilien gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Eigentum am Hauptwohnsitz			Sonstige Immobilien		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	44	231 400	159 800	20	228 900	89 300
Region						
Ost ¹⁾	35	145 200	101 900	13	96 800	43 700
West	47	248 300	178 000	22	249 600	97 100
davon: Region 1 ²⁾	50	268 800	163 600	20	193 600	103 800
Region 2 ³⁾	48	275 200	199 300	26	251 100	100 400
Region 3 ⁴⁾	44	196 800	149 200	19	282 000	83 500
Wohnsituation						
Eigentümer ohne Hypothek	100	224 400	153 700	36	265 500	96 400
Eigentümer mit Hypothek	100	243 200	176 500	27	251 100	99 400
Mieter	0	–	–	10	146 900	73 300
Haushaltstyp						
Alleinlebende	30	185 600	132 800	17	161 200	79 300
Alleinerziehende	18	364 300	179 700	7	168 800	82 400
Paare ohne Kinder	60	241 000	175 600	27	288 000	100 000
Paare mit Kindern	52	278 100	199 500	19	201 300	79 500
Sonstige	45	164 400	149 100	11	193 700	84 000
Alter der Referenzperson						
16–24	6	123 100	102 600	10	137 100	51 300
25–34	12	182 000	140 400	10	153 200	60 000
35–44	42	239 100	169 300	15	209 700	99 800
45–54	54	245 400	177 000	23	197 600	82 100
55–64	58	255 700	157 700	30	310 000	111 700
65–74	57	220 800	174 900	26	261 600	100 200
75+	49	197 100	148 200	17	156 300	67 100
Soziale Stellung der Referenzperson						
Selbstständige	59	444 400	245 100	41	501 600	209 800
Beamte	64	266 500	214 300	20	232 500	136 200
Angestellte	42	235 200	176 200	19	201 200	99 300
Arbeiter ⁵⁾	44	150 300	128 400	20	115 900	52 300
Arbeitslose	20	126 100	82 900	8	162 200	49 400
Nichterwerbstätige ⁶⁾	45	206 500	155 000	19	199 800	78 700
Rentner	50	196 200	149 800	19	202 400	74 700
Pensionäre	71	246 200	178 800	38	185 400	120 900
Schulbildung der Referenzperson						
ohne Schulabschluss	22	82 100	60 100	11	46 400	24 600
Haupt-/Volksschule	44	190 600	145 800	17	200 300	70 600
Realschule ⁷⁾	46	229 100	157 900	20	149 500	77 900
(Fach-)Hochschulreife	45	285 500	200 500	25	313 100	138 800
ohne Angabe	28	256 300	226 700	.	.	.
Berufliche Bildung der Referenzperson						
ohne beruflichen Abschluss	21	151 600	98 500	9	127 700	55 700
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	47	195 200	149 700	18	185 600	78 300
Fachschulabschluss	64	319 900	197 300	33	235 900	91 000
Fachhochschulabschluss	52	271 900	197 800	26	221 700	114 100
Hochschulabschluss ⁹⁾	48	304 900	232 100	31	357 000	126 300
Nationalität der Referenzperson						
deutsch	46	234 100	166 900	20	241 000	93 300
andere Nationalität	25	173 200	135 800	23	108 900	72 200
Nettovermögen (Quantile)						
0–20%	6	122 300	77 100	2	225 000	39 700
20–40%	5	70 400	52 100	4	18 400	4 500
40–60%	42	94 700	76 800	15	57 100	38 500
60–80%	81	152 400	146 600	27	79 200	68 100
80–90%	86	247 900	242 800	39	140 600	103 000
90–100%	91	513 800	367 600	67	503 300	250 800
Bruttoeinkommen (Quantile)						
0–20%	19	146 700	123 400	7	95 000	50 600
20–40%	35	157 000	118 200	15	119 300	75 400
40–60%	44	174 500	136 700	19	136 300	81 100
60–80%	54	198 800	156 400	23	150 000	75 500
80–90%	63	311 000	210 600	31	195 400	110 300
90–100%	76	389 900	291 400	45	524 700	211 400

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. **2** Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. **3** Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. **4** Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. **5** Inkl. Landwirtschaft. **6** Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. **7** Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. **8** Berufsausbildung im dualen System. **9** Bzw. Promotion.

Betriebsvermögen und Fahrzeuge bzw. wertvolle Gegenstände gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Betriebsvermögen			Fahrzeuge und wertvolle Gegenstände		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	10	348 100	19 700	75	13 200	6 900
Region						
Ost ¹⁾	8	171 300	16 600	66	8 200	4 900
West	10	388 500	23 200	78	14 300	7 200
davon: Region 1 ²⁾	9	642 400	55 900	73	12 200	6 000
Region 2 ³⁾	11	287 200	24 000	81	16 900	8 000
Region 3 ⁴⁾	8	397 800	9 000	76	12 100	6 000
Wohnsituation						
Eigentümer ohne Hypothek	12	630 900	45 200	89	16 100	8 800
Eigentümer mit Hypothek	15	351 300	36 600	92	15 700	9 700
Mieter	6	74 100	9 100	63	10 100	5 000
Haushaltstyp						
Alleinlebende	6	181 500	12 500	57	11 000	4 800
Alleinerziehende	3	929 400	0	49	3 700	2 100
Paare ohne Kinder	12	465 600	24 900	91	16 300	9 000
Paare mit Kindern	15	301 600	36 500	92	11 800	7 900
Sonstige	6	55 000	17 900	72	9 900	5 400
Alter der Referenzperson						
16–24	4	220 600	700	55	6 000	4 100
25–34	8	29 400	2 300	67	9 900	7 000
35–44	12	278 800	28 200	83	11 500	5 800
45–54	14	339 800	25 900	83	12 800	7 700
55–64	15	606 500	17 200	83	16 000	8 700
65–74	6	174 600	20 600	76	19 900	7 900
75+	1	409 400	88 800	62	10 000	4 800
Soziale Stellung der Referenzperson						
Selbstständige	71	355 400	24 300	82	25 900	8 300
Beamte	11	293 700	56 200	95	15 100	11 300
Angestellte	8	461 900	21 200	85	11 800	7 800
Arbeiter ⁵⁾	3	30 400	4 700	81	8 400	5 500
Arbeitslose	.	.	.	36	10 300	6 400
Nichtenerwerbstätige ⁶⁾	3	181 000	9 600	66	14 100	5 300
Rentner	2	159 700	19 300	67	14 800	5 800
Pensionäre	4	33 300	0	86	18 800	9 900
Schulbildung der Referenzperson						
ohne Schulabschluss	.	.	.	40	4 400	3 100
Haupt-/Volksschule	5	550 900	37 200	69	10 300	5 600
Realschule ⁷⁾	10	263 100	12 900	82	12 800	6 700
(Fach-)Hochschulreife	15	330 400	19 700	79	16 900	8 900
ohne Angabe	14	19 300	9 000	46	7 800	4 500
Berufliche Bildung der Referenzperson						
ohne beruflichen Abschluss	3	138 800	7 300	49	5 900	3 500
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	7	309 400	28 300	79	11 400	5 900
Fachschulabschluss	20	441 200	22 800	88	15 300	9 500
Fachhochschulabschluss	16	436 200	14 200	82	16 300	9 000
Hochschulabschluss ⁹⁾	15	330 900	13 900	82	22 300	9 800
Nationalität der Referenzperson						
deutsch	9	372 300	23 900	76	13 200	7 000
andere Nationalität	10	71 000	7 500	67	13 500	5 400
Nettovermögen (Quantile)						
0–20%	3	2 700	0	35	3 100	1 000
20–40%	4	8 000	5 700	75	5 400	3 900
40–60%	9	26 900	7 400	85	9 400	6 400
60–80%	8	29 800	9 800	90	13 100	8 900
80–90%	13	49 300	19 100	91	18 000	11 100
90–100%	35	910 900	222 500	93	35 800	18 400
Bruttoeinkommen (Quantile)						
0–20%	4	19 200	3 400	38	5 700	2 700
20–40%	6	173 200	9 500	70	10 300	3 600
40–60%	7	190 600	8 800	83	10 700	5 900
60–80%	9	254 200	8 800	91	12 300	7 700
80–90%	17	259 800	46 900	93	16 600	11 300
90–100%	28	705 900	63 000	94	26 500	15 000

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Girokonten, Sparkonten (ohne private Altersvorsorge) und Bausparverträge gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Girokonten			Sparkonten (inkl. Bausparkonten, ohne private AV)			darunter: Bausparverträge		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	99	4 300	1 100	72	29 400	8 800	34	9 100	3 900
Region									
Ost 1)	99	3 300	1 100	67	19 400	7 000	29	5 900	3 100
West	99	4 600	1 100	74	31 800	9 600	35	9 800	4 000
davon: Region 1 2)	99	4 300	1 000	72	27 000	7 500	32	11 700	4 500
Region 2 3)	99	5 600	1 600	80	35 800	11 700	42	10 800	4 700
Region 3 4)	98	3 600	900	66	28 800	7 600	30	6 600	3 300
Wohnsituation									
Eigentümer ohne Hypothek	100	7 300	2 100	86	47 400	18 400	41	10 000	4 100
Eigentümer mit Hypothek	100	3 800	1 700	85	17 300	8 100	57	8 800	4 800
Mieter	98	3 000	700	61	21 900	5 700	24	8 500	3 100
Haushaltstyp									
Alleinlebende	98	3 500	900	64	27 300	7 100	23	9 000	3 700
Alleinerziehende	96	1 000	300	57	13 200	4 000	28	6 700	2 800
Paare ohne Kinder	100	5 500	1 700	80	34 600	11 700	40	8 300	3 900
Paare mit Kindern	100	4 900	1 500	79	27 200	7 900	48	11 300	4 800
Sonstige	100	2 800	800	68	17 800	4 900	35	6 800	3 900
Alter der Referenzperson									
16–24	99	2 300	900	65	9 300	2 000	30	5 300	2 400
25–34	98	3 000	900	68	14 000	4 400	37	6 500	2 700
35–44	100	4 200	1 300	73	24 100	6 900	40	7 800	4 000
45–54	99	4 600	1 000	71	28 600	7 700	40	13 500	4 100
55–64	100	5 300	1 400	74	39 000	10 800	40	9 000	4 000
65–74	98	4 800	1 400	74	42 600	14 500	27	7 500	4 000
75+	99	4 500	1 400	74	31 800	12 700	19	7 600	5 000
Soziale Stellung der Referenzperson									
Selbstständige	100	11 100	2 000	71	37 500	7 900	28	23 300	5 600
Beamte	100	5 300	2 400	92	36 300	15 100	51	10 300	5 500
Angestellte	100	4 100	1 400	78	25 900	7 900	45	8 300	3 500
Arbeiter 5)	99	2 600	800	65	21 200	5 900	39	11 500	4 400
Arbeitslose	94	1 700	100	36	8 600	2 600	8	7 400	5 600
Nichtberufstätige 6)	98	4 000	1 000	71	34 400	10 700	25	6 500	3 900
Rentner	98	4 300	1 200	75	35 500	12 700	23	6 600	4 000
Pensionäre	100	6 200	2 500	85	55 600	21 300	38	9 000	6 600
Schulbildung der Referenzperson									
ohne Schulabschluss	86	700	100	39	14 500	5 200	23	7 700	4 100
Haupt-/Volksschule	99	3 300	800	66	25 600	7 300	27	8 100	3 500
Realschule 7)	99	3 600	1 000	74	24 800	7 900	40	7 900	3 600
(Fach-)Hochschulreife	100	6 500	2 000	80	37 500	10 900	38	11 100	4 700
ohne Angabe	98	1 400	100	41	22 400	2 400	22	5 000	4 000
Berufliche Bildung der Referenzperson									
ohne beruflichen Abschluss	96	2 300	200	49	13 100	3 500	19	5 900	3 100
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	100	3 500	1 000	75	27 000	7 500	36	9 400	3 400
Fachschulabschluss	100	5 700	2 000	76	33 700	15 200	43	9 500	5 000
Fachhochschulabschluss	98	7 700	2 600	82	43 600	14 800	39	9 200	4 000
Hochschulabschluss 9)	100	7 400	2 100	81	40 900	14 600	36	9 600	5 800
Nationalität der Referenzperson									
deutsch	99	4 300	1 200	74	29 600	9 000	35	9 200	3 900
andere Nationalität	98	4 300	500	47	25 100	5 900	20	7 000	3 700
Nettovermögen (Quantile)									
0–20%	96	600	100	32	4 100	500	9	5 100	1 100
20–40%	100	1 900	800	70	4 900	3 000	26	3 100	2 100
40–60%	99	3 700	1 500	83	16 300	9 600	44	7 300	4 500
60–80%	100	4 400	1 800	87	27 000	12 300	46	10 200	4 600
80–90%	100	7 000	3 000	88	54 600	30 400	50	8 900	4 600
90–100%	100	14 800	5 000	88	91 500	39 600	43	19 500	7 400
Bruttoeinkommen (Quantile)									
0–20%	96	1 600	400	50	16 400	4 500	14	4 900	3 100
20–40%	99	3 000	600	65	22 700	5 600	24	6 300	2 800
40–60%	100	3 200	1 000	77	24 100	7 400	36	8 000	2 900
60–80%	100	3 900	1 800	80	24 700	10 000	45	8 000	3 900
80–90%	100	5 500	2 900	89	39 900	12 400	51	9 300	5 200
90–100%	100	14 200	3 700	89	61 200	20 900	51	17 300	6 000

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge), Aktien sowie Rentenwerte gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Fondsanteile (ohne private Altersvorsorge)			Aktien			Rentenwerte		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	13	39 700	14 700	10	39 000	9 300	4	43 100	9 900
Region									
Ost ¹⁾	10	28 800	15 500	6	16 900	5 600	2	26 100	8 400
West	14	41 700	14 000	11	42 100	9 600	5	45 200	9 900
davon: Region 1 ²⁾	12	24 600	11 400	9	26 500	5 800	3	51 000	14 900
Region 2 ³⁾	18	41 700	14 500	13	44 600	9 700	6	39 900	7 400
Region 3 ⁴⁾	11	52 400	12 700	8	47 900	10 300	4	52 000	10 100
Wohnsituation									
Eigentümer ohne Hypothek	18	61 900	23 800	15	52 600	11 300	7	55 000	19 300
Eigentümer mit Hypothek	17	21 200	7 600	11	24 800	5 400	2	33 300	6 900
Mieter	10	28 700	10 100	6	29 900	5 700	3	32 600	4 300
Haushaltstyp									
Alleinlebende	11	35 500	16 500	8	31 200	8 300	4	35 200	4 300
Alleinerziehende
Paare ohne Kinder	16	51 900	14 900	12	45 200	9 900	5	61 300	20 800
Paare mit Kindern	13	23 400	7 200	10	43 400	5 000	3	16 100	4 900
Sonstige	12	17 400	12 500	8	19 900	2 500	3	17 400	7 300
Alter der Referenzperson									
16–24	1	6 400	5 100	3	10 500	5 500	2	16 700	5 000
25–34	10	8 700	3 500	6	7 600	3 200	1	4 200	900
35–44	15	12 600	4 800	9	31 400	4 900	4	10 700	1 400
45–54	15	32 600	14 100	12	24 900	8 300	5	28 100	8 100
55–64	14	47 900	18 400	10	52 000	7 500	4	59 100	10 300
65–74	15	69 900	29 500	14	59 300	14 400	7	54 200	35 400
75+	11	71 600	45 600	8	49 100	14 700	5	75 400	37 600
Soziale Stellung der Referenzperson									
Selbstständige	16	55 000	13 700	14	74 600	10 600	5	70 200	27 800
Beamte	23	29 100	14 600	17	13 100	4 000	12	46 800	4 400
Angestellte	17	20 600	7 700	12	29 400	6 000	4	16 200	4 500
Arbeiter ⁵⁾	4	18 400	7 500	2	9 300	4 200	.	.	.
Arbeitslose	6	41 200	23 600	3	29 400	9 600	.	.	.
Nichtwerbende ⁶⁾	12	65 500	29 400	9	47 700	13 700	5	62 800	32 600
Rentner	13	71 600	30 200	10	52 000	14 200	5	70 100	43 700
Pensionäre	24	56 800	24 400	21	44 300	13 800	9	52 100	13 600
Schulbildung der Referenzperson									
ohne Schulabschluss
Haupt-/Volksschule	7	64 300	29 600	6	30 800	11 800	3	45 700	19 200
Realschule ⁷⁾	10	30 200	11 600	7	32 500	5 000	3	32 100	4 900
(Fach-)Hochschulreife ohne Angabe	24	34 800	11 500	17	44 500	9 600	7	45 700	10 800
Berufliche Bildung der Referenzperson									
ohne beruflichen Abschluss	5	29 700	14 000	2	74 400	11 100	1	45 700	32 300
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	10	37 900	14 200	7	29 400	7 000	4	43 500	8 300
Fachschulabschluss	15	49 900	11 600	15	31 700	6 900	4	46 100	18 500
Fachhochschulabschluss	25	23 100	11 800	17	24 800	5 900	6	18 800	6 900
Hochschulabschluss ⁹⁾	28	48 600	14 800	22	56 900	10 100	9	53 900	13 200
Nationalität der Referenzperson									
deutsch	14	40 100	14 700	10	38 300	8 900	4	43 900	9 700
andere Nationalität	5	28 500	10 700	3	62 600	15 500	2	21 100	12 500
Nettovermögen (Quantile)									
0–20%	2	28 200	2 200	1	132 500	900	.	.	.
20–40%	4	3 700	1 900	2	3 000	800	.	.	.
40–60%	13	16 200	7 900	7	4 800	2 200	3	4 800	1 500
60–80%	18	19 200	9 400	11	13 300	6 900	4	16 200	6 300
80–90%	25	32 500	22 600	21	25 600	10 200	9	28 400	11 100
90–100%	32	98 400	41 200	32	81 800	18 700	16	84 800	45 200
Bruttoeinkommen (Quantile)									
0–20%	6	44 700	33 200	3	14 200	10 700	1	42 300	6 800
20–40%	6	25 300	11 400	5	30 300	12 800	3	33 100	7 400
40–60%	10	27 800	13 900	6	19 900	4 200	4	29 000	12 700
60–80%	16	29 800	8 600	10	23 700	7 300	5	32 400	4 500
80–90%	22	37 300	12 100	17	27 900	6 400	5	62 400	32 900
90–100%	32	62 800	14 900	30	70 900	10 200	11	62 200	11 700

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Zertifikate, sonstiges Finanzvermögen^{*)} sowie Geldschulden gegenüber dem Haushalt gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Zertifikate			Sonstiges Finanzvermögen			Geldschulden gegenüber dem Haushalt		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	1	24 300	4 700	14	11 800	1 900	13	10 100	1 900
Region									
Ost ¹⁾	1	6 400	3 800	11	5 700	1 900	14	5 100	1 700
West	2	28 100	4 600	15	12 900	1 900	13	11 500	1 900
davon: Region 1 ²⁾	0	–	–	14	8 300	1 700	12	11 800	2 100
Region 2 ³⁾	2	28 300	4 800	19	15 800	2 100	14	12 000	1 900
Region 3 ⁴⁾	1	29 000	2 400	10	10 100	1 400	14	10 700	1 500
Wohnsituation									
Eigentümer ohne Hypothek	2	31 800	5 900	18	15 900	2 200	9	25 500	9 900
Eigentümer mit Hypothek	1	35 400	4 200	14	7 700	1 400	8	18 700	4 400
Mieter	1	16 400	4 500	12	10 100	1 700	17	4 900	1 100
Haushaltstyp									
Alleinlebende	2	8 800	3 700	13	10 700	1 900	17	9 000	1 300
Alleinerziehende	.	.	.	4	15 700	900	10	3 300	300
Paare ohne Kinder	2	44 900	4 900	18	14 000	1 900	10	14 300	3 300
Paare mit Kindern	1	14 400	16 000	13	9 400	1 900	12	6 800	1 900
Sonstige	.	.	.	11	2 600	400	11	11 200	4 900
Alter der Referenzperson									
16–24	.	.	.	5	9 000	1 900	17	1 200	300
25–34	2	5 700	4 600	12	6 500	900	22	2 900	700
35–44	1	6 600	3 000	14	14 200	1 700	15	7 800	1 700
45–54	1	8 300	1 300	13	10 000	1 800	11	7 800	2 900
55–64	1	80 100	10 000	15	12 500	2 000	14	11 200	2 500
65–74	3	42 200	20 900	21	14 400	2 000	11	23 600	7 600
75+	1	15 600	3 900	12	11 900	1 500	7	26 400	7 100
Soziale Stellung der Referenzperson									
Selbstständige	3	28 400	4 100	28	23 200	2 200	26	15 900	3 900
Beamte	.	.	.	22	7 500	900	16	13 300	1 900
Angestellte	2	10 500	3 000	14	8 800	1 500	14	5 900	1 800
Arbeiter ⁵⁾	.	.	.	8	13 300	1 900	11	2 400	900
Arbeitslose	.	.	.	6	8 900	1 100	20	2 700	500
Nichtberufstätige ⁶⁾	1	35 100	10 300	14	10 500	1 900	11	16 800	3 600
Rentner	2	38 500	11 000	15	11 800	1 900	9	22 900	6 700
Pensionäre	1	11 500	9 000	21	12 600	1 800	8	16 200	7 000
Schulbildung der Referenzperson									
ohne Schulabschluss	19	2 700	500
Haupt-/Volksschule	.	.	.	12	8 700	1 400	10	10 000	1 300
Realschule ⁷⁾	1	42 000	8 600	12	13 100	1 800	13	9 900	1 800
(Fach-)Hochschulreife ohne Angabe	.	.	.	19	13 600	2 600	18	10 800	2 000
Berufliche Bildung der Referenzperson									
ohne beruflichen Abschluss	.	.	.	6	3 600	1 400	13	6 800	600
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	1	36 600	3 200	12	11 000	1 500	12	10 600	1 800
Fachschulabschluss	1	8 700	10 300	22	9 200	1 800	14	10 100	3 000
Fachhochschulabschluss	1	15 300	9 600	22	8 200	1 800	13	5 200	1 700
Hochschulabschluss ⁹⁾	6	22 400	4 700	22	19 300	2 900	19	13 200	2 900
Nationalität der Referenzperson									
deutsch	1	25 800	4 700	15	11 700	1 900	13	10 600	1 900
andere Nationalität	1	3 300	0	5	14 600	2 200	12	3 000	1 200
Nettovermögen (Quantile)									
0–20%	.	.	.	3	2 000	800	14	900	500
20–40%	.	.	.	11	1 400	900	16	2 700	1 000
40–60%	2	11 700	3 300	15	6 700	1 500	14	7 600	1 900
60–80%	1	7 700	4 100	13	11 800	3 400	10	13 100	6 400
80–90%	2	4 400	1 800	21	8 000	1 600	11	19 500	8 100
90–100%	6	49 000	11 200	36	26 000	4 500	16	35 700	14 200
Bruttoeinkommen (Quantile)									
0–20%	1	5 900	2 700	8	7 100	1 500	14	5 900	500
20–40%	0	–	–	10	6 300	1 200	11	10 900	2 500
40–60%	1	21 300	9 200	13	7 900	1 500	11	7 100	1 600
60–80%	2	15 000	3 600	15	12 400	1 700	16	6 300	1 700
80–90%	2	50 400	13 300	23	11 600	1 600	13	7 000	3 000
90–100%	4	31 700	3 500	25	22 500	3 700	15	32 100	14 300

* U. a. Gold, Derivate, Genossenschaftsanteile. **1** Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. **2** Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. **3** Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. **4** Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. **5** Inkl. Landwirtschaft. **6** Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. **7** Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. **8** Berufsausbildung im dualen System. **9** Bzw. Promotion.

Private Altersvorsorge und kapitalbildende Lebensversicherungen insgesamt sowie Riester/Rürup-Altersvorsorgeprodukte gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Private Altersvorsorge insgesamt (inkl. kapitalbildender Lebensversicherungen)			Darunter: Riester/Rürup-Altersvorsorgeprodukte		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	46	28 300	13 500	23	9 500	4 400
Region						
Ost ¹⁾	41	20 600	10 500	20	8 700	3 800
West	48	30 100	14 500	23	9 600	4 500
davon: Region 1 ²⁾	45	26 200	11 500	23	8 800	3 000
Region 2 ³⁾	53	32 100	16 400	26	9 900	5 300
Region 3 ⁴⁾	43	29 200	13 200	21	9 700	5 100
Wohnsituation						
Eigentümer ohne Hypothek	44	43 200	26 200	19	13 900	7 700
Eigentümer mit Hypothek	73	34 000	20 400	35	11 000	5 600
Mieter	40	17 100	7 400	21	6 600	3 000
Haushaltstyp						
Alleinlebende	31	23 500	10 800	9	8 400	3 600
Alleinerziehende	44	9 500	3 100	30	3 700	1 000
Paare ohne Kinder	49	34 500	18 300	22	12 500	6 100
Paare mit Kindern	77	28 000	13 000	53	8 300	4 600
Sonstige	55	22 000	8 000	31	6 800	3 000
Alter der Referenzperson						
16–24	23	4 500	1 300	16	2 400	1 000
25–34	56	11 200	4 700	36	4 500	2 100
35–44	66	22 500	12 500	40	7 700	4 200
45–54	67	37 400	23 900	34	13 300	7 000
55–64	52	42 500	23 800	19	14 000	8 500
65–74	20	25 100	11 200	2	10 200	5 500
75+	12	17 400	9 200	2	6 100	2 800
Soziale Stellung der Referenzperson						
Selbstständige	63	54 900	28 200	22	17 000	8 600
Beamte	75	31 100	20 900	36	13 200	8 600
Angestellte	67	27 800	13 800	40	9 000	4 400
Arbeiter ⁵⁾	51	22 300	10 500	24	8 700	4 000
Arbeitslose	29	21 000	5 300	18	3 800	2 100
Nichtenerwerbstätige ⁶⁾	21	21 900	9 100	5	8 300	3 200
Rentner	17	21 000	9 200	1	11 500	6 700
Pensionäre	22	36 400	18 300	1	9 000	2 200
Schulbildung der Referenzperson						
ohne Schulabschluss	10	13 700	6 100	.	.	.
Haupt-/Volksschule	32	24 600	12 900	14	8 900	4 100
Realschule ⁷⁾	57	25 400	10 700	29	7 600	3 300
(Fach-)Hochschulreife	56	33 600	16 700	29	11 500	6 000
ohne Angabe	19	29 200	10 200	.	.	.
Berufliche Bildung der Referenzperson						
ohne beruflichen Abschluss	26	12 400	4 500	13	6 300	2 100
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	47	25 900	12 400	23	7 900	3 600
Fachschulabschluss	55	34 000	20 200	26	10 300	5 600
Fachhochschulabschluss	60	35 000	18 100	30	12 700	8 700
Hochschulabschluss ⁹⁾	57	37 700	19 700	27	14 100	7 200
Nationalität der Referenzperson						
deutsch	48	28 800	14 100	23	9 600	4 500
andere Nationalität	30	19 500	8 400	14	7 700	3 300
Nettovermögen (Quantile)						
0–20%	17	4 200	1 300	11	2 900	1 000
20–40%	42	5 900	4 800	24	4 000	2 600
40–60%	56	19 100	13 100	26	7 300	3 500
60–80%	59	28 900	21 400	25	11 100	6 200
80–90%	58	43 400	33 500	29	14 400	9 300
90–100%	59	75 700	46 800	27	20 200	15 300
Bruttoeinkommen (Quantile)						
0–20%	19	18 900	8 000	5	4 600	1 300
20–40%	30	11 100	4 500	14	4 500	1 900
40–60%	45	17 800	8 300	21	6 400	2 700
60–80%	63	25 600	14 200	33	8 300	4 200
80–90%	70	33 300	21 200	34	10 500	6 200
90–100%	79	57 800	33 300	47	17 200	10 600

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Hypothekenkredite für selbstgenutzte und sonstige Immobilien sowie unbesicherte Kredite *) gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Hypothekenkredite für selbstgenutzte Immobilien			Hypothekenkredite für sonstige Immobilien			Unbesicherte Kredite		
	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median	Prävalenzrate in %	bedingter Mittelwert	bedingter Median
Alle Haushalte	17	97 600	73 700	6	113 600	70 600	33	9 500	3 500
Region									
Ost 1)	12	74 300	59 700	4	112 100	90 200	40	8 200	2 900
West	18	101 900	76 400	6	113 700	67 600	31	9 900	3 900
davon: Region 1 2)	20	99 400	77 600	6	125 800	67 700	32	8 500	2 700
Region 2 3)	16	111 000	78 900	6	116 000	81 700	27	10 300	5 100
Region 3 4)	18	93 700	68 800	7	104 500	54 400	35	10 300	3 000
Wohnsituation									
Eigentümer ohne Hypothek	–	–	–	9	118 800	73 400	17	15 200	4 900
Eigentümer mit Hypothek	100	97 600	73 700	11	119 600	74 800	42	10 400	4 800
Mieter	–	–	–	3	96 900	44 900	38	7 900	3 000
Haushaltstyp									
Alleinlebende	7	91 600	57 600	4	87 500	54 300	27	7 200	2 800
Alleinerziehende	11	120 700	105 400	–	–	–	44	7 000	1 200
Paare ohne Kinder	19	85 100	64 800	7	138 700	95 900	32	11 000	4 200
Paare mit Kindern	35	120 000	99 700	8	101 500	62 800	47	11 800	5 900
Sonstige	22	58 200	40 300	1	142 500	80 500	32	5 500	2 700
Alter der Referenzperson									
16–24	–	–	–	–	–	–	45	6 100	3 000
25–34	6	139 400	128 700	3	118 700	68 100	49	8 100	4 500
35–44	30	115 600	88 300	6	122 200	70 900	43	12 500	3 800
45–54	28	95 000	78 000	9	111 800	70 400	38	10 900	3 600
55–64	21	77 600	53 100	9	114 400	70 600	30	7 900	4 300
65–74	10	80 700	37 600	6	116 100	72 300	20	10 600	2 100
75+	1	81 500	65 900	2	81 600	54 100	11	3 200	2 100
Soziale Stellung der Referenzperson									
Selbstständige	29	118 200	79 300	18	155 400	107 900	40	15 300	7 500
Beamte	40	111 600	68 100	6	154 100	134 100	29	19 300	10 300
Angestellte	23	103 500	78 100	6	100 800	49 500	42	9 200	3 600
Arbeiter 5)	19	83 700	70 600	6	65 000	51 500	41	8 000	3 200
Arbeitslose	7	74 200	63 200	1	276 100	116 000	35	6 200	900
Nichtwerbende 6)	6	68 400	34 400	3	112 200	66 600	21	7 400	2 700
Rentner	4	47 100	19 400	3	101 100	54 500	16	6 600	1 900
Pensionäre	12	53 400	37 600	12	84 400	66 400	14	9 900	9 100
Schulbildung der Referenzperson									
ohne Schulabschluss	–	–	–	–	–	–	26	24 700	700
Haupt-/Volksschule	11	74 200	64 700	3	63 500	49 700	27	7 800	2 900
Realschule 7)	20	91 400	70 200	6	102 200	62 600	40	9 200	3 800
(Fach-)Hochschulreife	21	117 800	88 700	8	144 900	96 800	33	10 700	4 900
ohne Angabe	–	–	–	–	–	–	39	800	100
Berufliche Bildung der Referenzperson									
ohne beruflichen Abschluss	7	80 200	66 300	1	39 900	16 000	33	8 300	2 700
Beruflich-betrieblicher Abschluss 8)	17	84 900	67 400	5	96 500	61 700	34	8 600	3 000
Fachschulabschluss	22	109 500	75 800	11	103 700	70 400	32	11 300	5 300
Fachhochschulabschluss	24	103 700	74 900	11	139 100	89 700	30	10 100	4 800
Hochschulabschluss 9)	20	134 600	95 100	9	151 400	94 700	27	14 000	6 500
Nationalität der Referenzperson									
deutsch	17	97 700	71 600	6	115 700	72 200	32	9 100	3 500
andere Nationalität	12	95 300	91 100	4	78 200	34 200	40	12 900	3 000
Nettovermögen (Quantile)									
0–20%	5	159 900	135 400	–	–	–	56	11 000	3 700
20–40%	3	94 600	72 700	–	–	–	36	4 400	2 300
40–60%	22	88 400	70 700	5	87 600	62 200	33	8 400	3 000
60–80%	30	78 600	63 300	6	61 700	48 300	23	11 300	5 800
80–90%	23	104 600	79 900	10	103 300	50 700	15	9 800	3 200
90–100%	23	128 600	92 500	20	139 000	100 900	18	19 100	3 600
Bruttoeinkommen (Quantile)									
0–20%	2	48 000	23 900	1	115 700	87 400	24	5 400	2 400
20–40%	6	73 400	54 400	2	81 700	50 300	34	8 800	2 100
40–60%	15	70 500	57 600	5	96 000	61 200	35	9 100	3 600
60–80%	24	90 600	69 000	7	73 200	42 700	38	8 700	5 000
80–90%	34	98 200	80 800	9	103 100	86 700	33	14 900	9 900
90–100%	38	140 000	118 000	18	167 200	104 300	33	14 000	5 800

* U. a. Konsumentenkredite, Bafög-Darlehen, revolving Kreditkartenschulden. 1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. 2 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. 3 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. 4 Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. 5 Inkl. Landwirtschaft. 6 Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. 7 Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. 8 Berufsausbildung im dualen System. 9 Bzw. Promotion.

Brutto- und Nettoeinkommen^{*)} gesamt und nach Eigenschaften des Haushalts

PHF 2014; Datenstand: 3/2016; Angaben in €

Position	Bruttoeinkommen (jährlich, aus Komponenten berechnet)		Nettoeinkommen (jährlich, Selbsteinschätzung)	
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Alle Haushalte	44 600	32 000	29 600	23 900
Region				
Ost ¹⁾	34 200	26 100	26 200	21 100
West	47 300	33 900	30 500	24 800
davon: Region 1 ²⁾	44 500	30 600	30 600	23 600
Region 2 ³⁾	51 700	36 300	32 300	26 000
Region 3 ⁴⁾	43 500	32 800	28 200	24 000
Wohnsituation				
Eigentümer ohne Hypothek	51 600	36 100	33 100	26 300
Eigentümer mit Hypothek	72 000	55 200	46 200	37 600
Mieter	32 900	24 500	23 000	19 400
Haushaltstyp				
Alleinlebende	25 600	18 000	18 900	16 500
Alleinerziehende	23 600	19 300	19 400	17 300
Paare ohne Kinder	57 200	43 100	38 000	29 900
Paare mit Kindern	68 600	52 100	41 100	35 900
Sonstige	44 600	31 400	25 800	23 100
Alter der Referenzperson				
16–24	17 700	10 900	15 100	12 800
25–34	34 400	29 100	25 200	22 800
35–44	56 300	43 100	34 000	29 800
45–54	60 000	43 800	35 000	29 500
55–64	52 000	37 500	34 900	26 300
65–74	37 000	23 600	26 900	21 500
75+	26 800	21 500	22 200	19 900
Soziale Stellung der Referenzperson				
Selbstständige	80 400	43 700	39 300	27 800
Beamte	66 700	61 000	46 800	44 500
Angestellte	57 600	45 400	35 600	29 700
Arbeiter ⁵⁾	36 600	33 500	27 500	23 600
Arbeitslose	24 300	16 800	15 100	12 200
Nichtnerwerbstätige ⁶⁾	29 000	21 000	23 000	19 000
Rentner	28 000	20 600	22 900	19 100
Pensionäre	53 600	46 800	37 900	34 700
Schulbildung der Referenzperson				
ohne Schulabschluss	18 400	13 300	15 200	12 700
Haupt-/Volksschule	30 800	24 300	23 200	20 300
Realschule ⁷⁾	46 200	35 300	30 700	25 000
(Fach-)Hochschulreife	61 200	47 200	37 100	30 400
ohne Angabe	29 900	18 300	24 800	19 500
Berufliche Bildung der Referenzperson				
ohne beruflichen Abschluss	23 400	16 900	18 100	14 400
Beruflich-betrieblicher Abschluss ⁸⁾	40 300	31 100	27 500	23 900
Fachschulabschluss	54 200	43 200	37 500	30 900
Fachhochschulabschluss	64 800	47 900	38 600	33 300
Hochschulabschluss ⁹⁾	71 200	52 800	42 000	35 000
Nationalität der Referenzperson				
deutsch	45 300	32 400	30 000	24 000
andere Nationalität	36 000	26 700	25 500	21 500
Nettovermögen (Quantile)				
0– 20%	22 000	16 800	16 700	14 000
20– 40%	30 600	26 100	21 600	20 200
40– 60%	40 300	34 800	28 100	25 500
60– 80%	48 100	39 400	32 100	27 100
80– 90%	67 000	49 400	44 400	34 900
90–100%	97 000	70 200	54 900	47 100
Bruttoeinkommen (Quantile)				
0– 20%	9 100	9 700	12 300	10 900
20– 40%	20 400	20 400	19 000	17 900
40– 60%	32 100	32 000	26 500	24 000
60– 80%	49 000	48 400	33 300	32 500
80– 90%	71 200	70 200	44 700	42 800
90–100%	153 700	114 200	69 300	56 900

* Das Bruttoeinkommen ergibt sich als Summe der abgefragten Einkommensbestandteile. Das Nettoeinkommen dagegen als Selbsteinschätzung der Gesamtsumme. Bei der Abfrage des Nettoeinkommens als Aggregat kann der sog. „Aggregation bias“ auftreten, d. h. die Einkommen werden unterschätzt, da bestimmte Einkommensbestandteile eher vergessen werden, als wenn gezielt nach ihnen gefragt wird. **1** Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen. **2** Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen. **3** Bayern, Baden-Württemberg, Hessen. **4** Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. **5** Inkl. Landwirtschaft. **6** Inkl. (Früh-)Rentner/Pensionäre, Schüler, Wehrdienstleistende, Hausfrauen, Sonstige, usw. **7** Oder gleichwertiger Abschluss/10. Klasse POS. **8** Berufsausbildung im dualen System. **9** Bzw. Promotion.

Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

Neben ihren in der ESZB-Satzung verankerten gemeinsamen Aufgaben können die nationalen Zentralbanken des Eurosystems auch eigenständig Aufgaben auf Basis nationaler Rechtsgrundlagen wahrnehmen. Die Unterscheidung zwischen gemeinsamer Geldpolitik und in nationaler Verantwortung liegenden nicht geldpolitischen Tätigkeiten ist eine Besonderheit der Europäischen Währungsunion und nicht vergleichbar mit dem institutionellen Gefüge anderer Währungsräume.

Eine wichtige Bestimmungsgröße für die effiziente Durchführung der gemeinsamen Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet ist die strukturelle Liquiditätsposition des Bankensektors gegenüber dem Eurosystem. Sowohl durch geldpolitische Operationen als auch durch nicht geldpolitische Geschäfte der nationalen Zentralbanken kann Zentralbankgeld geschaffen werden. Beide Arten von Geschäften verändern die Liquiditätsposition des Bankensektors.

Um in diesem besonderen Umfeld sicherzustellen, dass die nicht geldpolitischen Aktivitäten der nationalen Zentralbanken mit der gemeinsamen Geldpolitik des Eurosystems vereinbar sind, haben die nationalen Zentralbanken des Eurosystems und die EZB eine vertragliche Absprache getroffen – das Agreement on Net Financial Assets (ANFA). Es regelt in Verbindung mit den vom EZB-Rat festgelegten geldpolitischen Parametern den maximal zulässigen Gesamtumfang nicht geldpolitischer Bilanzaktivitäten (Netto-Finanzaktiva) im Eurosystem und verteilt diesen auf die nationalen Zentralbanken. In der Vergangenheit wurde dadurch sichergestellt, dass das Bankensystem gegenüber dem Eurosystem ein strukturelles Liquiditätsdefizit aufwies.

Die Bundesbank hat bislang lediglich in vergleichsweise geringem Umfang nicht geldpolitische Netto-Finanzaktiva gehalten. Zum Jahresende 2015 überstieg das Volumen der nicht geldpolitischen Passivpositionen sogar das Volumen der nicht geldpolitischen Aktivpositionen, sodass die Netto-Finanzaktiva per saldo mit – 50 Mrd € negativ waren.

Das ANFA ist ein sinnvolles Instrument, um die Vereinbarkeit der Geschäfte der nationalen Zentralbanken auf nationaler Rechtsgrundlage mit der Aufgabenerfüllung des Eurosystems im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik zu gewährleisten. Die Veröffentlichung des ANFA durch die EZB Anfang Februar 2016 ist zu begrüßen, denn Transparenz fördert die Glaubwürdigkeit von Zentralbanken und damit das Vertrauen in die Nachhaltigkeit ihrer geldpolitischen Aufgabenerfüllung.

Besonderheiten einer Währungsunion – zur Notwendigkeit einer Vereinbarung über nicht geldpolitische Netto-Finanzaktiva

Die EZB hat Anfang Februar 2016 das Agreement on Net Financial Assets¹⁾ (ANFA) veröffentlicht, das eine vertragliche Absprache aller Zentralbanken des Eurosystems ist. Übergeordnetes Ziel des ANFA ist es, sicherzustellen, dass die nicht geldpolitischen Aktivitäten der nationalen Zentralbanken mit der gemeinsamen Geldpolitik des Eurosystems vereinbar sind. Die Unterscheidung zwischen geldpolitischen Aufgaben, die gemeinsam und nach einheitlichen Regeln vom Eurosystem wahrgenommen werden, und nicht geldpolitischen Operationen, die sonstige nationale Aufgaben einer einzelnen Zentralbank widerspiegeln, ist eine Besonderheit der Europäischen Währungsunion und nicht vergleichbar mit dem institutionellen Rahmen anderer, einzelstaatlicher Währungsräume. Das Entstehen und die Ausgestaltung des ANFA lassen sich auf besondere rechtliche und ökonomische Entstehungsgründe zurückführen.

Wahrnehmung nationaler Aufgaben auf eigene Rechnung wurde bei Gründung der Währungsunion bewusst zugelassen, ...

Bei Gründung der Währungsunion beschlossen die Mitgliedstaaten, nur die Aufgaben und Funktionen der Zentralbanken auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen, die zur Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik im gesamten Euro-Raum erforderlich sind. Dies bedeutet, dass die nationalen Zentralbanken als unabhängige Institutionen neben ihren in der ESZB-Satzung verankerten gemeinsamen Aufgaben auch nationale Aufgaben auf Basis nationaler Rechtsgrundlagen eigenständig wahrnehmen können. Diese nationalen Aufgaben können beispielsweise auf der Aktivseite der Notenbankbilanz den Erwerb nicht geldpolitischer Wertpapiere für allgemeine Anlagezwecke oder auf der Passivseite die Hereinnahme von Einlagen öffentlicher Haushalte oder anderer Notenbanken und internationaler Institutionen umfassen.²⁾

Gemäß Artikel 14.4 ESZB-Satzung müssen aber alle nicht geldpolitischen Tätigkeiten mit den Aufgaben und Zielen des ESZB vereinbar sein.³⁾ Sofern die Geschäfte der nationalen Zentralbanken auf eigene Rechnung Liquiditätswirkung haben, können sie in Konflikt mit der geldpolitisch gewünschten Liquiditätsposition⁴⁾ stehen. Würde der EZB-Rat (mit einer Zweidrittelmehrheit) bestimmte Geschäfte nationaler Zentralbanken auf eigene Rechnung beispielsweise als nicht vereinbar mit der Ausrichtung der Geldpolitik einschätzen, müsste er diese nach Artikel 14.4 ESZB-Satzung untersagen. In diesem Zusammenhang kann das ANFA als freiwilliges, selbstbindendes Abkommen der Eurosystem-Notenbanken interpretiert werden. Es trägt präventiv dazu bei, dass EZB-Ratsbeschlüsse auf Basis von Artikel 14.4 ESZB-Satzung in der Regel nicht notwendig werden, indem es einen beschränkenden Rahmen für den aus nicht geldpolitischen Tätigkeiten resultierenden Liquiditätseffekt liefert. Dennoch bleibt die jederzeitige Möglichkeit zum Einschreiten des EZB-Rats nach Artikel 14.4 ESZB-Satzung unberührt.

Zu Beginn der Währungsunion 1999 hatte das Eurosystem eine aggregierte Bilanzsumme von knapp 700 Mrd €. Knapp drei Viertel dieses Betrages entfielen auf nicht geldpolitische Aktiva (vgl. Schaubild auf S. 90), die sich in unterschiedlicher Höhe auf die einzelnen nationalen Zentralbanken verteilten. Auch die offiziellen Währungsreserven (d. h. nicht in Euro denominierte

... darf aber die Durchführung der Geldpolitik nicht beeinträchtigen

Entstehungsgründe für das Halten von Finanzanlagen für nicht geldpolitische Zwecke gehen auf die Zeit vor Euro-Einführung zurück

1 Vgl.: EZB, Agreement of 19 November 2014 on Net Financial Assets (https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_anfa_agreement_19nov2014_f_sign.pdf).

2 Daneben führt die Bundesbank auch nationale Aufgaben aus, die nicht bilanzwirksam sind. Hierzu zählt z. B. die Marktpflege für Bundeswertpapiere als Fiskalagent für den Bund.

3 Vgl.: Art. 14.4 ESZB-Satzung: „Die nationalen Zentralbanken können andere als die in dieser Satzung bezeichneten Aufgaben wahrnehmen, es sei denn, der EZB-Rat stellt mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen fest, dass diese Aufgaben nicht mit den Zielen und Aufgaben des ESZB vereinbar sind. Derartige Aufgaben werden von den nationalen Zentralbanken in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung wahrgenommen und gelten nicht als Aufgaben des ESZB.“

4 Die Liquiditätsposition des Bankensystems ist ein zentraler Ansatzpunkt für die Durchführung der Geldpolitik, vgl.: Deutsche Bundesbank, Strukturelle Liquiditätsposition des Bankensystems, Monatsbericht, Juni 2015, S. 36 f.

Aktiva) der nationalen Zentralbanken, die auf Grundlage des Unionsrechts vom Eurosystem gehalten und verwaltet werden, fallen in der Logik des ANFA in diese Kategorie. Sie machten seinerzeit mit rund 337 Mrd €⁵⁾ den wesentlichen Anteil an der aggregierten Bilanz des Eurosystems aus. Neben den geldpolitischen Geschäften für den einheitlichen Euro-Währungsraum in Höhe von damals 185 Mrd € machten zu diesem Zeitpunkt auch in Euro denominierte Wertpapiere, die für nicht geldpolitische Zwecke gehalten wurden, einen signifikanten Teil der Eurosystem-Bilanz aus. Die historischen Entstehungsgründe für das Halten dieser Portfolios werden im Folgenden näher erläutert.

Die von nationalen Zentralbanken vor Stufe 3 der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)⁶⁾ gehaltenen, in den Vorgängerwährungen des Euro denominierten Finanzanlagen lassen sich grob in drei Kategorien einteilen.

Erstens hielten die nationalen Zentralbanken Wertpapiere mit engem Bezug zu ihrer in Stufe 2 der EWWU durchgeführten Geldpolitik. Dabei handelte es sich vornehmlich um geldpolitische Wertpapierbestände in Form von Staatsanleihen (denominiert in jeweiliger heimischer Währung) sowie um Wertpapierbestände, die als Währungsreserven gehalten wurden und in den Währungen späterer Euro-Mitgliedsländer denominiert waren (insbesondere auf D-Mark und Französische Francs lautende Papiere). In Stufe 2 der EWWU wurden die Geldpolitiken der Mitgliedstaaten zwar enger koordiniert, verblieben aber in nationaler Verantwortung. Mit EWWU-Eintritt verloren diese Wertpapierbestände den Charakter nationaler geldpolitischer Papiere beziehungsweise Währungsreserven: Für die Durchführung der Geldpolitik benötigte das Eurosystem zu Beginn der EWWU keine Wertpapiere, da der ursprüngliche geldpolitische Implementierungsansatz ausschließlich auf befristeten Refinanzierungsgeschäften beruhte. Daher wurden diese Wertpapiere mit Einführung der Gemeinschaftswäh-

rung als „heimische, nicht geldpolitische Aktiva“ deklariert. Der Wertpapierbestand, der originär aufgrund eines Bezugs zur Geldpolitik vor der Währungsunion entstanden ist, belief sich auf rund 22 Mrd €. Er wurde im aggregierten Bilanzausweis des Eurosystems in der damaligen Aktivposition 6 „Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet“ ausgewiesen.⁷⁾

Zweitens wiesen manche nationale Zentralbanken auch in ihrer jeweiligen Heimatwährung denominierte „heimische Aktiva“ ohne direkten Bezug zur Geldpolitik aus. Diese wurden zum Beispiel zu Zwecken der Wertpapierleihe oder zur Marktpflege verwendet. Daneben hielten manche nationale Zentralbanken schon vor Stufe 3 der EWWU Portfolios zu Anlagezwecken, die explizit als Gegenposten zum Grundkapital, den Rücklagen und Pensionsrückstellungen deklariert waren. Im aggregierten Bilanzausweis des Eurosystems sind diese sogenannten „Eigenmittelportfolios“ Bestandteil der Finanzanlagen im damaligen Aktivposten 8

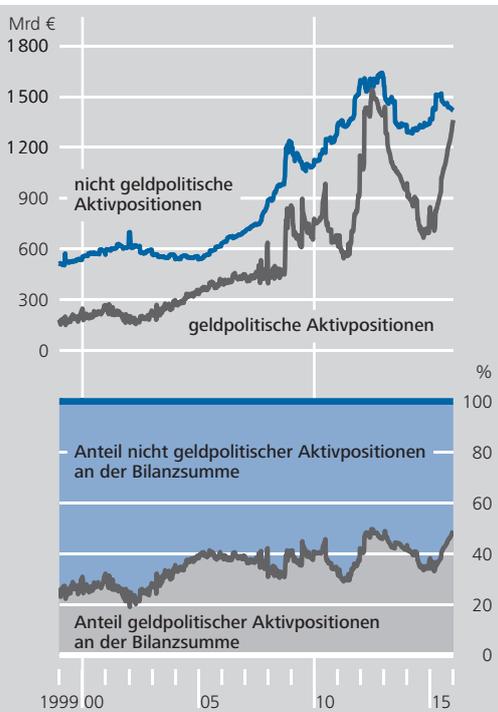
5 Währungsreserven werden hier aus Vereinfachungsgründen in einer weiten bilanziellen Abgrenzung definiert und umfassen die Aktivpositionen 1 „Gold und Goldforderungen“, 2 „Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets“ und 3 „Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet“. Zur genauen statistischen Abgrenzung der Währungsreserven vgl.: EZB (2000), *Statistical Treatment of the Eurosystem's international reserves* (<https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/statintreserves.pdf>).

6 Die Verwirklichung der EWWU verlief ab dem 1. Juli 1990 in drei Stufen. Vgl.: <https://www.ecb.europa.eu/ecb/history/emu/html/index.de.html>. Mit Beginn der 3. Stufe der EWWU am 1. Januar 1999 wurde der Euro als Gemeinschaftswährung eingeführt und die Durchführung der gemeinsamen Geldpolitik auf das Europäische System der Zentralbanken übertragen.

7 Vgl.: EZB, *Konsolidierte Eröffnungsbilanz des Eurosystems vom 1. Januar 1999* (<http://www.ecb.europa.eu/press/pdf/wfs/1999/fs990101en.pdf>) sowie die dazugehörigen Erläuterungen (http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/1999/html/pr990105_1.en.html). Zu Aktivposition 6 wird ausgeführt: „Partly related to previous monetary policy operations are also holdings of marketable securities issued by euro area residents and denominated in euro (asset item 6) which amounted to € 21.6 billion“. Gemäß dem derzeit gültigen Bilanzgliederungsschema entspricht dies der Aktivposition 7.2. Die Bundesbank hat beim Eintritt in die EWWU keine solchen Wertpapiere gehalten, vgl. *Eröffnungsbilanz vom 1. Januar 1999* (http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Geschaeftsberichte/1998_geschaeftsbericht.pdf).

Geldpolitische und nicht geldpolitische Aktivpositionen des Eurosystems

Wochenwerte



Quelle: EZB.
 Deutsche Bundesbank

„Sonstige Aktiva“.⁸⁾ Die gesamten sonstigen Aktiva beliefen sich zu Beginn der Währungsunion Eurosystem-weit auf 85 Mrd €, wobei die Finanzanlagen einen nicht unerheblichen Teil davon ausmachten.

Drittens hielten manche nationale Zentralbanken auch Altbestände aus der Umwandlung ehemaliger, nicht handelbarer oder den Marktbedingungen nicht entsprechender Forderungen gegen die öffentliche Hand in lang laufende, marktfähige Staatstitel. Die letztgenannte Position resultierte aus dem Übergang zu den Anforderungen des Artikels 104 Maastricht-Vertrag (heute: Art. 123 AEUV), der seit 1994 eine Einstellung der Kreditvergabe der Notenbank an den Staat gebietet (Verbot der monetären Staatsfinanzierung). Diese Papiere beliefen sich Eurosystem-weit auf rund 60 Mrd € und wurden im aggregierten Bilanzausweis des Eurosystems im Aktivposten 7 „Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte“ ausgewiesen.⁹⁾ Die jeweiligen Staaten haben sich

mittels individueller Abbaupfade verpflichtet, diese Schuld gegenüber ihren Notenbanken graduell abzuschmelzen.

Diese historischen Entstehungsgründe spielen heute nur noch eine untergeordnete Rolle, denn in der Folgezeit hat ein Großteil der Notenbanken des Eurosystems auf Basis nationaler Rechtsgrundlagen den Aufbau ihrer nicht geldpolitischen Aktivpositionen – auch für allgemeine Anlage- und Ertragszwecke – betrieben. Am aktuellen Rand belaufen sich die nicht geldpolitischen Aktivpositionen im Eurosystem auf rund 1 400 Mrd € und machen einen Anteil von knapp über 50% der konsolidierten Bilanzsumme aus (vgl. nebenstehendes Schaubild).

Den nationalen Zentralbanken gesteht das ANFA eine selbständige Verwaltung nationaler Portfolios zu. Der Aufbau solcher Portfolios führt im Ergebnis genauso zur Bereitstellung von Zentralbankgeld, das heißt Schaffung von Liquidität, wie die Durchführung geldpolitischer Geschäfte. Solange sichergestellt ist, dass die Zinssätze und insbesondere die Liquidität am Markt weiterhin mit dem zur Verfügung stehen-

ANFA zum Schutz der Geldpolitik

⁸ Vgl.: EZB, a. a. O. In den Erläuterungen zu Aktivposition 8 heißt es: „The position other assets is a collective item including, in particular, [...] and other financial assets (e.g. equity shares, participating interests, investment portfolios related to central banks' own funds, pension funds and severance schemes or securities held due to statutory requirements) [...]“. Gemäß dem derzeit gültigen Bilanzgliederungsschema werden Eigenmittelpartfolios in der Unterposition „Finanzanlagen“ der Aktiva 11 abgebildet. Die Bundesbank hat beim Eintritt in die EWWU kein Eigenmittelportfolio gehalten.

⁹ Vgl.: EZB, a. a. O. In den Erläuterungen zu Aktivposition 7 heißt es: „General government debt denominated in euro shows outstanding non-marketable claims on euro area governments stemming from before 1 January 1994, from which date onwards EU NCBs could no longer provide credit facilities to governments or make direct purchases of debt instruments from governments. This debt will have to be redeemed by governments in due course.“ Gemäß dem derzeit gültigen Bilanzgliederungsschema entspricht dies der Aktivposition 8. Die Bundesbank hat beim Eintritt in die EWWU eine Forderung gegenüber dem Bund in Höhe von rd. 4,4 Mrd € ausgewiesen. Deren Entstehung geht auf die Währungsreform im Jahr 1948 zurück. In Zusammenhang mit Art. 104 des Maastricht-Vertrages ist festgelegt worden, dass die Ausgleichsforderungen ab dem Jahr 2024 in zehn Jahresraten getilgt werden (vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Ausgleichsforderungen aus der Währungsreform von 1948 und Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen, Monatsbericht, November 1995, S. 55–69).

den geldpolitischen Instrumentarium in angemessener Weise beeinflusst werden können, ist dies für die Liquiditätssteuerung nicht problematisch.¹⁰⁾ Die aus dem Aufbau von nicht geldpolitischen Portfolios zur Verfügung gestellte Liquidität deckt einen Teil des Liquiditätsbedarfs des Bankensystems im Euro-Raum, was bei der volumenmäßigen Kalibrierung zuteilungsbegrenzter geldpolitischer Operationen entsprechend berücksichtigt wird. Grundsätzlich beeinflussen jedoch nicht nur Wertpapiergeschäfte, sondern alle bilanzwirksamen nicht geldpolitischen Geschäfte einer Zentralbank die Liquiditätsposition des Bankensektors. Um zu verhindern, dass die Liquidität am Markt durch diese Geschäfte in einem geldpolitisch nicht gewünschten Umfang steigt, ist es erforderlich, die Veränderung aller nicht geldpolitischen Positionen zu überwachen.

In den Anfangsjahren der Währungsunion hat sich daher eine umfassendere Sicht auf die Liquiditätseffekte aus nicht geldpolitischen Tätigkeiten entwickelt. Im Jahr 2002, also drei Jahre nach Beginn der Währungsunion, kam der EZB-Rat zu dem Schluss, dass künftig eine gemeinsame Koordinierung nicht nur der Entwicklung der in Euro denominierten Wertpapierpositionen, sondern aller nicht geldpolitischen Bilanzpositionen der nationalen Zentralbanken vorteilhaft wäre. Um die Geldpolitik wirksam zu schützen, schlossen die an der Währungsunion teilnehmenden nationalen Zentralbanken und die EZB daher Anfang 2003 die Vereinbarung über Netto-Finanzaktiva (ANFA).

Grundsätzliche Rolle des ANFA im Zusammenhang mit der Implementierung der Geldpolitik

Die Zentralbank kann die kurzfristigen Zinsen am Markt dadurch steuern, dass sie den Geschäftsbanken geldpolitische Kredite zu einem bestimmten Zinssatz (dem Leitzins) anbietet. Das Eurosystem bezeichnet solche Kreditopera-

tionen als liquiditätsbereitstellende Operationen oder Refinanzierungsgeschäfte. Die Geschäftsbanken haben ein besonderes Interesse an der Nutzung dieser Geschäfte, wenn sich das Bankensystem in einem sogenannten strukturellen Liquiditätsdefizit gegenüber dem Eurosystem befindet.¹¹⁾ Zentralbankguthaben und Banknoten sind Bestandteile des sogenannten Zentralbankgeldes. Der Banknotenumlauf trägt grundsätzlich zur strukturellen Liquiditätsnachfrage des Bankensystems bei. Bargeldabhebungen der Bankkundschaft führen dazu, dass die Geschäftsbanken sich neue Bargeldvorräte bei der Zentralbank beschaffen müssen, wodurch ihre Zentralbankguthaben abnehmen. Auch die vom Eurosystem festgesetzte Mindestreservepflicht trägt zu einer Liquiditätsnachfrage des Bankensystems bei.

Im Grundsatz wird die Umsetzung der Geldpolitik über ein strukturelles Liquiditätsdefizit angestrebt.¹²⁾ Die Zentralbank kann ein bestehendes strukturelles Liquiditätsdefizit des Bankensystems dadurch bewahren, dass sie den Umfang nicht geldpolitischer Aktivpositionen in der Notenbankbilanz begrenzt. Der Banknotenumlauf auf der Passivseite ist dabei ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Länge der Zen-

Strukturelles Liquiditätsdefizit als ursprünglicher Ansatzpunkt für die Durchführung der Geldpolitik durch das Eurosystem

¹⁰ Instrumente zur Durchführung von Offenmarktgeschäften sollen ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Geldmarkts gewährleisten und den Banken helfen, ihren Liquiditätsbedarf reibungslos und in gut organisierter Weise zu decken. Vgl.: Leitlinie (EU) 2015/510 der Europäischen Zentralbank vom 19. Dezember 2014 über die Umsetzung des geldpolitischen Handlungsrahmens des Eurosystems (EZB/2014/60), Erwägungsgründe 9 und 13 (http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/oj_jol_2015_091_r_0002_de_txt.pdf).

¹¹ Die strukturelle Liquiditätsposition des Bankensystems gegenüber dem Eurosystem lässt sich über die Zentralbankbilanz ermitteln. Übersteigt die Höhe der liquiditätsabsorbierenden Faktoren (z. B. Banknotenumlauf und Mindestreserve) die Höhe der liquiditätsbereitstellenden Faktoren (d. h. autonome Faktoren und geldpolitische Wertpapierportfolios), besitzt das Bankensystem ein strukturelles Liquiditätsdefizit, das durch geldpolitische Refinanzierungsgeschäfte gedeckt wird. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Strukturelle Liquiditätsposition des Bankensystems, Monatsbericht, Juni 2015, S. 36 f.

¹² Vgl.: Agreement of 19 November 2014 on Net Financial Assets, Präambel (1): „The implementation of the single monetary policy is more efficiently achieved if the euro area banking sector has a liquidity deficit vis-à-vis the Eurosystem. A liquidity deficit allows for the continuous provision of liquidity by way of Eurosystem monetary policy operations.“

tralbankbilanz und auch ihr Wachstum im Zeitverlauf. Auf der Aktivseite verändert sich entsprechend der Umfang der geldpolitischen, liquiditätsbereitstellenden Operationen.¹³⁾ Wären in der Vergangenheit die nicht geldpolitischen Wertpapierbestände der nationalen Zentralbanken übermäßig angewachsen, hätte sich im Euro-Raum ein struktureller Liquiditätsüberschuss ergeben können. Zwar kann das Eurosystem auch in einem solchen Umfeld wieder ein strukturelles Liquiditätsdefizit erzeugen, indem es die Mindestreserve erhöht oder strukturelle liquiditätsabsorbierende Geschäfte anbietet (etwa durch die Emission von Zentralbankschuldverschreibungen). Doch würde es dadurch die Kosten der gemeinsamen Geldpolitik erhöhen, während die zusätzlichen Einnahmen aus den nationalen Anlageportfolios allein den nationalen Zentralbanken zufließen würden.

Höhe des notwendigen strukturellen Liquiditätsdefizits aus geldpolitischen Erwägungen abgeleitet

Die geldpolitische Steuerung der kurzfristigen Zinsen wird durch ein strukturelles Liquiditätsdefizit vereinfacht, weil Banken damit in eine Refinanzierung bei der Zentralbank gezwungen werden. Die konkrete Höhe des dafür erforderlichen strukturellen Liquiditätsdefizits wird im Euro-Währungsgebiet vom EZB-Rat aus geldpolitischen Erwägungen bestimmt.¹⁴⁾ Grundsätzlich können Zentralbanken ein bestehendes Liquiditätsdefizit des Bankensystems durch verschiedenartige geldpolitische Geschäfte decken. Alternativ zu revolving angebotenen Kreditoperationen kann eine Zentralbank auch durch endgültige Ankäufe von längerfristigen Wertpapieren Liquidität bereitstellen und das Liquiditätsdefizit verringern. So steuerte beispielsweise das Federal Reserve System in der Vergangenheit die strukturelle Liquiditätsposition aktiv durch tägliche Ankäufe beziehungsweise Verkäufe von Anleihen des Zentralstaates.¹⁵⁾ Grundsätzlich wäre es auch für das Eurosystem möglich, das Liquiditätsdefizit mit strukturellen geldpolitischen Maßnahmen, etwa längerfristigen Kreditgeschäften oder endgültigen Ankäufen von Wertpapieren, zu steuern. Das Eurosystem machte seinerzeit von dieser Möglichkeit jedoch keinen Gebrauch.

Mit den umfangreichen geldpolitischen Wertpapierankäufen im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) hat die Geldpolitik des Eurosystems auch bezüglich der strukturellen Liquiditätsposition des Bankensystems eine neue Situation herbeigeführt: Anstelle des bisherigen strukturellen Liquiditätsdefizits verfügt das Bankensystem über einen strukturellen Liquiditätsüberschuss. Auch die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren haben in hohem Umfang Liquidität bereitgestellt und die konsolidierte Bilanz des Eurosystems stark verlängert. Diese geldpolitischen Sondermaßnahmen sollen über verschiedene Kanäle der geldpolitischen Transmission auf die Preisentwicklung wirken.¹⁶⁾

Auch in diesem Umfeld ist es weiterhin notwendig, die Liquiditätszufuhr aus nicht geldpolitischen Geschäften zu begrenzen. Während in der Vergangenheit im Rahmen des ANFA das Ziel im Mittelpunkt stand, ein strukturelles Liquiditätsdefizit zu wahren, regelt es im aktuellen Umfeld den aus geldpolitischen Überlegungen abgeleiteten maximalen strukturellen Liquiditätsüberschuss.¹⁷⁾ Damit wird gewährleistet, dass operative geldpolitische Zielsetzungen des EZB-Rats hinsichtlich der Bilanzsummenentwicklung des Eurosystems mittels geldpolitischer Instrumente – und nicht durch nicht geldpolitische

Paradigmenwechsel der Geldpolitik führt aktuell zur Steuerung eines maximal zulässigen Liquiditätsüberschusses

¹³ Vgl.: U. Bindseil (2004), *Monetary Policy Implementation*, Oxford University Press, S. 49 ff.; sowie D. Gros und F. Schobert (1999), *Excess Foreign Exchange Reserves and Overcapitalisation in the Eurosystem*, IFO Schnelldienst 19/99, S. 25–35.

¹⁴ Vgl.: Agreement of 19 November 2014 on Net Financial Assets, Präambel (2): „The liquidity deficit needs to be preserved at a level that is sufficient to efficiently implement monetary policy and the Governing Council is competent to determine this level.“

¹⁵ Die Bundesbank hat dagegen in der Vergangenheit den Aufbau eines größeren Bestandes langfristiger Staatsanleihen weitgehend vermieden, um nicht den Verdacht der Finanzierung öffentlicher Haushaltsdefizite zu erwecken.

¹⁶ Zu den Transmissionskanälen der Sondermaßnahmen siehe EZB Wirtschaftsbericht, 7/ 2015, Kasten 1.

¹⁷ Vgl.: Agreement of 19 November 2014 on Net Financial Assets, Präambel (12): „If monetary policy operations are conducted with the explicit intention to actively create a liquidity surplus situation, the Governing Council may consider setting a Eurosystem maximum liquidity surplus to be used as the basis for the annual calibration exercise.“

Aktivitäten nationaler Zentralbanken – erreicht werden.

Wirkungen und Kalibrierungsmechanik des ANFA

Um im besonderen Kontext der EWWU sicherzustellen, dass die nicht geldpolitischen Aktivitäten der nationalen Zentralbanken mit der gemeinsamen Geldpolitik des Eurosystems vereinbar sind, wurden verschiedene Regelungen erlassen.

ANFA legt Obergrenze für nicht geldpolitische Netto-Finanzaktiva des Eurosystems fest, ...

Das ANFA erlegt den nationalen Zentralbanken des Eurosystems generelle Obergrenzen für ihre nicht geldpolitischen Bilanzaktivitäten auf. Die aus solchen Aktivitäten resultierenden sogenannten Netto-Finanzaktiva umfassen alle nicht geldpolitischen Aktivpositionen abzüglich der nicht geldpolitischen Passivpositionen des Eurosystems. Im Fokus stehen die aus diesen Positionen resultierenden aggregierten Liquiditätseffekte für den einheitlichen Währungsraum.

... während Einzeltransaktionen der nationalen Zentralbanken einer gesonderten Leitlinie unterliegen

Einzelne Transaktionen oder Geschäftsarten unterliegen hingegen nicht dem ANFA, sondern unter anderem der Richtlinie zum Management heimischer, das heißt in Euro denominierter, Aktiva und Passiva (DALM-Leitlinie)¹⁸. In der DALM-Leitlinie werden diverse Melde- und Zustimmungspflichten für bestimmte, auf Euro lautende nicht geldpolitische Transaktionen der nationalen Zentralbanken festgelegt. Die so generierten Informationen sollen dem Eurosystem die Steuerung der Liquiditätsposition des Bankensektors erleichtern, was wiederum essenziell für die volumenmäßige Kalibrierung befristeter zuteilungsbegrenzter geldpolitischer Operationen ist.¹⁹ Des Weiteren ist für nicht geldpolitische Transaktionen der nationalen Zentralbanken, deren Netto-Liquiditätseffekt innerhalb eines Geschäftstages 200 Mio € übersteigt, im Vorfeld eine interne Abstimmung mit der EZB („prior approval“) vorzunehmen (vgl. Art. 7 (1) i. V. m. Art. 8 und Anhang 1 der DALM). Zudem finden sich in dieser Leitlinie Bestimmungen, wonach die Verzinsung von Einlagen öffent-

licher Haushalte bei den nationalen Zentralbanken nicht rentierlicher sein darf als vergleichbare marktübliche Sätze. Dies soll unter anderem Anreize für die öffentliche Hand schaffen, diese Gelder im Markt anzulegen und somit das Liquiditätsmanagement des Eurosystems vereinfachen.

Das ANFA regelt in Verbindung mit den vom EZB-Rat festgelegten geldpolitischen Parametern den maximal zulässigen Gesamtumfang der Netto-Finanzaktiva des Eurosystems und verteilt sie auf die nationalen Zentralbanken. Der jährliche Verteilungsprozess (sog. Kalibrierung) erfolgt in zwei Schritten.²⁰

Jährliche ANFA-Kalibrierung

Zunächst wird das insgesamt zur Verfügung stehende Volumen der Netto-Finanzaktiva definiert und proportional gemäß dem jeweiligen Anteil der nationalen Zentralbanken am EZB-Kapital auf diese verteilt. Hieraus ergeben sich die sogenannten Erstansprüche („entitlements“) einer nationalen Zentralbank auf Netto-Finanzaktiva. In einem zweiten Schritt wird die geplante Nutzung dieser Spielräume durch die nationalen Zentralbanken erhoben, da es sowohl Zentralbanken geben kann, deren gewünschte Netto-Finanzaktiva für das nächste Jahr über den zuteilten Erstansprüchen liegen, als auch Zentralbanken, die nur in geringerem Umfang Netto-Finanzaktiva halten wollen. Innerhalb bestimmter Grenzen findet daher eine temporäre Umverteilung ungenutzter Spielräume für die Haltung von Netto-Finanzaktiva an solche nationale Zentralbanken statt, die gemessen am

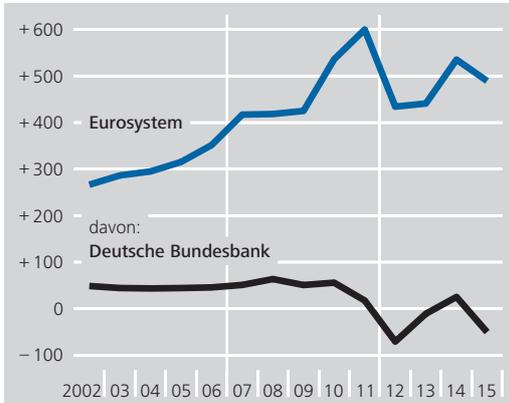
¹⁸ Vgl.: EZB, Guideline of the European Central Bank of 20 February 2014 on domestic asset and liability management operations by the national central banks, Präambel (1): „[...] when carrying out operations in domestic assets and liabilities on their own initiative, such operations should not interfere with the single monetary policy.“ (https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_ecb_2014_9__f_sign.pdf).

¹⁹ Ein solches Liquiditätsmanagement im Eurosystem hat eine besondere Relevanz für die Ermittlung des Benchmark-Zuteilungsbetrages in befristeten Refinanzierungsoperationen. Vgl.: https://www.ecb.europa.eu/mopo/implementation/pdf/How_to_calculate_the_benchmark.pdf. Dies gilt insbesondere für ein Umfeld, in dem statt eines Mengentenders mit Vollzuteilung Liquidität rationiert zugeteilt wird. Dies war im Eurosystem bis Oktober 2008 der Fall.

²⁰ Vgl.: Agreement of 19 November 2014 on Net Financial Assets, Art. 2 i. V. m. Anhang 2.

Netto-Finanzaktiva der Deutschen Bundesbank und des Eurosystems

Mrd €



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Entwicklung der Netto-Finanzaktiva bei der Bundesbank

In der Vergangenheit hat die Bundesbank in einem vergleichsweise geringen Umfang Netto-Finanzaktiva gehalten. Sie hat so dazu beigetragen, ein ausreichendes strukturelles Liquiditätsdefizit für die Geldpolitik aufrechtzuerhalten. Die Netto-Finanzaktiva der Bundesbank entwickelten sich im Zeitraum 2002 bis 2010 relativ stabil und lagen durchschnittlich bei 46 Mrd € (vgl. nebenstehendes Schaubild). Ab dem Jahr 2011 nahmen die Netto-Finanzaktiva der Bundesbank dann deutlich ab und erreichten im Jahr 2015 einen negativen Durchschnittswert von – 17 Mrd €. Stichtagsbezogen lagen sie per 31. Dezember 2015 bei – 50 Mrd €.

Bundesbank weist grundsätzlich vergleichsweise geringe Netto-Finanzaktiva auf, ...

EZB-Kapitalschlüssel überproportional hohe Bestände an Netto-Finanzaktiva halten wollen. Sollte eine ihren Spielraum nicht nutzende Zentralbank diesen in den Folgejahren nutzen wollen, kann sie dies innerhalb der vom ANFA vorgesehenen Mechanismen tun. Zudem verbleibt ein gewisser Puffer bei den Netto-Finanzaktiva abgebenden nationalen Zentralbanken. Dieser dient als Sicherheit, falls im Laufe des Jahres die erwarteten Bestände an Netto-Finanzaktiva doch höher ausfallen, was zum Beispiel durch nicht direkt kontrollierbare Entwicklungen auf der Passivseite der Zentralbankbilanz geschehen kann.

Im Vergleich dazu stiegen die Netto-Finanzaktiva des Eurosystems (einschl. der Bundesbank) zwischen 2002 und 2011 kontinuierlich von 267 Mrd € auf 600 Mrd €. Danach reduzierten sie sich wieder und lagen Ende 2015 noch bei 490 Mrd €.

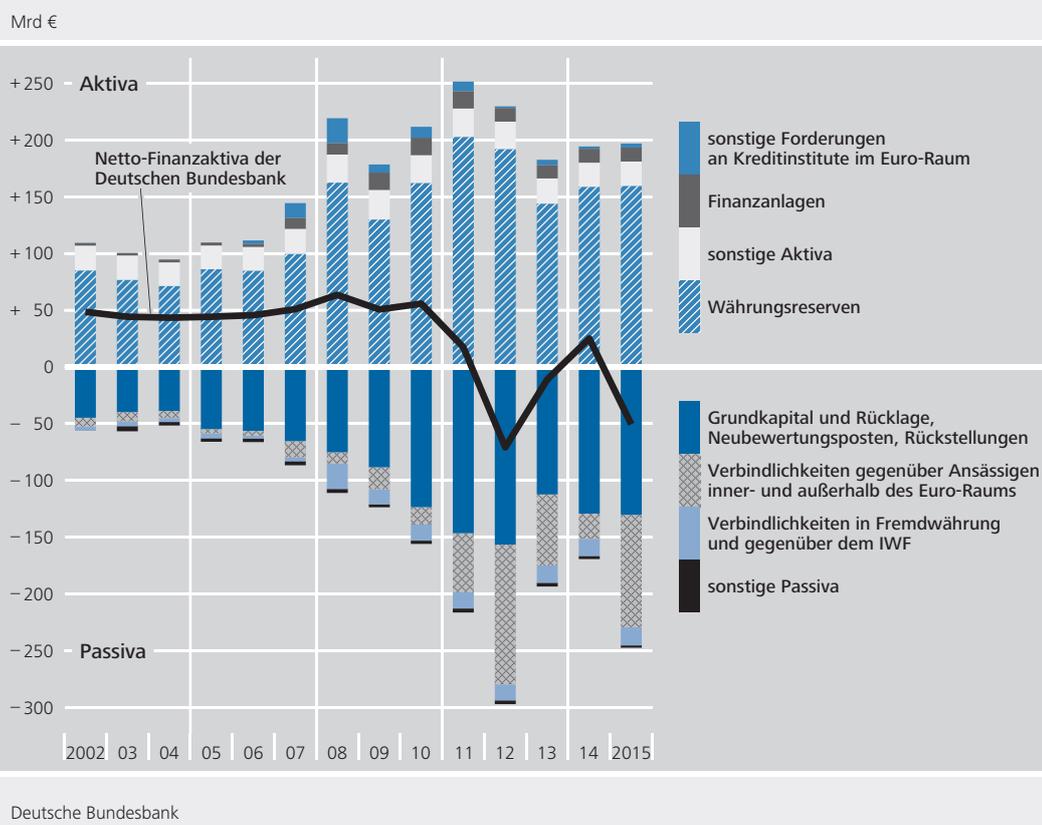
Aus beiden Schritten ergeben sich letztlich die endgültigen Obergrenzen für Netto-Finanzaktiva („ceilings“), die die nationalen Zentralbanken im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten dürfen. Mit dem beschriebenen Verteilungsmechanismus für Netto-Finanzaktiva und der daraus resultierenden Festlegung der Obergrenzen soll sichergestellt werden, dass die nationalen Zentralbanken in ihrer Bilanzautonomie – bezogen auf nicht geldpolitische Geschäfte – nicht mehr beschränkt werden, als es geldpolitische Erwägungen erfordern. Gleichzeitig ist aber gewährleistet, dass die Netto-Finanzaktiva im Aggregat den aus geldpolitischen Erwägungen ermittelten zulässigen Gesamtumfang nicht überschreiten.

Um die Entwicklung der Netto-Finanzaktiva der Bundesbank genauer zu erläutern, ist ein Blick auf die Aktiv- und Passivpositionen der Bilanz notwendig (vgl. Schaubild auf S. 95). Für den negativen Betrag der Netto-Finanzaktiva der Bundesbank Ende 2015 waren vor allem passivseitige Entwicklungen verantwortlich, die von ihr nicht direkt steuerbar sind. Dazu zählen Veränderungen in Euro denominierter Einlagen von Institutionen und Notenbanken außerhalb des Währungsraumes sowie von Einlagen öffentlicher Haushalte und sonstiger Finanzintermediäre im Euro-Währungsgebiet. So verdoppelten sich in Euro denominierte Einlagen von nicht im Euro-Raum ansässigen Institutionen und Notenbanken²¹⁾ im Jahresverlauf auf 27 Mrd €. Diese Entwicklung wurde von einem kontinuierlichen Anstieg der Einlagen öffent-

... die sich überwiegend durch passivseitige Transaktionen verändern

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 2015, Bilanz zum 31. Dezember 2015, Passivposition 5 „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets“.

Bestandteile und Struktur der Netto-Finanzaktiva der Deutschen Bundesbank auf Aktiv- und Passivseite der Bilanz



licher Haushalte und sonstiger Finanzintermediäre²²⁾ begleitet, die zum 31. Dezember 2015 ein Volumen in Höhe von 72 Mrd € aufwiesen. Die Erhöhung resultiert vorwiegend aus gestiegenen Einlagen des Bundes, der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung und des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Auf der Aktivseite weist die Bundesbank im Jahr 2015 als größte Position von Netto-Finanzaktiva Währungsreserven in Höhe von 160 Mrd € auf, die sowohl Gold²³⁾ als auch Devisenreserven und Forderungen an den Internationalen Währungsfonds²⁴⁾ umfassen. Auf der Passivseite standen diesen Aktivpositionen größtenteils Ausgleichsposten aus der Neubewertung²⁵⁾ in Höhe von 106 Mrd € gegenüber. Ändert sich beispielsweise der Goldpreis und damit der Wert der Goldbestände der Bundesbank, so wird auch der Ausgleichsposten angepasst, sodass solche Bewertungsänderungen keine Auswirkungen auf das Gesamtvolumen der Netto-Finanzaktiva haben. Zudem hält die Bun-

desbank auf der Aktivseite ein nicht geldpolitisches Euro-Portfolio²⁶⁾, dessen Wert sich zum 31. Dezember 2015 zu fortgeführten Anschaffungskosten auf 12,3 Mrd € belief. Davon entfallen 9,6 Mrd € auf deutsche Pfandbriefe und 2,7 Mrd € auf gedeckte Schuldverschreibungen französischer Emittenten. Diese Wertpapiere bilden einen Gegenposten zum Grundkapital, zur gesetzlichen Rücklage, zur Rückstellung für allgemeine Wagnisse und zu den langfristigen Pensions- und Beihilferückstellungen.²⁷⁾ Darüber hinaus hält die Bundesbank keine weiteren in

22 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Passivposition 4 „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet“.

23 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Aktivposition 1 „Gold und Goldforderungen“.

24 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Aktivposition 2 „Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets“.

25 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Passivposition 13 „Ausgleichsposten aus Neubewertung“.

26 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Aktivposition 11 „Sonstige Aktiva“ Unterposition A11.3 „Finanzanlagen“

27 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Passivpositionen 12 „Rückstellungen“ und 14 „Grundkapital und Rücklage“.

Euro denominierten Wertpapiere zu Anlagezwecken.²⁸⁾

Die nicht geldpolitischen Wertpapierportfolios anderer nationaler Zentralbanken des Eurosystems haben tendenziell einen vergleichsweise größeren Umfang und somit auch einen größeren Einfluss auf die Entwicklung ihrer Netto-Finanzaktiva.

Die Netto-Finanzaktiva der Bundesbank sind, wie beschrieben, zurzeit stark durch das Passivgeschäft geprägt und können insoweit nicht genau gesteuert werden. Im Zuge einer Normalisierung der Geldpolitik und damit möglicherweise einhergehender Verbesserungen des Anlageumfelds am Geldmarkt wäre davon auszugehen, dass die zeitweise recht hohen Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank auch wieder zurückgehen dürften. Rein bilanzmechanisch würde dies zu einer Erhöhung der Netto-Finanzaktiva der Bundesbank führen, sodass diese künftig wieder positive Werte annehmen könnten.

Nicht geldpolitische Wertpapierportfolios der nationalen Zentralbanken und Verbot der monetären Staatsfinanzierung

Im Verlauf der jüngsten öffentlichen Diskussion um nicht geldpolitische Wertpapierbestände sahen sich Zentralbanken des Eurosystems teilweise dem Vorwurf der Intransparenz ausgesetzt. So wurden nicht geldpolitische Ankäufe insbesondere von heimischen Staatsanleihen durch die jeweiligen nationalen Zentralbanken mit einer durch die europäischen Verträge verbotenen monetären Staatsfinanzierung²⁹⁾ in Verbindung gebracht – insbesondere, soweit die Ausweitung solcher Portfolios parallel zur europäischen Staatsschuldenkrise erfolgte.

Tatsächlich berichten nationale Zentralbanken in unterschiedlicher Granularität über die Art

und Zusammensetzung ihrer nicht geldpolitischen Wertpapierportfolios. Dabei hat Transparenz nachvollziehbare Grenzen: So wäre es nicht wünschenswert, wenn fälschlicherweise der Eindruck entstünde, dass einzelne Emittenten ein herausgehobenes Vertrauen von Zentralbanken genießen, wenn ihre Emissionen teilweise auch von Zentralbanken gehalten werden. Andererseits ist es berechtigt, wenn die Öffentlichkeit die Bilanzen und Finanzausweise der Zentralbanken des Eurosystems in Augenschein nimmt und genauere Erläuterungen einfordert, wo es möglicherweise an Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit mangelt. Dies ist vollkommen legitim und Anzeichen für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Die EZB ihrerseits überwacht die Einhaltung des Verbots der monetären Staatsfinanzierung und berichtet regelmäßig darüber.³⁰⁾

Die insbesondere in Deutschland vergleichsweise intensiv geführte Debatte um nicht geldpolitische Anleihekäufe von nationalen Zentralbanken des Eurosystem illustriert einmal mehr, dass Staatsanleihekäufe durch die Zentralbank in einer Währungsunion umso erklärungsbedürftiger sind, je größer ihr Umfang und je weniger für Außenstehende erkennbar ist, wel-

28 Vgl.: Deutsche Bundesbank, a. a. O., Aktivposition 7 „Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet“ Unterposition 7.2 „Sonstige Wertpapiere“.

29 Gemäß Art. 123 AEUV dürfen die EZB und die nationalen Zentralbanken keine Staatsanleihen am Primärmarkt erwerben. Darüber hinaus darf, wie auch die Verordnung (EG) Nr. 3603/93 des Rates klargestellt, der Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt nicht genutzt werden, um die Ziele dieses Verbots zu umgehen, und der Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt darf in der Praxis nicht die gleiche Wirkung haben wie der unmittelbare Erwerb von Staatsanleihen am Primärmarkt. Siehe dazu auch EuGH, Rs. C-62/14, Gauweiler, Rn. 97 ff. Ziel des Verbots der monetären Staatsfinanzierung ist insbesondere, die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, eine gesunde Haushaltspolitik zu verfolgen.

30 Vgl.: EZB, Jahresbericht 2014, Kapitel 2.6.4: „Die EZB überwacht ferner die durch die Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten am Sekundärmarkt getätigten Käufe von Schuldtiteln der öffentlichen Hand – also Käufe inländischer Staatspapiere sowie Käufe von Schuldtiteln, die von anderen Mitgliedstaaten oder von Organen bzw. Einrichtungen der EU begeben wurden. [...] Die für 2014 durchgeführte Überwachung bestätigte, dass die Bestimmungen von Artikel 123 und 124 des VAEU und die diesbezüglichen Ratsverordnungen im Allgemeinen eingehalten wurden.“

che Motivlagen und Zielsetzungen den Wertpapierkäufen im Einzelnen zugrunde liegen.

Bei aller sachlich begründeten Kritik und öffentlichen Debatte über geeignete geldpolitische Maßnahmen des Eurosystems und nicht geldpolitische Aktivitäten der nationalen Zentralbanken sollte jedoch Konsens darüber bestehen, dass das Eurosystem wie jede andere Zentralbank Vermögensgegenstände – einschließlich Kreditforderungen und Wertpapieren – erwerben können muss, um den Liquiditätsbedarf des Bankensystems zu beeinflussen und bei Bedarf darüber hinausgehende geldpolitische Zielsetzungen zu erreichen.

■ Fazit

Das ANFA ist eine vertragliche Absprache zwischen den Zentralbanken des Eurosystems, das heißt den nationalen Zentralbanken und der EZB. Es handelt sich dabei um eine Selbstbeschränkung, die der effizienten Implementierung der Geldpolitik dient. Das ANFA trägt der Besonderheit der Währungsunion Rechnung, in der nationale Zentralbanken weiterhin nationale Aufgaben wahrnehmen. Vor dem Hintergrund des Vorrangs der Geldpolitik ist das ANFA ein sinnvolles Instrument, um die Vereinbarkeit der Geschäfte der nationalen Zentralbanken auf

nationaler Rechtsgrundlage mit der Aufgabenerfüllung des Eurosystems im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik zu gewährleisten. Unabhängig von dieser vertraglichen Absprache besteht jederzeit das Recht des EZB-Rats, der Wahrnehmung nationaler Aufgaben durch die nationalen Zentralbanken zu widersprechen, wenn diese nach Feststellung des EZB-Rats nicht mit den Zielen und Aufgaben des Eurosystems vereinbar sind.

Die Entscheidung für eine Veröffentlichung des ANFA bringt den Willen der Zentralbanken des Eurosystems zum Ausdruck, ihr Handeln transparenter zu machen. Die nationalen Zentralbanken des Eurosystems können im Rahmen der ihnen zugestandenen Bilanzautonomie selbst entscheiden, inwiefern sie die Zusammensetzung ihrer nicht geldpolitischen Forderungen und Verbindlichkeiten veröffentlichen. Dabei gilt es abzuwägen, was im Sinne der Transparenz veröffentlicht werden kann, ohne vertrauliche Informationen zu ihrer Geschäftspolitik, etwa zu ihrem künftigen Anlageverhalten, preiszugeben. Solange dies gewährleistet ist, strebt die Bundesbank in ihren Geschäftsberichten und anderen Publikationen größtmögliche Transparenz an. Denn Transparenz fördert die Glaubwürdigkeit von Zentralbanken und damit das Vertrauen in die Nachhaltigkeit ihrer geldpolitischen Aufgabenerfüllung.

ANFA-Veröffentlichung als weitere Stufe einer gestiegenen Transparenz

ANFA als sinnvolle freiwillige Selbstbeschränkung zum Schutz der Geldpolitik

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2014 Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,5	- 2,7	- 1,3	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,4	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,0
Juli	5,5	2,4	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,9	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,1	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,6	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	9,0	4,0	3,9	3,9	0,2	- 0,4	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,2	4,1	4,1	4,2	0,3	- 0,2	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	10,1	4,6	4,7	4,7	0,7	0,1	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,6	4,9	5,4	5,0	1,1	0,3	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,3	5,0	5,0	5,1	1,4	0,7	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,8	5,2	4,9	5,1	1,4	0,4	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	12,2	5,4	5,2	5,0	1,9	0,9	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,5	5,1	4,9	5,0	2,3	1,1	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,7	5,2	4,9	5,0	2,2	0,8	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,6	5,4	5,2	5,1	2,4	1,1	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	11,1	5,2	5,0	5,0	2,7	1,2	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,8	5,3	4,7	4,9	2,3	0,7	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,4	5,0	...	2,6	0,9	- 3,3	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	- 0,24	- 0,18	1,0

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Mai	+ 2 473	+ 20 844	- 995	+ 4 187	- 69 498	+ 3 471	+ 60 364	+ 482	1,3732	103,6	99,5
Juni	+ 18 325	+ 21 050	+ 45 030	+ 10 545	- 37 278	+ 385	+ 71 825	- 447	1,3592	102,7	98,7
Juli	+ 30 806	+ 26 038	+ 18 542	+ 3 769	+ 26 006	+ 301	- 10 823	- 712	1,3539	102,3	98,2
Aug.	+ 13 249	+ 10 496	+ 2 256	- 8 281	+ 2 017	+ 3 932	+ 3 323	+ 1 264	1,3316	101,5	97,5
Sept.	+ 32 885	+ 25 217	+ 81 682	+ 8 961	+ 86 324	+ 13 435	- 25 091	- 1 946	1,2901	99,9	95,9
Okt.	+ 29 523	+ 28 798	+ 50 650	- 4 478	+ 65 587	+ 4 628	- 16 133	+ 1 045	1,2673	99,1	95,0
Nov.	+ 26 054	+ 24 662	+ 54 199	+ 10 067	+ 5 736	+ 3 138	+ 34 561	+ 698	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 40 139	+ 26 439	- 42 181	- 10 391	+ 19 910	+ 2 234	- 55 055	+ 1 121	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 8 609	+ 12 724	- 55 148	- 7 044	- 53 249	+ 4 683	- 874	+ 1 336	1,1621	95,2	91,1
Febr.	+ 14 600	+ 26 215	- 18 593	+ 21 223	- 40 608	+ 9 513	- 12 928	+ 4 209	1,1350	93,3	89,5
März	+ 31 183	+ 26 745	+ 109 208	+ 90 326	- 18 922	+ 8 420	+ 29 135	+ 250	1,0838	90,6	86,9
April	+ 24 020	+ 27 940	- 54 154	- 13 639	+ 23 102	+ 4 636	- 64 462	- 3 791	1,0779	89,7	86,1
Mai	+ 7 803	+ 24 936	+ 32 447	- 8 142	+ 46 655	+ 3 059	- 7 315	- 1 809	1,1150	91,6	87,9
Juni	+ 34 593	+ 28 123	+ 59 630	- 20 925	+ 56 938	- 6 390	+ 26 783	+ 3 224	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 38 756	+ 36 851	- 10 846	- 12 780	+ 78 512	+ 9 944	- 79 531	- 6 990	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 17 722	+ 17 080	+ 6 918	- 14 323	+ 22 283	- 7 785	+ 5 378	+ 1 365	1,1139	93,0	89,0
Sept.	+ 34 183	+ 28 123	+ 49 031	- 4 293	+ 20 349	- 3 830	+ 28 507	+ 8 297	1,1221	93,8	89,7
Okt.	+ 27 547	+ 31 158	+ 37 523	- 3 943	+ 25 939	- 693	+ 22 224	- 6 004	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 30 290	+ 29 762	+ 18 943	- 393	+ 30 176	+ 9 779	- 23 090	+ 2 471	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 41 384	+ 28 052	+ 40 930	+ 6 703	+ 78 268	+ 7 307	- 59 475	+ 8 127	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	1,0860	93,6	p) 89,1
Febr.	1,1093	94,7	p) 90,0

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2013	- 0,3	0,0	0,3	1,6	- 0,8	0,7	- 3,2	1,4	- 1,7	3,0
2014	0,9	1,3	1,6	2,9	- 0,7	0,2	0,6	5,2	- 0,3	2,4
2015	1,6	1,4	1,7	1,1	...	1,2	- 0,2	...	0,8	2,7
2014 3.Vj.	0,8	1,5	1,2	2,7	- 0,9	0,1	1,6	3,7	- 0,3	2,3
4.Vj.	1,0	1,2	1,6	3,4	- 0,8	0,2	0,6	6,0	- 0,4	2,1
2015 1.Vj.	1,3	1,2	1,3	1,1	0,0	1,1	0,3	7,3	0,2	1,8
2.Vj.	1,6	1,5	1,6	1,5	0,7	1,2	1,3	6,8	0,9	2,8
3.Vj.	1,6	1,3	1,7	1,0	0,2	1,1	- 1,7	7,0	0,8	3,5
4.Vj.	1,6	1,4	2,1	0,7	0,8	1,4	- 0,7	...	1,1	2,7
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2013	- 0,6	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,4	- 3,2	- 2,2	- 3,1	- 0,3
2014	0,8	1,0	1,3	4,3	- 1,9	- 0,7	- 2,0	20,9	- 0,6	- 0,9
2015	1,6	p) - 0,1	p) 0,9	- 2,4	- 1,0	1,9	0,6	17,6	1,0	3,6
2014 3.Vj.	0,6	0,1	0,7	4,7	- 1,8	0,0	- 3,0	21,6	- 1,4	- 0,8
4.Vj.	0,4	- 1,5	0,7	6,8	- 0,9	- 0,9	0,1	25,9	- 1,4	- 0,7
2015 1.Vj.	1,6	0,0	0,7	1,9	- 3,4	1,9	2,4	24,9	- 0,2	1,6
2.Vj.	1,4	- 1,7	1,7	- 1,7	- 1,1	2,0	- 3,0	10,0	1,0	5,7
3.Vj.	1,9	0,2	1,6	- 4,0	- 0,1	1,4	1,3	20,2	2,0	3,8
4.Vj.	1,3	p) 1,1	p) - 0,2	- 5,5	0,1	2,3	2,1	16,0	1,2	3,0
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁵⁾										
2013	78,3	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,2	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2014 4.Vj.	80,5	79,4	84,4	73,2	77,9	82,0	66,7	-	73,9	73,3
2015 1.Vj.	81,0	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	74,6	71,3
2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,6	67,7	-	76,1	72,2
3.Vj.	81,1	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,5	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,8	65,5	-	77,1	72,3
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁶⁾⁷⁾										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,3	4,6	...	9,4	10,4	...	9,4	...	9,9
2015 Aug.	10,7	8,1	4,5	5,8	9,5	10,6	24,6	9,1	11,4	10,0
Sept.	10,6	7,9	4,4	6,0	9,4	10,4	24,7	9,0	11,5	9,9
Okt.	10,6	7,8	4,5	6,3	9,4	10,2	24,7	8,9	11,5	9,9
Nov.	10,5	7,9	4,5	6,5	9,4	10,1	24,6	8,8	11,5	10,0
Dez.	10,4	7,9	4,7	6,3	9,4	10,1	...	8,8	11,6	10,1
2016 Jan.	10,3	7,9	4,2	...	9,4	10,2	...	8,6	11,5	10,4
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	9) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2015 Sept.	- 0,1	0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,7	0,1	- 0,8	- 0,1	0,2	- 0,4
Okt.	0,1	1,2	0,2	0,0	- 0,3	0,2	- 0,1	- 0,1	0,3	- 0,1
Nov.	0,1	1,4	0,2	0,5	- 0,2	0,1	- 0,1	- 0,1	0,1	0,0
Dez.	0,2	1,5	0,2	- 0,2	- 0,2	0,3	0,4	0,2	0,1	0,4
2016 Jan.	0,3	1,8	0,4	0,1	0,0	0,3	- 0,1	0,0	0,4	- 0,3
Febr.	s) - 0,2	1,1	- 0,2	0,4	- 0,1	- 0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹⁰⁾										
2012	- 3,7	- 4,1	- 0,1	- 0,3	- 2,1	- 4,8	- 8,8	- 8,0	- 3,0	- 0,8
2013	- 3,0	- 2,9	- 0,1	- 0,1	- 2,5	- 4,1	- 12,4	- 5,7	- 2,9	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,7	- 3,3	- 3,9	- 3,6	- 3,9	- 3,0	- 1,5
Staatliche Verschuldung ¹⁰⁾										
2012	89,3	104,1	79,7	9,5	52,9	89,6	159,4	120,2	123,2	41,4
2013	91,1	105,1	77,4	9,9	55,6	92,3	177,0	120,0	128,8	39,1
2014	92,1	106,7	74,9	10,4	59,3	95,6	178,6	107,5	132,3	40,6

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** ESGV 2010. **4** Ver-

arbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **5** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)2)3)										
3,6	4,3	4,1	- 0,5	0,3	- 1,1	1,4	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,0	4,1	3,7	1,0	0,4	0,9	2,5	3,0	1,4	- 2,5	2014
1,6	...	6,3	1,9	0,9	1,5	3,6	2,9	3,2	1,6	2015
2,6	3,8	3,0	1,2	0,3	1,4	2,4	3,6	1,6	- 2,1	2014 3.Vj.
1,7	6,7	5,6	1,6	- 0,2	0,3	2,8	2,8	1,8	- 1,8	4.Vj.
1,2	5,5	6,2	2,5	0,5	1,5	2,9	2,8	2,7	0,2	2015 1.Vj.
1,4	6,2	6,9	1,8	0,9	1,5	3,4	2,7	3,3	1,4	2.Vj.
1,7	5,5	6,5	1,9	1,0	1,5	3,7	2,6	3,5	2,3	3.Vj.
1,9	...	5,7	1,6	1,1	1,4	4,3	3,3	3,3	2,5	4.Vj.
Industrieproduktion 1)4)										
3,2	- 3,2	- 5,3	- 0,5	0,8	0,5	3,8	- 1,4	- 1,7	- 13,5	2013
0,3	4,4	- 5,7	- 3,0	0,9	1,8	8,7	1,7	1,3	- 0,9	2014
4,5	0,9	6,2	- 2,7	p)	1,8	7,0	p)	4,5	p)	2015
- 0,6	3,8	- 5,5	- 0,4	- 0,3	1,8	8,2	2,7	0,8	- 0,2	2014 3.Vj.
3,6	3,3	- 1,1	- 2,4	0,4	- 0,2	9,9	2,3	0,5	- 0,8	4.Vj.
4,2	3,5	4,5	3,9	1,7	0,3	12,6	5,6	1,6	0,2	2015 1.Vj.
4,5	0,9	8,3	- 4,5	0,6	1,9	4,7	4,9	3,2	3,1	2.Vj.
4,0	- 1,4	7,4	- 7,3	2,8	2,4	6,1	4,7	4,2	4,2	3.Vj.
5,3	0,5	4,4	- 4,0	p)	2,0	5,0	p)	3,1	4,8	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie 5)										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	77,7	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
75,1	66,9	78,1	80,3	83,7	75,5	81,1	81,2	76,9	54,5	2014 4.Vj.
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	81,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	77,6	79,1	83,4	77,2	60,3	2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	77,7	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	77,6	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	77,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote 6)7)										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,1	5,3	6,9	...	12,6	11,5	9,1	22,1	15,6	2015
9,0	6,0	5,2	6,8	5,7	12,3	11,4	9,0	21,7	15,2	2015 Aug.
8,9	6,0	5,2	6,8	5,7	12,4	11,3	8,9	21,4	15,1	Sept.
8,9	6,0	5,2	6,9	5,7	12,4	11,1	8,8	21,2	15,3	Okt.
8,8	5,9	5,1	6,7	5,9	12,2	10,8	8,8	20,9	15,6	Nov.
8,9	6,0	5,1	6,6	5,9	12,2	10,6	8,9	20,7	15,7	Dez.
9,0	5,8	5,1	6,5	5,9	12,2	10,3	8,9	20,5	15,3	2016 Jan.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	2014
- 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
- 0,8	- 0,2	1,6	0,3	0,6	0,9	- 0,5	- 1,0	- 1,1	- 1,9	2015 Sept.
- 0,4	- 0,1	1,6	0,4	0,7	0,7	- 0,5	- 1,2	- 0,9	- 1,8	Okt.
- 0,5	0,4	1,3	0,4	0,5	0,6	- 0,4	- 0,9	- 0,4	- 1,5	Nov.
- 0,2	0,9	1,3	0,5	1,1	0,3	- 0,5	- 0,6	- 0,1	- 0,6	Dez.
0,7	0,5	0,8	0,2	1,4	0,7	- 0,6	- 0,8	- 0,4	- 1,1	2016 Jan.
0,5	- 0,3	1,0	0,3	...	0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,0	...	Febr.
Staatlicher Finanzierungssaldo 10)										
- 3,1	0,2	- 3,6	- 3,9	- 2,2	- 5,7	- 4,2	- 4,1	- 10,4	- 5,8	2012
- 2,6	0,7	- 2,6	- 2,4	- 1,3	- 4,8	- 2,6	- 15,0	- 6,9	- 4,9	2013
- 0,7	1,4	- 2,1	- 2,4	- 2,7	- 7,2	- 2,8	- 5,0	- 5,9	- 8,9	2014
Staatliche Verschuldung 10)										
39,8	22,1	67,6	66,4	81,6	126,2	51,9	53,7	85,4	79,3	2012
38,8	23,4	69,6	67,9	80,8	129,0	54,6	70,8	93,7	102,5	2013
40,7	23,0	68,3	68,2	84,2	130,2	53,5	80,8	99,3	108,2	2014

werten des Statistischen Bundesamtes. 8 Ab 2014 einschl. Lettland. 9 Ab 2015 einschl. Litauen. 10 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EVU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2014 Juni	9,3	23,6	- 12,9	- 14,3	- 6,4	69,3	- 34,0	- 103,4	- 15,4	- 10,6	- 1,4	- 22,3	18,8
Juli	- 25,9	- 15,7	6,4	- 10,2	- 17,8	27,2	61,1	34,0	- 6,8	- 12,4	0,6	- 10,3	15,2
Aug.	- 45,7	- 51,0	- 15,6	5,3	15,9	- 1,3	- 5,8	- 4,5	0,2	- 5,0	1,3	- 5,9	9,8
Sept.	34,8	26,2	- 14,5	8,6	9,2	- 25,0	- 17,7	7,3	- 6,0	- 16,5	0,3	- 12,0	22,1
Okt.	5,0	- 24,0	- 9,0	29,0	23,1	10,4	- 4,0	- 14,4	- 37,0	- 13,9	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 45,0	- 9,1	- 12,2	- 35,9	- 43,7	- 10,0	- 115,3	- 105,4	- 29,4	- 2,9	2,3	- 30,9	2,2
2015 Jan.	93,9	19,2	5,1	74,7	52,5	- 14,5	196,7	211,2	- 1,8	- 12,3	0,5	- 9,0	19,0
Febr.	11,0	21,3	2,4	- 10,3	- 0,5	- 23,6	- 18,7	4,9	- 14,6	- 8,8	- 1,4	- 9,8	5,3
März	77,4	44,4	- 1,1	32,9	29,8	11,2	- 29,2	- 40,4	- 20,5	- 12,4	- 1,3	- 26,1	19,4
April	53,8	17,0	16,9	36,8	32,5	- 58,5	37,4	95,9	- 46,6	- 18,8	- 2,1	- 15,8	- 9,8
Mai	21,9	5,5	- 0,8	16,4	31,2	25,2	- 56,2	- 81,4	- 23,9	- 8,3	- 1,7	- 23,5	9,5
Juni	9,0	- 14,3	- 28,1	23,3	24,5	55,0	- 86,7	- 141,7	- 21,6	- 13,8	- 1,2	- 13,0	6,5
Juli	59,9	56,1	50,8	3,7	4,0	- 64,9	- 0,5	64,5	- 5,1	10,4	- 0,9	- 21,4	6,8
Aug.	11,0	- 27,5	6,9	38,6	47,5	- 22,9	10,1	33,0	- 10,3	- 2,4	- 1,4	- 9,3	2,9
Sept.	29,4	- 9,9	- 8,8	39,3	45,7	- 7,0	- 95,0	- 88,0	- 20,8	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,2
Okt.	26,8	4,5	- 15,4	22,2	18,6	9,2	23,9	14,7	- 39,7	- 25,3	- 1,1	- 17,1	3,9
Nov.	87,2	48,2	2,0	39,1	47,1	3,6	- 15,3	- 18,8	- 6,5	- 13,5	- 1,7	- 4,8	13,5
Dez.	- 113,4	- 74,4	- 2,1	- 39,0	- 33,8	- 9,9	- 195,9	- 186,0	- 8,5	4,0	- 0,6	- 26,6	14,7
2016 Jan.	155,1	45,8	4,8	109,3	94,2	- 43,9	125,8	169,7	- 25,4	- 8,5	- 0,4	- 21,2	4,7

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2014 Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,7	3,1
Aug.	- 6,4	0,8	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 16,9	- 11,4	5,5	- 2,7	- 1,3	0,9	- 2,8	0,5
Sept.	10,2	6,2	2,1	4,0	4,8	- 16,6	- 14,1	2,5	- 3,2	- 0,7	0,5	- 4,5	1,5
Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,5	1,5	5,4	- 17,1	- 10,0	- 5,7	- 33,1	- 27,4	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	13,0	7,0	15,4	6,5	- 57,6	52,2	109,8	- 0,8	- 3,4	- 0,0	1,8	0,8
Febr.	9,4	4,6	- 1,1	4,8	1,7	2,9	- 11,1	- 13,9	1,8	- 1,5	- 1,3	2,3	2,3
März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	33,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	18,0	5,6	- 3,3	12,5	8,9	- 20,7	24,8	45,5	- 1,0	- 1,3	- 1,3	2,8	1,1

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
26,4	51,1	-	16,6	23,1	44,4	6,4	38,0	- 19,4	-	1,9	28,1	- 12,9	2,4	2014 Juni
- 23,1	2,4	-	28,8	15,0	10,3	9,4	0,9	6,4	-	1,6	2,7	16,9	- 7,3	Juli
- 46,4	- 48,2	-	47,5	40,7	34,9	2,0	32,8	3,5	2,4	2,9	3,7	2,4	2,4	Aug.
- 6,1	22,8	-	0,8	14,7	33,4	0,3	33,1	- 12,8	-	5,8	- 18,3	- 11,6	6,0	Sept.
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	- 20,6	-	8,9	25,6	14,6	- 4,3	Okt.
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	4,4	- 2,7	5,6	0,6	0,6	Nov.
- 50,1	- 0,1	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	-	3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	Dez.
80,8	- 45,4	-	45,8	25,1	54,4	- 2,7	57,1	- 37,0	7,7	23,7	20,2	- 4,3	4,3	2015 Jan.
- 28,6	- 15,3	-	45,8	21,5	28,4	4,1	24,3	- 8,6	1,6	38,0	8,7	2,2	2,2	Febr.
22,6	53,1	-	33,4	57,2	54,6	7,7	46,9	- 5,4	7,9	1,8	- 9,5	- 7,4	7,4	März
- 43,3	- 26,9	-	112,0	76,9	90,6	8,8	81,8	- 15,5	1,8	- 17,5	21,9	6,3	6,3	April
44,1	- 0,6	-	27,6	61,4	91,9	6,7	85,2	- 35,2	4,8	- 6,8	- 9,1	- 6,8	6,8	Mai
14,0	64,9	-	6,7	40,4	65,9	10,7	55,2	- 25,5	0,0	- 22,6	- 17,6	8,2	8,2	Juni
- 42,3	- 29,6	-	71,9	40,9	40,0	14,2	25,8	1,4	-	0,6	1,5	24,4	- 12,2	Juli
- 14,8	- 1,6	-	14,8	10,7	12,5	- 1,9	14,4	- 5,4	3,6	- 2,8	11,0	- 4,5	4,5	Aug.
28,7	34,0	-	- 19,5	7,2	24,0	- 2,8	26,8	- 8,4	-	8,5	- 4,2	- 15,3	- 0,7	Sept.
33,0	- 60,0	-	102,6	68,6	83,6	2,2	81,3	- 10,1	-	4,8	6,1	21,8	0,9	Okt.
- 17,2	61,0	-	53,5	54,7	58,9	5,7	53,1	- 2,0	-	2,2	4,0	15,1	1,0	Nov.
- 72,5	- 42,4	-	0,1	54,0	45,4	14,4	30,9	7,7	0,9	- 31,1	- 23,7	- 10,8	10,8	Dez.
87,7	- 22,1	-	71,0	33,6	33,5	- 11,4	44,8	- 10,3	10,4	22,8	14,4	8,1	8,1	2016 Jan.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)						
									Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)					
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,7	0,4	- 0,1	2,7	2014 Juni
1,3	24,4	4,5	2,4	7,6	5,5	0,0	- 0,9	3,2	- 0,0	0,2	3,2	- 0,0	0,2	Juli
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	- 0,3	2,1	1,7	- 0,3	2,1	Aug.
1,5	4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	- 4,8	0,1	2,7	0,0	0,6	2,7	0,0	0,6	Sept.
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	- 9,3	- 0,3	1,8	- 0,0	0,4	1,8	- 0,0	0,4	Okt.
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	- 0,0	0,8	0,4	- 0,0	0,8	Nov.
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	2,2	- 6,2	- 0,1	0,6	- 6,2	- 0,1	0,6	Dez.
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	0,0	1,4	3,4	0,0	1,4	2015 Jan.
- 6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	0,0	2,3	1,2	0,0	2,3	Febr.
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	0,4	- 0,0	0,8	- 0,4	- 0,0	0,8	März
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	- 0,1	4,1	3,8	- 0,1	4,1	April
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	6,4	0,1	3,1	6,4	0,1	3,1	Mai
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	1,6	- 0,3	0,3	- 1,6	0,1	0,3	Juni
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	- 0,0	0,6	1,2	0,0	0,6	Juli
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	2,0	0,1	1,2	Aug.
1,8	16,8	2,8	0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	0,5	0,5	7,8	Sept.
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	3,7	- 0,5	- 0,0	3,7	Okt.
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	2,1	- 0,5	- 0,1	2,1	Nov.
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	0,2	- 3,6	- 0,4	0,2	Dez.
- 0,7	- 25,7	- 0,7	- 1,9	24,7	27,7	- 5,6	0,9	0,3	0,3	1,1	0,3	0,3	1,1	2016 Jan.

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
				Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2013 Dez.	24 648,0	16 161,5	12 802,4	10 649,6	1 360,8	792,1	3 359,1	1 097,3	2 261,8	4 487,3	3 999,1
2014 Jan.	25 041,7	16 241,9	12 803,5	10 640,4	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 680,4	4 119,3
Febr.	24 985,6	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 671,5	4 092,2
März	24 905,6	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,6	4 033,4
April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7
2015 Jan.	26 921,9	16 393,3	12 750,4	10 698,9	1 275,7	775,8	3 642,8	1 158,4	2 484,4	5 398,4	5 130,2
Febr.	26 862,4	16 418,0	12 779,9	10 717,8	1 278,1	783,9	3 638,1	1 143,7	2 494,5	5 392,8	5 051,6
März	27 245,0	16 513,4	12 834,2	10 767,4	1 275,4	791,4	3 679,2	1 148,2	2 531,0	5 467,9	5 263,6
April	26 913,6	16 538,0	12 833,1	10 751,5	1 274,3	807,3	3 705,0	1 152,3	2 552,7	5 406,5	4 969,1
Mai	26 749,2	16 549,3	12 840,9	10 760,4	1 275,8	804,7	3 708,4	1 137,8	2 570,7	5 400,4	4 799,6
Juni	26 192,4	16 510,5	12 804,4	10 760,4	1 253,6	790,4	3 706,1	1 136,2	2 569,9	5 261,1	4 420,8
Juli	26 415,5	16 595,0	12 866,7	10 765,3	1 299,7	801,6	3 728,4	1 134,8	2 593,6	5 281,4	4 539,0
Aug.	26 257,4	16 567,1	12 809,3	10 720,3	1 302,2	786,8	3 757,7	1 126,0	2 631,8	5 232,4	4 458,0
Sept.	26 202,2	16 595,6	12 784,6	10 710,8	1 302,5	771,3	3 811,0	1 120,5	2 690,6	5 148,9	4 457,7
Okt.	26 413,7	16 658,2	12 815,4	10 745,3	1 287,6	782,5	3 842,8	1 124,5	2 718,3	5 242,1	4 513,3
Nov.	26 729,6	16 773,0	12 885,4	10 799,2	1 295,0	791,3	3 887,6	1 116,6	2 771,0	5 304,9	4 517,7
Dez.	25 927,6	16 619,2	12 781,6	10 707,6	1 295,5	778,5	3 837,6	1 109,7	2 728,0	5 020,5	4 287,9
2016 Jan.	26 493,4	16 767,9	12 810,9	10 739,0	1 306,0	765,9	3 957,1	1 127,5	2 829,5	5 133,7	4 591,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2013 Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6
2016 Jan.	6 057,2	3 856,2	3 004,6	2 592,7	155,0	256,9	851,6	362,0	489,6	1 191,3	1 009,7

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
921,2	10 900,4	10 351,8	10 401,3	4 310,6	1 153,6	431,3	2 334,9	2 084,5	86,4	2013 Dez.	
908,3	10 919,1	10 348,6	10 399,4	4 304,6	1 132,1	442,6	2 337,6	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,2	10 338,5	10 382,8	4 307,7	1 129,1	445,4	2 319,8	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 966,6	10 355,6	10 399,0	4 332,6	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 948,1	10 350,7	10 394,3	4 364,8	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	April	
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	Mai	
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni	
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli	
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.	
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.	
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.	
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.	
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	Dez.	
979,1	11 302,4	10 590,2	10 692,0	4 817,5	1 073,8	389,1	2 213,3	2 109,9	88,4	2015 Jan.	
983,2	11 285,4	10 597,4	10 694,0	4 837,6	1 039,2	389,0	2 230,9	2 110,1	87,2	Febr.	
990,9	11 355,8	10 634,9	10 744,0	4 893,4	1 040,0	384,7	2 221,9	2 118,1	85,9	März	
999,8	11 349,3	10 679,2	10 777,4	4 964,7	1 030,6	378,6	2 200,3	2 119,3	83,9	April	
1 006,4	11 442,8	10 720,8	10 814,5	5 039,6	1 001,7	374,0	2 193,0	2 123,9	82,3	Mai	
1 017,1	11 464,0	10 721,4	10 820,3	5 088,6	977,6	370,2	2 178,6	2 124,1	81,2	Juni	
1 031,3	11 461,0	10 752,2	10 865,9	5 125,0	983,3	367,9	2 187,5	2 121,8	80,4	Juli	
1 029,4	11 444,7	10 749,1	10 857,1	5 126,4	981,6	362,4	2 183,4	2 124,2	79,1	Aug.	
1 026,5	11 479,7	10 764,9	10 865,3	5 152,8	977,2	358,8	2 179,5	2 118,7	78,3	Sept.	
1 028,8	11 577,8	10 817,6	10 927,7	5 244,5	973,5	356,8	2 161,0	2 114,5	77,3	Okt.	
1 034,5	11 602,2	10 851,4	10 947,9	5 288,6	971,2	350,3	2 150,5	2 111,6	75,7	Nov.	
1 048,9	11 561,7	10 889,3	10 997,9	5 325,1	981,2	349,1	2 152,3	2 115,0	75,2	Dez.	
1 037,4	11 681,1	10 923,8	11 022,9	5 360,9	972,2	348,6	2 143,1	2 123,9	74,2	2016 Jan.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	2013 Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni	
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli	
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.	
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.	
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.	
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.	
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	Dez.	
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.	
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.	
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März	
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April	
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai	
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni	
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli	
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.	
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.	
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	Okt.	
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	Nov.	
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	Dez.	
242,2	3 398,2	3 312,6	3 191,1	1 739,0	172,7	35,8	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte												
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte						Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt
zusammen		täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen				
			bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2013 Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,5	287,7	404,8	2 586,5	1 978,6
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,8	279,3	422,6	2 581,8	1 969,1
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	306,7	295,2	421,8	2 556,5	1 956,7
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	293,9	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9
Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	438,6	2 505,8	1 797,1
Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,6	349,5	447,3	2 502,9	1 782,8
März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	437,8	2 492,0	1 761,8
April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	459,7	2 461,1	1 742,4
Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	337,4	330,8	450,6	2 442,8	1 718,3
Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	314,6	311,1	433,0	2 430,8	1 703,8
Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	457,4	2 403,0	1 680,3
Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	313,2	308,1	455,9	2 372,3	1 670,8
Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	450,5	2 342,0	1 658,9
Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	472,2	2 335,3	1 638,6
Nov.	299,4	354,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	487,3	2 364,8	1 644,3
Dez.	227,3	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	463,8	2 317,0	1 632,1
2016 Jan.	315,0	343,2	160,8	102,1	14,3	39,8	21,0	5,2	298,8	297,2	472,8	2 301,5	1 617,2
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2013 Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7
Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6
April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9
Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4
Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8
Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2
Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9
Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6
Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2
Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9
Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9
2016 Jan.	21,9	185,2	54,5	83,0	10,5	33,6	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	535,0	257,0

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾								sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)						
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾	Geldkapitalbildung ¹³⁾			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾														
38,5	49,1	2 498,9	3 309,4	2 340,0	- 62,6	3 953,9	-	5 444,5	9 249,4	9 852,3	7 310,4	114,1	2013 Dez.	
42,3	43,9	2 495,6	3 474,4	2 384,6	- 44,8	4 108,0	-	5 418,6	9 224,2	9 854,7	7 354,6	107,7	2014 Jan.	
42,1	39,1	2 475,3	3 428,5	2 405,2	- 31,4	4 039,0	-	5 427,9	9 235,1	9 866,7	7 337,6	105,3	Febr.	
49,1	35,4	2 474,4	3 392,4	2 422,0	- 30,0	3 981,3	-	5 461,0	9 273,8	9 879,1	7 344,7	106,1	März	
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	- 23,1	4 060,2	-	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	April	
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	Mai	
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni	
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli	
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.	
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.	
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.	
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.	
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	- 45,1	4 570,9	-	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	Dez.	
58,7	42,3	2 404,8	3 905,6	2 554,9	- 98,6	5 012,6	-	6 021,1	9 744,4	10 401,9	7 306,8	110,6	2015 Jan.	
58,8	43,3	2 400,7	3 933,0	2 547,8	- 114,8	4 917,9	-	6 051,2	9 742,2	10 423,2	7 312,0	109,1	Febr.	
51,7	44,3	2 396,1	3 964,9	2 577,1	- 64,7	5 129,3	-	6 113,1	9 809,3	10 468,1	7 325,4	109,5	März	
55,3	45,8	2 360,0	3 992,7	2 544,2	- 72,3	4 835,2	-	6 196,1	9 876,4	10 568,8	7 233,0	107,6	April	
52,5	42,1	2 348,2	3 949,1	2 552,5	- 65,8	4 633,5	-	6 292,2	9 943,4	10 602,4	7 220,9	110,0	Mai	
56,9	44,8	2 329,1	3 782,7	2 534,4	- 57,2	4 273,0	-	6 353,4	9 978,2	10 602,3	7 169,2	112,4	Juni	
44,2	45,1	2 313,7	3 879,8	2 533,6	- 67,6	4 400,7	-	6 397,4	10 028,1	10 683,2	7 158,9	114,8	Juli	
33,9	47,4	2 291,0	3 874,1	2 532,0	- 67,0	4 302,7	-	6 404,5	10 031,7	10 674,5	7 129,2	116,3	Aug.	
30,9	46,5	2 264,6	3 798,5	2 536,0	- 53,5	4 313,5	-	6 427,4	10 039,7	10 662,6	7 102,7	117,3	Sept.	
30,5	47,0	2 257,8	3 858,6	2 562,2	- 75,3	4 350,9	-	6 524,2	10 123,0	10 779,1	7 102,6	115,7	Okt.	
29,2	49,2	2 286,4	3 912,9	2 567,0	- 76,6	4 530,0	-	6 591,4	10 188,6	10 843,8	7 123,9	121,9	Nov.	
20,9	47,9	2 248,2	3 661,3	2 553,4	- 45,6	4 091,0	-	6 630,8	10 234,5	10 836,8	7 073,5	123,0	Dez.	
29,3	50,2	2 222,1	3 811,7	2 580,2	- 73,8	4 383,6	-	6 662,1	10 265,6	10 902,4	7 064,6	124,3	2016 Jan.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	2013 Dez.	
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.	
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.	
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März	
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April	
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai	
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni	
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli	
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.	
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.	
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.	
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.	
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	Dez.	
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.	
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	Febr.	
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	März	
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	April	
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	Mai	
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	Juni	
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	Juli	
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	Aug.	
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	Sept.	
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	- 735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	-	Okt.	
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	- 754,5	1 621,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	-	Nov.	
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	- 742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	-	Dez.	
25,8	10,8	498,4	702,5	560,8	- 766,2	1 620,7	297,1	1 793,4	2 633,6	2 676,7	1 801,9	-	2016 Jan.	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2013 Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
April	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
Mai
Juni	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Juli	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.
Sept.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Okt.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Nov.
Dez.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
2016 Jan.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Febr.
Deutsche Bundesbank												
2013 Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
Mai
Juni	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Juli	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Aug.
Sept.	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Okt.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Nov.
Dez.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
2016 Jan.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Febr.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

füllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	2013 Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Juni
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juli
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Aug.
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Sept.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Okt.
												Nov.
												Dez.
												2016 Jan.
												Febr.
Deutsche Bundesbank												
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	2013 Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Juli
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Aug.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Sept.
												Okt.
												Nov.
												Dez.
												2016 Jan.
												Febr.

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. **6** Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2015 Juli	3. 2 497,0	364,5	292,8	80,5	212,3	38,4	20,1	20,1	–
	10. 2 508,2	364,5	292,1	80,5	211,6	38,8	21,0	21,0	–
	17. 2 519,0	364,5	290,6	80,5	210,2	40,0	21,3	21,3	–
	24. 2 525,2	364,5	289,4	78,4	210,9	40,0	21,3	21,3	–
	31. 2 536,6	364,5	287,8	78,5	209,4	40,5	20,3	20,3	–
Aug.	7. 2 536,6	364,5	290,3	79,1	211,2	39,9	20,0	20,0	–
	14. 2 541,9	364,5	290,2	79,1	211,1	39,1	19,7	19,7	–
	21. 2 549,3	364,5	292,3	79,2	213,1	36,9	19,4	19,4	–
	28. 2 558,8	364,5	289,5	79,2	210,3	41,0	19,3	19,3	–
Sept.	4. 2 568,3	364,5	289,6	79,1	210,4	40,7	19,5	19,5	–
	11. 2 587,3	364,5	288,8	79,1	209,6	42,0	21,1	21,1	–
	18. 2 602,3	364,5	290,2	79,1	211,1	41,0	20,6	20,6	–
	25. 2 620,6	364,5	291,6	79,2	212,5	39,9	21,1	21,1	–
Okt.	2. 2 626,8	348,8	287,9	78,9	209,0	41,0	21,5	21,5	–
	9. 2 632,3	348,8	288,4	78,8	209,5	39,5	19,9	19,9	–
	16. 2 640,6	348,8	286,4	78,6	207,8	41,8	19,2	19,2	–
	23. 2 653,2	348,8	287,3	78,6	208,7	41,5	19,4	19,4	–
	30. 2 665,0	348,9	289,9	78,8	211,1	38,9	20,2	20,2	–
Nov.	6. 2 668,9	348,9	288,4	78,6	209,8	42,2	20,7	20,7	–
	13. 2 682,4	348,9	290,6	78,6	212,0	40,3	20,4	20,4	–
	20. 2 692,4	348,9	292,3	78,6	213,7	38,4	20,7	20,7	–
	27. 2 706,7	348,9	292,1	78,7	213,4	38,2	20,5	20,5	–
2015 Dez.	4. 2 718,7	348,9	294,5	78,7	215,8	36,3	19,8	19,8	–
	11. 2 731,9	348,9	296,2	78,7	217,5	33,9	19,6	19,6	–
	18. 2 759,3	348,9	295,4	79,0	216,4	35,4	19,7	19,7	–
	25. 2 767,8	348,9	298,2	79,1	219,1	32,2	20,5	20,5	–
2016 Jan.	1. 2 781,1	338,7	307,1	80,4	226,7	31,1	20,2	20,2	–
	8. 2 766,9	338,7	308,8	80,4	228,4	29,2	19,9	19,9	–
	15. 2 778,3	338,7	308,4	80,4	228,0	29,9	21,5	21,5	–
	22. 2 794,5	338,7	308,0	80,4	227,6	31,8	21,6	21,6	–
	29. 2 808,3	338,7	305,5	80,5	225,0	33,3	22,4	22,4	–
Febr.	5. 2 811,9	338,7	304,8	79,3	225,5	31,9	22,7	22,7	–
	12. 2 827,6	338,7	304,5	78,6	225,9	32,0	22,3	22,3	–
	19. 2 837,6	338,7	305,1	78,1	227,0	31,0	21,3	21,3	–
	26. 2 850,3	338,7	307,3	79,7	227,6	31,5	21,6	21,6	–
März	4. 2 859,8	338,7	306,9	79,7	227,2	32,6	21,8	21,8	–
Deutsche Bundesbank									
2014 April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
544,1	76,4	467,1	–	–	0,6	–	134,9	845,1	477,6	367,5	25,7	231,5	2015 Juli	3.
541,8	74,5	467,1	–	–	0,2	–	137,0	857,5	491,9	365,6	25,6	229,9		10.
542,7	75,5	467,1	–	–	0,1	–	139,4	866,2	505,2	361,0	25,6	228,5		17.
542,6	75,2	467,1	–	–	0,3	–	139,7	875,2	514,7	360,5	25,2	227,4		24.
543,6	80,0	463,5	–	–	0,1	–	138,2	888,2	528,3	360,0	25,2	228,3		31.
534,7	71,0	463,5	–	–	0,2	–	137,7	899,2	540,9	358,3	25,2	225,2	Aug.	7.
534,0	69,7	463,5	–	–	0,8	–	133,4	911,9	552,8	359,1	25,2	224,0		14.
533,2	69,6	463,5	–	–	0,1	–	130,0	919,0	560,8	358,2	25,2	228,8		21.
528,5	70,1	456,2	–	–	2,2	–	131,8	931,7	572,5	359,2	25,2	227,3		28.
527,4	71,0	456,2	–	–	0,1	–	130,5	945,1	585,6	359,5	25,2	225,9	Sept.	4.
527,2	70,9	456,2	–	–	0,1	–	134,1	961,1	602,8	358,3	25,2	223,4		11.
527,0	70,7	456,2	–	–	0,1	–	136,6	975,5	617,2	358,3	25,2	221,8		18.
527,3	71,1	456,2	–	–	0,0	–	138,4	990,0	631,1	358,9	25,2	222,6		25.
539,5	72,6	466,3	–	–	0,6	–	137,1	1 001,7	642,5	359,1	25,2	224,1	Okt.	2.
536,9	70,6	466,3	–	–	0,0	–	135,5	1 015,9	656,7	359,2	25,2	222,2		9.
535,9	69,5	466,3	–	–	0,1	–	136,9	1 028,1	668,9	359,1	25,2	218,3		16.
532,3	65,9	466,3	–	–	0,1	–	137,0	1 043,3	683,2	360,2	25,2	218,3		23.
531,2	68,5	462,7	–	–	0,0	–	138,7	1 053,8	695,7	358,1	25,2	218,3		30.
524,2	61,5	462,7	–	–	0,0	–	134,9	1 065,6	707,7	357,9	25,2	218,9	Nov.	6.
525,3	62,5	462,7	–	–	0,0	–	135,4	1 080,2	721,9	358,2	25,2	216,2		13.
523,3	60,5	462,7	–	–	0,0	–	135,9	1 094,7	736,1	358,6	25,2	213,1		20.
525,2	73,8	451,4	–	–	0,1	–	129,0	1 111,2	752,2	359,0	25,2	216,5		27.
521,4	69,8	451,4	–	–	0,2	–	127,5	1 129,0	770,7	358,2	25,2	216,2	2015 Dez.	4.
520,6	69,1	451,4	–	–	0,2	–	124,1	1 145,4	786,3	359,1	25,2	218,0		11.
538,2	68,6	469,5	–	–	0,1	–	122,5	1 157,2	798,6	358,7	25,2	216,7		18.
542,5	72,9	469,5	–	–	0,0	–	111,8	1 163,3	805,3	358,1	25,2	225,3		25.
559,0	89,0	469,5	–	–	0,5	–	107,9	1 161,2	803,1	358,0	25,1	230,8	2016 Jan.	1.
540,2	70,6	469,5	–	–	0,0	–	110,6	1 169,1	812,4	356,7	25,1	225,3		8.
535,4	65,7	469,5	–	–	0,1	–	111,8	1 185,4	829,7	355,7	25,1	221,9		15.
534,8	65,2	469,5	–	–	0,0	–	114,7	1 202,1	846,7	355,4	25,1	217,7		22.
534,0	69,0	465,0	–	–	0,1	–	114,1	1 218,1	864,3	353,8	25,1	217,0		29.
526,2	61,2	465,0	–	–	0,0	–	113,2	1 231,6	878,9	352,8	27,1	215,7	Febr.	5.
525,1	60,2	464,9	–	–	0,0	–	115,9	1 246,1	893,9	352,2	27,1	216,0		12.
526,7	61,8	464,9	–	–	0,1	–	114,2	1 260,0	907,6	352,3	27,1	213,4		19.
522,6	65,8	456,7	–	–	0,1	–	114,7	1 272,8	921,4	351,3	27,1	214,0		26.
518,0	61,3	456,7	–	–	0,0	–	114,4	1 288,2	936,8	351,4	27,1	212,2	März	4.
Deutsche Bundesbank														
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	2014 April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	

-preisen bewertet. ¹ Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. ² Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Mrd €													
	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten	
Eurosystem 4)														
2015 Juli	3.	2 497,0	1 047,4	504,8	392,2	112,5	–	–	0,1	5,0	–	164,1	98,4	65,8
	10.	2 508,2	1 050,6	507,3	383,4	123,8	–	–	0,1	5,1	–	165,0	96,9	68,1
	17.	2 519,0	1 052,5	533,2	414,4	118,6	–	–	0,2	5,2	–	145,0	74,4	70,6
	24.	2 525,2	1 052,4	503,8	386,5	117,1	–	–	0,1	5,3	–	181,4	120,3	61,1
	31.	2 536,6	1 057,0	549,5	412,4	137,0	–	–	0,1	5,2	–	141,7	75,9	65,8
Aug.	7.	2 536,6	1 059,4	581,8	443,9	137,7	–	–	0,1	5,2	–	105,7	39,1	66,6
	14.	2 541,9	1 058,8	578,3	424,0	154,2	–	–	0,1	5,5	–	121,9	52,8	69,1
	21.	2 549,3	1 054,5	597,9	428,6	169,1	–	–	0,1	5,2	–	116,9	50,1	66,8
	28.	2 558,8	1 053,2	593,0	438,5	154,4	–	–	0,1	4,8	–	132,2	67,0	65,3
Sept.	4.	2 568,3	1 055,1	616,8	449,7	167,0	–	–	0,1	4,6	–	116,3	49,7	66,6
	11.	2 587,3	1 053,9	626,5	466,5	159,9	–	–	0,1	4,8	–	125,2	58,1	67,1
	18.	2 602,3	1 051,9	609,0	469,4	139,5	–	–	0,1	4,8	–	155,4	80,3	75,0
	25.	2 620,6	1 051,6	580,6	457,5	123,0	–	–	0,1	4,9	–	194,0	115,4	78,6
Okt.	2.	2 626,8	1 054,2	621,8	473,3	148,3	–	–	0,2	5,0	–	167,6	88,7	78,9
	9.	2 632,3	1 054,6	644,3	472,3	171,8	–	–	0,2	4,9	–	163,2	83,6	79,6
	16.	2 640,6	1 052,8	622,1	462,9	159,1	–	–	0,2	4,9	–	195,6	114,4	81,2
	23.	2 653,2	1 050,6	613,8	444,2	169,4	–	–	0,2	5,0	–	216,4	131,6	84,8
	30.	2 665,0	1 053,9	632,7	474,5	157,8	–	–	0,4	5,0	–	199,2	112,0	87,2
Nov.	6.	2 668,9	1 055,4	679,1	492,0	187,0	–	–	0,2	5,1	–	154,3	64,9	89,4
	13.	2 682,4	1 055,6	676,0	488,2	187,6	–	–	0,2	5,0	–	172,4	81,6	90,8
	20.	2 692,4	1 053,7	644,6	474,2	170,2	–	–	0,2	5,1	–	215,0	115,7	99,3
	27.	2 706,7	1 057,7	658,1	498,9	159,0	–	–	0,2	5,1	–	211,4	114,8	96,6
2015 Dez.	4.	2 718,7	1 066,2	697,9	520,4	177,3	–	–	0,2	5,0	–	177,5	79,8	97,7
	11.	2 731,9	1 069,4	733,3	559,2	174,0	–	–	0,1	5,2	–	155,3	69,4	85,9
	18.	2 759,3	1 074,7	739,5	550,5	188,8	–	–	0,1	5,1	–	172,3	86,9	85,4
	25.	2 767,8	1 083,4	757,1	579,9	177,1	–	–	0,1	5,1	–	152,2	70,1	82,1
2016 Jan.	1.	2 781,1	1 083,5	768,4	555,9	212,4	–	–	0,1	5,2	–	141,8	59,3	82,5
	8.	2 766,9	1 073,9	773,7	563,4	210,1	–	–	0,1	4,9	–	149,4	67,5	82,0
	15.	2 778,3	1 065,6	763,7	547,5	216,0	–	–	0,2	4,9	–	178,4	95,4	83,0
	22.	2 794,5	1 061,5	757,2	549,6	207,4	–	–	0,2	5,1	–	204,9	117,4	87,4
	29.	2 808,3	1 062,6	778,4	556,5	221,8	–	–	0,1	5,1	–	195,8	107,9	87,9
Febr.	5.	2 811,9	1 065,0	788,0	555,2	232,7	–	–	0,1	5,0	–	180,8	90,0	90,8
	12.	2 827,6	1 064,1	782,1	562,3	219,7	–	–	0,1	4,9	–	196,1	105,9	90,2
	19.	2 837,6	1 061,6	752,9	529,4	223,4	–	–	0,1	4,8	–	243,7	153,0	90,7
	26.	2 850,3	1 062,6	786,1	563,6	222,4	–	–	0,1	5,0	–	220,4	128,0	92,3
März	4.	2 859,8	1 065,5	811,3	564,3	246,8	–	–	0,1	4,9	–	199,4	102,8	96,7
Deutsche Bundesbank														
2014 April		770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai		764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni		725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli		697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.		712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.		738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.		736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.		734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.		771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.		805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.		800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März		847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April		856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3
Mai		860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	–	–	–	–	–	42,0	0,7	41,2
Juni		880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	–	–	0,0	–	–	45,9	3,2	42,7
Juli		903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	–	–	–	–	–	44,3	2,3	42,0
Aug.		930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	–	–	–	–	–	42,2	1,9	40,3
Sept.		936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	–	–	0,0	–	–	56,8	2,3	54,5
Okt.		956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	–	–	0,0	–	–	65,5	2,8	62,7
Nov.		1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	–	–	0,0	–	–	79,3	2,9	76,4
Dez.		1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	–	–	0,0	–	–	71,9	11,6	60,2
2016 Jan.		1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	–	–	–	–	–	75,6	10,7	64,8
Febr.		1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	–	–	–	–	–	88,2	18,7	69,5

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit“ aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
32,0	2,0	5,7	5,7	–	59,5	210,7	–	367,4	98,4	2015 Juli 3.
36,8	2,3	5,2	5,2	–	59,5	210,7	–	367,4	98,4	10.
40,2	2,3	4,9	4,9	–	59,5	210,5	–	367,4	98,4	17.
38,0	2,5	5,3	5,3	–	59,5	211,2	–	367,4	98,4	24.
38,2	3,0	3,9	3,9	–	59,5	212,7	–	367,4	98,4	31.
41,4	2,7	5,3	5,3	–	59,5	209,9	–	367,4	98,4	Aug. 7.
40,8	2,4	5,2	5,2	–	59,5	203,8	–	367,4	98,4	14.
35,0	2,4	4,5	4,5	–	59,5	207,6	–	367,4	98,4	21.
33,9	2,4	4,6	4,6	–	59,5	210,6	–	367,4	97,2	28.
34,7	2,3	4,1	4,1	–	59,5	210,3	–	367,4	97,2	Sept. 4.
33,6	2,2	4,8	4,8	–	59,5	212,2	–	367,4	97,2	11.
35,9	2,3	5,1	5,1	–	59,5	213,7	–	367,4	97,2	18.
40,3	2,1	5,3	5,3	–	59,5	217,8	–	367,4	97,2	25.
47,3	2,0	4,3	4,3	–	59,2	217,4	–	350,7	97,2	Okt. 2.
39,6	2,0	4,0	4,0	–	59,2	212,5	–	350,7	97,2	9.
39,8	2,0	4,2	4,2	–	59,2	212,0	–	350,7	97,2	16.
38,3	2,1	4,9	4,9	–	59,2	215,0	–	350,7	97,2	23.
43,0	2,2	5,0	5,0	–	59,2	216,9	–	350,7	97,2	30.
41,5	2,1	6,6	6,6	–	59,2	217,6	–	350,7	97,2	Nov. 6.
41,3	2,0	6,4	6,4	–	59,2	216,5	–	350,7	97,2	13.
42,1	2,3	5,6	5,6	–	59,2	216,8	–	350,7	97,2	20.
41,0	2,2	5,1	5,1	–	59,2	219,0	–	350,7	97,2	27.
39,4	2,1	5,3	5,3	–	59,2	218,0	–	350,7	97,2	2015 Dez. 4.
37,1	2,0	4,8	4,8	–	59,2	217,7	–	350,7	97,2	11.
37,2	2,0	4,3	4,3	–	59,2	217,1	–	350,7	97,2	18.
40,8	2,8	4,1	4,1	–	58,2	216,2	–	350,7	97,2	25.
54,5	2,8	3,7	3,7	–	59,2	218,6	–	346,2	97,2	2016 Jan. 1.
38,9	2,8	5,1	5,1	–	59,2	215,6	–	346,2	97,2	8.
38,2	4,5	4,2	4,2	–	59,2	215,9	–	346,2	97,6	15.
39,1	6,3	3,7	3,7	–	59,2	213,9	–	346,2	97,6	22.
40,5	5,8	3,1	3,1	–	59,2	214,1	–	346,2	97,6	29.
46,5	4,8	3,8	3,8	–	59,2	214,9	–	346,2	97,7	Febr. 5.
52,3	3,6	4,3	4,3	–	59,2	216,7	–	346,2	98,2	12.
49,9	3,9	4,5	4,5	–	59,2	212,8	–	346,2	98,2	19.
52,3	5,3	5,0	5,0	–	59,2	210,2	–	346,2	98,2	26.
54,5	7,2	4,1	4,1	–	59,2	209,4	–	346,2	98,2	März 4.
Deutsche Bundesbank										
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	2014 April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³⁾ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴⁾ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
 Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2014 April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8	
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9	
Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1	
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6	
Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4	
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5	
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9	
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2	
Dez.	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2	
Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4	
März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0	
April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8	
Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4	
Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0	
Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5	
Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1	
Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3	
Okt.	7 856,5	16,5	2 082,1	1 584,2	1 240,4	343,8	497,9	352,0	145,9	3 727,4	3 302,2	2 716,0	2 431,7	
Nov.	7 940,1	15,9	2 106,9	1 613,7	1 275,3	338,4	493,2	347,0	146,2	3 751,3	3 319,2	2 733,8	2 446,0	
Dez.	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016 Jan.	7 823,3	16,5	2 057,5	1 562,5	1 257,8	304,8	494,9	352,3	142,6	3 725,6	3 305,7	2 728,8	2 443,0	
Veränderungen 3)														
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8	
2015	- 179,5	0,3	- 16,0	- 11,0	66,8	- 77,8	- 5,0	7,7	- 12,7	66,4	64,9	68,8	57,3	
2014 Mai	67,8	- 0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7	
Juni	- 30,3	- 0,5	- 36,5	- 36,7	- 33,2	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 6,0	- 5,6	0,2	2,4	
Juli	57,7	0,1	- 1,6	- 15,4	- 12,6	- 2,7	13,8	14,9	- 1,1	11,5	8,9	2,8	- 0,7	
Aug.	86,5	0,5	13,5	15,3	17,1	- 1,8	- 1,8	- 1,2	- 0,6	- 4,7	- 1,4	3,0	5,3	
Sept.	- 27,7	- 0,2	- 7,5	- 5,0	- 4,1	- 0,9	- 2,4	- 2,7	0,2	10,2	9,6	9,6	7,1	
Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6	
Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8	
Dez.	- 54,1	3,6	- 53,3	- 33,9	- 28,0	- 6,0	- 19,4	- 18,4	- 1,0	- 15,5	- 12,7	2,9	- 0,8	
2015 Jan.	278,4	- 3,8	75,6	46,7	46,9	- 0,2	28,9	26,3	2,6	28,5	21,9	12,1	3,6	
Febr.	- 70,0	- 0,0	- 11,8	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,0	- 1,2	- 5,8	10,6	12,1	5,8	8,3	
März	86,5	0,1	23,5	28,4	27,5	0,9	- 4,9	- 3,5	- 1,3	6,1	4,4	6,9	1,0	
April	- 63,9	0,6	- 14,1	- 18,8	- 13,9	- 4,9	4,7	5,7	- 1,0	11,3	11,9	3,2	- 0,2	
Mai	- 92,5	0,3	- 9,5	- 4,5	- 0,5	- 4,0	- 5,0	- 3,9	- 1,2	- 10,6	- 13,4	2,7	9,0	
Juni	- 191,7	- 1,1	- 55,0	- 20,9	- 11,2	- 9,8	- 34,0	- 31,0	- 3,0	- 7,8	- 5,9	- 0,8	6,7	
Juli	57,5	0,3	7,3	6,7	11,1	- 4,3	0,6	2,0	- 1,4	24,8	26,9	22,3	0,8	
Aug.	- 8,8	- 0,1	13,0	6,1	12,3	- 6,1	6,8	8,7	- 1,9	7,9	4,4	3,3	7,2	
Sept.	- 7,3	0,3	- 17,3	- 26,7	- 20,8	- 5,9	9,3	8,8	0,6	4,0	1,1	2,3	6,7	
Okt.	25,1	0,7	39,8	36,4	40,4	- 4,0	3,4	3,3	0,1	- 2,1	0,4	- 0,9	6,1	
Nov.	59,7	- 0,6	21,2	27,7	33,7	- 6,0	- 6,5	- 6,8	0,3	20,0	14,7	15,6	12,6	
Dez.	- 252,6	3,6	- 88,8	- 87,4	- 56,1	- 31,3	- 1,3	- 0,6	- 0,8	- 26,5	- 13,7	- 3,6	- 4,5	
2016 Jan.	162,4	- 3,1	43,7	39,2	39,7	- 0,5	4,5	6,5	- 2,1	9,4	5,4	3,5	3,9	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Zeit	
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		Sonstige Aktivpositionen 1)
Privat- öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	2014 April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.	
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.	
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.	
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März	
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April	
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai	
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni	
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli	
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.	
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.	
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.	
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.	
285,7	577,0	328,4	248,6	419,9	275,6	149,5	144,2	29,2	115,1	1 026,3	765,1	997,5	2016 Jan.	
Veränderungen 3)														
65,4	28,4	16,9	11,5	37,8	42,3	40,4	4,5	1,6	6,1	40,3	7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	5,1	26,4	20,9	20,9	7,1	0,0	3,9	3,9	182,5	162,3	99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	29,6	36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	74,1	61,9	46,3	2010	
- 18,0	74,0	59,1	14,9	16,6	13,8	5,5	2,7	8,0	10,7	39,5	34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	10,5	21,2	0,2	0,7	1,5	0,5	2,2	2,7	15,5	17,7	62,2	2012	
2,0	7,0	10,9	3,9	3,0	3,4	9,3	0,5	2,6	3,1	38,8	47,2	420,8	2013	
15,5	12,3	15,1	2,9	15,1	0,4	4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
11,5	3,9	4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	3,7	0,9	2,7	80,1	93,5	150,1	2015	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	0,2	0,1	0,1	18,7	15,9	33,7	2014 Mai	
- 2,2	5,8	7,6	1,9	0,4	0,3	0,9	0,8	0,7	0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,3	4,5	5,5	1,1	3,2	2,2	1,1	1,0	0,4	1,4	11,1	11,7	88,4	Aug.	
2,5	0,0	0,6	0,6	0,6	3,4	3,0	4,0	0,2	4,2	12,8	17,7	17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.	
1,7	2,8	2,4	0,4	4,6	2,8	1,5	1,8	0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.	
3,7	15,6	7,2	8,4	2,8	1,4	3,0	1,4	0,2	1,6	30,9	33,1	42,1	Dez.	
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	1,0	2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.	
- 2,5	6,3	3,0	3,2	1,5	1,2	2,5	0,2	0,1	0,3	11,2	7,8	57,6	Febr.	
5,8	2,4	0,9	1,5	1,6	2,8	0,3	1,2	0,7	0,4	17,0	24,3	73,7	März	
3,4	8,7	8,7	0,0	0,6	0,0	2,8	0,6	0,5	1,1	32,6	34,1	94,4	April	
- 6,3	16,1	11,4	4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	1,0	1,9	11,1	12,2	61,5	Mai	
- 7,5	5,1	3,7	1,5	1,8	1,8	3,7	0,0	0,3	0,3	25,1	28,1	102,8	Juni	
21,5	4,6	1,8	2,8	2,1	0,6	0,8	2,7	0,4	3,0	7,0	3,9	32,0	Juli	
- 3,9	1,1	3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	0,3	0,2	0,1	1,6	1,2	28,0	Aug.	
- 4,4	1,2	1,0	0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	0,4	1,5	1,5	1,0	7,2	Sept.	
- 7,1	1,4	2,9	1,5	2,5	1,5	0,8	1,0	0,8	1,8	4,9	7,9	8,4	Okt.	
3,0	0,9	3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	0,4	0,8	0,4	31,5	35,3	50,6	Nov.	
0,9	10,1	4,9	5,2	12,8	8,0	1,3	4,8	0,6	4,2	55,6	55,3	85,4	Dez.	
- 0,4	1,9	3,8	1,9	4,0	1,2	4,1	2,8	0,2	3,0	20,5	18,8	91,9	2016 Jan.	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2014 April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7
Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5
Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5
Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5
Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016 Jan.	7 823,3	1 266,7	1 066,4	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,4	943,0	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5
Veränderungen 4)													
2008	313,3	- 65,8	- 121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	- 123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	- 24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	- 1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	- 0,0
2015	- 179,5	- 61,1	- 49,6	- 11,5	104,9	105,5	153,7	- 36,9	- 10,0	- 11,3	4,2	- 0,2	- 0,3
2014 Mai	67,8	1,5	10,0	- 8,5	19,0	17,8	15,1	3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	- 2,2
Juni	- 30,3	- 8,1	- 20,5	12,4	- 10,5	- 7,6	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8
Juli	57,7	5,6	- 9,2	14,9	7,1	7,4	11,0	- 3,5	0,6	- 0,2	- 0,8	- 1,9	- 1,1
Aug.	86,5	- 16,6	- 10,4	- 6,2	15,5	17,7	17,4	- 1,1	0,9	1,5	0,6	2,5	- 0,2
Sept.	- 27,7	- 13,1	- 8,4	- 4,7	0,4	- 1,7	1,0	- 3,3	- 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2
Okt.	8,0	2,9	5,6	- 2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 2,0
Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,7	0,9	- 0,0
Dez.	- 54,1	- 25,6	- 5,4	- 20,2	- 1,3	1,5	- 0,9	- 0,0	7,3	2,4	2,2	- 1,5	- 2,4
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	- 8,2	- 4,7	- 1,2	- 1,1	2,2	2,5
Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7
März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	- 8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8
April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	1,7	1,0
Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 5,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	- 1,7
Juni	- 191,7	- 39,1	- 12,4	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 9,0	- 5,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2
Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	17,6	1,0	- 1,9	- 0,4	- 0,5	0,6
Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	- 1,3	0,3	- 1,8	- 1,3
Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6
Okt.	25,1	13,7	20,6	- 7,0	9,5	13,5	25,6	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,8	- 2,5
Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	- 0,3	0,9	- 2,6	- 0,2
Dez.	- 252,6	- 42,5	- 41,5	- 1,0	1,0	0,9	- 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	- 1,8	- 4,1
2016 Jan.	162,4	- 1,1	0,5	- 1,6	15,5	10,4	16,1	- 5,4	- 4,7	- 0,4	0,9	4,5	6,3

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	2014 April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.
40,4	15,0	3,3	2,7	11,9	8,4	2,8	3,8	1 021,3	49,7	583,4	566,3	1 056,5	2016 Jan.
Veränderungen 4)													
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	- 50,2	- 0,1	39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015
- 1,3	- 1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	- 8,6	1,2	- 5,7	7,6	- 28,4	2014 Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	1,9	0,4	- 0,1	- 5,6	3,0	- 20,7	15,1	- 0,8	Juni
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,6	- 1,0	3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	22,1	5,0	20,3	Juli
- 2,8	2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	1,7	- 0,2	- 6,8	1,9	- 2,5	12,1	83,4	Aug.
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	Sept.
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	1,7	31,8	0,6	- 98,3	April
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	26,6	Juli
- 0,5	- 2,0	- 0,0	- 0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.
- 0,3	0,7	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	2,3	0,0	- 10,7	Okt.
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,6	- 1,2	0,3	0,3	3,0	0,8	57,2	- 2,4	89,6	2016 Jan.

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2015 Aug.	1 789	7 888,4	168,3	2 558,9	1 991,4	559,3	3 992,4	373,9	2 812,7	0,6	797,4	127,6	1 041,3
2015 Sept.	1 783	7 877,1	172,0	2 537,5	1 974,4	556,4	3 991,6	376,1	2 814,5	0,6	792,6	127,5	1 048,5
2015 Okt.	1 778	7 903,9	172,4	2 559,9	2 000,4	554,5	4 004,2	382,3	2 828,5	0,6	785,2	127,4	1 039,9
2015 Nov.	1 776	7 987,6	183,9	2 551,3	1 995,7	550,2	4 033,8	366,2	2 858,7	0,6	800,4	127,1	1 091,4
2015 Dez.	1 775	7 708,3	186,6	2 413,4	1 893,2	517,3	3 985,4	338,1	2 849,9	0,7	788,6	120,4	1 002,5
2016 Jan.	1 773	7 866,1	198,6	2 449,2	1 930,9	514,3	4 005,4	358,8	2 852,0	0,7	784,2	119,9	1 093,0
Kreditbanken 6)													
2015 Dez.	271	2 985,2	109,9	972,2	890,2	81,4	1 124,7	168,4	712,1	0,5	238,0	58,2	720,3
2016 Jan.	270	3 123,2	125,8	985,6	903,3	81,8	1 147,4	186,7	716,5	0,4	236,2	57,9	806,5
Großbanken 7)													
2015 Dez.	4	1 790,7	42,2	558,7	522,5	36,0	453,4	88,2	253,1	0,2	106,6	51,8	684,6
2016 Jan.	4	1 920,8	51,7	575,3	539,2	36,0	471,9	103,8	255,2	0,2	105,9	51,1	770,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2015 Dez.	159	887,4	32,9	223,1	181,4	41,3	597,0	58,5	419,8	0,2	118,1	5,4	29,1
2016 Jan.	160	898,8	40,5	222,8	181,3	41,2	600,8	60,3	421,6	0,2	118,2	5,7	29,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2015 Dez.	108	307,1	34,8	190,4	186,2	4,1	74,3	21,7	39,1	0,0	13,2	1,1	6,5
2016 Jan.	106	303,7	33,7	187,5	182,8	4,6	74,8	22,6	39,8	0,0	12,1	1,1	6,6
Landesbanken													
2015 Dez.	9	947,3	9,4	280,8	204,8	75,1	524,3	49,6	371,0	0,1	102,8	11,2	121,6
2016 Jan.	9	959,8	11,6	290,5	215,0	74,8	520,6	50,7	368,9	0,1	100,5	10,9	126,2
Sparkassen													
2015 Dez.	414	1 144,8	21,4	194,5	72,9	121,1	897,8	49,4	695,7	0,1	152,6	14,4	16,7
2016 Jan.	413	1 140,2	18,5	192,8	71,6	120,8	898,7	50,0	696,6	0,1	151,9	14,3	15,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2015 Dez.	2	280,4	2,1	157,6	126,6	31,0	65,1	11,2	23,6	0,0	30,3	13,3	42,2
2016 Jan.	2	297,3	0,2	169,3	138,9	30,4	67,9	12,2	23,9	0,0	31,4	13,3	46,5
Kreditgenossenschaften													
2015 Dez.	1 023	816,7	13,6	167,4	59,9	107,2	602,2	32,1	472,4	0,1	97,5	14,8	18,7
2016 Jan.	1 023	814,2	12,6	166,7	60,1	106,2	601,9	31,9	472,6	0,1	97,2	14,8	18,2
Realkreditinstitute													
2015 Dez.	16	350,4	1,8	73,1	51,6	21,2	264,3	6,4	198,1	-	59,8	0,2	11,0
2016 Jan.	16	348,1	1,6	72,6	51,9	20,3	262,6	6,7	196,2	-	59,7	0,2	11,2
Bausparkassen													
2015 Dez.	21	213,6	0,4	60,2	42,7	17,5	148,2	1,4	125,3	.	21,4	0,3	4,6
2016 Jan.	21	213,6	0,2	60,4	42,8	17,6	148,3	1,4	125,3	.	21,6	0,3	4,4
Banken mit Sonderaufgaben													
2015 Dez.	19	969,9	27,9	507,8	444,7	62,7	358,8	19,7	251,7	-	86,2	8,0	67,4
2016 Jan.	19	969,7	28,1	511,3	447,2	62,4	358,0	19,2	251,9	-	85,8	8,0	64,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2015 Dez.	142	944,3	54,8	349,5	310,3	39,1	445,0	61,0	264,1	0,3	117,5	4,4	90,6
2016 Jan.	140	964,3	57,3	353,8	314,3	39,4	448,0	63,8	265,2	0,3	116,3	4,4	100,8
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2015 Dez.	34	637,1	20,0	159,1	124,0	35,0	370,7	39,3	225,0	0,3	104,3	3,3	84,0
2016 Jan.	34	660,7	23,6	166,4	131,5	34,8	373,2	41,3	225,4	0,2	104,2	3,3	94,2

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beihft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
1 754,0	483,5	1 270,4	3 447,4	1 766,0	299,8	709,5	69,3	604,3	536,0	67,9	1 155,0	478,8	1 053,2	2015 Aug.	
1 748,0	499,6	1 248,4	3 421,4	1 759,0	284,5	707,3	54,1	603,6	536,8	67,0	1 158,2	478,9	1 070,6	2015 Sept.	
1 753,3	513,4	1 239,8	3 441,2	1 790,1	280,7	700,5	62,8	603,6	538,1	66,3	1 169,1	478,9	1 061,5	2015 Okt.	
1 757,0	532,1	1 224,9	3 467,9	1 813,2	287,9	697,7	64,2	603,2	538,9	65,9	1 170,9	479,2	1 112,5	2015 Nov.	
1 677,6	454,5	1 223,0	3 425,9	1 776,3	284,9	694,4	29,1	605,4	542,0	64,9	1 107,6	479,0	1 018,3	2015 Dez.	
1 704,0	497,2	1 206,7	3 471,6	1 818,7	289,2	695,2	59,3	605,0	542,9	63,5	1 108,6	478,5	1 103,4	2016 Jan.	
Kreditbanken 6)															
718,1	292,6	425,4	1 274,6	771,0	152,3	221,1	21,6	107,4	97,9	22,8	148,7	162,6	681,3	2015 Dez.	
738,7	331,2	407,5	1 308,9	798,8	158,5	221,5	44,1	107,0	97,7	23,2	149,9	162,5	763,2	2016 Jan.	
Großbanken 7)															
427,6	180,1	247,4	531,5	308,0	83,7	66,9	21,0	66,9	65,2	5,9	108,2	97,1	626,4	2015 Dez.	
446,8	210,2	236,6	558,0	328,4	89,3	67,9	43,8	66,5	64,9	5,9	109,9	97,0	709,0	2016 Jan.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
146,2	32,4	113,8	597,2	367,4	48,9	125,0	0,6	40,1	32,5	15,8	39,8	56,8	47,4	2015 Dez.	
154,4	45,0	109,5	602,0	373,2	48,1	124,5	0,3	40,1	32,6	16,0	39,2	56,8	46,3	2016 Jan.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
144,3	80,0	64,2	145,9	95,6	19,6	29,1	-	0,4	0,2	1,2	0,8	8,7	7,5	2015 Dez.	
137,5	76,0	61,5	148,9	97,2	21,1	29,1	-	0,4	0,2	1,2	0,8	8,6	7,9	2016 Jan.	
Landesbanken															
269,1	45,2	223,8	292,7	123,1	61,1	94,6	7,0	13,8	10,6	0,0	201,2	56,2	128,1	2015 Dez.	
267,1	48,9	218,2	303,4	133,9	60,7	95,0	10,8	13,8	10,6	0,0	202,9	56,2	130,2	2016 Jan.	
Sparkassen															
136,6	12,6	124,0	855,0	492,7	20,6	14,9	-	296,2	261,5	30,7	13,8	95,3	44,0	2015 Dez.	
138,6	12,6	126,0	850,5	489,8	19,6	14,9	-	296,2	262,3	30,0	13,8	95,3	42,1	2016 Jan.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
150,1	43,1	107,0	24,1	9,8	3,7	9,0	0,4	-	-	1,5	48,7	15,7	41,7	2015 Dez.	
157,7	44,7	112,9	28,7	14,2	4,1	8,8	2,9	-	-	1,5	48,8	15,7	46,4	2016 Jan.	
Kreditgenossenschaften															
103,7	2,5	101,2	608,1	360,6	33,1	18,0	-	187,5	171,5	8,8	8,0	64,5	32,4	2015 Dez.	
103,3	2,5	100,8	606,6	360,5	32,2	17,7	-	187,5	171,8	8,6	8,1	64,5	31,7	2016 Jan.	
Realkreditinstitute															
77,1	5,1	72,0	137,4	8,4	9,1	119,8	-	0,1	0,1	.	105,4	14,8	15,7	2015 Dez.	
78,2	6,8	71,3	137,5	8,4	9,7	119,2	-	0,1	0,1	.	102,2	14,7	15,5	2016 Jan.	
Bausparkassen															
23,3	3,3	20,0	164,6	1,0	0,7	161,6	-	0,3	0,3	1,0	2,4	9,9	13,5	2015 Dez.	
22,9	3,0	19,9	165,0	1,1	0,8	162,6	-	0,3	0,3	0,2	2,4	9,8	13,5	2016 Jan.	
Banken mit Sonderaufgaben															
199,7	50,1	149,6	69,4	9,7	4,2	55,5	0,1	-	-	.	579,3	59,9	61,5	2015 Dez.	
197,5	47,5	149,9	71,0	12,1	3,5	55,5	1,4	-	-	.	580,4	59,9	60,8	2016 Jan.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
275,5	123,3	152,2	499,3	340,5	48,9	79,8	5,3	21,2	20,8	8,9	24,2	50,3	95,1	2015 Dez.	
278,6	128,3	150,2	506,8	347,6	49,4	79,7	7,2	21,2	20,8	8,7	24,2	50,3	104,6	2016 Jan.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
131,2	43,2	87,9	353,4	244,9	29,2	50,7	5,3	20,8	20,5	7,8	23,4	41,6	87,5	2015 Dez.	
141,1	52,4	88,7	357,8	250,5	28,4	50,7	7,2	20,8	20,5	7,6	23,4	41,6	96,7	2016 Jan.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2014 Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Sept.	15,0	80,8	1 488,5	1 117,3	0,0	2,2	369,0	1,6	3 165,0	2 707,1	0,3	0,9	456,7
Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5
Veränderungen *)													
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	- 80,7	- 4,3	- 0,0	- 0,4	- 75,9	- 0,1	+ 68,9	+ 54,1	- 0,0	- 0,3	+ 15,1
2014 Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	- 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5
Sept.	- 0,2	+ 20,6	- 23,7	- 23,5	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 10,0	+ 7,7	- 0,0	- 0,5	+ 2,9
Okt.	+ 0,1	- 19,0	+ 5,1	+ 9,2	-	+ 0,1	- 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,0
Nov.	+ 0,2	- 9,0	- 6,9	- 5,3	+ 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,4	+ 2,4
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	- 60,8	- 55,6	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,1	- 11,7	- 7,6	+ 0,1	- 0,1	- 4,1
2015 Jan.	- 3,8	- 12,0	+ 63,8	+ 62,0	- 0,0	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 26,4	+ 15,6	- 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	- 0,0	+ 0,4	- 4,7	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,4	- 2,2	- 0,0	+ 13,5	+ 11,2	- 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	-	+ 0,2	+ 1,4	- 0,0	+ 7,0	+ 1,9	- 0,0	+ 0,2	+ 4,9
April	+ 0,6	- 5,7	- 15,3	- 9,7	-	+ 0,2	- 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8
Mai	+ 0,3	+ 3,3	- 7,2	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 4,3	- 0,1	- 13,1	- 1,5	- 0,0	+ 0,2	- 11,7
Juni	- 1,1	+ 20,4	- 42,1	- 32,1	- 0,0	- 0,2	- 9,8	+ 0,1	- 7,5	+ 1,9	- 0,0	+ 0,7	- 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	- 0,0	- 0,6	- 3,6	- 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	- 0,1	+ 17,0	- 12,4	- 5,6	+ 0,0	- 0,7	- 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	- 33,3	- 27,1	-	+ 0,2	- 6,4	- 0,0	- 0,1	+ 4,9	+ 0,0	- 0,3	- 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	- 0,0	- 0,2	- 3,5	- 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	- 0,1	- 7,2
Nov.	- 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	-	+ 0,5	- 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	- 0,0	- 0,5	+ 6,9
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	- 91,8	- 59,9	-	- 0,9	- 31,0	+ 0,1	- 15,1	- 11,1	+ 0,1	- 0,6	- 3,5
2016 Jan.	- 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	-	+ 0,3	- 1,5	- 0,0	+ 4,5	+ 6,7	- 0,0	+ 0,3	- 2,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *: statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	27,1	94,4	1 124,5	144,1	980,4	0,0	11,8	3 091,6	1 472,1	945,3	605,9	68,4	31,3	2014 Aug.
-	26,9	95,2	1 117,2	155,7	961,5	0,0	11,8	3 092,6	1 474,8	941,9	606,5	69,4	31,2	Sept.
-	26,5	95,2	1 122,7	149,1	973,6	0,0	11,5	3 097,3	1 494,5	928,1	606,1	68,6	31,1	Okt.
-	26,5	95,1	1 116,1	155,8	960,2	0,0	11,5	3 116,4	1 517,9	926,7	605,3	66,5	31,1	Nov.
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	Dez.
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
-	24,5	92,0	1 108,0	158,2	949,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,0	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
Veränderungen *)														
-	2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	0,1	- 0,1	- 10,0	- 23,4	+ 13,3	-	+ 0,0	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	2014 Aug.
-	0,2	+ 0,7	- 7,1	+ 11,6	- 18,7	-	- 0,1	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	Sept.
-	0,4	+ 0,0	+ 5,5	- 6,7	+ 12,1	-	- 0,3	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
-	0,1	- 0,1	- 6,6	+ 6,8	- 13,4	-	- 0,0	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	Nov.
-	0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	Dez.
-	0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	0,1	- 0,9	- 4,4	+ 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.
-	0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	Nov.
-	0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	Dez.
-	0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,7	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2014 Aug.	0,2	1 103,8	862,7	624,0	238,6	8,9	232,2	1,1	733,8	430,4	118,2	312,3	9,1	294,2
Sept.	0,2	1 098,9	855,7	607,3	248,4	8,9	234,3	1,1	741,0	429,9	111,3	318,6	7,4	303,7
Okt.	0,2	1 119,6	878,5	628,7	249,8	8,6	232,5	1,1	738,3	429,8	110,3	319,5	7,7	300,8
Nov.	0,2	1 151,0	907,8	658,2	249,7	8,7	234,5	1,1	749,8	433,9	113,5	320,4	8,3	307,6
Dez.	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,7
Veränderungen *)														
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2014 Aug.	- 0,0	- 9,3	- 9,9	- 12,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 6,4	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	- 0,3	- 2,6
Sept.	+ 0,0	- 17,7	- 19,4	- 24,7	+ 5,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,0	- 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 1,8	+ 8,0
Okt.	- 0,0	+ 23,9	+ 24,7	+ 23,5	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 6,8	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	+ 0,3	- 4,2
Nov.	+ 0,0	+ 32,4	+ 29,3	+ 30,4	- 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 10,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 6,0
Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,6	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,3	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014		
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015		
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	2014 Aug.		
14,7	37,7	598,2	292,6	305,6	216,9	88,8	0,1	260,2	135,1	125,2	64,9	60,2	1,3	Sept.		
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	Okt.		
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.		
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.		
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.		
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.		
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März		
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April		
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai		
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni		
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli		
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.		
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.		
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.		
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.		
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.		
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.		
Veränderungen *)																
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014		
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015		
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	2014 Aug.		
+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 16,1	- 16,7	- 16,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 6,2	- 6,6	- 6,1	- 0,5	+ 0,1	Sept.		
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	Okt.		
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.		
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.		
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.		
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.		
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März		
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April		
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai		
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni		
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli		
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.		
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.		
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.		
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	-	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.		
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.		
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	-	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.		

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2014 Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,4	2 359,6
Sept.	3 165,0	2 707,4	270,3	220,9	220,3	0,6	49,4	49,1	0,3	2 894,7	2 360,7
Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5
Veränderungen *)											
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2014 Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4
Sept.	+ 10,0	+ 7,7	+ 9,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,3
Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7
Dez.	- 11,7	- 7,4	- 8,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	–	2,1	2014 Aug.	
2 160,3	250,3	1 910,0	200,5	24,8	534,0	277,8	32,3	245,5	256,2	–	2,1	Sept.	
2 167,0	251,8	1 918,8	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	–	2,1	Okt.	
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	–	2,1	Nov.	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	Dez.	
2 175,2	252,5	1 927,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	–	2,1	2015 Jan.	
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	Febr.	
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	März	
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	–	2,1	April	
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	Mai	
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	Juni	
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	Juli	
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	Aug.	
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	Sept.	
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	–	2,0	Okt.	
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	–	2,0	Nov.	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	Dez.	
2 235,3	257,1	1 978,2	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	–	2,1	2016 Jan.	
Veränderungen *)													
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	– 2,1	– 0,1	+ 0,3	– 1,3	– 0,7	– 0,7	+ 1,6	–	– 0,0	2014 Aug.	
– 0,4	– 0,3	– 0,1	+ 1,7	– 0,2	– 0,9	– 2,2	– 0,5	– 1,6	+ 1,2	–	– 0,0	Sept.	
+ 6,8	+ 1,5	+ 5,3	– 2,7	– 0,4	+ 4,6	+ 2,9	– 0,0	+ 3,0	+ 1,7	–	– 0,0	Okt.	
+ 8,1	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,6	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 0,2	–	+ 0,0	Nov.	
+ 1,4	– 0,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 0,1	– 8,7	– 0,9	– 0,4	– 0,5	– 7,8	–	– 0,0	Dez.	
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	– 0,4	+ 1,8	+ 0,4	– 0,9	+ 1,2	+ 1,5	–	– 0,0	2015 Jan.	
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	– 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	–	Febr.	
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	März	
+ 1,6	– 1,2	+ 2,8	+ 2,7	– 0,1	– 1,0	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	– 0,0	April	
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	Mai	
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	Juni	
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	Juli	
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	Aug.	
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	Sept.	
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,9	– 0,1	– 0,7	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,3	–	– 0,0	Okt.	
+ 10,5	+ 2,0	+ 8,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,5	+ 0,2	– 1,1	+ 1,3	+ 3,4	–	–	Nov.	
– 1,3	– 0,1	– 1,2	+ 1,6	– 0,2	– 6,8	– 1,7	– 0,2	– 1,5	– 5,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 2,9	+ 0,4	+ 2,5	– 1,8	– 0,1	+ 0,2	+ 0,9	– 0,2	+ 1,1	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Jan.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:													
	insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau				Kredite an Unternehmen und Selbständige								
		insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2013	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 Dez.	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 März	2 400,0	1 229,7	1 192,0	987,3	204,7	1 305,7	329,9	127,4	99,6	60,9	125,0	48,2	70,0	129,2
Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
Kurzfristige Kredite														
2013	217,1	.	8,3	.	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 Dez.	212,1	.	7,6	.	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 März	219,5	-	7,7	-	7,7	184,4	3,9	34,7	6,0	13,0	42,3	3,9	6,3	25,6
Juni	222,5	-	8,3	-	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
Sept.	217,6	-	8,5	-	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
Dez.	207,6	-	8,5	.	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
Mittelfristige Kredite														
2013	248,0	.	35,6	.	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 Dez.	251,7	.	35,8	.	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 März	251,7	-	35,3	-	35,3	179,1	13,2	24,6	5,3	10,0	16,4	4,2	11,7	39,4
Juni	251,5	-	35,7	-	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
Sept.	251,2	-	35,5	-	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
Dez.	256,0	.	35,2	.	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
Langfristige Kredite														
2013	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 Dez.	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 März	1 928,9	1 229,7	1 149,0	987,3	161,7	942,2	312,9	68,1	88,4	38,0	66,3	40,1	52,1	64,2
Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,0	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2014 4.Vj.	+ 8,6	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,3	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,4	- 4,3	+ 1,4	- 0,4	- 2,2	- 0,1	- 1,0	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 17,9	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	+ 15,6	+ 1,6	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 4,1
2.Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 1,8
3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	- 0,6	+ 2,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	- 1,4	- 0,6
4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	- 0,4	+ 0,7	- 1,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2
Kurzfristige Kredite														
2014 4.Vj.	- 7,6	.	- 0,3	.	- 0,3	- 6,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,3	- 0,9	- 1,7	- 0,4	- 0,4	- 2,6
2015 1.Vj.	+ 7,7	-	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 7,5	- 0,0	+ 2,2	- 0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,3
2.Vj.	+ 3,2	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	- 0,0	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 2,1
3.Vj.	- 4,7	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 4,8	+ 0,0	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 2,0	+ 0,0	- 0,7	- 1,2
4.Vj.	- 7,1	.	+ 0,1	.	+ 0,1	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	- 1,3	- 1,1	- 0,5	+ 0,3	- 2,2
Mittelfristige Kredite														
2014 4.Vj.	+ 1,6	.	+ 0,4	.	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,5	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 0,8	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,2	+ 1,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,1
2.Vj.	- 0,1	-	+ 0,4	-	+ 0,4	- 1,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,1
3.Vj.	- 0,0	-	- 0,2	-	- 0,2	- 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
4.Vj.	+ 3,8	.	- 0,3	.	- 0,3	+ 3,4	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
Langfristige Kredite														
2014 4.Vj.	+ 14,5	+ 8,5	+ 9,9	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 3,3	- 1,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 2,6
2015 1.Vj.	+ 9,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,6
2.Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	- 0,6	+ 0,4	- 2,4	- 0,2
3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	- 0,5	+ 0,6
4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	- 0,7	+ 1,8

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen					zusammen	darunter:	Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
								Ratenkredite 3)						
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014 Dez.	
645,3	188,6	33,8	173,5	390,9	48,2	1 080,0	858,2	221,8	150,0	11,3	14,4	3,9	2015 März	
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5	Juni	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	Sept.	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	Dez.	
Kurzfristige Kredite														
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014 Dez.	
52,6	8,3	5,9	11,1	27,2	6,6	34,4	3,8	30,6	2,1	11,3	0,7	0,0	2015 März	
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0	Juni	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	Sept.	
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	Dez.	
Mittelfristige Kredite														
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	.	0,5	0,0	2013	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	.	0,5	0,0	2014 Dez.	
67,6	9,7	7,2	19,1	31,9	3,5	72,1	22,1	50,1	45,0	-	0,5	0,0	2015 März	
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0	Juni	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	Sept.	
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	.	0,6	0,0	Dez.	
Langfristige Kredite														
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	.	12,0	3,5	2013	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	.	13,4	3,7	2014 Dez.	
525,1	170,5	20,7	143,3	331,8	38,1	973,5	832,3	141,2	102,9	-	13,2	3,9	2015 März	
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5	Juni	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	Sept.	
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	.	13,0	3,5	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 8,4	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	- 1,2	+ 4,2	+ 6,4	- 2,1	- 0,3	- 1,1	+ 0,4	+ 0,2	2014 4.Vj.	
+ 2,5	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	2.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	3.Vj.	
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1	4.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	2014 4.Vj.	
+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	.	+ 0,0	- 0,0	2014 4.Vj.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	.	-	- 0,0	4.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 5,7	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 5,7	+ 6,4	- 0,7	- 0,6	.	+ 0,3	+ 0,3	2014 4.Vj.	
+ 2,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	- 0,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	-	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,2	- 0,3	2.Vj.	
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	3.Vj.	
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	.	- 0,2	- 0,1	4.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4			
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7			
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2015 Febr.	3 137,7	1 549,4	918,3	254,3	664,0	29,3	634,7	606,1	63,8	30,8	23,7	3,6			
März	3 131,7	1 548,8	916,0	254,0	662,0	30,8	631,1	603,9	63,0	30,7	23,4	3,6			
April	3 140,9	1 572,3	905,2	251,8	653,4	31,3	622,1	601,5	61,9	30,2	23,3	4,0			
Mai	3 158,8	1 597,3	900,5	247,2	653,2	32,3	620,9	600,0	61,0	30,2	23,2	2,2			
Juni	3 151,7	1 600,1	892,9	242,7	650,2	32,9	617,4	598,3	60,4	29,6	23,1	2,2			
Juli	3 179,3	1 612,9	910,4	241,8	668,6	33,6	635,1	596,4	59,5	29,5	22,8	1,7			
Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7			
Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6			
Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9			
Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0			
Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,2	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5			
Veränderungen *)															
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7			
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2			
2015 Febr.	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	+ 1,3	- 2,4	+ 0,7	- 3,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 2,1	+ 0,3			
März	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 0,6	- 2,0	+ 1,5	- 3,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,1			
April	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,2	- 8,6	+ 0,5	- 9,1	- 2,4	- 1,0	- 0,5	- 0,1	+ 0,3			
Mai	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 4,5	- 0,2	+ 1,0	- 1,2	- 1,5	- 0,9	- 0,1	- 0,2	- 1,8			
Juni	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 4,1	- 3,5	+ 0,2	- 3,6	- 1,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	+ 0,1			
Juli	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 0,8	+ 18,5	+ 0,7	+ 17,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6			
Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1			
Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1			
Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7			
Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1			
Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5			
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,7	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,2	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1			
Inländische öffentliche Haushalte														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7			
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5			
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2015 Febr.	186,8	52,4	128,0	85,4	42,7	8,0	34,7	3,8	2,6	29,0	2,9	2,4			
März	187,3	52,9	127,8	84,9	42,9	9,1	33,8	3,8	2,7	28,9	2,8	2,4			
April	185,0	52,3	126,1	83,1	43,0	9,2	33,8	3,8	2,8	28,8	2,8	2,8			
Mai	191,9	58,6	126,5	82,9	43,6	9,6	34,0	3,9	2,9	28,7	2,8	1,3			
Juni	193,8	57,8	129,1	84,7	44,3	9,7	34,7	3,8	3,2	28,3	2,8	1,4			
Juli	189,2	54,0	128,1	84,2	43,9	9,7	34,2	3,7	3,4	28,2	2,8	1,3			
Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9			
Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1			
Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6			
Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6			
Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1			
Veränderungen *)															
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2			
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1			
2015 Febr.	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	- 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,2			
März	+ 0,5	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 1,1	- 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1			
April	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,4			
Mai	+ 6,9	+ 6,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 1,6			
Juni	+ 1,8	- 0,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2			
Juli	- 4,7	- 3,8	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2			
Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6			
Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2			
Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5			
Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0			
Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0			
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-		
2015 Febr.	2 950,9	1 497,1	790,3	169,0	621,3	21,3	600,0	602,3	61,2	1,8	20,9	1,2		
März	2 944,4	1 495,9	788,2	169,1	619,1	21,7	597,4	600,1	60,2	1,8	20,6	1,2		
April	2 955,9	1 520,0	779,1	168,7	610,4	22,1	588,3	597,7	59,1	1,4	20,5	1,2		
Mai	2 966,9	1 538,7	773,9	164,4	609,6	22,7	586,9	596,2	58,0	1,4	20,4	0,9		
Juni	2 957,9	1 542,3	763,8	157,9	605,9	23,2	582,7	594,6	57,2	1,4	20,3	0,8		
Juli	2 990,1	1 558,9	782,3	157,6	624,7	23,8	600,9	592,7	56,1	1,4	20,0	0,4		
Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8		
Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5		
Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3		
Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4		
Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-		
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,9	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4		
Veränderungen *)														
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2015	+ 96,4	+ 151,0	- 32,0	- 16,5	- 15,4	+ 5,1	- 20,6	- 11,3	- 11,3	- 0,4	- 3,7	- 1,2		
2015 Febr.	+ 6,6	+ 9,8	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1		
März	- 6,5	- 0,9	- 2,4	- 0,2	- 2,2	+ 0,4	- 2,6	- 2,2	- 1,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0		
April	+ 11,5	+ 24,2	- 9,1	- 0,4	- 8,7	+ 0,4	- 9,1	- 2,4	- 1,1	- 0,4	- 0,1	- 0,0		
Mai	+ 10,9	+ 18,7	- 5,1	- 4,3	- 0,8	+ 0,6	- 1,4	- 1,6	- 1,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2		
Juni	- 8,8	+ 3,6	- 10,0	- 6,0	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	- 1,6	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	- 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
Aug.	+ 6,6	+ 11,0	- 2,3	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,4		
Sept.	- 7,1	+ 0,9	- 6,7	- 3,7	- 3,0	- 0,1	- 3,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,3		
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	- 8,1	- 1,8	- 6,3	+ 1,4	- 7,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	- 2,6	- 1,3	- 1,3	+ 0,7	- 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1		
Dez.	+ 3,0	- 2,3	+ 3,9	+ 6,4	- 2,5	+ 1,5	- 4,0	+ 2,2	- 0,7	+ 0,0	- 1,9	- 0,4		
2016 Jan.	+ 13,7	+ 16,8	- 2,2	- 3,3	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,4		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-		
2015 Febr.	1 008,7	464,6	522,4	102,3	420,2	10,3	409,9	6,8	14,7	1,8	16,2	1,2		
März	1 007,9	465,9	520,4	102,7	417,7	10,4	407,2	7,0	14,7	1,8	16,0	1,2		
April	1 007,8	474,3	511,9	102,9	408,9	10,6	398,3	7,0	14,6	1,4	16,0	1,2		
Mai	1 006,3	477,1	507,6	100,0	407,6	11,2	396,5	7,0	14,5	1,4	16,0	0,9		
Juni	997,9	476,9	499,5	95,6	403,9	11,7	392,2	7,1	14,4	1,3	16,0	0,8		
Juli	1 025,2	483,1	521,0	97,1	423,9	12,2	411,7	7,1	14,0	1,3	15,8	0,4		
Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8		
Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5		
Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3		
Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4		
Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-		
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,3	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4		
Veränderungen *)														
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2015	+ 22,7	+ 46,0	- 22,1	- 3,8	- 18,3	+ 3,7	- 22,0	+ 0,3	- 1,5	- 0,5	- 2,5	- 1,2		
2015 Febr.	- 5,2	- 2,7	- 2,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,0	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1		
März	- 0,7	+ 1,5	- 2,4	+ 0,1	- 2,5	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0		
April	- 0,2	+ 8,5	- 8,5	+ 0,2	- 8,8	+ 0,2	- 9,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0		
Mai	- 1,5	+ 2,8	- 4,2	- 2,9	- 1,3	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,2		
Juni	- 8,1	- 0,2	- 7,9	- 4,0	- 3,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Juli	+ 27,5	+ 6,2	+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	+ 0,5	+ 19,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,4		
Aug.	+ 4,1	+ 5,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,4		
Sept.	- 5,0	+ 1,0	- 5,9	- 2,5	- 3,5	- 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3		
Okt.	+ 8,0	+ 15,3	- 7,3	- 1,0	- 6,4	+ 1,1	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,2		
Nov.	+ 2,1	+ 4,3	- 2,1	- 0,5	- 1,6	+ 0,5	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1		
Dez.	- 4,1	- 5,9	+ 2,2	+ 7,2	- 4,9	+ 1,0	- 5,9	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	- 1,8	- 0,4		
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	- 2,2	- 2,6	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,4		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen					
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck					
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8	
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2015 Aug.	1 967,3	1 081,6	1 049,4	185,7	722,7	141,0	32,2	259,9	246,3	25,8	180,0	40,6	
Sept.	1 965,2	1 081,6	1 048,9	181,6	725,1	142,2	32,7	259,0	245,6	25,1	179,8	40,6	
Okt.	1 974,4	1 092,3	1 059,7	186,8	731,0	142,0	32,5	258,3	245,0	25,0	178,8	41,2	
Nov.	1 990,4	1 109,7	1 078,0	188,2	746,5	143,2	31,7	257,7	244,6	24,9	178,6	41,1	
Dez.	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2016 Jan.	2 003,3	1 120,2	1 087,7	192,1	751,6	144,1	32,5	259,9	247,0	25,2	180,4	41,4	
Veränderungen *)													
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7	
2015 Aug.	+ 2,5	+ 5,8	+ 5,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,1	- 1,5	- 1,2	- 0,4	- 0,6	- 0,2	
Sept.	- 2,1	- 0,0	- 0,5	- 4,1	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,5	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,1	+ 0,1	
Okt.	+ 9,2	+ 10,6	+ 10,8	+ 5,2	+ 5,8	- 0,3	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,5	+ 0,1	
Nov.	+ 16,1	+ 17,5	+ 18,3	+ 1,4	+ 15,5	+ 1,3	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	
Dez.	+ 7,1	+ 3,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,5	
2016 Jan.	+ 5,7	+ 6,7	+ 6,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2015 Aug.	197,1	9,7	3,2	3,5	3,0	0,1	14,3	48,1	13,1	18,0	16,2	0,8	13,5
Sept.	197,4	10,5	3,5	3,9	2,9	0,1	14,3	52,1	14,6	20,4	16,4	0,8	13,5
Okt.	191,6	8,7	3,3	2,5	2,8	0,1	14,3	48,9	14,6	17,2	16,2	0,8	13,5
Nov.	200,5	7,8	2,5	2,6	2,7	0,1	14,4	49,6	12,7	19,7	16,3	0,9	13,4
Dez.	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2016 Jan.	193,0	8,4	2,7	3,0	2,6	0,1	14,1	45,9	13,5	15,0	16,5	0,9	13,5
Veränderungen *)													
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6
2015 Aug.	+ 7,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Sept.	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0
Okt.	- 6,2	- 1,8	- 0,3	- 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	- 3,2	+ 0,0	- 3,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0
Nov.	+ 8,8	- 0,9	- 0,8	+ 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,5	- 2,0	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1
Dez.	- 3,0	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 5,3	+ 0,5	- 6,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1
2016 Jan.	- 4,5	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	-	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	-	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	-	2015
13,5	59,1	200,7	11,7	189,1	584,4	575,1	9,3	41,4	0,0	4,2	-	2015 Aug.
13,4	57,9	201,1	11,7	189,4	583,8	574,5	9,3	40,7	0,0	4,1	-	Sept.
13,3	57,0	201,2	12,0	189,2	583,8	574,5	9,3	40,0	0,0	4,0	-	Okt.
13,1	56,3	201,4	12,2	189,2	583,5	574,5	9,0	39,4	0,0	3,9	-	Nov.
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	-	Dez.
12,8	54,9	205,0	13,1	191,9	585,2	576,2	9,0	37,9	0,0	3,7	-	2016 Jan.
Veränderungen ^{*)}												
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	- 2,0	+ 9,0	- 2,1	- 1,9	- 0,3	- 10,9	+ 0,0	- 1,9	-	2014
- 1,8	- 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	- 11,5	- 11,1	- 0,5	- 9,8	+ 0,0	- 1,2	-	2015
- 0,3	- 1,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	-	2015 Aug.
- 0,1	- 1,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	-	Sept.
- 0,2	- 0,9	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	Okt.
- 0,1	- 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Nov.
+ 0,0	- 0,8	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	Dez.
- 0,3	- 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,2	-	2016 Jan.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
												Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	-	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	-	2015
51,9	28,7	10,3	7,7	5,2	0,4	87,5	15,8	53,6	17,0	1,1	-	2015 Aug.
49,4	25,8	10,5	7,9	5,2	0,4	85,3	15,8	51,6	16,8	1,1	-	Sept.
48,3	24,9	10,1	8,1	5,2	0,4	85,7	15,9	51,5	17,2	1,1	-	Okt.
51,5	27,9	10,1	8,3	5,2	0,4	91,5	15,4	58,3	16,7	1,1	-	Nov.
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	-	Dez.
46,9	24,3	9,0	8,4	5,2	0,4	91,9	16,1	57,0	17,8	1,1	-	2016 Jan.
Veränderungen ^{*)}												
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 2,9	- 2,4	+ 4,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	- 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	-	2015
+ 5,4	+ 4,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	-	+ 0,6	+ 1,8	- 1,2	+ 0,1	- 0,1	-	2015 Aug.
- 2,6	- 2,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,9	+ 0,1	- 1,9	- 0,2	+ 0,1	-	Sept.
- 1,3	- 1,0	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	-	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	-	Okt.
+ 3,3	+ 3,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-	+ 5,9	- 0,5	+ 6,7	- 0,3	+ 0,0	-	Nov.
+ 0,8	+ 1,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 3,3	+ 2,2	+ 0,8	- 0,0	-	Dez.
- 5,5	- 4,9	- 0,6	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,6	+ 4,0	- 3,6	+ 0,3	- 0,0	-	2016 Jan.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	zu- sammen			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7	
2015 Sept.	603,6	594,6	529,3	377,9	65,2	51,5	9,0	7,4	0,2	67,0	58,1	42,8	8,9	
Okt.	603,6	594,6	530,7	379,5	64,0	50,2	9,0	7,4	0,2	66,3	57,5	42,2	8,8	
Nov.	603,2	594,3	531,5	377,6	62,8	49,0	9,0	7,4	0,2	65,9	56,8	41,7	9,0	
Dez.	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	2,3	64,9	56,1	41,0	8,7	
2016 Jan.	605,0	596,1	535,5	378,0	60,6	46,9	8,9	7,4	0,2	63,5	54,8	39,9	8,7	
Veränderungen *)														
2014	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1	
2015 Sept.	- 0,7	- 0,6	+ 0,8	- 1,7	- 1,4	- 1,5	- 0,0	- 0,0	.	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,2	
Okt.	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,1	
Nov.	- 0,4	- 0,3	+ 0,9	- 1,9	- 1,2	- 1,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	
Dez.	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,2	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 0,3	
2016 Jan.	- 0,4	- 0,4	+ 0,9	- 1,8	- 1,3	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldver- schreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit				ins- gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						über 2 Jahre
						zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)	zu- sammen	darunter ohne Nominal- betrags- garantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2015 Sept.	1 121,2	232,0	32,9	388,1	92,2	115,4	2,3	25,9	5,5	979,9	0,2	0,2	37,0	0,5
Okt.	1 132,2	227,7	32,0	396,3	97,2	119,9	2,5	27,4	5,9	984,9	0,3	0,2	36,8	0,5
Nov.	1 133,0	221,3	32,0	403,8	93,3	116,5	2,6	29,2	6,3	987,3	0,3	0,2	38,0	0,5
Dez.	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 Jan.	1 076,5	190,4	28,3	380,2	87,0	105,3	2,4	31,7	5,8	939,4	0,2	0,2	32,2	0,5
Veränderungen *)														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2015 Sept.	+ 3,3	- 5,7	+ 2,3	- 1,9	+ 7,0	+ 9,8	- 0,1	+ 1,2	- 0,2	- 7,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2
Okt.	+ 11,0	- 4,4	- 1,0	+ 8,3	+ 5,1	+ 4,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,4	+ 5,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	-
Nov.	+ 0,7	- 6,4	+ 0,0	+ 7,4	- 3,9	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,2	- 0,0
Dez.	- 57,3	- 32,1	- 1,7	- 19,7	- 4,7	- 6,7	- 0,5	- 0,8	- 0,6	- 49,8	+ 0,0	- 0,0	- 6,1	+ 0,0
2016 Jan.	+ 0,7	+ 1,2	- 2,0	- 3,9	- 1,7	- 4,5	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	+ 1,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwischen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2015 Nov.	21	213,8	43,1	0,0	17,7	16,1	92,4	17,7	21,7	2,0	22,3	157,3	5,4	2,4	9,6	9,0
2015 Dez.	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	9,3
2016 Jan.	21	213,6	43,0	0,0	17,6	15,7	93,6	17,5	21,6	2,0	20,8	159,6	5,4	2,4	9,8	7,4
Private Bausparkassen																
2015 Nov.	12	148,5	26,6	–	9,6	11,8	72,1	15,2	9,2	1,3	18,4	103,8	5,0	2,4	6,4	6,1
2015 Dez.	12	148,3	26,7	–	9,4	11,6	72,9	14,9	8,9	1,4	17,6	105,0	5,0	2,4	6,7	6,1
2016 Jan.	12	148,2	26,6	–	9,5	11,5	73,0	14,9	9,1	1,4	17,5	105,1	5,1	2,4	6,6	4,8
Öffentliche Bausparkassen																
2015 Nov.	9	65,3	16,5	0,0	8,0	4,3	20,4	2,6	12,5	0,6	3,9	53,5	0,4	–	3,2	3,0
2015 Dez.	9	65,3	16,4	0,0	8,1	4,2	20,5	2,6	12,5	0,7	3,7	54,2	0,3	–	3,2	3,2
2016 Jan.	9	65,3	16,4	0,0	8,1	4,2	20,6	2,6	12,5	0,7	3,4	54,5	0,3	–	3,2	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter im Quartal			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten								
Alle Bausparkassen																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2015 Nov.	2,3	0,0	0,7	3,9	2,3	3,4	1,5	0,3	0,4	0,3	1,6	16,1	8,2	0,7	0,0	0,0
2015 Dez.	2,4	2,2	0,7	4,0	2,6	3,9	1,8	0,3	0,4	0,2	1,7	15,6	8,1	0,8	1,9	0,0
2016 Jan.	2,5	0,0	0,7	3,8	2,5	3,2	1,4	0,4	0,4	0,3	1,3	15,8	8,3	0,7	0,0	0,0
Private Bausparkassen																
2015 Nov.	1,5	0,0	0,3	2,8	1,6	2,6	1,1	0,3	0,3	0,2	1,3	11,5	5,0	0,5	0,0	0,0
2015 Dez.	1,6	1,4	0,4	2,9	1,9	3,0	1,4	0,2	0,3	0,2	1,4	11,2	5,0	0,6	1,4	0,0
2016 Jan.	1,6	0,0	0,5	2,8	1,7	2,4	1,0	0,3	0,3	0,3	1,1	11,3	5,1	0,5	0,0	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2015 Nov.	0,8	0,0	0,5	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,2	0,2	0,0	0,0
2015 Dez.	0,8	0,7	0,4	1,0	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,4	3,1	0,2	0,6	0,0
2016 Jan.	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	4,5	3,2	0,2	0,0	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1) Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2) Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3) Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4) Einschl. Ausgleichsforderungen. 5) Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6) Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7) Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8) Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9) Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10) Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11) Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12) Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13) Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite					insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)		
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
2015 März	53	201	2 175,3	602,0	585,8	218,5	367,3	16,2	668,1	547,7	14,9	532,8	120,4	905,2	660,9
April	53	200	2 127,8	622,4	606,5	210,0	396,5	15,9	660,4	535,8	14,8	521,0	124,6	845,1	588,5
Mai	53	201	2 109,5	630,1	613,5	198,6	414,9	16,6	650,5	521,1	14,7	506,4	129,4	828,9	576,7
Juni	53	201	1 970,5	578,9	561,3	196,5	364,8	17,6	642,2	520,2	14,5	505,6	122,1	749,3	513,7
Juli	53	203	1 983,3	579,6	561,7	199,1	362,6	17,9	632,2	512,8	14,5	498,3	119,5	771,5	538,8
Aug.	52	202	1 966,9	602,1	584,4	189,0	395,4	17,7	627,2	511,0	14,3	496,7	116,2	737,6	544,1
Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1
Okt.	51	199	1 946,7	558,2	540,2	152,9	387,3	18,0	633,7	513,2	13,9	499,3	120,5	754,8	525,1
Nov.	51	199	1 980,5	533,8	515,8	150,0	365,8	18,0	658,8	528,5	14,6	513,9	130,4	787,9	557,2
Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0
Veränderungen *)															
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2
2015 April	-	- 1	- 21,6	+ 31,9	+ 31,9	- 8,5	+ 40,5	- 0,0	+ 5,4	- 0,7	- 0,1	- 0,6	+ 6,1	- 58,9	- 72,4
Mai	-	+ 1	- 20,0	+ 1,6	+ 1,0	- 11,4	+ 12,4	+ 0,6	- 16,9	- 20,6	- 0,1	- 20,5	+ 3,7	- 16,1	- 16,7
Juni	-	-	- 137,5	- 45,7	- 46,8	- 2,1	- 44,7	+ 1,1	- 2,7	+ 3,8	- 0,1	+ 3,9	- 6,5	- 78,1	- 59,0
Juli	± 0	+ 2	+ 11,1	- 4,4	- 4,5	+ 2,6	+ 7,1	+ 0,2	- 16,6	- 13,0	- 0,1	- 12,9	- 3,6	+ 20,5	+ 21,1
Aug.	- 1	- 1	- 14,3	+ 28,9	+ 28,9	- 10,1	+ 38,9	+ 0,0	+ 4,2	+ 6,1	- 0,2	+ 6,2	- 1,9	- 31,9	+ 10,5
Sept.	- 1	- 3	+ 10,3	- 15,7	- 15,9	- 8,4	- 7,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 0,9	+ 28,3	+ 8,1
Okt.	-	-	- 32,3	- 33,6	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 2,4	- 12,9	- 31,3
Nov.	-	-	+ 30,2	- 35,3	- 34,8	- 2,9	- 31,9	- 0,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 29,4	+ 23,8
Dez.	-	- 1	- 135,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 11,2	- 10,6	- 0,4	- 11,7	- 6,8	- 0,6	- 6,2	- 4,9	- 106,1	- 51,3
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
2015 März	28	63	412,4	163,5	148,5	86,9	61,6	15,0	187,0	154,5	22,4	132,1	32,6	61,8	-
April	27	62	404,1	161,8	147,0	85,9	61,1	14,8	184,1	152,7	22,3	130,4	31,5	58,2	-
Mai	27	62	406,3	165,5	151,2	88,4	62,8	14,3	185,7	155,1	22,1	132,9	30,6	55,0	-
Juni	27	62	386,0	140,5	124,6	67,1	57,4	15,9	188,8	155,6	22,9	132,7	33,1	56,7	-
Juli	25	60	377,2	131,4	116,0	65,2	50,9	15,4	190,0	156,3	22,5	133,8	33,7	55,8	-
Aug.	25	60	382,5	136,1	121,6	67,2	54,4	14,5	185,4	152,3	22,4	129,9	33,1	61,0	-
Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-
Okt.	25	59	380,8	130,3	114,9	55,6	59,2	15,4	185,8	152,7	22,8	129,9	33,0	64,8	-
Nov.	25	59	379,5	121,1	107,4	44,5	62,8	13,7	191,7	158,3	22,5	135,8	33,3	66,8	-
Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-
Veränderungen *)															
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-
2015 April	- 1	- 1	- 4,7	+ 0,1	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,1	- 3,6	-
Mai	-	-	+ 0,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,5	+ 0,9	- 0,7	+ 0,5	+ 1,3	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 3,2	-
Juni	-	-	- 18,7	- 24,3	- 26,0	- 21,3	- 4,8	+ 1,7	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,7	-
Juli	- 2	- 2	- 10,4	- 9,9	- 9,2	- 2,0	- 7,2	- 0,7	+ 0,4	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 0,6	- 1,0	-
Aug.	-	-	+ 7,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 2,0	+ 4,5	- 0,7	- 3,3	- 2,7	- 0,1	- 2,6	- 0,6	+ 5,3	-
Sept.	-	- 1	+ 3,9	- 2,6	- 2,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,0	+ 5,7	-
Okt.	-	-	- 7,2	- 4,0	- 5,1	- 2,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 2,0	-
Nov.	-	-	- 4,8	- 10,9	- 8,8	- 11,1	+ 2,3	- 2,1	+ 4,1	+ 3,8	- 0,2	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,0	-
Dez.	- 1	- 1	- 0,7	+ 6,8	+ 7,2	+ 5,6	+ 1,7	- 0,4	- 5,9	- 4,3	- 0,3	- 4,0	- 1,5	- 1,6	-

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
von Banken (MFIs)				von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumen- te des Handels- bestands			
insgesamt	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)							auslän- dische Nicht- banken		
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												Auslandsfilialen		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015	
1 153,3	781,8	424,9	356,9	371,5	24,9	19,6	5,3	346,6	145,8	48,4	827,7	661,5	2015 März	
1 189,2	819,1	428,2	390,9	370,1	24,4	19,0	5,3	345,7	142,2	47,7	748,8	586,8	April	
1 191,2	822,8	425,5	397,2	368,4	22,5	17,1	5,4	345,9	144,3	48,2	725,9	574,7	Mai	
1 139,6	798,9	433,8	365,1	340,7	20,4	15,3	5,1	320,3	144,5	47,7	638,7	509,5	Juni	
1 143,4	792,8	417,7	375,1	350,5	20,4	15,8	4,7	330,1	144,1	47,6	648,1	536,0	Juli	
1 144,2	797,5	416,5	381,0	346,7	19,9	15,4	4,6	326,8	138,3	47,3	637,1	537,1	Aug.	
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	Sept.	
1 124,6	763,8	406,5	357,3	360,8	19,7	15,0	4,7	341,1	141,0	47,6	633,5	520,6	Okt.	
1 124,3	742,0	377,3	364,7	382,3	22,0	17,0	5,0	360,3	138,6	48,4	669,2	554,0	Nov.	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	Dez.	
Veränderungen ^{*)}												Auslandstöchter		
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014	
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015	
+ 53,4	+ 47,1	+ 3,3	+ 43,8	+ 6,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,0	+ 6,8	- 3,6	- 0,7	- 70,6	- 74,6	2015 April	
- 4,0	- 2,2	- 2,7	+ 0,5	- 1,9	- 1,9	- 2,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	- 22,9	- 17,4	Mai	
- 46,0	- 18,5	+ 8,3	- 26,8	- 27,5	- 2,0	- 1,7	- 0,3	- 25,5	+ 1,8	- 0,5	- 87,2	- 60,9	Juni	
- 1,6	- 11,3	- 16,1	+ 4,9	+ 9,7	- 0,0	+ 0,5	- 0,5	+ 9,7	- 2,1	- 0,0	+ 9,4	+ 22,1	Juli	
+ 7,6	+ 11,2	- 1,2	+ 12,4	- 3,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 3,0	- 3,8	- 0,3	- 11,0	+ 6,7	Aug.	
- 22,1	- 23,2	+ 2,7	- 25,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 29,0	+ 7,7	Sept.	
- 2,7	- 15,5	- 12,7	- 2,8	+ 12,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,5	- 2,2	+ 0,2	- 32,6	- 28,7	Okt.	
- 11,5	- 33,4	- 29,2	- 4,2	+ 21,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 19,6	- 6,0	+ 0,9	+ 35,7	+ 24,6	Nov.	
- 55,2	- 18,9	- 18,0	- 0,9	- 36,4	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 35,4	- 7,2	+ 1,5	- 66,8	- 49,3	Dez.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015	
316,1	182,7	102,1	80,6	133,4	18,5	13,3	5,2	114,9	17,6	27,1	51,6	-	2015 März	
313,7	179,1	99,3	79,8	134,5	14,9	13,1	1,8	119,7	16,4	26,2	47,9	-	April	
320,5	185,9	102,2	83,7	134,6	14,0	12,3	1,8	120,6	13,4	26,9	45,5	-	Mai	
296,1	157,1	79,5	77,6	139,0	14,1	11,6	2,5	125,0	18,4	26,8	44,7	-	Juni	
289,0	155,5	78,2	77,3	133,5	14,2	11,7	2,5	119,4	17,9	26,4	43,9	-	Juli	
298,2	160,9	82,3	78,6	137,3	13,9	11,4	2,5	123,3	14,3	26,2	43,8	-	Aug.	
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	Sept.	
298,3	166,2	91,7	74,5	132,1	14,8	12,3	2,5	117,3	13,4	26,5	42,6	-	Okt.	
293,4	159,3	90,2	69,0	134,1	11,8	9,2	2,6	122,3	14,8	26,7	44,7	-	Nov.	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	Dez.	
Veränderungen ^{*)}												Auslandstöchter		
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014	
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015	
+ 0,4	- 1,9	- 2,8	+ 0,9	+ 2,2	- 3,6	- 0,2	- 3,4	+ 5,8	- 1,2	- 0,9	- 2,9	-	2015 April	
+ 5,3	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,9	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,8	- 3,0	-	Mai	
- 23,1	- 28,0	- 22,7	- 5,3	+ 4,8	+ 0,0	- 0,7	+ 0,7	+ 4,8	+ 5,0	- 0,1	- 0,4	-	Juni	
- 8,5	- 2,5	- 1,3	- 1,2	- 6,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 6,1	- 0,5	- 0,4	- 1,1	-	Juli	
+ 11,0	+ 6,5	+ 4,1	+ 2,4	+ 4,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 4,7	- 3,6	- 0,2	+ 0,6	-	Aug.	
+ 3,4	+ 8,0	+ 12,3	- 4,3	- 4,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	Sept.	
- 4,7	- 3,5	- 2,9	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 1,5	- 1,1	+ 0,2	- 1,7	-	Okt.	
- 7,8	- 8,6	- 1,5	- 7,1	+ 0,8	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,4	-	Nov.	
+ 1,3	+ 8,7	+ 9,3	- 0,6	- 7,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,0	- 8,7	- 0,4	- 0,4	- 1,2	-	Dez.	

zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015 Okt.	11 351,4	113,5	113,1	493,8	380,8	0,0
Nov.
Dez.	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 Jan. p)	11 431,2	114,3	113,9

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015 Okt.	3 133 471	27,6	31 335	31 163	150 671	119 508	0
Nov.
Dez.	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 Jan. p)	3 154 260	27,6	31 543	31 371

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015 Okt.	6 219	5 217	2 102	10 248	6 039	223	1 114
Nov.
Dez.	6 105	5 199	2 012	10 432	6 100	226	1 127
2016 Jan.	5 941	5 215	2 140	10 593	6 176	238	1 082

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015 Okt.	2 050 940	2 368	395 402	592 510	92 246
Nov.
Dez.	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 Jan.	2 092 326	2 016	366 159	592 060	103 068

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2016 10. Febr.	60 200	60 200	0,05	–	–	7
17. Febr.	61 798	61 798	0,05	–	–	7
24. Febr.	65 755	65 755	0,05	–	–	7
2. März	61 291	61 291	0,05	–	–	7
9. März	60 808	60 808	0,05	–	–	7
16. März	59 675	59 675	0,00	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2015 16. Dez.	18 304	18 304	0,05	–	–	1 015
17. Dez.	11 710	11 710	2) ...	–	–	105
2016 28. Jan.	13 562	13 562	2) ...	–	–	91
25. Febr.	13 650	13 650	2) ...	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2015 Aug.	–0,12	–0,14	–0,09	–0,03	0,04	0,09	0,16
Sept.	–0,14	–0,15	–0,11	–0,04	0,04	0,09	0,15
Okt.	–0,14	–0,15	–0,12	–0,05	0,02	0,06	0,13
Nov.	–0,13	–0,16	–0,14	–0,09	–0,02	0,02	0,08
Dez.	–0,20	–0,23	–0,19	–0,13	–0,04	0,00	0,06
2016 Jan.	–0,24	–0,26	–0,22	–0,15	–0,06	–0,01	0,04
Febr.	–0,24	–0,27	–0,25	–0,18	–0,12	–0,06	–0,01

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average; Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate; Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Jan.	0,66	89 436	1,82	226 464	0,35	79 358	2,52	18 930
Febr.	0,64	89 570	1,81	226 183	0,33	79 398	2,44	18 974
März	0,62	89 298	1,79	225 561	0,32	78 982	2,36	19 063
April	0,59	88 530	1,77	224 767	0,30	79 019	2,29	18 947
Mai	0,57	86 761	1,76	224 571	0,30	77 340	2,26	19 282
Juni	0,54	84 531	1,75	224 254	0,29	74 338	2,22	19 325
Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19	17 642
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17	17 717
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17	17 611
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15	17 702
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09	17 194
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04	17 364
2016 Jan.	0,45	76 956	1,64	221 444	0,22	79 489	2,00	17 340

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Jan.	2,85	5 263	2,68	28 082	3,64	1 008 817	7,57	55 840	4,76	76 665	4,77	303 620
Febr.	2,79	5 119	2,65	27 981	3,62	1 011 149	7,57	55 246	4,74	76 178	4,75	304 176
März	2,79	5 188	2,62	27 863	3,59	1 012 369	7,62	57 477	4,71	76 470	4,72	303 927
April	2,72	5 144	2,59	27 828	3,56	1 015 337	7,51	56 137	4,66	77 262	4,67	304 710
Mai	2,69	5 138	2,56	27 817	3,53	1 019 301	7,47	55 239	4,62	77 540	4,64	306 013
Juni	2,68	5 138	2,52	27 830	3,50	1 022 718	7,60	56 765	4,58	77 795	4,62	305 203
Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46	54 891	4,54	78 042	4,59	306 587
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46	54 768	4,51	78 424	4,56	307 560
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55	55 936	4,48	78 671	4,54	306 905
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 409	4,51	307 750
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39	53 821	4,42	79 222	4,49	308 002
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38	54 838	4,39	79 345	4,46	306 514
2016 Jan.	2,61	5 010	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 858	4,35	79 779	4,43	307 377

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Jan.	2,98	129 835	2,54	129 362	3,02	575 205
Febr.	2,97	132 522	2,52	128 329	3,00	577 591
März	3,00	132 002	2,50	127 655	2,96	577 082
April	2,98	129 602	2,46	126 479	2,93	578 295
Mai	2,91	130 402	2,45	128 043	2,91	580 567
Juni	2,89	134 307	2,43	127 057	2,88	580 448
Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85	585 342
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84	587 082
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82	585 043
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78	594 272
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74	593 021
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 842

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EUW gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47•).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Jan.	0,22	1 017 766	0,53	8 558	0,87	856	1,08	1 305	0,58	528 544	0,73	77 361
Febr.	0,20	1 030 249	0,53	7 278	0,71	886	1,07	1 131	0,54	529 378	0,70	76 071
März	0,17	1 027 392	0,39	8 124	0,81	771	1,01	1 049	0,51	528 471	0,65	74 766
April	0,16	1 043 564	0,34	7 663	0,77	653	0,94	952	0,48	528 261	0,61	72 608
Mai	0,16	1 058 904	0,36	5 630	0,74	657	0,94	884	0,47	528 271	0,58	71 013
Juni	0,15	1 062 893	0,29	6 524	0,70	703	0,88	880	0,46	527 934	0,56	69 686
Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966
Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774
Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900
2016 Jan.	0,12	1 117 679	0,35	7 184	0,63	1 038	1,00	1 361	0,37	534 775	0,43	60 627

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2015 Jan.	0,08	337 454	0,15	13 140	0,47	398	0,47	654
Febr.	0,07	333 734	0,17	12 552	0,67	437	0,48	584
März	0,07	337 419	0,15	15 096	0,33	775	0,45	863
April	0,06	343 035	0,11	15 562	0,36	612	0,46	660
Mai	0,06	342 155	0,12	10 161	0,33	1 010	0,55	634
Juni	0,06	342 151	0,20	10 205	0,43	484	0,41	512
Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351
Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528
Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326
Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872
2016 Jan.	0,03	370 501	0,10	9 779	0,32	1 284	0,42	490

Kredite an private Haushalte																
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen						
		Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2015 Jan.	2,20	7 282	2,11	3 232	1,91	4 042	2,92	1 027	2,39	2 213	2,05	2 683	3,05	784	2,31	1 457
Febr.	2,04	6 019	2,00	2 014	1,73	3 259	2,85	797	2,23	1 963	1,91	1 916	3,06	570	2,12	1 302
März	2,08	8 382	2,03	3 008	1,81	4 242	2,89	1 121	2,17	3 019	1,94	2 718	3,02	869	2,17	1 968
April	2,03	7 162	1,92	2 656	1,77	3 917	2,83	934	2,15	2 311	1,94	2 381	2,97	737	2,07	1 602
Mai	1,95	6 519	1,91	2 062	1,69	3 364	2,78	815	2,03	2 340	1,96	1 983	2,92	617	1,95	1 628
Juni	1,95	8 380	2,02	2 716	1,69	4 215	2,74	998	2,05	3 167	2,01	2 452	2,84	771	2,04	2 119
Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91	868	2,21	2 152
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83	694	2,16	1 665
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21	618	2,23	1 576
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88	745	2,21	1 636
Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81	694	2,13	1 556
Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80	886	2,06	2 163
2016 Jan.	1,96	7 246	2,01	2 808	1,68	3 750	2,63	1 054	2,11	2 442	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2015 Jan.	6,47	6,38	7 032	7,70	1 519	4,82	358	4,99	2 774	7,52	3 900
Febr.	6,50	6,42	7 275	7,69	1 431	4,74	301	5,08	2 808	7,45	4 166
März	6,08	6,01	8 735	6,98	1 593	4,84	370	4,81	3 556	6,99	4 809
April	6,18	6,11	8 169	7,01	1 553	5,00	326	4,94	3 104	6,95	4 739
Mai	6,31	6,24	7 346	7,46	1 458	5,08	304	4,94	2 839	7,20	4 203
Juni	6,37	6,29	8 006	7,63	1 547	4,83	327	4,98	3 211	7,33	4 468
Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47	5 044
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31	3 984
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28	3 941
Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 820
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32	3 388
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19	2 884
2016 Jan.	6,44	6,36	7 344	7,50	1 429	5,54	313	4,99	2 938	7,41	4 093
darunter: besicherte Kredite 12)											
2015 Jan.	-	3,34	236	-	-	2,77	36	3,72	120	3,02	80
Febr.	-	3,10	258	-	-	3,01	25	3,76	117	2,46	116
März	-	3,33	276	-	-	3,04	29	3,78	149	2,73	98
April	-	3,15	280	-	-	2,58	28	3,77	138	2,53	114
Mai	-	3,30	226	-	-	2,86	23	3,69	128	2,78	75
Juni	-	3,11	301	-	-	2,86	35	3,59	156	2,50	110
Juli	-	3,44	281	-	-	2,81	28	3,93	156	2,85	97
Aug.	-	3,49	240	-	-	3,05	18	3,86	144	2,92	78
Sept.	-	3,28	238	-	-	2,52	38	3,90	116	2,78	84
Okt.	-	3,33	244	-	-	2,33	41	3,87	131	2,89	72
Nov.	-	3,58	218	-	-	2,84	23	3,90	136	3,14	59
Dez.	-	3,39	219	-	-	2,72	22	3,89	128	2,66	69
2016 Jan.	-	3,29	193	-	-	2,50	21	3,72	111	2,79	61

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2015 Jan.	2,15	1,96	19 769	1,80	6 334	2,23	2 606	1,95	2 006	2,02	6 927	1,83	8 230
Febr.	2,01	1,96	17 048	2,16	3 701	2,28	2 199	1,87	1 753	1,86	6 492	1,99	6 604
März	1,92	1,88	21 134	2,05	4 817	2,19	2 760	1,88	2 118	1,77	7 693	1,88	8 563
April	1,91	1,87	20 486	1,94	4 301	2,11	2 640	1,83	1 935	1,70	7 330	1,95	8 581
Mai	1,81	1,77	19 549	1,95	4 229	2,20	2 315	1,84	1 754	1,61	7 123	1,78	8 357
Juni	1,89	1,85	24 015	1,98	5 330	2,11	2 798	1,81	2 197	1,72	9 297	1,92	9 723
Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,91	2 502	1,86	10 095	2,10	9 798
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15	7 950
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12	7 690
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09	7 043
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01	7 378
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
darunter: besicherte Kredite 12)													
2015 Jan.	-	1,79	10 246	-	-	2,16	1 063	1,82	1 061	1,93	3 426	1,60	4 696
Febr.	-	1,89	8 025	-	-	2,31	895	1,69	945	1,77	3 166	1,96	3 019
März	-	1,79	9 735	-	-	2,12	1 130	1,68	1 050	1,69	3 663	1,82	3 892
April	-	1,87	9 786	-	-	2,07	1 083	1,59	1 021	1,63	3 549	2,09	4 133
Mai	-	1,68	9 274	-	-	2,16	879	1,56	849	1,54	3 669	1,74	3 877
Juni	-	1,76	11 120	-	-	2,02	1 096	1,59	1 090	1,65	4 502	1,84	4 432
Juli	-	1,91	11 976	-	-	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03	4 622
Aug.	-	1,98	9 203	-	-	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11	3 740
Sept.	-	1,96	8 434	-	-	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07	3 310
Okt.	-	1,99	9 323	-	-	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682
Nov.	-	1,94	8 245	-	-	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05	3 167
Dez.	-	1,86	8 294	-	-	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95	3 138
2016 Jan.	-	1,92	8 349	-	-	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Jan.	9,22	41 793	9,23	35 380	15,45	3 799	4,31	63 695	4,32	63 497		
Febr.	9,22	41 287	9,24	34 873	15,42	3 786	4,24	66 274	4,25	66 045		
März	9,21	43 126	9,25	36 566	15,39	3 817	4,21	66 465	4,22	66 233		
April	9,10	41 749	9,16	35 136	15,44	3 751	4,15	64 534	4,17	64 316		
Mai	8,99	41 166	9,03	34 577	15,44	3 755	4,09	65 569	4,10	65 334		
Juni	9,01	43 164	9,06	36 409	15,28	3 864	4,08	68 150	4,09	67 919		
Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998		
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693		
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322		
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664		
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959		
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270		
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 220	3,84	65 011		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2015 Jan.	1,67	66 661	1,60	27 284	2,62	7 524	3,09	1 283	1,42	3 073	1,45	45 278	1,90	2 366	1,88	7 137
Febr.	1,59	53 118	1,43	18 293	2,69	6 474	3,04	1 123	2,02	1 159	1,28	37 674	1,63	1 526	1,97	5 162
März	1,73	62 691	1,76	20 557	2,67	8 150	2,94	1 516	1,98	1 510	1,49	41 003	1,63	2 066	1,75	8 446
April	1,68	57 793	1,68	21 847	2,53	7 621	3,00	1 359	1,89	1 344	1,43	40 212	1,75	1 671	1,89	5 586
Mai	1,66	50 883	1,63	16 561	2,60	6 817	2,91	1 277	1,87	1 334	1,38	33 591	1,92	1 496	1,75	6 368
Juni	1,71	68 584	1,86	19 621	2,67	8 097	2,87	1 487	1,99	1 733	1,41	43 785	1,91	2 647	1,95	10 835
Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 863	1,61	20 414	2,58	7 854	2,87	1 331	2,02	1 328	1,27	38 690	2,16	2 339	1,90	5 321
darunter: besicherte Kredite 12)																
2015 Jan.	1,64	16 136	.	.	2,36	1 101	2,52	141	1,13	2 270	1,70	8 979	1,76	821	1,49	2 824
Febr.	1,83	7 345	.	.	2,66	791	2,44	101	1,79	409	1,70	4 714	2,13	172	1,72	1 158
März	1,78	11 957	.	.	2,52	935	2,42	128	1,76	502	1,77	6 868	1,72	658	1,55	2 866
April	1,76	10 572	.	.	2,35	981	2,62	123	1,61	440	1,66	7 028	2,08	406	1,75	1 594
Mai	1,84	7 214	.	.	2,61	735	2,51	102	1,68	479	1,71	4 202	2,05	427	1,77	1 269
Juni	1,73	10 890	.	.	2,11	642	2,51	133	1,84	561	1,53	5 897	1,90	677	1,94	2 980
Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,66	9 454	.	.	2,03	682	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,46	683	1,93	1 215

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Soll-salden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2013 4.Vj.	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014 1.Vj.	2 294,4	2 221,8	542,3	328,0	288,7	225,5	709,9	65,1	62,3	72,5
2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9	73,3
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3	74,7
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2	77,3
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1	77,5
3.Vj.	2 477,4	2 399,0	498,1	406,9	308,4	234,3	814,3	70,9	66,1	78,3
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2013 4.Vj.	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014 1.Vj.	1 789,2	1 742,2	385,8	285,3	260,9	212,2	486,9	60,6	50,5	47,0
2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0	47,5
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3	48,5
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8	49,9
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6	49,9
3.Vj.	1 930,3	1 879,9	345,5	349,7	279,3	219,7	566,2	65,9	53,6	50,4
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2013 4.Vj.	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014 1.Vj.	505,2	479,6	156,5	42,8	27,8	13,3	223,0	4,5	11,8	25,5
2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9	25,8
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0	26,1
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4	27,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5	27,6
3.Vj.	547,1	519,2	152,5	57,2	29,1	14,5	248,2	5,0	12,6	27,9

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2015 2.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2013 4.Vj.	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014 1.Vj.	2 294,4	16,3	85,1	191,3	1 825,5	1 536,6	288,9	72,6	103,5
2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
3.Vj.	2 477,4	17,5	91,6	208,4	1 954,3	1 647,5	306,9	75,4	130,1
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2013 4.Vj.	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014 1.Vj.	1 789,2	16,3	80,8	182,7	1 366,9	1 078,4	288,4	69,7	72,9
2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
3.Vj.	1 930,3	17,5	86,7	198,6	1 460,3	1 153,9	306,4	72,2	95,1
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2013 4.Vj.	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014 1.Vj.	505,2	–	4,3	8,6	458,7	458,2	0,5	2,9	30,6
2.Vj.	516,0	–	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	–	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	–	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	–	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1
3.Vj.	547,1	–	4,9	9,9	494,1	493,6	0,5	3,3	35,0

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2015 2.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																			
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb													
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer													
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)									
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	-	13 723	125 772								
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940								
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583								
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	.	-	123 238	244 560							
2008	76 490	66 139	-	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	-	49 813	58 254							
2009	70 208	-	538	-	114 902	22 709	91 655	70 747	12 973	8 645	.	77 181	-	19 945						
2010	146 620	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	147 831	92 682	-	103 271	22 967	172 986	53 938					
2011	33 649	-	13 575	-	46 796	850	-	59 521	20 075	-	23 876	-	94 793	36 805	34 112	57 525				
2012	51 813	-	21 419	-	98 820	-	8 701	86 103	73 231	-	3 767	-	42 017	-	3 573	41 823	55 580			
2013	-	12 603	-	101 616	-	117 187	-	15 415	89 013	-	18 583	-	25 778	-	12 708	57 069	-	31 185		
2014	63 381	-	31 962	-	47 404	-	1 330	16 776	95 341	-	51 779	-	12 124	-	11 951	75 854	-	11 601		
2015	32 891	-	36 010	-	65 778	26 762	-	3 006	68 902	123 662	-	66 330	121 164	68 828	-	90 773				
2015 März	9 217	-	5 223	-	3 851	2 007	-	3 379	14 440	25 267	-	2 266	12 589	10 412	-	16 050				
April	8 026	-	4 097	-	6 508	3 328	-	5 740	3 929	8 497	-	15 908	11 397	13 008	-	472				
Mai	682	-	506	-	13 628	1 127	-	11 994	1 188	7 893	-	9 509	13 328	4 074	-	7 211				
Juni	-	23 141	-	25 695	-	10 836	-	3 872	-	10 987	2 554	82	-	13 948	11 459	-	2 571	-	23 223	
Juli	-	1 881	-	2 977	-	585	-	1 688	-	5 251	1 097	9 990	11 603	13 155	-	14 768	-	11 870		
Aug.	18 142	-	14 808	-	1 576	1 949	-	11 284	3 334	15 405	-	781	9 915	6 271	-	2 736				
Sept.	36 863	-	20 567	-	3 560	19 563	-	2 555	16 296	45 478	-	1 546	12 775	31 157	-	8 615				
Okt.	4 370	-	1 263	-	5 758	-	6 129	-	892	5 633	-	6 801	-	12 250	12 664	-	6 387	-	2 432	
Nov.	-	821	-	2 159	-	14 282	-	1 729	-	13 853	-	1 338	5 797	3 259	12 847	-	10 309	-	6 618	
Dez.	-	59 323	-	57 836	-	55 168	-	996	-	3 664	-	1 487	-	13 826	-	39 384	11 090	14 468	-	45 497
2016 Jan.	7 639	-	1 881	-	7 474	2 924	-	12 279	9 520	5 040	-	2 236	12 023	-	9 219	-	2 599			

Mio €

Zeit	Aktien													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb									
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer									
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)				
2004	-	3 317	-	10 157	-	13 474	-	7 432	-	5 045	-	2 387	-	10 748
2005	-	32 364	-	13 766	-	18 597	-	1 036	-	10 208	-	9 172	-	31 329
2006	-	26 276	-	9 061	-	17 214	-	7 528	-	11 323	-	3 795	-	18 748
2007	-	5 009	-	10 053	-	15 062	-	62 308	-	6 702	-	55 606	-	57 299
2008	-	29 452	-	11 326	-	40 778	-	2 743	-	23 079	-	25 822	-	32 194
2009	-	35 980	-	23 962	-	12 018	-	30 496	-	8 335	-	38 831	-	5 484
2010	-	37 767	-	20 049	-	17 719	-	36 406	-	7 340	-	29 066	-	1 361
2011	-	25 833	-	21 713	-	4 120	-	40 804	-	670	-	40 134	-	14 971
2012	-	15 061	-	5 120	-	9 941	-	14 405	-	10 259	-	4 146	-	656
2013	-	21 553	-	10 106	-	11 447	-	18 344	-	11 991	-	6 353	-	3 209
2014	-	47 506	-	18 778	-	28 728	-	39 661	-	17 203	-	22 458	-	7 845
2015	-	38 855	-	7 668	-	31 187	-	24 017	-	5 421	-	29 438	-	14 838
2015 März	-	1 824	-	49	-	1 775	-	4 195	-	8 523	-	12 718	-	6 019
April	-	2 781	-	1 751	-	1 030	-	7 220	-	6 803	-	417	-	4 439
Mai	-	12 125	-	155	-	11 970	-	10 092	-	5 586	-	15 678	-	2 033
Juni	-	4 424	-	1 277	-	3 147	-	6 837	-	4 056	-	2 781	-	11 261
Juli	-	5 029	-	510	-	4 519	-	8 147	-	1 279	-	6 868	-	3 118
Aug.	-	962	-	122	-	840	-	1 261	-	6 693	-	7 954	-	299
Sept.	-	4 412	-	966	-	5 378	-	2 610	-	9 059	-	6 449	-	1 802
Okt.	-	1 268	-	903	-	365	-	838	-	150	-	988	-	2 106
Nov.	-	4 836	-	640	-	4 196	-	1 526	-	5 566	-	4 040	-	3 310
Dez.	-	5 812	-	1 100	-	4 712	-	6 195	-	4 336	-	10 531	-	383
2016 Jan.	-	1 822	-	120	-	1 942	-	161	-	5 896	-	5 735	-	1 661

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt. Die Ergebnisse für 2012 bis 2015 sind durch Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik teilweise korrigiert.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben			
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen						
Brutto-Absatz 4)												
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344			
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600			
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69			
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–			
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–			
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–			
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–			
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–			
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–			
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–			
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–			
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–			
2015 Juni	89 201	56 164	3 128	627	38 323	14 085	4 311	28 726	–			
Juli	114 390	67 339	5 861	965	40 146	20 367	6 331	40 719	–			
Aug.	92 367	55 370	1 407	527	34 542	18 895	6 418	30 579	–			
Sept.	143 476	84 546	2 315	2 137	59 638	20 456	26 215	32 715	–			
Okt.	141 457	92 061	2 675	1 210	62 892	25 285	4 253	45 143	–			
Nov.	100 701	62 684	4 141	1 158	40 780	16 605	5 567	32 450	–			
Dez.	65 645	45 949	1 436	793	32 123	11 597	8 406	11 290	–			
2016 Jan.	120 383	77 552	1 810	1 099	54 961	19 682	6 448	36 384	–			
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)												
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320			
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400			
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69			
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–			
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–			
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–			
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–			
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–			
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–			
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–			
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–			
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–			
2015 Juni	30 382	16 718	3 061	524	8 526	4 608	1 715	11 949	–			
Juli	37 991	18 950	3 099	190	5 835	9 826	3 079	15 962	–			
Aug.	27 132	13 254	1 078	527	2 557	9 092	3 004	10 875	–			
Sept.	51 283	15 197	1 745	2 137	7 234	4 080	22 790	13 296	–			
Okt.	38 693	15 655	2 170	708	2 740	10 038	1 652	21 385	–			
Nov.	33 799	16 563	1 910	1 158	6 586	6 909	4 010	13 227	–			
Dez.	14 240	5 609	36	43	1 269	4 262	6 029	2 603	–			
2016 Jan.	29 680	15 067	1 810	1 099	7 480	4 678	3 168	11 446	–			
Netto-Absatz 6)												
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	83 293	18 768	–	22 124		
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	10 099	65 819	–	35 963	
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	15 605	55 482	–	19 208	
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	3 683	32 093	–	29 750	
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	82 653	–	31 607	
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	48 508	103 482	–	21 037
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	28 296	–	48 822	23 748	–	10 904
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	–	44 852	3 189	–	5 989
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	3 259	–	51 099	–	6 401
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	3 127	–	66 760	–	13 974
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	862	–	25 869	–	10 497
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	74 028
2015 Juni	–	28 026	–	14 649	–	1 654	–	4 181	–	1 319	–	7 494
Juli	–	6 422	–	4 763	–	4 338	–	572	–	6 351	–	2 178
Aug.	–	12 820	–	1 768	–	645	–	151	–	1 257	–	3 820
Sept.	–	19 054	–	2 097	–	744	–	1 417	–	3 802	–	1 032
Okt.	–	1 738	–	8 310	–	674	–	652	–	5 887	–	3 749
Nov.	–	4 210	–	10 065	–	3 189	–	989	–	9 760	–	4 483
Dez.	–	81 812	–	66 259	–	610	–	1 459	–	8 176	–	56 013
2016 Jan.	–	6 853	–	4 029	–	3 139	–	445	–	4 467	–	3 145

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2015 Juli	3 090 151	1 221 858	127 304	78 068	573 641	442 844	240 956	1 627 336	6 547
Aug.	3 102 971	1 220 091	127 949	78 219	575 058	438 864	242 990	1 639 890	6 547
Sept.	3 122 025	1 222 188	128 693	76 802	578 861	437 832	263 733	1 636 105	6 547
Okt.	3 123 763	1 230 497	128 019	76 149	584 747	441 581	257 440	1 635 825	6 547
Nov.	3 127 974	1 220 432	131 208	77 138	574 987	437 098	256 180	1 651 361	6 547
Dez.	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 Jan.	3 039 308	1 158 202	127 460	75 234	571 278	384 231	259 936	1 621 171	6 356

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Januar 2016

bis unter 2	1 011 160	464 681	41 598	31 202	239 241	152 638	50 875	495 606	2 800
2 bis unter 4	643 933	276 237	37 736	22 084	142 477	73 939	43 961	323 735	306
4 bis unter 6	482 982	185 787	22 630	8 707	97 235	57 215	40 964	256 231	341
6 bis unter 8	284 704	85 517	14 237	5 900	38 830	26 549	20 492	178 695	310
8 bis unter 10	229 883	63 764	7 897	5 344	26 909	23 614	13 184	152 935	1 092
10 bis unter 15	113 586	28 532	3 051	1 740	10 252	13 489	13 954	71 100	540
15 bis unter 20	53 137	10 669	45	183	6 669	3 771	3 301	39 168	-
20 und darüber	219 923	43 016	265	72	9 664	33 015	73 205	103 703	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtjährigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtjährigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	-	1 760	-	2 286	887 217		
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	-	1 443	-	3 060	-	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188	
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063	
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442	
2015 Juli	178 106	55	157	21	109	-	-	135	-	40	-	58	1 671 490	
Aug.	177 167	-	1 042	119	72	2	-	1 050	-	77	-	109	1 544 386	
Sept.	178 058	994	965	13	13	-	-	32	-	93	-	58	1 469 146	
Okt.	178 797	739	893	-	-	6	-	-	-	93	-	64	1 614 655	
Nov.	176 443	-	2 354	319	18	85	-	-	-	931	-	1 845	1 685 764	
Dez.	177 416	973	1 081	-	-	23	-	-	-	73	-	48	1 614 442	
2016 Jan.	177 279	-	136	112	43	-	-	-	-	222	-	68	1 468 888	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.											
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2015 Sept.	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	1,6	2,7	139,69	113,41	460,31	9 660,44
Okt.	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,6	2,8	140,17	113,79	512,31	10 850,14
Nov.	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	1,4	2,8	140,48	113,82	534,95	11 382,23
Dez.	0,5	0,4	0,4	0,6	0,5	1,4	2,7	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	1,6	2,8	141,46	115,09	464,93	9 798,11
Febr.	0,2	0,1	0,1	0,2	0,4	1,3	2,8	142,48	116,73	451,93	9 495,40

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer				Ausländer 5)	
		zusammen	Publikumsfonds			Spezialfonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren 3)							
			zusammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds			Immo-bilien-fonds		zusammen	darunter ausländische Anteile				
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	- 3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	- 7 576	- 694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	- 3 062	- 1 562	117 738	22 855	- 3 438	
2013	123 743	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	771	100	116 904	32 305	6 069	
2014	139 011	97 711	3 998	- 473	862	1 000	93 713	41 302	144 168	819	- 1 745	143 349	43 046	- 5 154	
2015	181 632	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	7 362	494	168 754	35 001	5 515	
2015 Juli	7 114	2 216	2 851	- 22	2 652	- 263	- 635	4 898	6 677	1 317	- 60	5 360	4 958	437	
Aug.	11 303	9 967	2 248	89	1 686	331	7 719	1 336	10 352	- 636	- 500	10 988	1 836	951	
Sept.	8 192	9 839	2 240	593	1 037	342	7 599	- 1 647	5 970	- 1 748	- 1 341	7 718	- 306	2 222	
Okt.	12 061	8 164	2 738	- 46	2 020	354	5 426	3 898	12 060	237	417	11 823	3 481	1	
Nov.	7 478	6 401	2 786	- 176	2 186	193	3 615	1 077	8 427	1 025	65	7 402	1 142	- 949	
Dez.	26 600	26 955	5 428	- 248	5 262	487	21 527	- 355	25 069	- 1 935	- 2 182	27 004	1 827	1 531	
2016 Jan.	17 478	15 246	2 675	366	673	1 335	12 571	2 232	18 048	- 339	- 397	18 387	2 629	- 570	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig. Korrekturen werden nicht besonders angemerkt. Die Ergebnisse für 2012 bis 2015 sind durch Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik teilweise korrigiert.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014			2015		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	- 1,51	0,61	- 10,68	- 7,22	14,39	- 4,86	- 8,74	6,37	20,30
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,65	0,18	- 1,63	0,29	0,10	- 3,53	- 1,47	0,49	0,32
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 2,61	1,56	- 1,62	- 0,13	- 0,44	0,40	- 1,06	0,93	- 1,42
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,03	- 1,39	- 3,24	0,42	0,54	- 3,93	- 0,42	- 0,43	1,74
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 4,87	- 1,27	- 1,88	1,05	0,06	- 2,74	- 0,07	0,24	0,94
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,34	- 0,32	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 2,14	- 1,26	0,05	- 0,43	- 0,52	0,75	- 0,27	0,87
Staat	.	0,07	- 0,57	0,66	0,80	- 2,12	- 0,28	- 0,08	0,39
Schuldverschreibungen des Auslands	2,22	1,44	0,26	- 0,76	0,04	- 0,80	- 1,40	0,25	- 0,61
Kredite insgesamt	20,32	39,09	37,54	2,36	15,72	11,11	18,72	0,76	7,99
kurzfristige Kredite	9,78	55,02	33,19	5,97	16,15	3,98	21,84	1,63	2,72
langfristige Kredite	10,54	- 15,92	4,36	- 3,61	- 0,44	7,12	- 3,12	- 0,87	5,27
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	19,11	32,01	34,01	5,87	7,46	14,80	12,26	- 6,60	5,51
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	19,76	1,67	4,92	13,38	- 0,26	- 1,42	3,00
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,73	1,92	14,36	4,23	2,57	1,45	12,52	- 5,19	2,51
Staat	0,50	0,26	- 0,11	- 0,03	- 0,03	- 0,03	0,00	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	1,21	7,08	3,53	- 3,51	8,26	- 3,69	6,46	7,36	2,48
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	43,12	26,51	13,20	- 1,70	10,45	- 5,51	5,08	11,74	16,63
Anteilsrechte insgesamt	43,31	18,86	23,58	0,48	9,32	4,98	- 3,07	8,92	12,76
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	8,70	- 1,62	- 0,69	2,77	- 2,76	- 16,68	1,41	1,98
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	- 0,79	2,29	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 0,95	3,78	0,10	0,47	3,19	- 2,59	0,34	- 0,14
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	1,41	9,16	7,92	- 1,41	0,06	8,82	- 0,16	- 4,95
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	44,75	8,76	16,04	- 6,75	7,97	7,68	4,79	7,67	15,73
Anteile an Investmentfonds	- 0,20	7,65	- 10,38	- 2,18	1,13	- 10,50	8,15	2,82	3,87
Geldmarktfonds	0,03	- 0,15	0,23	- 0,16	- 0,01	- 0,08	- 0,25	0,17	- 0,06
Sonstige Investmentfonds	- 0,22	7,80	- 10,61	- 2,02	1,14	- 10,41	8,40	2,65	3,93
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,34	2,82	1,05	0,32	0,36	0,06	0,33	0,35	0,38
Finanzderivate	0,72	6,49	1,24	- 0,41	- 2,60	7,08	3,88	- 1,53	1,69
Sonstige Forderungen	86,39	165,90	- 83,99	- 25,34	- 22,40	- 43,99	- 34,86	40,11	7,21
Insgesamt	147,72	241,59	- 43,27	- 31,71	16,02	- 39,64	- 17,06	58,31	54,52
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	18,72	12,78	1,26	- 6,30	2,05	4,32	3,58	4,91	0,46
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,58	- 1,12	- 11,63	- 6,35	- 1,65	- 0,88	1,26	- 0,04	1,01
langfristige Schuldverschreibungen	20,30	13,90	12,89	0,05	3,70	5,20	2,32	4,95	- 0,55
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	5,10	4,23	1,76	- 0,15	- 0,15	0,95	2,73	- 0,70
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,34	- 0,32	- 0,10	0,53	0,59	- 0,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	2,85	4,08	1,10	0,24	0,42	1,26	1,86	- 0,42
Staat	.	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	- 0,00	0,01
Private Haushalte	.	1,50	0,20	0,32	- 0,07	- 0,16	0,22	0,29	0,03
Schuldverschreibungen des Auslands	.	7,67	- 2,97	- 8,06	2,20	4,17	2,63	2,18	1,16
Kredite insgesamt	3,16	48,82	16,76	27,45	- 18,06	- 8,26	40,27	19,63	- 0,74
kurzfristige Kredite	7,84	42,52	- 5,92	13,73	- 12,68	- 20,14	23,07	15,88	- 3,80
langfristige Kredite	- 4,68	6,31	22,68	13,72	- 5,38	11,88	17,20	3,75	3,06
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	- 18,60	17,03	36,37	20,69	- 7,89	4,42	29,17	7,26	- 0,82
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	19,76	1,67	4,92	13,38	- 0,26	- 1,42	3,00
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,62	8,99	18,39	8,94	- 4,01	- 5,54	22,23	9,32	- 1,02
Staat	- 18,85	- 21,80	- 1,78	10,08	- 8,80	- 3,43	7,20	- 0,64	- 2,80
Kredite aus dem Ausland	21,77	31,74	- 19,61	6,76	- 10,17	- 12,68	11,10	12,37	0,08
Anteilsrechte insgesamt	12,74	15,94	23,88	2,57	5,05	13,95	- 0,70	5,15	5,82
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	- 4,47	- 0,97	- 0,32	0,72	- 4,69	- 15,75	- 4,67	4,24
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	- 0,79	2,29	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 5,02	1,59	- 0,01	- 2,49	- 0,31	3,78	- 6,34	- 2,83
Staat	.	- 0,88	0,03	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00
Private Haushalte	.	- 8,21	2,80	0,47	0,90	1,57	- 5,43	0,61	4,95
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	7,80	9,72	2,19	3,59	6,65	16,02	6,38	- 1,55
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	9,44	12,60	15,13	0,70	0,75	11,99	- 0,97	3,44	3,13
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,74	6,34	6,05	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	8,09	3,72	1,93	2,46	- 4,73	1,92	10,89	- 16,16	- 1,04
Sonstige Verbindlichkeiten	18,80	29,82	- 2,09	- 2,78	15,85	- 11,50	30,86	21,88	2,55
Insgesamt	69,25	117,41	47,79	24,92	1,67	1,95	86,42	36,92	8,57

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014			2015		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	413,7	411,8	406,4	359,0	389,9	406,4	385,1	395,4	429,7
Schuldverschreibungen insgesamt	51,9	48,6	47,5	50,9	51,1	47,5	46,5	46,2	46,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,6	5,1	6,8	6,8	6,4	6,8	5,7	6,7	5,2
langfristige Schuldverschreibungen	48,3	43,5	40,8	44,1	44,7	40,8	40,8	39,5	41,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	24,6	22,9	25,5	25,6	22,9	23,0	23,0	23,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	5,0	4,7	4,6	4,1	4,5	4,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	13,8	12,7	13,6	13,2	12,7	13,5	13,2	14,0
Staat	.	6,1	5,7	6,9	7,7	5,7	5,4	5,3	5,6
Schuldverschreibungen des Auslands	.	24,0	24,6	25,4	25,5	24,6	23,5	23,2	22,4
Kredite insgesamt	411,5	456,6	498,6	469,9	487,7	498,6	518,1	517,8	523,9
kurzfristige Kredite	291,4	351,7	385,7	364,7	381,9	385,7	406,7	407,6	409,9
langfristige Kredite	120,1	104,9	112,8	105,3	105,8	112,8	111,4	110,1	113,9
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	284,8	316,8	350,8	328,5	336,0	350,8	360,8	354,2	359,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	247,2	228,9	233,8	247,2	246,9	245,5	248,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	80,9	82,9	97,2	93,2	95,8	97,2	107,4	102,3	104,1
Staat	6,3	6,5	6,4	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4
Kredite an das Ausland	126,7	139,8	147,8	141,4	151,7	147,8	157,3	163,6	164,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 638,4	1 805,7	1 901,3	1 831,0	1 870,1	1 901,3	2 126,4	2 049,0	1 943,8
Anteilsrechte insgesamt	1 509,5	1 667,6	1 765,8	1 689,1	1 724,9	1 765,8	1 975,4	1 898,9	1 793,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	275,4	262,2	266,0	254,6	262,2	290,6	274,6	239,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	260,5	248,9	252,2	283,1	267,4	233,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	5,7	10,0	5,5	5,7	10,0	7,4	7,2	5,9
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	52,2	62,1	63,5	62,1	62,1	72,6	70,4	65,1
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 240,4	1 340,0	1 441,5	1 359,5	1 408,1	1 441,5	1 612,2	1 554,0	1 489,9
Anteile an Investmentfonds	129,0	138,1	135,5	141,9	145,2	135,5	151,0	150,0	149,8
Geldmarktfonds	.	1,1	1,2	1,5	1,4	1,2	0,9	1,1	1,0
Sonstige Investmentfonds	129,0	137,0	134,4	140,4	143,9	134,4	150,1	149,0	148,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	43,3	46,1	47,3	46,8	47,2	47,3	47,6	48,0	48,3
Finanzderivate	18,0	16,8	22,6	13,5	13,2	22,6	26,0	24,0	25,3
Sonstige Forderungen	824,3	893,3	868,6	859,8	866,4	868,6	911,4	937,8	934,9
Insgesamt	3 400,9	3 678,9	3 792,2	3 631,0	3 725,7	3 792,2	4 061,1	4 018,1	3 952,1
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	130,9	138,9	150,9	138,0	143,1	150,9	159,5	157,2	158,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	14,6	13,4	1,8	4,4	2,7	1,8	2,3	2,3	3,3
langfristige Schuldverschreibungen	116,3	125,4	149,1	133,6	140,4	149,1	157,1	154,9	154,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	51,1	60,0	57,4	58,5	60,0	63,3	63,7	62,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	5,0	4,7	4,6	4,1	4,5	4,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	30,8	39,6	36,1	37,7	39,6	42,7	43,8	42,6
Staat	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	.	15,6	15,8	16,2	16,0	15,8	16,4	15,3	15,2
Schuldverschreibungen des Auslands	.	87,8	90,9	80,6	84,6	90,9	96,2	93,5	96,1
Kredite insgesamt	1 326,1	1 415,4	1 409,0	1 452,1	1 435,5	1 409,0	1 453,4	1 472,5	1 469,9
kurzfristige Kredite	429,1	486,7	480,1	511,8	501,3	480,1	506,6	521,1	515,0
langfristige Kredite	897,0	928,7	928,9	940,3	934,2	928,9	946,8	951,4	954,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 049,5	1 101,1	1 111,2	1 134,7	1 125,3	1 111,2	1 138,5	1 146,2	1 145,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	247,2	228,9	233,8	247,2	246,9	245,5	248,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	805,7	811,8	810,1	838,0	832,6	810,1	831,7	841,4	840,0
Staat	46,3	61,9	54,0	67,8	59,0	54,0	59,9	59,3	57,0
Kredite aus dem Ausland	276,7	314,3	297,9	317,5	310,1	297,9	314,9	326,3	324,5
Anteilsrechte insgesamt	2 127,9	2 433,5	2 535,1	2 464,9	2 425,1	2 535,1	2 852,3	2 707,6	2 476,6
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	571,9	557,7	572,9	542,1	557,7	651,4	597,2	539,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	260,5	248,9	252,2	283,1	267,4	233,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	120,3	121,6	125,6	116,7	121,6	152,0	131,5	118,7
Staat	.	35,2	35,2	35,6	34,1	35,2	42,9	39,5	41,1
Private Haushalte	.	146,6	148,7	151,2	142,4	148,7	173,4	158,8	146,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	670,8	732,2	693,0	674,9	732,2	869,7	817,5	705,4
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 132,8	1 190,9	1 245,2	1 198,9	1 208,1	1 245,2	1 331,2	1 292,9	1 231,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	237,6	243,9	249,9	246,9	248,4	249,9	251,5	253,0	254,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	40,2	37,3	54,0	42,0	44,4	54,0	63,9	46,6	44,7
Sonstige Verbindlichkeiten	951,9	971,4	1 001,9	949,5	977,7	1 001,9	1 047,9	1 036,2	1 039,8
Insgesamt	4 814,5	5 240,3	5 400,9	5 293,4	5 274,1	5 400,9	5 828,4	5 673,0	5 443,6

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014			2015		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	75,38	63,95	85,85	20,39	16,47	40,26	14,63	31,14	8,52
Bargeld	0,91	8,16	15,65	4,57	3,32	6,95	4,14	7,19	3,04
Einlagen insgesamt	74,47	55,79	70,20	15,81	13,15	33,32	10,49	23,96	5,48
Sichteinlagen	90,08	89,41	73,84	19,91	11,88	33,62	19,30	34,43	15,01
Termineinlagen	- 5,21	- 9,78	8,76	1,31	0,94	4,14	- 2,32	- 3,12	- 4,21
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 10,39	- 23,85	- 12,41	- 5,42	0,33	- 4,44	- 6,49	- 7,35	- 5,32
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,39	- 17,81	- 18,00	- 2,52	- 7,47	- 5,89	- 7,38	- 5,09	- 1,87
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,26	- 0,36	- 0,67	- 0,08	- 0,39	- 0,32	0,29	0,31	0,28
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,13	- 17,45	- 17,33	- 2,44	- 7,09	- 5,57	- 7,66	- 5,40	- 2,14
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		- 14,86	- 15,08	- 2,64	- 5,92	- 4,25	- 4,76	- 2,98	- 0,16
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		1,24	0,02	0,27	- 0,11	- 0,23	0,21	0,23	0,02
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 12,46	- 12,52	- 2,25	- 4,92	- 3,58	- 4,05	- 2,40	0,44
Staat		- 3,64	- 2,58	- 0,65	- 0,89	- 0,44	- 0,91	- 0,81	- 0,61
Schuldverschreibungen des Auslands		- 2,94	- 2,93	0,12	- 1,56	- 1,64	- 2,62	- 2,11	- 1,71
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	- 3,51	9,63	36,87	10,69	7,55	10,43	4,53	10,53	16,85
Anteilsrechte insgesamt	- 0,08	- 0,41	12,17	3,79	1,00	3,95	- 6,26	2,87	11,73
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		- 5,63	4,61	2,07	0,25	1,79	- 6,53	1,13	6,67
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		- 5,29	2,69	0,44	0,85	1,55	- 5,50	0,49	6,03
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 0,35	1,93	- 2,64	- 5,92	- 4,25	- 1,03	0,64	0,64
Börsennotierte Aktien des Auslands		2,99	3,70	0,65	0,08	1,06	0,66	0,80	3,00
Übrige Anteilsrechte 1)	2,58	2,24	3,86	1,06	0,68	1,10	- 0,39	0,95	2,07
Anteile an Investmentfonds	- 3,42	10,04	24,70	6,91	6,55	6,49	10,79	7,66	5,12
Geldmarktfonds	0,46	- 0,30	- 0,34	- 0,16	- 0,10	0,12	- 0,16	- 0,02	- 0,10
Sonstige Investmentfonds	- 3,88	10,34	25,04	7,07	6,65	6,37	10,95	7,68	5,22
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	22,62	26,02	22,96	5,64	5,20	5,48	4,20	4,20	4,15
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	26,68	29,45	29,55	6,27	4,96	7,80	13,03	8,15	4,83
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	27,39	19,39	19,90	4,23	2,73	4,97	9,66	4,95	6,95
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	15,54	11,93	- 23,85	- 9,09	3,44	- 23,38	12,95	- 9,56	0,17
Insgesamt	146,72	142,56	153,26	35,62	32,88	39,68	51,62	44,33	39,61
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	15,65	11,96	19,33	5,93	9,18	4,20	3,59	11,78	14,56
kurzfristige Kredite	- 1,16	- 3,31	- 1,98	0,50	- 1,26	- 2,04	1,00	- 1,26	- 1,51
langfristige Kredite	16,81	15,27	21,31	5,43	10,44	6,24	2,59	13,04	16,07
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,59	18,89	23,60	5,75	9,10	8,35	2,30	10,24	13,76
Konsumentenkredite	- 0,99	- 0,30	1,21	0,13	1,33	- 1,71	1,57	2,15	1,40
Gewerbliche Kredite	- 1,95	- 6,64	- 5,49	0,04	- 1,25	- 2,44	- 0,29	- 0,61	- 0,60
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	15,17	12,60	18,87	6,10	9,60	4,17	3,27	11,60	15,09
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	0,48	- 0,60	0,45	- 0,17	- 0,42	0,03	0,32	0,18	- 0,53
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1,36	- 0,01	- 0,12	- 0,02	0,30	- 0,59	0,34	0,05	- 0,01
Insgesamt	17,01	11,94	19,20	5,91	9,48	3,61	3,93	11,82	14,55

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2014			2015		
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 848,7	1 912,4	1 998,0	1 941,2	1 957,7	1 998,0	2 014,3	2 045,4	2 054,0
Bargeld	105,5	113,6	129,3	119,0	122,3	129,3	133,4	140,6	143,6
Einlagen insgesamt	1 743,2	1 798,8	1 868,7	1 822,2	1 835,4	1 868,7	1 880,9	1 904,8	1 910,3
Sichteinlagen	818,3	907,8	981,4	935,9	947,8	981,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1
Termineinlagen	255,9	245,9	254,7	249,5	250,5	254,7	254,0	250,9	246,4
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	669,0	645,1	632,7	636,8	637,1	632,7	626,2	618,9	613,8
Schuldverschreibungen insgesamt	200,1	179,0	162,2	176,4	168,9	162,2	156,8	149,2	144,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	2,7	2,1	2,8	2,4	2,1	2,4	2,7	3,0
langfristige Schuldverschreibungen	197,0	176,3	160,1	173,6	166,5	160,1	154,3	146,5	141,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		116,9	102,4	112,9	107,1	102,4	98,6	94,3	92,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		14,2	14,1	14,7	14,5	14,1	14,8	13,7	13,5
finanzielle Kapitalgesellschaften		90,7	78,7	87,4	82,6	78,7	75,1	72,9	71,5
Staat		12,0	9,6	10,9	10,0	9,6	8,7	7,8	7,1
Schuldverschreibungen des Auslands		62,0	59,8	63,4	61,8	59,8	58,2	54,9	51,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	820,2	885,9	951,4	923,4	928,9	951,4	1 051,1	1 018,4	982,1
Anteilsrechte insgesamt	446,8	487,6	508,9	502,8	497,2	508,9	563,4	537,0	518,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		167,4	169,7	171,5	163,0	169,7	197,9	179,6	168,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		140,4	142,1	144,9	136,2	142,1	165,4	151,1	140,2
finanzielle Kapitalgesellschaften		26,9	27,6	26,6	26,9	27,6	32,5	28,5	28,2
Börsennotierte Aktien des Auslands		55,8	64,0	60,6	63,2	64,0	74,6	71,7	67,9
Übrige Anteilsrechte 1)	255,7	264,4	275,3	270,7	271,0	275,3	290,9	285,7	282,0
Anteile an Investmentfonds	373,4	398,3	442,5	420,6	431,7	442,5	487,7	481,3	463,8
Geldmarktfonds	23,7	4,4	4,0	4,1	4,0	4,0	3,8	3,8	3,7
Sonstige Investmentfonds	349,7	393,8	438,5	416,5	427,7	438,5	483,8	477,5	460,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	273,3	291,3	307,3	299,5	303,6	307,3	311,5	315,7	319,8
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	809,1	847,3	885,6	869,7	876,0	885,6	899,7	908,5	913,6
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	677,1	708,3	740,0	723,0	728,8	740,0	749,6	754,6	761,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	37,1	36,7	35,8	36,4	36,0	35,8	35,6	35,5	35,1
Insgesamt	4 665,5	4 860,9	5 080,3	4 969,6	4 999,9	5 080,3	5 218,5	5 227,2	5 210,1
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 538,5	1 549,6	1 569,2	1 555,5	1 564,7	1 569,2	1 571,6	1 583,2	1 597,3
kurzfristige Kredite	71,5	66,4	64,6	67,7	66,5	64,6	65,6	64,1	62,6
langfristige Kredite	1 467,0	1 483,2	1 504,7	1 487,8	1 498,3	1 504,7	1 506,0	1 519,1	1 534,7
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 072,7	1 092,9	1 116,8	1 099,1	1 108,9	1 116,8	1 119,1	1 129,5	1 143,0
Konsumentenkredite	194,3	188,7	188,9	189,9	190,6	188,9	189,2	191,2	192,2
Gewerbliche Kredite	271,4	268,0	263,6	266,5	265,2	263,6	263,3	262,5	262,1
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 446,6	1 458,4	1 477,6	1 463,5	1 473,1	1 477,6	1 479,6	1 491,0	1 505,7
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	91,2	91,7	92,1	91,7	91,7	92,0	92,2	91,6
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	14,9	15,0	14,9	15,9	16,7	14,9	16,3	16,1	16,2
Insgesamt	1 553,4	1 564,6	1 584,2	1 571,4	1 581,4	1 584,2	1 587,9	1 599,2	1 613,5

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo 1)										
2009	- 79,6	- 40,5	- 19,5	- 5,1	- 14,4	- 3,2	- 1,6	- 0,8	- 0,2	- 0,6
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 1,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,6
2012 p)	- 2,4	- 16,3	- 7,3	+ 2,9	+ 18,3	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 3,1	- 7,7	- 3,1	+ 2,3	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 p)	+ 8,9	+ 8,6	- 0,6	- 2,4	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
2015 ts)	+ 19,4	+ 10,3	+ 0,4	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. p)	+ 11,1	+ 1,7	- 0,7	+ 3,5	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,2	+ 6,9	+ 0,1	- 5,9	- 3,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. ts)	+ 14,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 5,5	+ 4,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ts)	+ 4,5	+ 7,6	- 2,2	- 1,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1
Schuldenstand 2)										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2009	1 783,7	1 079,7	585,3	133,3	1,3	72,5	43,9	23,8	5,4	0,1
2010	2 090,0	1 332,2	631,5	142,8	1,3	81,0	51,6	24,5	5,5	0,1
2011	2 118,5	1 341,5	646,6	146,7	1,3	78,4	49,6	23,9	5,4	0,0
2012 p)	2 195,8	1 386,2	675,2	150,8	1,2	79,7	50,3	24,5	5,5	0,0
2013 p)	2 181,9	1 389,5	656,4	153,4	1,3	77,4	49,3	23,3	5,4	0,0
2014 p)	2 184,3	1 396,4	649,6	154,7	1,4	74,9	47,9	22,3	5,3	0,0
2014 1.Vj. p)	2 171,0	1 386,7	648,6	153,2	1,2	76,1	48,6	22,7	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 179,0	1 395,3	647,6	154,1	1,1	75,9	48,6	22,6	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 180,2	1 391,4	650,2	154,5	1,1	75,4	48,1	22,5	5,3	0,0
4.Vj. p)	2 184,3	1 396,4	649,6	154,7	1,4	74,9	47,9	22,3	5,3	0,0
2015 1.Vj. p)	2 183,9	1 397,8	650,9	156,1	1,4	74,3	47,6	22,1	5,3	0,0
2.Vj. p)	2 150,0	1 380,7	631,5	155,7	1,4	72,5	46,6	21,3	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 152,0	1 374,7	640,1	156,1	1,5	71,9	45,9	21,4	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt 1)
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:						
		Steuern	Sozial- beiträge	sonstige		Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2009	1 090,9	554,7	415,6	120,6	1 170,5	624,8	197,8	65,0	58,3	224,6	- 79,6	974,3
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012 p)	1 222,1	623,9	454,2	144,0	1 224,5	644,4	212,9	63,1	62,2	241,9	- 2,4	1 082,6
2013 p)	1 252,5	642,0	464,9	145,5	1 255,6	665,7	218,6	56,0	63,5	251,7	- 3,1	1 111,3
2014 p)	1 299,6	665,1	481,9	152,6	1 290,7	691,1	224,6	51,5	63,2	260,3	+ 8,9	1 151,5
2015 ts)	1 350,0	697,2	501,2	151,7	1 330,6	721,6	230,7	48,5	65,9	263,8	+ 19,4	1 203,7
in % des BIP												
2009	44,3	22,5	16,9	4,9	47,6	25,4	8,0	2,6	2,4	9,1	- 3,2	39,6
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012 p)	44,4	22,6	16,5	5,2	44,4	23,4	7,7	2,3	2,3	8,8	- 0,1	39,3
2013 p)	44,4	22,8	16,5	5,2	44,5	23,6	7,8	2,0	2,3	8,9	- 0,1	39,4
2014 p)	44,6	22,8	16,5	5,2	44,3	23,7	7,7	1,8	2,2	8,9	+ 0,3	39,5
2015 ts)	44,6	23,0	16,6	5,0	44,0	23,8	7,6	1,6	2,2	8,7	+ 0,6	39,8
Zuwachsraten in %												
2009	- 1,9	- 5,3	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,9	+ 5,5	+ 4,6	- 5,1	+ 10,7	+ 5,1	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	- 6,5	+ 1,4	+ 2,0	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,7	- 11,2	+ 2,1	+ 4,0	.	+ 2,6
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7	- 8,1	- 0,5	+ 3,4	.	+ 3,6
2015 ts)	+ 3,9	+ 4,8	+ 4,0	- 0,6	+ 3,1	+ 4,4	+ 2,7	- 5,7	+ 4,2	+ 1,4	.	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	235,9	293,1	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,5	551,0	+ 3,5	1 245,2	1 236,6	+ 8,6
2013 1.Vj. p)	178,0	148,6	2,6	187,8	53,7	74,9	22,5	6,0	2,9	- 9,8	128,5	132,3	- 3,8	281,3	294,9	- 13,6
2.Vj. p)	193,8	155,3	4,8	185,0	54,7	68,7	14,2	8,5	8,0	+ 8,8	133,1	132,6	+ 0,5	302,0	292,7	+ 9,4
3.Vj. p)	183,8	151,8	2,4	192,3	55,2	70,9	20,1	11,6	3,2	- 8,5	131,6	132,6	- 1,0	290,4	299,9	- 9,5
4.Vj. p)	204,7	164,2	4,6	207,5	60,8	71,0	10,0	15,4	8,3	- 2,8	142,7	134,2	+ 8,5	321,9	316,2	+ 5,7
2014 1.Vj. p)	188,1	153,6	2,0	193,8	56,7	77,8	20,1	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	295,9	304,9	- 8,9
2.Vj. p)	193,2	157,4	2,2	188,3	56,9	71,9	9,8	9,8	8,2	+ 4,9	136,4	135,8	+ 0,6	304,6	299,1	+ 5,5
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,6	57,0	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,6	- 2,5
4.Vj. p)	219,1	174,9	3,5	211,9	65,4	73,6	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,7	327,7	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	207,9	167,7	1,5	185,3	59,4	73,3	7,2	9,2	3,0	+ 22,7	142,4	142,3	+ 0,1	324,6	301,8	+ 22,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

rens stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungsverkäufe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,2	- 0,3	337,9	335,8	+ 2,0	218,8	219,0	- 0,2
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,9	52,2	+ 2,7
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,5	- 0,6
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,2	61,2	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	57,5	53,2	+ 4,3
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	58,1	56,5	+ 1,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2015	...	580 485	308 849	240 698	30 938	27 241
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558
4.Vj.	...	156 200	84 089	64 613	7 499	6 618
2015 Jan.	.	40 311	20 274	17 461	2 576	.	.	2 144
2016 Jan.	.	41 830	22 631	18 626	573	.	.	2 163

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049	
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059	
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783	
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139	
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741	
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907	
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453	
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701	
2015 Jan.	43 223	19 272	14 995	868	385	3 024	16 280	12 683	3 597	- 0	5 466	1 855	350	2 911	
2016 Jan.	44 801	19 887	15 117	1 029	1 336	2 406	17 796	13 992	3 804	- 10	4 989	1 753	386	2 972	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689
2015 Jan.	246	513	1 079	1 218	1 057	621	189	542	.	875	751	229	.	.	.
2016 Jan.	241	556	1 105	1 213	921	588	195	171	.	1 062	463	229	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015 p)	275 555	194 511	79 947	277 370	236 954	16 698	- 1 815	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltversicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)		Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015 7)	210 017	195 773	11 500	213 615	68 141	34 608	35 743	13 475	13 608	11 231	10 402	- 3 598
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	+ 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2009	1 783 669	4 440	556 202	188 858	136 638	897 531
2010	2 090 037	4 440	688 938	208 244	135 883	1 052 532
2011	2 118 535	4 440	629 678	208 005	123 907	1 152 505
2012	2 195 819	4 440	633 355	200 406	144 172	1 213 445
2013	2 181 924	4 440	623 685	190 921	150 379	1 212 500
2014 p)	2 184 325	4 440	611 873	190 343	138 430	1 239 239
2013 1.Vj.	2 184 951	4 440	625 566	194 817	148 833	1 211 296
2.Vj.	2 185 626	4 440	618 479	201 034	141 755	1 219 918
3.Vj.	2 166 992	4 440	619 743	191 759	148 347	1 202 703
4.Vj.	2 181 924	4 440	623 685	190 921	150 379	1 212 500
2014 1.Vj. p)	2 170 979	4 440	620 478	190 620	134 896	1 220 546
2.Vj. p)	2 178 989	4 440	618 658	189 862	135 638	1 230 392
3.Vj. p)	2 180 165	4 440	620 462	189 118	132 664	1 233 481
4.Vj. p)	2 184 325	4 440	611 873	190 343	138 430	1 239 239
2015 1.Vj. p)	2 183 890	4 440	619 519	189 242	149 004	1 221 685
2.Vj. p)	2 150 046	4 440	606 064	187 345	171 957	1 180 239
3.Vj. p)	2 151 964	4 440	610 050	188 220	194 192	1 155 062

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 605	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 307	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 241	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 198	4 440	2
2013 2.Vj.	1 806 613	57 919	415 548	234 612	5 890	679 494	1 516	295 700	23	111 469	4 440	2
3.Vj.	1 794 764	54 808	417 120	247 942	4 970	672 215	1 464	280 055	28	111 721	4 440	2
4.Vj.	1 816 536	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 948	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 802	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 899	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 822 342	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	286 242	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 961	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	281 400	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 784	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	282 492	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 955	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 575	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 893	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	271 284	42	110 944	4 440	2
3.Vj. p)	1 810 699	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	269 566	42	110 741	4 440	2
Bund 7) 8) 9)												
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 229	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	-	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	-	7 996	4 440	2
Länder												
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 571	1 975	283 601	154 545	62	97 387	.	1
2012	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 2.Vj.	538 458	1 425	303 722	133 435	5	99 871	.	1
3.Vj.	538 070	270	307 046	130 755	10	99 989	.	1
4.Vj.	546 334	125	313 412	134 418	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 650	261	309 346	132 537	10	98 495	.	1
2.Vj.	543 169	1 098	314 024	129 130	5	98 913	.	1
3.Vj.	547 267	856	322 362	125 767	5	98 276	.	1
4.Vj.	550 200	0	326 188	125 310	5	98 697	.	1
2015 1.Vj. p)	547 683	1 821	323 055	124 140	5	98 662	.	1
2.Vj. p)	538 480	2 040	320 492	117 821	5	98 121	.	1
3.Vj. p)	543 834	2 056	326 447	117 081	5	98 245	.	1
Gemeinden 10)												
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013 2.Vj.	137 102	.	-	.	.	523	.	133 530	18	3 030	.	.
3.Vj.	137 625	.	-	.	.	523	.	134 053	18	3 030	.	.
4.Vj.	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	.	-	.	.	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	.	-	.	.	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	.	-	.	.	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 456	.	-	.	.	1 297	.	136 674	37	4 448	.	.
2015 1.Vj. p)	147 230	.	-	.	.	1 597	.	141 146	37	4 450	.	.
2.Vj. p)	146 776	.	-	.	.	1 847	.	140 442	37	4 450	.	.
3.Vj. p)	147 194	.	-	.	.	1 997	.	140 710	37	4 450	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Alt-

verbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 9 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 10 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2014			2015			2014				2015			
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %										
Preisbereinigt, verkettet														
I. Entstehung des Inlandsprodukts														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	106,3	108,1	110,2	0,4	1,6	2,0	0,4	1,6	1,1	1,1	2,3	2,4	2,0	
Baugewerbe	101,3	104,0	104,2	- 1,2	2,6	0,3	1,7	0,2	- 0,4	- 2,3	- 0,7	- 0,3	3,6	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	103,9	105,2	106,9	- 2,4	1,3	1,6	0,6	0,7	1,5	1,6	1,3	1,6	1,9	
Information und Kommunikation	122,6	125,5	129,1	6,0	2,4	2,8	2,2	2,5	2,4	1,9	2,9	2,9	3,8	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	99,1	99,8	98,8	0,5	0,6	- 0,9	1,9	- 0,0	0,2	0,0	- 1,2	- 2,1	- 0,4	
Grundstücks- und Wohnungswesen	102,6	103,6	105,0	1,4	1,0	1,4	0,9	1,0	0,9	0,9	1,2	1,7	1,7	
Unternehmensdienstleister ¹⁾	104,0	106,6	109,4	0,6	2,4	2,7	1,7	2,6	2,2	1,9	2,7	2,5	3,5	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,6	103,7	104,9	0,6	1,0	1,2	0,6	0,7	1,2	1,4	1,6	1,1	0,8	
Sonstige Dienstleister	98,4	98,5	98,9	- 0,9	0,1	0,4	- 0,4	- 0,0	0,0	- 0,1	0,4	0,2	1,0	
Bruttowertschöpfung	104,4	106,0	107,6	0,3	1,5	1,5	0,9	1,3	1,2	1,1	1,6	1,5	1,9	
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,0	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1	
II. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben ³⁾	103,0	103,9	106,0	0,6	0,9	1,9	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1	1,6	
Konsumausgaben des Staates	103,0	104,8	107,2	0,8	1,7	2,4	1,9	1,8	2,0	2,2	2,3	2,3	2,7	
Ausrüstungen	101,6	106,3	111,4	- 2,3	4,5	4,8	4,5	3,8	2,3	3,9	3,4	5,4	6,3	
Bauten	107,5	110,7	111,0	- 1,1	2,9	0,3	0,5	- 0,0	1,1	- 2,2	- 0,1	0,2	3,3	
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,3	109,7	112,6	- 0,3	3,1	2,7	3,2	3,7	3,7	2,7	2,7	2,8	2,7	
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,2	
Inländische Verwendung	102,7	104,1	105,7	0,8	1,3	1,6	1,1	0,0	1,5	1,4	0,8	1,9	2,3	
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,5	0,4	0,2	- 0,1	1,1	0,2	0,0	0,9	- 0,1	0,0	
Exporte	113,0	117,6	123,9	1,6	4,0	5,4	2,7	4,7	4,4	4,8	6,5	5,2	5,0	
Importe	109,9	114,0	120,7	3,1	3,7	5,8	3,3	2,4	4,6	5,8	5,4	6,2	5,8	
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,0	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1	
In jeweiligen Preisen (Mrd €)														
III. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben ³⁾	1 562,7	1 592,2	1 633,4	1,9	1,9	2,6	1,7	1,5	2,3	2,6	2,7	2,8	2,3	
Konsumausgaben des Staates	541,9	564,0	586,7	3,7	4,1	4,0	4,5	4,1	4,0	3,6	3,9	3,9	4,7	
Ausrüstungen	181,3	189,8	200,1	- 2,0	4,7	5,4	4,4	4,0	2,6	4,3	4,0	6,1	6,9	
Bauten	277,2	291,8	297,7	1,6	5,2	2,0	3,3	1,8	2,7	- 0,2	1,6	1,7	4,9	
Sonstige Anlagen ⁴⁾	98,8	103,5	108,5	0,9	4,8	4,7	4,9	5,6	5,4	4,8	4,8	4,8	4,6	
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 10,5	- 22,0	- 36,5	
Inländische Verwendung	2 651,4	2 719,3	2 789,8	2,5	2,6	2,6	2,6	1,3	2,4	2,2	1,8	2,9	3,4	
Außenbeitrag	169,4	196,4	236,1	
Exporte	1 283,1	1 333,2	1 419,6	1,3	3,9	6,5	2,2	4,8	4,7	5,6	8,4	6,4	5,5	
Importe	1 113,7	1 136,8	1 183,5	1,3	2,1	4,1	1,5	1,1	3,1	3,4	4,6	4,9	3,5	
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 820,8	2 915,7	3 025,9	2,4	3,4	3,8	2,8	2,9	3,2	3,3	3,7	3,7	4,4	
IV. Preise (2010 = 100)														
Privater Konsum	104,9	105,9	106,6	1,2	1,0	0,6	1,0	1,0	0,7	0,4	0,9	0,6	0,7	
Bruttoinlandsprodukt	104,7	106,6	108,7	2,1	1,7	2,1	1,8	1,7	1,6	2,0	2,1	1,9	2,2	
Terms of Trade	98,3	99,7	102,4	1,4	1,5	2,7	1,4	1,3	1,7	3,1	2,6	2,4	2,8	
V. Verteilung des Volkseinkommens														
Arbeitnehmerentgelt	1 430,8	1 485,3	1 543,1	2,8	3,8	3,9	3,8	3,8	3,7	3,4	4,0	4,0	4,2	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,8	690,9	717,5	0,9	3,8	3,9	0,3	4,2	1,5	3,9	2,9	4,0	4,6	
Volkseinkommen	2 096,6	2 176,2	2 260,6	2,2	3,8	3,9	2,7	3,9	3,1	3,6	3,6	4,0	4,3	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 882,0	2 982,4	3 091,5	2,2	3,5	3,7	2,7	3,4	3,1	3,3	3,4	3,7	4,2	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). ³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2010=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,8	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015 ^{x)}	108,5	105,9	97,3	110,4	106,1	117,9	102,8	101,9	111,5	109,4	113,3	121,6
2014 4.Vj.	111,6	118,8	99,6	112,1	103,6	122,8	104,7	106,1	110,7	111,2	125,3	118,9
2015 1.Vj.	105,3	84,6	103,7	108,5	106,2	114,3	104,0	99,3	110,4	107,5	105,5	126,4
2.Vj.	108,4	108,2	91,9	110,6	107,6	117,7	101,5	100,7	113,4	108,0	114,5	122,2
3.Vj.	109,1	113,8	93,4	110,5	107,4	116,7	100,3	103,2	112,2	110,9	112,1	119,3
4.Vj. ^{x)}	111,2	117,0	100,4	111,8	103,4	122,8	105,3	104,4	109,9	111,2	121,1	118,4
2015 Jan.	98,3	71,6	105,5	101,2	102,0	102,2	95,7	97,5	105,1	100,6	94,1	111,5
Febr.	102,6	79,4	100,3	106,2	103,2	113,2	103,2	94,7	107,6	105,9	102,2	128,9
März	115,1	102,9	105,3	118,2	113,3	127,5	113,2	105,7	118,5	116,0	120,1	138,7
April	107,5	105,6	96,5	109,2	106,7	115,9	102,2	98,6	112,9	104,8	110,9	122,7
Mai	107,3	107,7	89,6	109,6	106,9	116,1	100,5	100,5	112,6	106,4	111,7	122,3
Juni	110,5	111,4	89,6	113,1	109,3	121,1	101,9	103,0	114,7	112,7	120,8	121,7
Juli ²⁾	111,6	115,9	94,4	113,3	109,6	121,0	97,5	104,8	114,6	111,5	114,9	128,4
Aug. ²⁾	102,4	110,4	91,0	102,7	102,7	104,1	90,9	100,9	106,0	105,2	104,5	98,7
Sept.	113,2	115,1	94,7	115,4	109,9	124,9	112,4	103,8	116,0	116,1	117,0	130,7
Okt. ^{x)}	113,9	118,4	98,9	115,2	110,2	123,3	109,7	106,7	117,8	112,4	114,8	132,3
Nov. ^{x)}	115,8	120,0	102,3	117,0	109,7	127,1	113,0	108,7	117,4	115,6	119,6	131,6
Dez. ^{x)}	103,9	112,6	100,0	103,2	90,2	117,9	93,3	97,7	94,5	105,6	129,0	91,3
2016 Jan. ^{x)p)}	100,5	75,4	103,7	103,7	102,7	106,1	101,4	100,0	107,9	104,5	95,7	110,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,2	+ 1,8
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,1	+ 4,1
2015 ^{x)}	+ 0,6	- 2,3	+ 5,0	+ 0,5	- 0,2	+ 1,1	+ 2,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,6	- 1,6	+ 1,8
2014 4.Vj.	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,8	± 0,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,8
2015 1.Vj.	+ 0,2	- 3,8	+ 4,7	+ 0,1	- 0,6	+ 0,9	+ 1,6	- 0,6	- 0,6	+ 1,3	- 2,4	+ 3,1
2.Vj.	+ 1,2	- 2,1	+ 7,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,9	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,3
3.Vj.	+ 1,1	- 2,3	+ 7,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,4	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 4,1
4.Vj. ^{x)}	- 0,3	- 1,5	+ 0,8	- 0,3	- 0,2	± 0,0	+ 0,6	- 1,6	- 0,7	± 0,0	- 3,3	- 0,4
2015 Jan.	+ 0,4	- 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,4	- 0,6	+ 0,3	+ 2,2	- 2,4	+ 3,5
Febr.	+ 0,2	- 7,0	+ 6,3	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6	+ 2,1	- 1,3	- 0,3	+ 1,5	- 1,7	+ 4,6
März	- 0,1	- 2,1	+ 6,7	- 0,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	- 1,6	+ 0,2	- 2,9	+ 1,5
April	+ 0,7	- 2,8	+ 9,0	+ 0,4	- 0,8	+ 2,2	+ 4,1	- 2,7	+ 0,7	- 0,4	+ 2,5	+ 0,2
Mai	+ 2,2	+ 0,1	+ 4,6	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,9	+ 6,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,7
Juni	+ 0,8	- 3,4	+ 7,7	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,2	- 0,3	+ 1,1	+ 1,3	- 1,0
Juli ²⁾	+ 0,5	- 2,8	+ 11,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1
Aug. ²⁾	+ 2,7	- 1,3	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,8	+ 5,0	+ 8,9	+ 0,4	+ 2,0	- 0,1	- 1,7	+ 17,8
Sept.	+ 0,1	- 2,6	+ 5,3	+ 0,1	+ 0,5	± 0,0	+ 1,7	- 1,3	+ 1,0	+ 0,8	- 5,9	+ 0,4
Okt. ^{x)}	+ 0,2	- 1,3	+ 0,5	+ 0,3	- 0,7	+ 2,2	+ 1,4	- 2,8	+ 0,9	- 1,8	- 1,3	+ 5,1
Nov. ^{x)}	+ 0,1	- 0,5	+ 4,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,8	+ 1,0	+ 0,2	- 1,3	- 0,6	- 3,1	- 2,0
Dez. ^{x)}	- 1,3	- 2,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 1,5	- 0,6	- 2,3	- 1,9	+ 2,8	- 5,2	- 5,5
2016 Jan. ^{x)p)}	+ 2,2	+ 5,3	- 1,7	+ 2,5	+ 0,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,9	+ 1,7	- 0,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ¹⁾ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ²⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. ²⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Industrie		davon:				davon:		davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,7	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2015	114,7	+ 2,0	103,0	- 0,9	122,9	+ 3,6	114,5	+ 3,3	106,6	+ 4,1	117,3	+ 3,2
2015 Jan.	112,8	+ 0,5	107,3	- 1,4	116,8	+ 2,4	111,6	- 2,9	104,8	+ 3,6	114,0	- 4,8
Febr.	111,9	- 0,4	101,7	- 2,4	118,0	+ 0,7	119,8	+ 2,0	101,4	+ 4,8	126,2	+ 1,3
März	125,0	+ 3,7	113,0	- 0,1	134,3	+ 5,9	118,6	+ 5,3	113,0	+ 0,3	120,5	+ 6,9
April	116,2	+ 3,4	104,4	- 1,1	125,2	+ 6,0	111,2	+ 3,9	104,2	- 3,6	113,6	+ 6,6
Mai	114,1	+ 6,4	105,0	+ 2,7	120,8	+ 8,8	111,8	+ 5,8	102,3	+ 4,3	115,1	+ 6,1
Juni	123,0	+ 8,8	106,6	+ 0,9	135,9	+ 14,3	113,8	+ 4,9	106,9	+ 1,9	116,2	+ 5,9
Juli	116,5	- 0,1	105,1	- 1,2	124,3	+ 0,2	118,7	+ 3,5	108,0	+ 10,3	122,4	+ 1,6
Aug.	103,1	+ 2,9	94,0	- 0,5	108,4	+ 5,3	110,8	+ 0,2	100,2	+ 6,4	114,4	- 1,6
Sept.	111,9	± 0,0	100,2	- 1,6	120,0	+ 0,9	113,3	+ 0,8	115,5	+ 6,0	112,5	- 1,0
Okt.	113,5	- 1,3	102,1	- 4,7	120,5	± 0,0	121,5	+ 6,0	114,5	+ 5,6	123,9	+ 6,1
Nov.	117,2	+ 2,2	105,5	+ 1,2	125,4	+ 2,5	116,6	+ 2,9	110,0	+ 4,9	118,9	+ 2,2
Dez.	110,8	- 1,7	90,5	- 2,3	125,6	- 2,6	106,7	+ 9,2	97,8	+ 5,3	109,8	+ 10,5
2016 Jan. p)	113,6	+ 0,7	101,7	- 5,2	120,5	+ 3,2	125,8	+ 12,7	108,0	+ 3,1	132,0	+ 15,8
aus dem Inland												
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,4	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,9	± 0,0	102,2	+ 2,7
2015	107,2	+ 1,5	99,0	- 1,8	115,8	+ 4,4	104,9	+ 2,4	103,0	+ 0,1	105,5	+ 3,2
2015 Jan.	105,6	- 1,1	103,0	- 3,6	108,5	+ 1,0	104,2	+ 0,9	103,2	+ 0,8	104,5	+ 0,9
Febr.	104,9	- 1,2	96,7	- 5,8	112,2	+ 2,7	110,5	+ 1,7	100,6	+ 0,4	114,0	+ 2,1
März	121,2	+ 3,8	108,2	± 0,0	136,1	+ 7,3	110,5	+ 2,4	108,5	- 4,0	111,2	+ 4,8
April	108,5	+ 0,7	100,9	- 3,1	117,5	+ 4,2	99,8	+ 0,8	102,8	- 4,5	98,8	+ 2,9
Mai	106,2	+ 2,2	101,6	+ 0,3	111,7	+ 3,5	101,0	+ 5,9	94,4	+ 1,5	103,3	+ 7,3
Juni	106,7	+ 1,4	100,6	- 1,3	113,8	+ 4,1	101,3	+ 1,4	100,9	- 5,3	101,4	+ 3,9
Juli	111,9	+ 3,1	101,4	- 2,5	122,8	+ 8,6	109,5	+ 1,1	106,1	+ 4,4	110,7	± 0,0
Aug.	99,9	+ 2,0	93,9	- 0,1	104,9	+ 4,0	106,4	+ 3,3	99,7	+ 4,1	108,8	+ 3,1
Sept.	105,4	+ 3,1	96,4	- 0,4	114,0	+ 6,4	107,5	+ 2,1	113,8	+ 1,3	105,3	+ 2,4
Okt.	107,4	- 1,5	98,4	- 3,5	116,2	- 0,1	109,0	+ 2,2	112,8	+ 1,9	107,6	+ 2,2
Nov.	110,7	+ 4,5	102,2	+ 2,0	119,5	+ 6,6	108,6	+ 5,8	109,3	+ 2,8	108,4	+ 7,0
Dez.	97,9	+ 0,7	84,3	- 4,0	112,8	+ 4,4	90,1	+ 1,9	84,0	- 0,9	92,3	+ 2,9
2016 Jan. p)	105,3	- 0,3	97,5	- 5,3	112,8	+ 4,0	107,1	+ 2,8	105,6	+ 2,3	107,6	+ 3,0
aus dem Ausland												
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,6	105,2	- 3,0	111,5	+ 0,1	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,2	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,6	123,4	+ 4,2	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,2	123,5	+ 8,2
2015	120,7	+ 2,4	107,6	+ 0,2	127,3	+ 3,2	122,8	+ 4,1	109,7	+ 7,4	127,3	+ 3,1
2015 Jan.	118,6	+ 1,8	112,3	+ 1,1	122,0	+ 3,1	118,0	- 5,5	106,2	+ 6,1	122,0	- 8,5
Febr.	117,6	+ 0,3	107,6	+ 1,6	121,5	- 0,6	127,8	+ 2,3	102,1	+ 8,7	136,6	+ 0,7
März	128,0	+ 3,6	118,7	- 0,2	133,2	+ 5,0	125,5	+ 7,5	117,0	+ 4,1	128,4	+ 8,5
April	122,4	+ 5,2	108,5	+ 1,1	129,9	+ 7,1	120,9	+ 6,2	105,5	- 2,9	126,1	+ 9,1
Mai	120,5	+ 9,6	109,0	+ 5,6	126,4	+ 12,0	121,1	+ 5,7	109,2	+ 6,5	125,1	+ 5,3
Juni	136,3	+ 14,1	113,7	+ 3,3	149,6	+ 19,9	124,5	+ 7,5	112,2	+ 8,4	128,8	+ 7,4
Juli	120,3	- 2,4	109,4	+ 0,1	125,3	- 4,2	126,6	+ 5,3	109,6	+ 15,7	132,4	+ 2,7
Aug.	105,7	+ 3,5	94,2	- 0,9	110,6	+ 6,2	114,5	- 2,2	100,6	+ 8,4	119,2	- 4,9
Sept.	117,2	- 2,1	104,7	- 2,8	123,7	- 1,9	118,2	- 0,3	116,9	+ 10,1	118,7	- 3,3
Okt.	118,5	- 1,1	106,5	- 5,8	123,2	+ 0,1	132,1	+ 8,9	116,0	+ 9,0	137,7	+ 8,9
Nov.	122,4	+ 0,4	109,3	+ 0,4	129,1	+ 0,4	123,5	+ 0,8	110,7	+ 6,9	127,9	- 0,9
Dez.	121,2	- 3,3	97,8	- 0,5	133,5	- 5,9	120,9	+ 14,4	109,8	+ 9,8	124,7	+ 15,9
2016 Jan. p)	120,4	+ 1,5	106,7	- 5,0	125,2	+ 2,6	141,8	+ 20,2	110,0	+ 3,6	152,7	+ 25,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◻ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten												Gliederung nach Bauherren 1)			
	Hochbau												Tiefbau			
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber					
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,0	+ 7,4	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,4	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,2	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	108,0	+ 5,9	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,7	+ 6,3	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,6	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,6	- 0,5	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,2	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,1	- 3,3
2015	124,2	+ 4,7	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,2	+ 4,9
2014 Dez.	102,0	- 5,1	122,1	+ 1,5	154,4	+ 12,8	115,2	- 5,0	79,3	- 6,6	81,8	- 13,6	109,8	- 4,6	72,9	- 17,2
2015 Jan.	95,4	+ 2,5	101,9	- 4,3	122,3	+ 8,3	100,6	- 11,2	65,8	- 10,6	88,8	+ 11,4	104,3	- 5,8	75,4	+ 12,4
Febr.	104,9	+ 2,6	113,5	+ 0,6	136,7	+ 2,0	105,7	- 7,5	90,9	+ 35,9	96,3	+ 5,0	103,6	- 2,6	93,4	+ 9,5
März	142,6	+ 2,7	149,9	+ 2,3	189,6	+ 14,8	133,5	- 9,7	120,5	+ 14,2	135,3	+ 3,1	136,8	- 3,0	129,6	+ 2,9
April	126,9	- 5,3	133,1	- 0,2	171,4	+ 0,8	118,5	- 2,5	100,9	+ 5,3	120,8	- 10,3	118,1	- 5,8	118,2	- 7,9
Mai	132,9	+ 4,1	138,3	+ 5,7	167,9	+ 6,9	131,1	+ 6,7	101,4	- 1,5	127,5	+ 2,4	130,8	+ 8,7	121,0	- 2,0
Juni	137,7	+ 4,2	145,5	+ 3,9	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,5	106,6	- 7,5	129,9	+ 4,6	134,0	+ 1,7	126,5	+ 5,2
Juli	131,9	- 3,4	139,3	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,3	107,1	- 1,9	124,5	- 6,5	120,7	- 13,5	122,3	- 6,2
Aug.	123,9	+ 2,0	130,2	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,2	- 5,7	96,9	+ 7,9	117,7	- 2,2	119,5	- 4,2	115,0	- 0,8
Sept.	134,2	+ 10,2	151,3	+ 16,4	202,3	+ 35,8	133,7	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,2	+ 3,2	128,2	+ 4,0	113,1	+ 3,5
Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,8	+ 21,7	107,4	+ 9,6	120,4	+ 1,1	98,6	+ 6,4
Nov.	118,8	+ 19,5	137,1	+ 21,3	152,3	+ 17,0	144,6	+ 23,9	84,9	+ 24,3	100,4	+ 17,2	140,4	+ 28,8	83,2	+ 7,8
Dez.	123,3	+ 20,9	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,1	+ 27,5	111,6	+ 36,4	114,7	+ 4,5	114,6	+ 57,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2010		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen		in jeweiligen Preisen				
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %			
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,2	+ 0,6	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,0	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,7	+ 1,4	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,8	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5
2015 3)	111,3	+ 2,9	105,7	+ 2,9	115,0	+ 3,0	105,6	+ 0,7	95,9	+ 1,4	104,9	+ 2,9	117,3	+ 6,0	115,6	+ 7,9
2015 Jan. 3)	101,8	+ 3,0	98,2	+ 3,9	105,0	+ 3,4	89,4	- 1,4	102,0	+ 2,1	91,3	+ 3,8	113,1	+ 7,6	95,9	+ 4,7
Febr.	98,1	+ 2,4	93,9	+ 3,1	102,3	+ 1,7	81,8	- 0,7	86,0	+ 5,9	91,0	+ 1,2	109,2	+ 6,3	101,6	+ 6,2
März	113,0	+ 1,5	107,0	+ 1,8	115,9	+ 0,1	106,0	- 3,6	89,8	+ 4,5	113,1	+ 0,9	119,0	+ 8,5	128,3	+ 8,2
April	112,2	+ 3,3	105,6	+ 3,0	117,1	+ 3,0	109,2	+ 4,9	82,2	+ 0,7	109,9	+ 2,6	116,9	+ 6,8	123,3	+ 9,4
Mai	111,9	+ 4,2	105,3	+ 3,6	117,4	+ 5,1	108,3	+ 1,6	81,7	- 3,2	108,9	+ 5,9	113,8	+ 5,6	120,4	+ 10,0
Juni	108,5	+ 1,5	102,7	+ 1,4	114,2	+ 0,5	105,6	+ 3,0	82,0	- 0,2	102,5	+ 3,3	113,5	+ 4,1	121,6	+ 9,6
Juli	111,5	+ 3,9	106,3	+ 4,1	115,6	+ 3,2	108,6	+ 5,2	89,8	- 0,2	103,3	+ 3,9	120,2	+ 5,5	118,4	+ 9,0
Aug.	108,2	+ 2,6	103,0	+ 2,6	115,3	+ 6,4	96,5	- 9,9	86,1	+ 2,9	99,8	+ 0,5	112,4	+ 4,9	105,8	+ 6,3
Sept.	108,5	+ 3,4	102,9	+ 3,7	110,2	+ 3,9	112,6	+ 4,8	94,0	+ 2,5	102,3	+ 3,5	113,7	+ 4,9	114,6	+ 7,0
Okt.	114,7	+ 2,9	108,3	+ 2,5	115,8	+ 2,0	120,7	+ 6,3	98,1	- 0,4	110,8	+ 2,0	120,0	+ 5,0	124,5	+ 7,3
Nov.	115,9	+ 2,8	109,9	+ 2,3	116,6	+ 3,3	104,8	- 2,6	111,8	+ 2,1	114,5	+ 3,5	123,4	+ 6,6	124,5	+ 10,5
Dez.	131,2	+ 3,2	125,5	+ 3,0	134,2	+ 3,9	123,3	- 0,2	147,7	+ 0,8	111,1	+ 3,4	132,2	+ 5,3	108,7	+ 6,7
2016 Jan.	104,1	+ 2,3	100,1	+ 1,9	108,4	+ 3,2	92,6	+ 3,6	100,2	- 1,8	94,1	+ 3,1	117,0	+ 3,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufs-

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung	Ausschl. gering- ent- lohnte Beschäftigte 2)						
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466
2012	42 060	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	42 328	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457
2014	42 703	+ 0,9	30 197	+ 1,6	8 859	20 328	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490
2015	8) 43 032	8) + 0,8	9) 30 829	9) + 2,1	9) 8 938	9) 20 842	9) 806	9) 4 853	...	9) 45	2 795	859	6,4	569
2012 4.Vj.	42 418	+ 1,0	29 757	+ 1,8	8 840	19 919	766	4 990	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 880	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444
2.Vj.	42 249	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 515	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 666	+ 0,6	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	42 226	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	42 667	+ 1,0	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487
3.Vj.	42 903	+ 0,9	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512
4.Vj.	43 016	+ 0,8	30 614	+ 1,6	8 955	20 622	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510
2015 1.Vj.	42 506	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 831	20 547	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515
2.Vj.	42 953	+ 0,7	30 671	+ 2,0	8 894	20 736	792	4 863	61	47	2 772	822	10) 6,3	560
3.Vj.	43 239	+ 0,8	9) 30 929	9) + 2,1	9) 8 974	9) 20 863	9) 840	9) 4 868	...	9) 33	2 759	827	6,3	595
4.Vj.	8) 43 428	8) + 1,0	9) 31 353	9) + 2,4	9) 9 051	9) 21 222	9) 837	9) 4 818	...	9) 48	2 655	775	6,0	604
2012 Okt.	42 494	+ 1,1	29 823	+ 1,9	8 866	19 936	780	4 972	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 494	+ 1,0	29 809	+ 1,8	8 848	19 965	766	5 010	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	42 265	+ 0,9	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 862	+ 0,8	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420
Febr.	41 853	+ 0,8	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448
März	41 926	+ 0,7	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463
April	42 083	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	42 288	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	42 376	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	42 419	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	42 484	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 641	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 746	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 730	+ 0,6	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 523	+ 0,6	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440
2014 Jan.	42 170	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	42 195	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456
März	42 312	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476
April	42 522	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485
Mai	42 684	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481
Juni	42 795	+ 1,0	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495
Juli	42 833	+ 1,0	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502
Aug.	42 857	+ 0,9	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515
Sept.	43 020	+ 0,9	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518
Okt.	43 118	+ 0,9	30 676	+ 1,6	8 979	20 641	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517
Nov.	43 067	+ 0,8	30 636	+ 1,6	8 960	20 642	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515
Dez.	42 862	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 863	20 563	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498
2015 Jan.	42 445	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 813	20 493	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485
Febr.	42 458	+ 0,6	30 342	+ 1,9	8 818	20 542	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519
März	42 616	+ 0,7	30 528	+ 2,0	8 864	20 649	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542
April	42 798	+ 0,6	30 645	+ 1,9	8 893	20 720	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552
Mai	42 977	+ 0,7	30 718	+ 2,0	8 900	20 773	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557
Juni	43 084	+ 0,7	30 771	+ 2,0	8 914	20 785	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572
Juli	43 133	+ 0,7	30 744	+ 2,1	8 933	20 722	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589
Aug.	43 195	+ 0,8	30 986	+ 2,2	8 992	20 896	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597
Sept.	43 388	+ 0,9	9) 31 345	9) + 2,2	9) 9 080	9) 21 158	9) 850	9) 4 812	...	9) 40	2 708	799	6,2	600
Okt.	43 494	+ 0,9	9) 31 380	9) + 2,3	9) 9 072	9) 21 210	9) 846	9) 4 811	...	9) 47	2 649	764	6,0	612
Nov.	8) 43 490	8) + 1,0	9) 31 420	9) + 2,6	9) 9 060	9) 21 278	9) 842	9) 4 831	...	9) 48	2 633	764	6,0	610
Dez.	8) 43 301	8) + 1,0	9) 31 178	9) + 2,6	9) 8 962	9) 21 199	9) 796	9) 4 816	...	9) 49	2 681	798	6,1	591
2016 Jan.	8) 42 962	8) + 1,2	2 920	961	6,7	581
Febr.	2 911	947	6,6	614

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2013 und 2014 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 1,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 6,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 21,3 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2015 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:				Ausfuhr				Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
	Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten 2)								
2010 = 100													
Indexstand													
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	120,8	96,8
2015	106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9 8)	106,9	104,9	100,9	80,1	92,5
2014 April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1	121,1	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9	118,8	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9	117,7	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8	113,9	104,1	103,6	127,7	95,6
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3
Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	107,9	104,3	103,8	122,2	95,0
Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	103,7	104,2	103,5	111,9	95,5
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	103,6	104,2	102,7	103,1	97,5
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	102,7	103,9	101,0	84,3	96,0
2015 Jan.	105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2 8)	102,4	104,4	100,2	71,4	97,7
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	104,8	104,7	101,6	86,2	97,2
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,2	105,3	102,6	86,9	98,9
April	107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,0	105,6	103,2	94,0	98,3
Mai	107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	104,8	105,4	103,0	96,9	96,4
Juni	107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	105,3	105,3	102,5	93,3	94,9
Juli	107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	104,5	105,4	101,8	85,5	94,8
Aug.	107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	72,3	89,0
Sept.	107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5	107,4	104,6	99,6	71,8	87,0
Okt.	107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	72,6	86,2
Nov.	107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	71,4	85,9
Dez.	107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4	107,3	104,1	97,9	60,2	83,6
2016 Jan.	106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7	106,8	103,9	96,4	50,0	82,3
Febr.	106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	51,5	82,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2
2015	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	- 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 1,8 8)	- 3,8	+ 0,9	- 2,6	- 33,7	- 4,4
2014 April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9	- 3,0	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 4,6	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7	- 3,7	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8	- 4,6	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0	- 10,7	+ 0,1	- 1,6	- 9,9	- 2,4
Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 14,5	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	+ 0,2
Nov.	+ 0,6	± 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 15,3	+ 0,3	- 2,1	- 20,9	+ 1,2
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 16,1	+ 0,1	- 3,7	- 35,9	- 0,6
2015 Jan.	- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	+ 1,2	+ 1,3		- 2,2 8)	- 14,3	+ 0,4	- 4,4	- 44,8	+ 1,8
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 12,2	+ 0,7	- 3,0	- 33,3	± 0,0
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	+ 1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,6	+ 1,4	- 1,4	- 31,0	+ 2,1
April	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		- 1,5	- 12,5	+ 1,6	- 0,6	- 25,5	- 1,0
Mai	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	- 1,3	- 11,8	+ 1,4	- 0,8	- 25,0	- 2,5
Juni	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	- 5,9	+ 0,9	+ 1,2		- 1,4	- 10,5	+ 1,3	- 1,4	- 29,8	- 2,6
Juli	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	- 6,2	+ 1,0	+ 1,2		- 1,3	- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 33,0	- 0,8
Aug.	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 41,5	- 7,6
Sept.	± 0,0	+ 1,1	+ 1,3	- 9,3	+ 1,1	+ 1,2		- 2,1	- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 41,2	- 8,4
Okt.	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	- 8,6	+ 1,4	+ 1,1		- 2,3	+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 35,1	- 9,7
Nov.	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	- 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	- 2,5	+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 30,7	- 11,9
Dez.	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	- 6,5	+ 1,3	+ 1,0		- 2,3	+ 4,5	+ 0,2	- 3,1	- 28,6	- 12,9
2016 Jan.	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	- 5,8	+ 1,4	+ 1,1		- 2,4	+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0	- 15,8
Febr.	± 0,0	+ 0,8	+ 1,1	- 8,5	+ 0,7	+ 1,1	- 40,3	- 15,4

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab Januar 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾		Nettolöhne und -gehälter ²⁾		Empfangene monetäre Sozialleistungen ³⁾		Masseneinkommen ⁴⁾		Verfügbares Einkommen ⁵⁾		Sparen ⁶⁾		Sparquote ⁷⁾
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,2	0,5	1 029,1	2,4	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,2	7,0	1 055,7	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	387,7	1,2	1 089,9	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	383,0	- 1,2	1 112,4	2,1	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,5	4,1	757,8	3,9	389,3	1,6	1 147,1	3,1	1 690,4	2,2	156,5	- 1,0	9,3
2013	1 168,3	3,1	779,7	2,9	398,5	2,4	1 178,2	2,7	1 719,8	1,7	157,1	0,4	9,1
2014	1 213,7	3,9	808,1	3,6	409,8	2,8	1 217,8	3,4	1 759,7	2,3	167,6	6,7	9,5
2015	1 262,7	4,0	838,4	3,7	425,0	3,7	1 263,4	3,7	1 808,2	2,8	174,8	4,3	9,7
2014 3.Vj.	299,7	3,8	203,9	3,6	102,5	2,7	306,5	3,3	440,6	1,7	35,4	4,4	8,0
4.Vj.	334,8	3,8	222,0	3,5	102,6	4,7	324,6	3,9	447,5	3,1	36,7	13,0	8,2
2015 1.Vj.	292,6	3,5	194,1	2,9	107,3	3,0	301,4	2,9	448,3	2,8	57,9	3,8	12,9
2.Vj.	308,7	4,1	200,4	3,5	105,0	4,5	305,3	3,9	448,1	2,9	41,8	5,0	9,3
3.Vj.	312,0	4,1	211,8	3,9	106,7	4,1	318,5	3,9	453,2	2,9	36,7	3,8	8,1
4.Vj.	349,4	4,4	232,1	4,6	106,1	3,4	338,2	4,2	458,7	2,5	38,5	4,8	8,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex ¹⁾								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer ³⁾	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen ²⁾			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2008	96,5	2,8	96,3	2,9	96,2	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,3	98,2	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,8
2013	107,1	2,5	107,0	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,4	2,8	110,4	2,9	111,4	2,7
2015	112,9	2,4	112,7	2,3	113,0	2,4	113,0	2,4	114,6	2,9
2014 3.Vj.	112,3	2,8	112,2	2,8	112,6	2,8	110,9	2,9	109,7	2,6
4.Vj.	123,1	2,9	122,9	2,8	123,3	2,8	111,2	2,9	121,7	2,7
2015 1.Vj.	104,5	2,2	104,4	2,2	104,3	2,3	111,7	2,4	107,6	2,5
2.Vj.	105,9	2,3	105,7	2,2	106,1	2,3	112,8	2,4	112,4	3,1
3.Vj.	115,1	2,5	114,9	2,4	115,3	2,4	113,7	2,5	112,8	2,9
4.Vj.	126,0	2,4	125,8	2,4	126,2	2,3	113,9	2,4	125,3	3,0
2015 Juli	133,3	2,4	133,1	2,4	133,4	2,3	113,5	2,4	.	.
Aug.	106,0	2,5	105,8	2,5	106,2	2,5	113,7	2,5	.	.
Sept.	106,1	2,5	105,9	2,5	106,3	2,5	113,8	2,5	.	.
Okt.	106,3	2,6	106,1	2,5	106,3	2,4	113,9	2,5	.	.
Nov.	163,7	2,5	163,4	2,4	163,9	2,4	113,9	2,5	.	.
Dez.	108,2	2,1	108,0	2,0	108,4	2,1	113,9	2,4	.	.
2016 Jan.	106,4	2,3	106,3	2,2	106,6	2,4	114,1	2,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva								
	Bilanzsumme	darunter:					darunter:				Eigenkapital	Schulden			darunter:			
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾	insgesamt		langfristig		kurzfristig		Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
												zu-	da-	zu-	Finanz-			
zusammen	runter Finanz-	zusammen	schulden	schulden														
Insgesamt (Mrd €)																		
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9		
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6		
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8		
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8		
2014 4.Vj.	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8		
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3		
2.Vj.	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7		
3.Vj. ^{p)}	2 205,5	1 367,8	450,4	553,4	277,8	837,7	219,0	195,8	142,0	622,4	1 583,1	861,3	450,3	721,9	213,9	179,2		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8		
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4		
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6		
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5		
2014 4.Vj.	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5		
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2		
2.Vj.	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2		
3.Vj. ^{p)}	100,0	62,0	20,4	25,1	12,6	38,0	9,9	8,9	6,4	28,2	71,8	39,1	20,4	32,7	9,7	8,1		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																		
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7		
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5		
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6		
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4		
2014 4.Vj.	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4		
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5		
2.Vj.	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0		
3.Vj. ^{p)}	1 771,2	1 058,9	286,4	440,9	263,7	712,3	201,8	148,8	114,7	482,6	1 288,5	697,3	345,0	591,2	185,1	129,7		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9		
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6		
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6		
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5		
2014 4.Vj.	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5		
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4		
2.Vj.	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4		
3.Vj. ^{p)}	100,0	59,8	16,2	24,9	14,9	40,2	11,4	8,4	6,5	27,3	72,8	39,4	19,5	33,4	10,5	7,3		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																		
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1		
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2		
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2		
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4		
2014 4.Vj.	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4		
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8		
2.Vj.	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7		
3.Vj. ^{p)}	434,3	308,9	164,0	112,5	14,1	125,4	17,1	47,0	27,3	139,7	294,6	163,9	105,2	130,7	28,8	49,6		
in % der Bilanzsumme																		
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1		
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1		
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7		
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6		
2014 4.Vj.	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6		
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1		
2.Vj.	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2		
3.Vj. ^{p)}	100,0	71,1	37,8	25,9	3,3	28,9	3,9	10,8	6,3	32,2	67,8	37,7	24,2	30,1	6,6	11,4		

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1))		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1))			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes					
					in % des Umsatzes					Verteilung 2)			Verteilung 2)		
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	1.Quartil	Median	3.Quartil	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	1.Quartil	Median	3.Quartil	
				%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%			%	%	%	%	
Insgesamt															
2006	1 209,4	10,6	154,8	3,4	12,8	-0,9	7,1	11,4	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,6	11,4
2007	1 234,1	4,4	173,6	15,1	14,1	1,3	7,8	12,7	95,6	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,3	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	177,9	-0,3	12,4	-1,1	5,5	10,7	17,4	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,7	6,6	190,8	3,3	12,3	-0,4	5,1	10,1	17,5	96,9	-7,1	6,2	-0,9	1,8	6,1
2013	1 557,4	-0,5	188,5	-2,5	12,1	-0,2	5,0	9,9	18,2	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8
2014	1 586,1	1,0	200,7	4,9	12,7	0,5	5,6	10,2	17,2	109,2	7,4	6,9	0,4	1,8	6,2
2013 1.Vj.	376,2	-1,2	45,4	-5,9	12,1	-0,6	2,4	8,3	15,7	26,4	-10,9	7,0	-0,8	-1,4	4,5
2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9
3.Vj.	384,3	-1,6	47,2	-1,0	12,3	0,1	5,1	10,3	16,1	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8
4.Vj.	406,7	-0,4	47,6	-1,6	11,7	-0,1	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,2	5,0	-0,7	0,9	6,7
2014 1.Vj.	381,5	-0,1	50,2	8,9	13,2	1,1	3,7	8,7	16,2	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,1
2.Vj.	386,7	-2,0	47,9	-0,2	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-2,3	6,8	-0,0	1,3	5,7
3.Vj.	394,7	2,8	49,9	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,2	7,2	0,4	1,8	6,8
4.Vj.	423,6	3,0	52,8	7,2	12,5	0,5	4,0	11,6	19,3	23,5	8,7	5,6	0,3	0,5	6,7
2015 1.Vj.	409,8	7,2	51,2	1,9	12,5	-0,7	4,5	9,7	17,2	28,8	-5,9	7,0	-1,0	-0,8	5,9
2.Vj.	425,7	9,9	52,9	10,3	12,4	0,1	4,7	9,7	16,6	30,8	17,2	7,2	0,5	1,3	5,6
3.Vj. p)	416,7	5,4	49,5	-0,6	11,9	-0,7	4,8	10,5	16,5	17,2	-39,4	4,1	-3,1	1,1	6,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)															
2006	898,7	9,8	114,8	6,4	12,8	-0,4	7,4	12,1	17,6	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,1
2007	900,5	3,8	129,6	16,9	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,1	8,2	1,8	5,0	8,6
2008	966,1	7,2	122,6	-6,2	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7
2010	999,2	15,7	139,1	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8
2012	1 194,3	7,6	143,1	5,5	12,0	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	2,8	7,0	-0,3	1,8	6,1
2013	1 195,9	-0,7	140,2	-2,2	11,7	-0,2	4,3	9,9	15,4	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6
2014	1 217,7	0,9	149,9	5,7	12,3	0,6	5,1	9,4	15,1	81,8	7,8	6,7	0,4	1,0	5,8
2013 1.Vj.	292,2	-1,4	36,2	-7,5	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,3	22,6	-13,6	7,7	-1,1	-1,4	4,7
2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0
3.Vj.	290,7	-2,2	33,4	-0,4	11,5	0,2	4,5	10,1	15,0	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7
4.Vj.	311,6	-0,5	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,3	4,6	-0,3	0,0	6,0
2014 1.Vj.	297,8	0,1	39,1	6,4	13,1	0,8	3,5	8,7	14,5	25,0	10,4	8,4	0,8	0,3	5,3
2.Vj.	297,2	-2,3	36,1	0,3	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	-0,2	6,9	0,2	1,1	5,3
3.Vj.	300,0	3,3	36,4	6,3	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	12,6	7,0	0,6	1,2	6,3
4.Vj.	322,9	2,8	38,4	10,1	11,9	0,8	3,3	10,6	15,6	15,5	9,1	4,8	0,3	-0,7	6,1
2015 1.Vj.	319,0	7,1	41,2	5,4	12,9	-0,2	5,4	9,7	14,9	25,3	1,4	7,9	-0,4	0,9	6,0
2.Vj.	329,0	10,6	40,1	11,3	12,2	0,1	4,4	9,5	15,2	24,1	17,9	7,3	0,5	1,4	5,3
3.Vj. p)	316,5	5,4	34,3	-5,1	10,8	-1,2	4,6	10,0	15,1	8,8	-54,7	2,8	-4,0	1,0	5,8
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor															
2006	310,7	12,9	40,0	-5,0	12,9	-2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4
2007	333,5	6,4	43,9	9,3	13,2	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	9,6	6,5	-0,2	3,3	7,8
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7
2010	340,8	5,8	45,2	8,7	13,3	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9
2011	335,6	1,5	45,9	7,6	13,7	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4
2012	358,4	3,0	47,7	-3,3	13,3	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9
2014	368,4	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,2	12,7	23,2	27,4	5,7	7,4	0,3	2,9	7,2
2013 1.Vj.	84,0	-0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	-1,6	4,4
2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,6	11,1	20,1	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	49,8	6,7	2,2	-0,4	4,6
2.Vj.	89,5	-0,5	11,9	-1,8	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-10,0	6,7	-0,7	1,4	6,0
3.Vj.	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8
4.Vj.	100,7	3,7	14,4	-1,6	14,3	-0,7	5,4	15,6	25,3	8,1	7,5	8,0	0,2	2,1	8,4
2015 1.Vj.	90,9	8,0	10,1	-12,1	11,1	-2,5	3,8	9,6	22,2	3,5	-44,9	3,9	-3,1	-2,6	5,6
2.Vj.	96,7	7,0	12,8	6,9	13,2	-0,0	5,0	11,4	21,7	6,7	13,9	6,9	0,4	1,3	6,7
3.Vj. p)	100,2	5,4	15,2	13,4	15,2	1,1	5,5	12,1	19,5	8,4	8,8	8,4	0,3	1,3	7,1

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2014	2015 p)	2015 p)					
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj. p)	Okt.	Nov.	Dez. p)
A. Leistungsbilanz	+ 193 936	+ 240 908	+ 310 690	+ 66 416	+ 90 661	+ 99 221	+ 27 547	+ 30 290	+ 41 384
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 921 961	1 967 652	2 074 384	531 006	517 678	526 294	182 887	176 017	167 390
Einfuhr	1 710 845	1 717 359	1 752 332	445 666	435 624	437 321	151 728	146 255	139 338
Saldo	+ 211 116	+ 250 293	+ 322 049	+ 85 339	+ 82 054	+ 88 972	+ 31 158	+ 29 762	+ 28 052
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	645 414	699 410	755 146	189 654	201 160	195 411	63 877	61 442	70 092
Ausgaben	576 931	628 406	692 740	169 779	181 465	180 455	59 834	57 065	63 556
Saldo	+ 68 484	+ 71 004	+ 62 408	+ 19 875	+ 19 696	+ 14 956	+ 4 043	+ 4 377	+ 6 536
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	606 642	640 645	615 283	160 881	148 714	154 646	45 507	48 626	60 513
Ausgaben	550 199	580 860	552 937	170 065	136 435	125 884	42 518	41 605	41 761
Saldo	+ 56 441	+ 59 783	+ 62 348	- 9 184	+ 12 281	+ 28 762	+ 2 989	+ 7 021	+ 18 752
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	92 221	93 936	102 895	29 236	23 425	25 975	8 369	8 048	9 558
Ausgaben	234 325	234 106	239 011	58 851	46 793	59 446	19 012	18 919	21 515
Saldo	- 142 106	- 140 172	- 136 113	- 29 615	- 23 368	- 33 469	- 10 643	- 10 870	- 11 956
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 21 594	+ 20 052	- 13 807	- 27 678	+ 5 778	+ 6 915	+ 2 565	+ 2 034	+ 2 316
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 320 540	+ 303 484	+ 215 889	+ 37 923	+ 45 103	+ 97 396	+ 37 523	+ 18 943	+ 40 930
1. Direktinvestitionen	- 69 643	+ 46 579	+ 32 770	- 42 706	- 31 396	+ 2 367	- 3 943	- 393	+ 6 703
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 584 150	+ 141 404	+ 439 789	+ 97 028	+ 106 407	+ 42 609	+ 39 907	- 4 898	+ 7 600
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 653 792	+ 94 822	+ 407 021	+ 139 734	+ 137 803	+ 40 243	+ 43 851	- 4 505	+ 897
2. Wertpapieranlagen	- 9 649	+ 72 823	+ 269 443	+ 126 695	+ 121 144	+ 134 383	+ 25 939	+ 30 176	+ 78 268
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 251 832	+ 440 761	+ 382 500	+ 128 238	+ 14 208	+ 102 930	+ 55 986	+ 26 996	+ 19 948
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 165 187	+ 126 475	+ 10 540	+ 37 581	- 20 359	+ 6 071	+ 12 750	- 3 831	- 2 848
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 79 145	+ 224 838	+ 353 167	+ 95 288	+ 69 545	+ 51 562	+ 37 415	+ 15 311	- 1 164
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 501	+ 89 451	+ 18 790	- 4 632	- 34 979	+ 45 297	+ 5 821	+ 15 517	+ 23 959
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 261 481	+ 367 938	+ 113 058	+ 1 544	- 106 935	- 31 453	+ 30 047	- 3 180	- 58 320
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 194 155	+ 291 580	+ 216 311	+ 25 622	- 4 998	+ 51 118	+ 16 498	+ 23 076	+ 11 544
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 58 916	+ 99 037	- 24 213	+ 1 266	- 90 048	- 19 082	+ 21 188	- 21 358	- 18 912
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 412	- 22 678	- 79 041	- 25 346	- 11 889	- 63 489	- 7 640	- 4 897	- 50 952
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 14 372	+ 41 760	+ 38 643	+ 1 305	- 1 671	+ 16 393	- 693	+ 9 779	+ 7 307
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 380 752	+ 137 954	- 135 648	- 44 994	- 45 646	- 60 341	+ 22 224	- 23 090	- 59 475
Eurosysteem	+ 57 789	+ 55 790	- 13 110	+ 2 973	- 18 206	+ 3 647	+ 3 968	+ 992	- 1 313
Staat	- 10 141	+ 10 330	+ 17 135	- 7 289	+ 2 707	+ 3 638	+ 1 264	+ 1 974	+ 400
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 262 952	+ 103 673	- 134 800	- 67 947	- 34 187	- 44 194	+ 5 893	- 27 325	- 22 762
Unternehmen und Privatpersonen	+ 70 149	- 31 840	- 4 872	+ 27 269	+ 4 040	- 23 430	+ 11 100	+ 1 269	- 35 799
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 707	+ 4 369	+ 10 685	- 2 376	+ 2 672	+ 4 594	- 6 004	+ 2 471	+ 8 127
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 105 010	+ 42 527	- 80 996	- 815	- 51 337	- 8 741	+ 7 410	- 13 381	- 2 770

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	darunter: Währungs- reserven	
		Insgesamt									
2001 r)	- 7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116	
2002 r)	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606	
2003 r)	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292	
2004 r)	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748	
2005 r)	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960	
2006 r)	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511	
2007 r)	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130	
2008 r)	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088	
2009 r)	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683	
2010 r)	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351	
2011 r)	+ 164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365	
2012 r)	+ 193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	- 48 378	
2013 r)	+ 190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 218 884	+ 838	+ 29 056	
2014 r)	+ 212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 434	- 2 564	+ 30 415	
2015 r)	+ 257 020	+ 262 996	- 4 407	- 30 165	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 232 197	- 2 213	- 24 664	
2013 1.Vj. r)	+ 42 136	+ 52 353	- 1 315	- 10 015	+ 15 664	- 15 866	+ 409	+ 33 690	+ 86	- 8 855	
2.Vj. r)	+ 45 113	+ 55 055	+ 1 547	- 10 255	+ 7 804	- 7 491	+ 743	+ 59 059	+ 72	+ 13 203	
3.Vj. r)	+ 41 102	+ 50 743	- 3 290	- 16 483	+ 16 129	- 9 287	- 5	+ 54 577	- 785	+ 13 480	
4.Vj. r)	+ 62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 558	+ 1 464	+ 11 227	
2014 1.Vj. r)	+ 48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 264	- 565	+ 9 985	
2.Vj. r)	+ 44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 960	+ 610	+ 10 458	
3.Vj. r)	+ 54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 283	+ 332	+ 4 659	
4.Vj. r)	+ 65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 927	- 1 722	+ 5 313	
2015 1.Vj. r)	+ 58 227	+ 60 426	- 1 680	- 4 717	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 28 079	
2.Vj. r)	+ 58 484	+ 69 392	- 2 043	- 5 962	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 13 190	
3.Vj. r)	+ 66 066	+ 68 046	+ 577	- 13 746	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 091	- 1 455	- 2 679	
4.Vj. r)	+ 74 242	+ 65 133	- 1 260	- 5 741	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 64 968	- 272	- 7 096	
2013 Aug. r)	+ 9 043	+ 13 559	- 1 142	- 6 607	+ 5 606	- 3 515	+ 180	+ 26 453	+ 425	+ 17 229	
Sept. r)	+ 19 612	+ 20 678	- 1 158	- 3 493	+ 4 925	- 2 497	+ 118	+ 23 144	- 556	+ 3 414	
Okt. r)	+ 16 740	+ 19 147	- 298	- 5 747	+ 6 221	- 2 882	+ 504	+ 21 199	- 212	+ 3 955	
Nov. r)	+ 22 387	+ 20 021	+ 267	- 2 050	+ 6 523	- 2 106	+ 164	+ 25 483	+ 407	+ 2 932	
Dez. r)	+ 22 942	+ 14 328	- 1 242	+ 1 327	+ 13 414	- 6 126	- 2 406	+ 24 876	+ 1 269	+ 4 340	
2014 Jan. r)	+ 13 276	+ 15 435	- 945	- 2 527	+ 4 741	- 4 371	+ 1 486	+ 2 235	- 375	- 12 527	
Febr. r)	+ 13 109	+ 17 038	- 278	- 2 507	+ 5 908	- 7 330	+ 417	+ 22 757	- 898	+ 9 231	
März r)	+ 21 752	+ 19 819	+ 1 391	- 1 263	+ 6 413	- 3 217	+ 239	+ 35 273	+ 708	+ 13 281	
April r)	+ 16 501	+ 18 418	- 720	- 1 585	+ 2 911	- 3 243	+ 186	+ 29 516	+ 151	+ 12 830	
Mai r)	+ 12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 435	- 631	- 2 673	
Juni r)	+ 16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 008	- 130	+ 302	
Juli r)	+ 20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 449	+ 431	- 6 452	
Aug. r)	+ 10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930	
Sept. r)	+ 23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 772	- 265	+ 9 181	
Okt. r)	+ 21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 294	+ 203	- 5 926	
Nov. r)	+ 18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067	
Dez. r)	+ 25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 728	- 1 955	+ 7 172	
2015 Jan. r)	+ 14 894	+ 15 713	- 1 154	- 1 723	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 644	+ 372	- 18 558	
Febr. r)	+ 16 288	+ 19 585	- 948	- 1 617	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 597	+ 266	- 4 716	
März r)	+ 27 045	+ 25 129	+ 422	- 1 378	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 805	
April r)	+ 21 534	+ 22 552	- 1 240	- 1 444	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 288	
Mai r)	+ 11 673	+ 21 472	- 437	- 2 013	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 542	- 78	+ 5 312	
Juni r)	+ 25 277	+ 25 367	- 367	- 2 506	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 059	- 318	- 1 410	
Juli r)	+ 25 258	+ 25 485	- 1 024	- 4 466	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 402	
Aug. r)	+ 14 411	+ 16 857	+ 472	- 5 441	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 461	- 180	+ 5 010	
Sept. r)	+ 26 397	+ 25 704	+ 1 129	- 3 838	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 311	- 105	- 2 287	
Okt. r)	+ 23 220	+ 24 284	+ 23	- 4 785	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 18 625	+ 154	- 4 501	
Nov. r)	+ 24 689	+ 22 262	- 378	- 1 963	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 22 319	- 548	- 2 533	
Dez. r)	+ 26 334	+ 18 586	- 905	+ 1 008	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 24 024	+ 123	- 62	
2016 Jan. r)	+ 13 227	+ 13 324	- 981	- 2 786	+ 4 976	- 2 287	- 82	- 7 781	- 186	- 20 926	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2013	2014	2015	2015					2016
					August	September	Oktober	November	Dezember	Januar p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 088 025	1 123 746	1 195 932	87 882	105 754	106 170	102 295	92 036	88 726
	Einfuhr	890 393	910 145	948 246	72 661	83 129	84 018	81 773	73 084	75 158
	Saldo	+ 197 632	+ 213 601	+ 247 686	+ 15 221	+ 22 625	+ 22 152	+ 20 521	+ 18 952	+ 13 568
I. Europäische Länder	Ausfuhr	743 067	761 914	805 191	57 818	71 952	72 405	70 265	59 816	...
	Einfuhr	625 934	642 738	654 357	48 763	57 640	57 939	56 951	49 942	...
	Saldo	+ 117 133	+ 119 176	+ 150 834	+ 9 055	+ 14 312	+ 14 466	+ 13 315	+ 9 874	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	618 383	648 446	693 901	49 341	62 172	62 643	60 763	51 521	...
	Einfuhr	509 738	527 117	543 828	40 158	48 641	48 475	47 353	41 764	...
	Saldo	+ 108 645	+ 121 329	+ 150 074	+ 9 182	+ 13 531	+ 14 168	+ 13 410	+ 9 757	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	405 220	413 753	435 384	30 053	38 742	39 183	37 931	32 445	...
	Einfuhr	343 487	350 550	357 536	26 081	32 004	31 581	30 800	27 612	...
	Saldo	+ 61 732	+ 63 203	+ 77 847	+ 3 972	+ 6 738	+ 7 602	+ 7 131	+ 4 833	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 954	47 345	46 636	3 445	4 065	3 946	3 932	3 563	...
	Einfuhr	41 965	42 548	40 117	3 214	3 563	3 325	3 410	2 983	...
	Saldo	+ 5 989	+ 4 797	+ 6 519	+ 231	+ 502	+ 621	+ 522	+ 580	...
Frankreich	Ausfuhr	99 250	100 580	103 047	6 248	9 199	9 470	8 830	7 555	...
	Einfuhr	63 489	66 714	67 008	4 628	5 706	6 247	5 836	5 391	...
	Saldo	+ 35 761	+ 33 866	+ 36 039	+ 1 621	+ 3 493	+ 3 223	+ 2 995	+ 2 164	...
Italien	Ausfuhr	53 212	54 240	58 102	3 394	5 251	5 245	5 215	4 168	...
	Einfuhr	46 911	48 522	49 039	3 347	4 137	4 357	4 312	3 682	...
	Saldo	+ 6 301	+ 5 718	+ 9 063	+ 47	+ 1 115	+ 888	+ 903	+ 486	...
Niederlande	Ausfuhr	70 975	72 736	79 517	6 298	6 997	7 042	6 867	6 168	...
	Einfuhr	88 698	87 796	88 123	6 938	8 078	7 694	7 247	6 801	...
	Saldo	- 17 723	- 15 060	- 8 606	- 640	- 1 081	- 652	- 380	- 632	...
Österreich	Ausfuhr	56 217	55 807	58 041	4 466	5 333	5 230	5 269	4 318	...
	Einfuhr	36 734	36 218	37 341	2 776	3 385	3 313	3 318	2 729	...
	Saldo	+ 19 483	+ 19 590	+ 20 700	+ 1 690	+ 1 948	+ 1 917	+ 1 951	+ 1 589	...
Spanien	Ausfuhr	31 349	34 820	38 783	2 495	3 375	3 660	3 371	2 881	...
	Einfuhr	23 639	24 804	26 523	1 578	2 282	2 274	2 366	2 305	...
	Saldo	+ 7 709	+ 10 016	+ 12 260	+ 917	+ 1 093	+ 1 386	+ 1 005	+ 576	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	213 163	234 693	258 518	19 288	23 430	23 460	22 832	19 076	...
	Einfuhr	166 251	176 567	186 292	14 077	16 637	16 894	16 553	14 152	...
	Saldo	+ 46 912	+ 58 126	+ 72 226	+ 5 211	+ 6 794	+ 6 567	+ 6 279	+ 4 923	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	71 280	79 163	89 292	6 532	8 095	7 807	7 763	6 309	...
	Einfuhr	39 466	38 545	38 258	2 996	3 234	3 336	3 070	2 873	...
	Saldo	+ 31 815	+ 40 618	+ 51 034	+ 3 536	+ 4 861	+ 4 470	+ 4 692	+ 3 436	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	124 684	113 468	111 290	8 477	9 780	9 762	9 502	8 295	...
	Einfuhr	116 196	115 621	110 529	8 605	8 999	9 464	9 597	8 178	...
	Saldo	+ 8 488	- 2 153	+ 761	- 127	+ 781	+ 297	- 95	+ 117	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	46 924	46 202	49 252	3 635	4 325	4 308	4 274	3 729	...
	Einfuhr	38 321	39 392	42 661	3 246	3 501	3 838	3 981	3 140	...
	Saldo	+ 8 603	+ 6 810	+ 6 590	+ 389	+ 824	+ 470	+ 294	+ 589	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	341 213	358 337	388 170	29 834	33 583	33 551	31 850	32 048	...
	Einfuhr	264 459	267 407	293 695	23 898	25 488	25 886	24 822	23 141	...
	Saldo	+ 76 754	+ 90 930	+ 94 475	+ 5 936	+ 8 095	+ 7 665	+ 7 028	+ 8 906	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 803	22 505	24 065	1 815	2 066	1 952	1 793	2 010	...
	Einfuhr	23 108	20 242	18 167	1 372	1 555	1 391	1 370	1 335	...
	Saldo	- 1 305	+ 2 263	+ 5 898	+ 443	+ 511	+ 561	+ 423	+ 675	...
2. Amerika	Ausfuhr	130 427	135 293	157 296	11 948	14 351	14 204	12 805	12 272	...
	Einfuhr	75 023	74 191	84 557	6 568	7 018	7 396	7 269	6 853	...
	Saldo	+ 55 404	+ 61 103	+ 72 739	+ 5 380	+ 7 333	+ 6 807	+ 5 536	+ 5 419	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	89 348	95 928	113 900	8 522	10 681	10 320	9 343	8 838	...
	Einfuhr	48 582	49 207	59 302	4 483	4 959	5 279	5 073	4 916	...
	Saldo	+ 40 766	+ 46 721	+ 54 598	+ 4 039	+ 5 722	+ 5 041	+ 4 270	+ 3 922	...
3. Asien	Ausfuhr	179 038	190 973	196 579	15 183	16 250	16 466	16 428	16 967	...
	Einfuhr	162 960	170 050	188 044	15 729	16 624	16 904	15 977	14 698	...
	Saldo	+ 16 077	+ 20 923	+ 8 535	- 546	- 374	- 438	+ 452	+ 2 268	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 754	35 462	39 702	3 166	3 160	3 387	3 576	3 887	...
	Einfuhr	8 921	7 865	7 307	595	590	568	576	571	...
	Saldo	+ 23 833	+ 27 598	+ 32 395	+ 2 570	+ 2 570	+ 2 820	+ 3 000	+ 3 316	...
Japan	Ausfuhr	17 076	16 910	17 026	1 278	1 514	1 544	1 439	1 370	...
	Einfuhr	19 492	19 007	20 239	1 586	1 678	1 867	1 713	1 650	...
	Saldo	- 2 416	- 2 097	- 2 213	- 307	- 164	- 323	- 274	- 281	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	66 912	74 369	71 211	5 361	5 938	5 671	5 811	6 017	...
	Einfuhr	74 544	79 828	91 524	7 675	8 307	8 386	8 219	7 217	...
	Saldo	- 7 633	- 5 459	- 20 312	- 2 315	- 2 368	- 2 715	- 2 407	- 1 201	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	45 894	48 476	51 579	4 011	4 327	4 506	4 148	4 108	...
	Einfuhr	36 672	38 782	42 362	3 529	3 844	3 870	3 414	3 239	...
	Saldo	+ 9 222	+ 9 695	+ 9 217	+ 483	+ 483	+ 636	+ 734	+ 869	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 946	9 566	10 229	887	916	930	824	799	...
	Einfuhr	3 368	2 924	2 927	229	291	195	207	255	...
	Saldo	+ 6 578	+ 6 641	+ 7 303	+ 658	+ 625	+ 735	+ 617	+ 544	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2011	- 32 482	- 8 533	- 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 43 223	- 12 075	- 37 713	+ 8 123	+ 3 605	- 758	- 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	- 35 353	- 13 254	- 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	- 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	- 30 165	- 12 655	- 35 567	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	- 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	- 366
2014 2.Vj.	- 7 242	- 3 108	- 8 566	+ 2 003	+ 1 111	+ 663	- 178	+ 808	- 117	+ 5 596	- 839
3.Vj.	- 15 461	- 3 248	- 15 929	+ 2 179	+ 859	+ 232	- 226	+ 744	- 549	+ 18 766	- 994
4.Vj.	- 6 352	- 3 312	- 7 278	+ 2 076	+ 1 130	+ 1 550	- 1 206	+ 705	+ 132	+ 19 643	+ 3 687
2015 1.Vj.	- 4 717	- 2 926	- 5 742	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	- 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	- 1 057
2.Vj.	- 5 962	- 2 218	- 7 829	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	- 1 155	+ 830	- 31	+ 3 256	- 1 118
3.Vj.	- 13 746	- 3 352	- 14 388	+ 2 779	+ 847	+ 292	- 594	+ 770	- 445	+ 20 042	- 1 204
4.Vj.	- 5 741	- 4 158	- 7 608	+ 2 811	+ 1 872	+ 1 928	- 1 563	+ 598	+ 411	+ 21 474	+ 3 013
2015 März	- 1 378	- 1 005	- 2 792	+ 770	+ 647	+ 452	+ 467	+ 315	+ 249	+ 7 566	- 404
April	- 1 444	- 737	- 1 550	+ 742	+ 283	+ 92	- 538	+ 311	- 57	+ 3 779	- 420
Mai	- 2 013	- 745	- 2 808	+ 882	+ 518	+ 273	- 587	+ 317	- 29	- 5 504	- 330
Juni	- 2 506	- 736	- 3 471	+ 649	+ 292	+ 933	- 30	+ 203	- 3	+ 4 981	- 368
Juli	- 4 466	- 1 130	- 3 787	+ 1 084	+ 149	- 194	- 679	+ 270	- 237	+ 7 147	- 357
Aug.	- 5 441	- 883	- 5 963	+ 777	+ 569	+ 75	- 391	+ 268	- 98	+ 6 226	- 393
Sept.	- 3 838	- 1 339	- 4 638	+ 918	+ 129	+ 412	+ 476	+ 232	- 110	+ 6 670	- 454
Okt.	- 4 785	- 1 409	- 4 464	+ 686	+ 436	+ 197	- 675	+ 235	+ 144	+ 7 076	- 411
Nov.	- 1 963	- 1 530	- 1 982	+ 1 044	+ 609	+ 260	- 683	+ 220	+ 139	+ 7 175	- 440
Dez.	+ 1 008	- 1 220	- 1 162	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	- 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan. p)	- 2 786	- 1 261	- 1 687	+ 978	+ 247	- 389	- 823	+ 276	+ 270	+ 5 050	- 343

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2011	- 35 520	- 21 293	- 4 446	+ 6 718	- 14 227	- 2 977	- 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 39 858	- 25 493	- 5 214	+ 5 206	- 14 366	- 2 952	- 2 952	+ 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 43 758	- 29 708	- 5 611	+ 6 177	- 14 050	- 3 250	- 3 229	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	- 40 653	- 28 169	- 6 076	+ 8 088	- 12 485	- 3 476	- 3 451	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 39 550	- 25 546	- 7 065	+ 9 800	- 14 004	- 3 540	- 3 523	- 159	+ 2 136	- 2 295
2014 2.Vj.	- 6 712	- 2 747	- 976	+ 5 110	- 3 965	- 869	- 863	+ 519	+ 814	- 295
3.Vj.	- 7 818	- 4 601	- 1 196	+ 939	- 3 216	- 870	- 863	+ 367	+ 711	- 344
4.Vj.	- 11 206	- 8 633	- 1 944	+ 759	- 2 573	- 866	- 863	- 1 890	+ 332	- 2 222
2015 1.Vj.	- 15 822	- 12 975	- 2 614	+ 1 327	- 2 847	- 885	- 881	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	- 7 052	- 1 803	- 1 161	+ 6 278	- 5 249	- 885	- 881	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	- 6 628	- 3 850	- 1 196	+ 1 212	- 2 778	- 885	- 881	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 10 048	- 6 918	- 2 094	+ 981	- 3 130	- 885	- 881	- 2 178	+ 134	- 2 312
2015 März	- 4 117	- 3 041	- 688	+ 277	- 1 076	- 295	- 294	+ 173	- 78	+ 251
April	- 2 877	- 1 964	- 504	+ 1 072	- 912	- 295	- 294	+ 348	+ 416	- 67
Mai	- 1 982	+ 1 100	- 181	+ 3 791	- 3 082	- 295	- 294	+ 557	+ 447	+ 111
Juni	- 2 194	- 939	- 476	+ 1 415	- 1 254	- 295	- 294	+ 192	+ 281	- 89
Juli	- 2 314	- 1 338	- 464	+ 278	- 976	- 295	- 294	+ 462	+ 534	- 72
Aug.	- 2 739	- 1 961	- 441	+ 276	- 778	- 295	- 294	+ 40	+ 294	- 255
Sept.	- 1 575	- 551	- 291	+ 659	- 1 024	- 295	- 294	+ 201	+ 41	+ 160
Okt.	- 3 087	- 2 281	- 394	+ 197	- 806	- 295	- 294	- 94	+ 141	- 235
Nov.	- 2 485	- 1 543	- 722	+ 77	- 941	- 295	- 294	+ 163	+ 274	- 110
Dez.	- 4 476	- 3 094	- 979	+ 707	- 1 383	- 295	- 294	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan. p)	- 2 287	- 1 166	- 1 182	+ 590	- 1 121	- 441	- 440	- 82	+ 20	- 102

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 159	+ 2 136	- 2 295
2014 2.Vj.	+ 519	+ 814	- 295
3.Vj.	+ 367	+ 711	- 344
4.Vj.	- 1 890	+ 332	- 2 222
2015 1.Vj.	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 2 178	+ 134	- 2 312
2015 März	+ 173	- 78	+ 251
April	+ 348	+ 416	- 67
Mai	+ 557	+ 447	+ 111
Juni	+ 192	+ 281	- 89
Juli	+ 462	+ 534	- 72
Aug.	+ 40	+ 294	- 255
Sept.	+ 201	+ 41	+ 160
Okt.	- 94	+ 141	- 235
Nov.	+ 163	+ 274	- 110
Dez.	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan. p)	- 82	+ 20	- 102

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015					2016
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan. P)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 60 705	+ 299 954	+ 257 076	- 11 301	+ 81 368	- 49 925	+ 30 533	- 94 924	+ 47 826
1. Direktinvestitionen	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 18 544	+ 14 089	+ 29 606	+ 20 078	+ 5 113	- 6 713
Beteiligungskapital	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 10 289	+ 12 265	+ 22 053	+ 11 001	+ 5 422	+ 3 817
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 17 880	+ 21 373	+ 15 866	+ 667	+ 1 772	+ 4 442	+ 3 851	- 2 962	+ 505
Direktinvestitionskredite	+ 25 103	+ 19 246	+ 28 475	+ 8 255	+ 1 824	+ 7 552	+ 9 077	- 310	- 10 531
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 26 875	+ 26 451	+ 17 656	+ 6 610	+ 551	+ 9 868
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 10 690	+ 1 139	+ 7 552	+ 4 194	+ 2 392	- 1 883
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 8 513	+ 4 586	+ 4 620	+ 1 077	- 355	+ 2 232
Langfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 11 023	+ 26 607	+ 6 023	+ 92	- 539	+ 6 956
Kurzfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	- 3 352	- 5 880	- 539	+ 1 246	- 948	+ 2 563
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 5 908	+ 2 720	+ 5 492	+ 4 176	- 1 446	+ 835
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 11 341	- 62 164	+ 39 563	- 102 407	+ 218	- 99 265	+ 44 023
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	- 35 501	+ 16 755	- 110 672	- 42 377	- 56 313	+ 34 660
kurzfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	+ 2 814	+ 2 020	- 15 050	- 10 945	+ 2 747	+ 980
Bundesbank	- 6 152	+ 55 156	- 87 484	- 38 315	+ 14 735	- 95 622	- 31 432	- 59 060	+ 33 680
Unternehmen und Privat- personen 9)									
langfristig	+ 21 335	- 7 517	- 9 679	- 13 010	- 4 217	- 18 980	+ 10 250	- 28 632	+ 4 654
kurzfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	+ 3 971	+ 5 420	+ 1 260	- 240	+ 1 309	- 109
Staat	+ 14 302	- 9 608	- 22 266	- 16 981	- 9 637	- 20 240	+ 10 491	- 29 941	+ 4 763
langfristig	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	- 13 024	+ 2 925	- 1 790	+ 2 644	- 6 011	+ 1 920
kurzfristig	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 1 841	- 803	- 1 202	+ 6	- 724	- 650
Bundesbank	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	- 11 183	+ 3 728	- 588	+ 2 638	- 5 287	+ 2 570
5. Währungsreserven	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	- 628	+ 24 100	+ 29 035	+ 29 700	- 8 308	+ 2 790
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	- 158 179	+ 55 521	+ 24 879	- 84 073	+ 17 278	- 114 893	+ 8 214	- 118 947	+ 55 607
1. Direktinvestitionen	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 15 492	+ 9 022	+ 4 087	+ 5 282	- 5 310	- 2 465
Beteiligungskapital	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 5 488	+ 1 941	+ 1 593	+ 2 050	+ 1 273	+ 4 059
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	- 4 538	+ 3 662	+ 5 765	+ 1 124	+ 2 287	- 1 378	+ 1 085	- 618	+ 1 292
Direktinvestitionskredite	+ 46 394	- 17 751	+ 23 081	+ 10 004	+ 7 081	+ 2 494	+ 3 232	- 6 583	- 6 524
2. Wertpapieranlagen	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	- 25 777	- 19 364	- 49 097	- 4 246	- 44 522	- 1 198
Aktien 2)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	+ 8 761	- 5 225	+ 4 866	+ 3 321	- 556	- 3 227
Investmentsfondanteile 3)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	- 3 632	+ 3 610	+ 584	- 949	+ 1 531	- 570
Langfristige									
Schuldverschreibungen 4)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 28 644	- 22 953	- 32 606	+ 3 999	- 34 382	+ 529
Kurzfristige									
Schuldverschreibungen 5)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	- 2 261	+ 5 204	- 21 941	- 10 617	- 11 115	+ 2 070
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 185 075	+ 37 698	+ 58 302	- 73 788	+ 27 620	- 69 883	+ 7 178	- 69 115	+ 59 269
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 158 323	+ 32 495	- 41 434	- 45 226	- 2 169	- 99 753	- 17 009	- 72 248	+ 65 117
kurzfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 7 947	- 60	- 1 753	+ 768	- 1 350	- 546
Unternehmen und Privat- personen 9)									
langfristig	- 141 504	+ 47 050	- 21 918	- 37 279	- 2 108	- 98 000	- 17 777	- 70 898	+ 65 663
kurzfristig	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	- 16 289	+ 3 985	+ 5 579	+ 9 470	+ 2 295	+ 5 729
Staat	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	+ 7 773	+ 6 976	- 1 038	+ 1 185	- 1 168	- 165
Bundesbank	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	- 24 062	- 2 991	+ 6 616	+ 8 285	+ 3 463	+ 5 894
langfristig	- 1 900	- 5 610	- 11 235	- 17 550	- 250	+ 204	- 847	- 191	- 4 091
kurzfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	- 68	+ 0	+ 283	- 250	+ 454	- 2 482
Bundesbank	- 10 878	- 4 680	- 7 582	- 17 483	- 251	- 79	- 597	- 645	- 1 609
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 218 884	+ 244 434	+ 232 197	+ 72 772	+ 64 091	+ 64 968	+ 22 319	+ 24 024	- 7 781

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva ^{3) 4)}	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapiereanlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapieranlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 296	12 098
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	490 579	310 129
2013 Juni	798 888	150 825	100 280	13 236	8 690	28 618	588 473	575 477	59 589	397 738	401 150
Juli	807 165	158 611	109 338	12 960	8 690	27 623	589 421	576 469	59 133	402 781	404 384
Aug.	808 649	164 477	114 714	13 018	8 416	28 330	586 580	573 628	57 590	404 149	404 500
Sept.	796 646	156 452	107 819	12 920	8 375	27 337	583 320	570 368	56 873	404 069	392 577
Okt.	785 449	154 486	106 477	12 941	7 981	27 086	574 449	561 497	56 514	425 957	359 492
Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	412 241	349 489
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	405 409	311 459
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	394 012	324 305
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	473 906	312 788
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	489 860	323 460
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	490 579	310 129
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	482 988	324 983
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	500 440	338 895

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2015 Aug.	847 963	282 913	565 050	378 965	186 085	171 440	14 645	949 497	144 108	805 389	635 627	169 763	96 244	73 519
Sept.	858 231	282 109	576 122	383 752	192 370	177 736	14 635	970 207	144 631	825 577	647 156	178 420	104 197	74 224
Okt.	860 304	280 056	580 249	387 585	192 664	177 977	14 687	971 934	136 130	835 804	657 703	178 101	103 348	74 752
Nov.	886 264	291 045	595 219	400 079	195 140	180 542	14 599	986 732	142 753	843 979	664 312	179 668	105 052	74 615
Dez.	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2016 Jan.	846 504	273 154	573 350	387 989	185 362	170 552	14 810	975 521	146 162	829 360	654 222	175 137	101 549	73 588
Industrieländer ¹⁾														
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2015 Aug.	741 152	277 985	463 167	338 339	124 828	111 787	13 041	857 866	141 022	716 844	601 297	115 547	78 502	37 045
Sept.	752 039	277 023	475 016	344 665	130 352	117 297	13 054	876 722	141 936	734 786	611 470	123 315	85 762	37 553
Okt.	754 240	275 421	478 819	347 529	131 290	118 037	13 253	878 787	133 786	745 001	622 082	122 919	85 369	37 551
Nov.	779 059	286 827	492 232	358 416	133 815	120 809	13 007	893 328	140 340	752 987	628 778	124 209	86 444	37 766
Dez.	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2016 Jan.	743 113	269 139	473 974	346 546	127 429	114 052	13 377	883 976	143 944	740 032	619 736	120 296	83 080	37 216
EU-Länder ¹⁾														
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 943	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2015 Aug.	619 014	262 245	356 769	267 507	89 262	78 760	10 502	710 309	130 286	580 023	500 362	79 660	52 680	26 980
Sept.	625 118	261 132	363 986	271 110	92 876	82 335	10 541	729 365	131 972	597 393	512 224	85 169	57 879	27 290
Okt.	625 705	259 336	366 369	271 816	94 553	83 841	10 713	729 407	124 664	604 743	519 527	85 216	57 848	27 368
Nov.	645 536	269 094	376 442	280 124	96 318	85 901	10 416	735 959	130 231	605 727	519 365	86 362	58 889	27 473
Dez.	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 071	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2016 Jan.	613 279	250 758	362 521	270 845	91 676	80 903	10 772	731 346	134 847	596 499	514 944	81 555	54 819	26 735
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 175	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 220	598 660	105 883	492 777	440 290	52 487	35 568	16 919
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2015 Aug.	462 755	207 471	255 284	198 182	57 102	50 539	6 563	596 947	98 677	498 270	446 726	51 544	35 333	16 211
Sept.	465 764	208 602	257 162	199 172	57 989	51 468	6 522	602 833	100 268	502 565	448 263	54 302	38 269	16 032
Okt.	460 546	202 962	257 584	197 702	59 882	53 175	6 707	600 446	93 002	507 444	453 314	54 130	38 043	16 087
Nov.	479 088	213 372	265 716	204 196	61 520	55 037	6 483	606 652	97 176	509 476	454 842	54 634	38 880	15 754
Dez.	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 155
2016 Jan.	460 082	200 677	259 405	199 554	59 851	53 054	6 797	598 377	101 003	497 373	446 392	50 981	35 891	15 090
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 699	88 634	1 217	87 417	39 182	48 235	17 001	31 234
2015	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 546	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2015 Aug.	105 883	4 198	101 685	40 626	61 059	59 455	1 603	89 731	1 428	88 303	34 130	54 173	17 699	36 474
Sept.	105 233	4 344	100 890	39 087	61 803	60 222	1 580	91 713	1 124	90 589	35 486	55 103	18 433	36 671
Okt.	105 111	3 891	101 220	40 056	61 164	59 730	1 433	91 534	932	90 603	35 422	55 181	17 979	37 202
Nov.	106 268	3 474	102 795	41 662	61 133	59 541	1 592	92 003	1 012	90 991	35 534	55 458	18 608	36 850
Dez.	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 546	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2016 Jan.	102 421	3 206	99 215	41 431	57 784	56 351	1 433	90 137	1 010	89 127	34 286	54 842	18 469	36 373

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2015 April	1,3939	6,6863	7,4655	128,94	1,3313	8,5057	9,3254	1,0379	1,0779	0,72116
Mai	1,4123	6,9165	7,4612	134,75	1,3568	8,4103	9,3037	1,0391	1,1150	0,72124
Juni	1,4530	6,9587	7,4603	138,74	1,3854	8,7550	9,2722	1,0455	1,1213	0,72078
Juli	1,4844	6,8269	7,4616	135,68	1,4124	8,9357	9,3860	1,0492	1,0996	0,70685
Aug.	1,5269	7,0626	7,4627	137,12	1,4637	9,1815	9,5155	1,0777	1,1139	0,71423
Sept.	1,5900	7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221	0,73129
Okt.	1,5586	7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235	0,73287
Nov.	1,5011	6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736	0,70658
Dez.	1,5009	7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877	0,72595
2016 Jan.	1,5510	7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860	0,75459
Febr.	1,5556	7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093	0,77559

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	26 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,0	95,9	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,8	84,9	87,9	85,7	91,7	97,3	85,0	90,7	92,9	91,9	90,9	
2001	87,8	87,1	86,3	85,8	90,5	86,9	91,5	96,3	85,8	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,3	89,2	95,0	90,5	92,1	95,3	88,3	90,6	93,5	91,9	91,8	
2003	100,7	101,3	100,1	100,5	106,9	101,4	95,5	94,4	97,4	94,8	97,1	96,6	96,8	
2004	104,5	105,0	103,0	104,0	111,5	105,1	95,7	93,2	99,7	95,1	98,5	98,0	98,4	
2005	102,9	103,6	100,8	102,0	109,5	102,6	94,5	91,9	98,7	92,9	98,5	97,0	96,7	
2006	102,8	103,5	100,1	100,9	109,4	101,9	93,4	90,3	98,2	91,2	98,7	96,5	96,0	
2007	106,3	106,3	101,9	103,2	112,9	103,9	94,3	89,4	102,1	91,5	101,0	97,9	97,2	
2008	109,4	108,4	103,2	106,5	117,1	105,9	94,4	88,0	105,2	90,5	102,3	97,9	97,3	
2009	110,8	109,1	104,0	111,2	120,0	106,9	94,6	88,8	104,3	91,0	101,9	98,1	97,6	
2010	103,6	101,3	95,6	103,2	111,5	97,9	92,0	88,4	97,6	87,0	98,9	93,7	92,1	
2011	103,3	100,3	93,4	101,9	112,2	97,3	91,6	88,2	97,0	86,2	98,3	92,9	91,5	
2012	97,6	95,0	88,0	95,6	107,0	92,5	89,8	88,2	92,1	83,7	96,0	89,8	88,4	
2013	101,2	98,2	91,1	98,8	111,9	95,6	92,2	88,7	97,9	85,7	98,4	91,7	90,4	
2014	101,8	97,9 p)	91,3 p)	100,4	114,7	96,1	92,9	89,5	98,4	86,5	98,6	91,9	91,1	
2015	92,4	88,4	106,5 p)	87,9 p)	90,5 p)	90,5	90,2 p)	83,1	94,8	86,9 p)	86,5	
2012 Dez.	98,4	95,8	108,2	93,2	96,5	90,0	88,6	
2013 Jan.	100,1	97,4	109,8	94,4	97,5	91,0	89,5	
Febr.	101,3	98,3	90,4	98,3	111,0	95,1	91,5	88,5	96,4	85,2	98,1	91,5	89,9	
März	99,8	97,1	109,2	93,8	97,6	90,9	89,2	
April	100,0	97,0	109,5	93,7	98,0	91,1	89,4	
Mai	100,1	97,3	90,6	98,0	109,7	94,0	92,0	88,6	97,4	85,4	98,2	91,2	89,4	
Juni	101,1	98,3	111,8	95,7	98,5	91,8	90,5	
Juli	101,0	98,2	111,8	95,6	98,6	91,8	90,5	
Aug.	101,7	98,8	91,1	99,0	113,3	96,8	92,3	88,7	98,0	85,7	98,6	91,9	91,0	
Sept.	101,6	98,4	113,2	96,5	98,6	91,8	90,9	
Okt.	102,5	99,1	114,1	96,9	99,0	92,2	91,2	
Nov.	102,2	98,8	92,1	99,8	114,1	96,7	93,1	89,0	99,6	86,6	98,9	92,2	91,2	
Dez.	103,4	100,0	115,7	98,1	99,4	92,8	92,0	
2014 Jan.	103,0	99,5	115,8	98,0	99,3	92,6	92,0	
Febr.	103,2	99,6	92,9	102,2	116,3	98,3	93,4	89,2	100,1	87,1	99,0	92,5	92,0	
März	104,3	100,6	117,5	99,1	99,3	93,1	92,6	
April	104,2	100,4	117,0	98,5	99,3	93,1	92,3	
Mai	103,6	99,5	92,7	101,8	116,1	97,4	93,3	89,5	99,4	87,3	98,9	92,6	91,7	
Juni	102,7	98,7	115,1	96,6	98,7	92,3	91,3	
Juli	102,3	98,2	114,7	96,0	98,8	92,3	91,2	
Aug.	101,5	97,5	90,7 p)	99,9	114,0	95,5	92,5	89,4	97,4	86,1	98,5	91,8	90,8	
Sept.	99,9	95,9	112,3	94,0	98,1	91,1	90,0	
Okt.	99,1	95,0	111,8	93,3	97,6	90,5	89,6	
Nov.	99,0	94,9 p)	89,1 p)	97,7	111,9	93,3	92,4	89,8	96,5	85,5	97,8	90,4	89,6	
Dez.	99,0	94,8	113,1	93,9	97,7	90,3	89,9	
2015 Jan.	95,2	91,1	108,9 p)	90,2	95,8	88,2 p)	87,7	
Febr.	93,3	89,5 p)	83,9 p)	92,2	107,0 p)	88,8	90,6	90,4	90,6	83,1	95,2	87,5 p)	86,9	
März	90,6	86,9	103,8 p)	86,0	94,3	86,1 p)	85,3	
April	89,7	86,1	102,4 p)	84,8	94,1	85,7 p)	84,7	
Mai	91,6	87,9 p)	82,3 p)	90,1	104,7 p)	86,6	90,1	90,4	89,4	82,5	94,7	86,7 p)	85,8	
Juni	92,3	88,5	106,0 p)	87,6	94,8	86,9 p)	86,3	
Juli	91,3	87,5	105,1 p)	86,7	94,4	86,4 p)	85,7	
Aug.	93,0	89,0 p)	84,0 p)	91,4	108,1 p)	89,1	90,6	90,5	90,5	83,3	95,0	87,3 p)	87,2	
Sept.	93,8	89,7	109,6 p)	90,3	95,2	87,6 p)	87,9	
Okt.	93,6	89,6	109,0 p)	89,7	95,2	87,6 p)	87,6	
Nov.	91,1	87,1	106,0 p)	87,0 p)	90,7 p)	90,8	90,4 p)	83,5	94,2	86,3 p)	86,0	
Dez.	92,5	88,3	108,0 p)	88,5	94,4	86,7 p)	86,7	
2016 Jan.	93,6 p)	89,1	109,9 p)	89,7	94,6 p)	87,2 p)	87,4	
Febr.	94,7 p)	90,0	111,3 p)	91,0	95,1 p)	87,7 p)	88,0	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsänderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich

und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

für die Jahre 2015 und 2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2017

■ Finanzstabilitätsbericht

- Marktfähige Finanzierungsinstrumente von Banken und ihre Bedeutung als Sicherheiten im Eurosystem
- Inflationserwartungen: neuere Instrumente, aktuelle Entwicklungen und wesentliche Einflussfaktoren

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

Juli 2015

- Zur Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern
- Anpassungsmuster von Unternehmen am deutschen Arbeitsmarkt in der Großen Rezession – ausgewählte Ergebnisse einer Sonderumfrage

Aufsätze im Monatsbericht

April 2015

- Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland
- Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor
- Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland

August 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2015

Mai 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2015

September 2015

- Zur jüngeren Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014

Juni 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen

Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds
- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

März 2016

- Zur Schwäche des Welthandels
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014
- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2016³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2016²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2009 bis 2014, Mai 2015³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2011 bis 2012, Mai 2015²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2015¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 42/2015
 Monetary-fiscal policy interaction and fiscal inflation: a tale of three countries
- 43/2015
 The influence of an up-front experiment on respondents' recording behaviour in payment diaries: evidence from Germany
- 44/2015
 Fundamentals matter: idiosyncratic shocks and interbank relations
- 45/2015
 Testing for Granger causality in large mixed-frequency VARs
- 46/2015
 Credit risk stress testing and copulas – is the Gaussian copula better than its reputation?
- 47/2015
 The great collapse in value added trade
- 48/2015
 Monetary policy and the asset risk-taking channel
- 1/2016
 The effect of peer observation on consumption choices: experimental evidence
- 2/2016
 Markup responses to Chinese imports
- 3/2016
 Heterogeneity in euro-area monetary policy transmission: results from a large multi-country BVAR model

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.